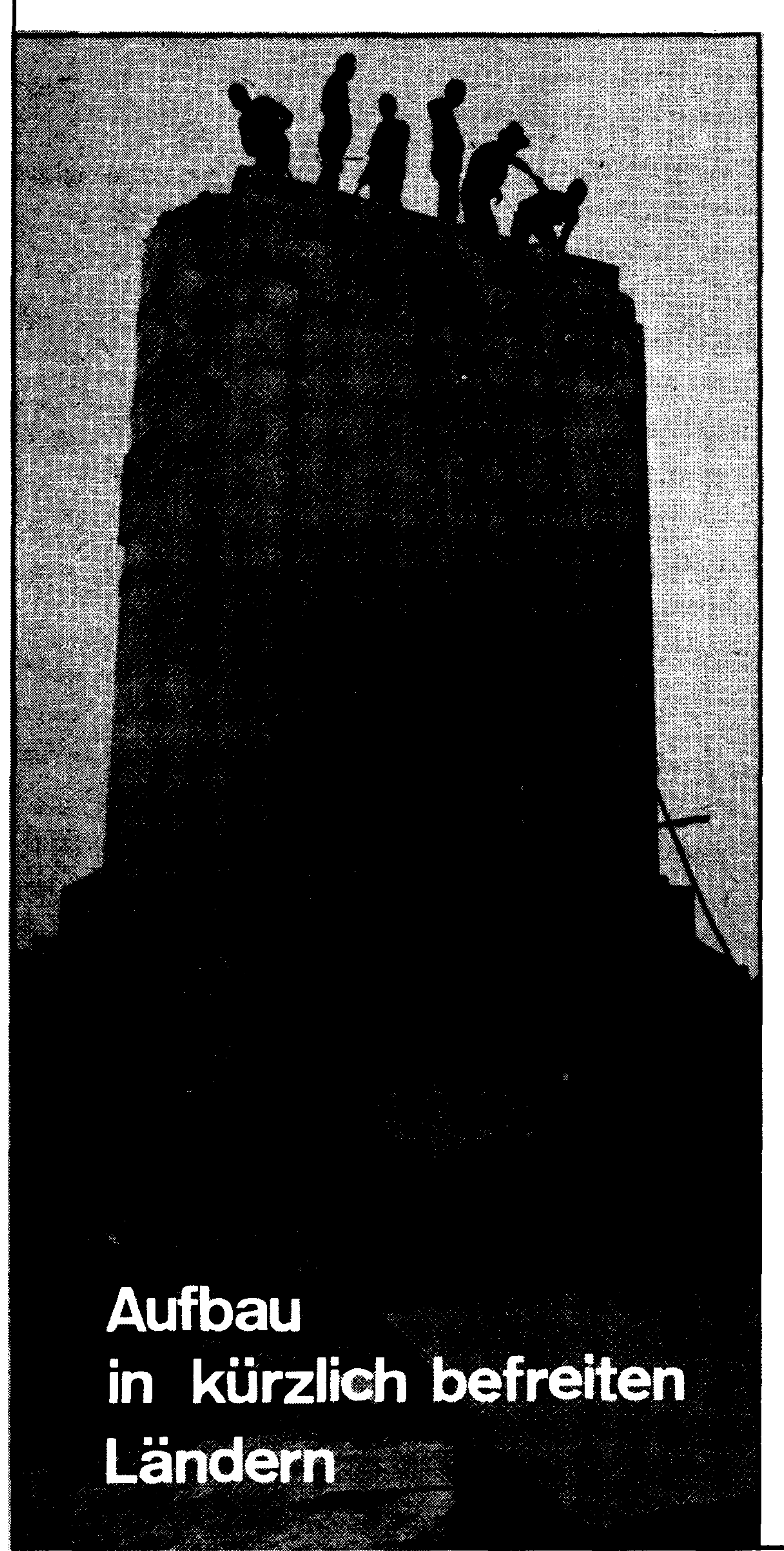
blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE ZU:

Titelfoto:
Mozambikanische Arbeiter beseitigen ein Denkmal des portugiesischen Kolonialismus in Laurenco Marques

Nr. 58 Dezember 1976 2,50 DM

impressum
blätter des iz3w
herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 Freiburg i. Br., Telefon: 0761 / 7 40 03.
Zusammengestellt von: S. Bartels, R. Beckert, G. Cremer, M. Glatthaar, E. Gohl, K. Höweling, C. Jürgenmeyer, L. Klering, M. Mack, H. Maur, B. Merk, H. Pöttker, P. Riedesser, J. Rösel, R. Salmela-Gohl, B. Schulze-Mittendorf, A. Sommerfeld, S. Stankowski, B. Stein, B. Thill, H. Wenzler, E. Wittmann, W. Witzel, E. Zeller.
Satz: Composer-satz-Service, Bootsweg 16, 5205 St. Augustin 1
Druck: SOAK, 3 Hannover 1
Am Taubenfelde 30, Tel. 17618
Konten (Aktion Dritte Welt e.V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40 - 35899.
Jahresabonnement (acht Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,– (Für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,–).
Luftpost auf Anfrage
Schweiz: Fr 28,– bzw. 20,–
Österreich: S 200,– bzw. 140,–
Einzelpreis: DM/FR 2,50 / S 17,–

Nachrichten und Kurzberichte

Asien

INDIEN

Fernandes vor Gericht

George Fernandes, Präsident der Sozialistischen Partei Indiens sowie der Eisenbahnergewerkschaft und bis zu seiner Verhaftung Führer der militanten indischen Opposition (vgl. Heft 55, S. 52 f.), ist formell vor Gericht angeklagt worden. Neben Fernandes stehen 24 weitere bekannte Persönlichkeiten vor Gericht. Ihnen wird vorgeworfen, eine „Verschwörung zum gewaltsamen Sturz der Regierung Indiens" gebildet zu haben (Le Monde, 26.9.76).

Dies ist das erste Mal seit Verhängung des Ausnahmezustandes, daß offiziell Anklage gegen oppositionelle Politiker erhoben wird. Augenscheinlich ist es dem Gericht gelungen, genügend Anklagepunkte gegen die 25 Personen zusammenzutragen, die eine Verurteilung garantieren. Das Gericht stützt sich dabei vor allem auf ein paar Bündel Dynamit, die vor einiger Zeit in den Staaten Gujerat und Bihar gefunden worden waren und, so das Gericht, für Anschläge auf öffentliche Einrichtungen ausersehen waren. Bislang verweigerte die Staatsjustiz allen politischen Gefangenen ein Gerichtsverfahen, weil in allen Fällen die Anklage auf derart schwachen Füßen gestanden hätte, daß ein Freispruch der Angeklagten ziemlich sicher erfolgt wäre.

In einer Erklärung, die Fernandes zu Beginn des Verfahrens abgab, berichtete er über polizeiliche Willkürmaßnahmen sowie psychische und physische Folterungen, denen alle 25 Gefangenen ausgesetzt waren (Le Monde, 6.10. 76). Wie aus einer Dokumentation indischer Oppositioneller hervorgeht, ist in Indien heute die Folter ein gängiges Mittel des Indira-Machtapparats, unliebsame Gegner zum reden zu bringen und fertigzumachen (Spiegel 41/76). In diesem Zusammenhang muß auch die Entlassung politischer Häftlinge gesehen werden, die nur als gebrochene bzw. kranke Menschen das Gefängnis verlassen dürfen und dem Gandhi-Regime nicht mehr gefährlich werden können. Unter ihnen befinden sich auch vier konservative Politiker, von denen einer der bekannte J. Narayan ist, der schwerkrank im Hospital liegt. Die Gesamtzahl der politischen Gefangenen in Indien beträgt immer noch 68 000 (Spiegel 41/76). Von einer Lokkerung des Ausnahmezustandes kann keine Rede sein.

Weiterer Wahlaufschub

Die indische Regierung unter Indira Gandhi hat mit Billigung des Parlaments den Termin für die Bundeswhalen um ein weiteres Jahr auf März 1978 verschoben. Normalerweise hätten diese Wahlen im März dieses Jahres stattfinden müssen. Unter den Gesetzen des Ausnahmezustandes kann der Wahltermin natürlich jedes Jahr um weitere zwölf Monate verlegt werden, so daß der nun genannte Termin keineswegs eingehalten werden muß.

IRAN

Iran hat im Oktober einen Anteil von 25,01 % bei der Holdinggesellschaft Friedrich Krupp GmbH erworben (Holdinggesellschaft ist eine Obergesellschaft eines Konzerns, die selbst keine Produktions- oder Handelsfunktionen ausübt). Damit hat Iran seine Beteiligung an diesem Konzern erweitert, denn 1974 erwarb er eine Beteiligung von 25,04 % bei der Krupp-Tochter Hüttenwerke AG, und für dieses Jahr ist noch eine Beteiligung von 40 % am Krupp-Werk Campolimpo in Brasilien vorgesehen (NZZ 22.10.)

Der Krupp-Konzern umfaßt 135 Unternehmen und hat rund 80.000 Beschäftigte in verschiedenen Ländern (Le Monde 21.10.)

Er ist in vielen Produktionszweigen vertreten, vor allem in der Stahl- und Metallindustrie. Als Waffenhersteller hat das Unternehmen während der beiden Weltkriege sein Imperium ausbauen können. Auch heute liefert es Waffen z.B für die Bundeswehr. So könnten die „Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik" durch die Beteiligung Irans berührt werden, jedoch ist die Bundesregierung in Bezug auf diesen Aspekt zuversichtlich und hat ausdrücklich die Beteiligung Irans an dem Konzern begrüßt (FR 21. 10).

Was für eine Bedeutung hat dann die Beteiligung Irans am Krupp-Konzern?

Für Iran und sein expandierendes Kapital bedeutet sie erstens eine Geldanlage in ein prestigebehaftetes Objekt. Für die Iraner war die Investition laut Aussagen des iranischen Wirtschaftsministers rein wirtschaftlich. Sie hoffen sich dadurch Technologie und „know-how" erwerben zu können. Außerdem können sie jetzt durch „ihre Firma" Aufträge in ihrem Land ausführen lassen (Der Spiegel, 25.10.).

Für die Firma Krupp war die Beteiligung Irans eine willkommene Geldspritze, da sie wegen Gewinnverlusten in den vergangenen Jahren nicht hätte expandieren können. Die Firmenvertretung schließt auch nicht den sozialen Aspekt aus: im Endeffekt sei dies auch ein Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze (FR 21.10). Außerdem ist Iran für Krupp das zweitgrößte Exportland (500 Mio DM) (FR 21.10.). Durch die sogenannte Sperrminorität, die Iran jetzt bei Krupp hat, kann es wichtige Beschlüsse verhindern. Aber die Firmenleitung versichert: „Der Schah kann uns auch jetzt nicht zwingen, plötzlich Waffen für ihn herzustellen." (FR. 21.10).

Für die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen ist die Beteiligung Irans günstig. Die BRD bekommt Geld vom Ausland für kapitalschwache Firmen, und da Iran der drittgrößte Erdöllieferant der BRD ist, kann jetzt auch über einen Extra-Erdölpreis verhandelt werden. So hat der Schah neulich angedeutet, daß die iranischen Erdölpreise an den deutschen Exportgüterindex gebunden werden können. „Wir können über alles reden, über alles, was wir in Deutschland kaufen." (FR 20.11.)

Durch die Tatsache, daß Iran Geld in imperialistischen Ländern anlegt, wird die von K-Gruppen vertretene These, daß Iran gegen den Imperialismus kämpft, widerlegt.

Arabische Länder

ISRAEL

– Streiks und Wirtschaftskrise
(Le Monde 5./10.11., NZZ 10.11.)

Zwar könne man noch nicht von einem allgemeinen Chaos reden, das Wort Krise sei aber zu schwach, schreibt Le Monde: die enormen Rüstungskosten haben die ökonomische Krise in Israel verschärft. Die Staatsschulden sollen 44 Milliarden DM betragen, der Industrie fehlen Aufträge. Eine Kürzung der Staatssubventionen für Grundprodukte am 2.11. hat die Preise für manche Lebensmittel (Brot, Öl, Fette, Milchprodukte) um 20 %, für Benzin um 11 % hochschnellen lassen.

Um den 8.11. streikten, bummelten oder drohten mit Streik 70.000 Angestellte, d.h. ein Viertel der gesamten Angestellten des Landes.

– Repression in den besetzten Gebieten
(SZ 14.9., Guardian 13./27.10.)

Dazu kommen wachsende Probleme in den besetzten Gebieten. Unter den Arabern hat u.a. ein Memorandum von I. König, dem Vertreter des Innenministeriums für den Norddistrikt, Empörung ausgelöst. König empfiehlt darin, die Vermehrung der Araber im nördlichen Landesteil Galiläa einzudämmen, um zu verhindern, daß deren Anteil an der Bevölkerung dort 1978 die 50 %-Grenze übersteigt.

Aus den Empfehlungen:

- Kürzung der Sozialunterstützung für kinderreiche arabische Familien
- Limitierung der Arbeitsplätze für Araber (auf 20 %)
- Verstärkung der jüdischen Besiedlung in Gebieten mit starkem arabischem Bevölkerungsanteil
- Erziehung der Araber zur Loyalität durch ein System von „Lohn und Strafe"
- Ermutigung arabischer Studenten im Ausland zu studieren. Behinderung ihrer Rückkehr. (Nur 1,7 % der Studenten an Israels Universitäten sind Araber, eine Zahl, die König noch für zu groß hält).

Das Geheimmemorandum war durch eine Indiskretion an den Tag gekommen. Arabische Bürgermeister betonten, diese Politik sei bereits seit einiger Zeit Realität in Galiläa.

Die Diskussion über das Papier wurde von der Regierung Rabin abgewürgt. Zahlreiche Araber streikten.

„The Guardian" zitiert aus einem Interview mit der israelischen Rechtsanwältin Langer, die erklärt, seit der Besetzung Westjordaniens seien 30 000 Palästinenser inhaftiert worden, 4 000 seien noch in Haft, darunter Kinder. Für Banalitäten gebe es extreme Strafen, es werde systematisch gefoltert.

– Waffenlieferungen (FR 13./15.10., 29.9., Guardian 27.10.).

Isreael soll von den USA 1 Mrd. Dollar Auslandshilfe erhalten (für Waffenkäufe in den USA), zusätzlich knapp 1/4 Mrd. „Sicherheitshilfe".

Zu den zugesagten Waffen gehört ein Infrarot-Lenksystem, das aus Geheimhaltungsgründen bisher nicht für den Export freige-

geben gewesen war. Außerdem wird Israel CBU-55-Bomben erhalten, die in einen Umkreis von mehreren Metern Äthylen versprühen; bei der Explosion entsteht ein Luftsog, der imstande ist, in großem Umkreis Personen den Sauerstoff aus den Lungen zu ziehen und alles zu töten, was die Druckwelle der Explosion überlebt hat. Diese Bomben sind von den USA im Vietnamkrieg eingesetzt worden.

EG-Abkommen mi Nahoststaaten (FR 28.10. Le Monde 2.11.)
Nach Kooperationsabkommen mit Tunesien, Marokko und Algerien im Frühjahr, mit Israel im letzten Jahr, sind nun auch Kooperationsabkommen der EG mit Ägypten, Jordanien und Syrien praktisch perfekt. Sie sehen vor:
1. Finanzhilfe der EG auf 5 Jahre (Ägypten, 476 Mio DM, Syrien 168 Mio, Jordanien 112 Mio), davon 1/3 bis 1/2 in Form von verlorenen Zuschüssen.
2. Senkung der EG-Zölle um 80 % ab 1.1. und Zollfreiheit ab 1.7.77. Ausgenommen sind Agrarprodukte und „sensible Produkte", z.B. Textilien, für die nur Zollermäßigungen bzw. Zollfreiheit bis zu gewissen Höchstmengen gewährt werden.
3. Ein Ausschuß für technisch-wissenschaftliche Hilfe soll gegründet werden.
4. Die drei Länder verpflichten sich, die EG nicht zu diskriminieren. Dieser Klausel kommt in diesem Fall Bedeutung zu, da so der arabische Boykott von EG-Firmen beseitigt wird, die mit Israel Handel treiben.

SYRIENS ÖFFNUNG NACH WESTEN
„Die 1970 mit der Machtübernahme der „Korrektivbewegung" unter General Hafez al - Assad begonnene Politik der vorsichtigen „Öffnung nach außen und innen" setzte sich auch 1975 fort. Syriens Stimme im arabischen Lager hat an Gewicht gewonnen... Die Beziehungen zu den früher als reaktionär gebrandmarkten arabischenÖlländern besserten sich erheblich. Mit Jordanien wurde gerade auf wirtschaftlichem Bereich ein früher unmöglicher Grad der Zusammenarbeit erreicht. In einem geschickten Balanceakt zwischen arabischen Ölgeldgebern, westlichen Industrieländern und den u.a. als Waffenlieferanten wichtigen sozialistischen Staaten gelang es Syrien, seine Beziehungen zum Westen erheblich zu verbessern und seinen Entwicklungsvorhaben nutzbar zu machen.
... die um Jahresmitte (1975) erfolgte Verabschiedung von rd. 100 sowjetischen Ölexperten (fiel auf), zumal die US-amerikanische Tripco als erstes Unternehmen dieser Art seit mehr als 15 Jahren einen Erdölexplorationsvertrag erhielt....
Die Finanzierung der ehrgeizigen staatlichen Entwicklungspläne bereitet derzeit (1975/Anfang 1976) offenbar weniger Schwierigkeiten, als es nooh vor dem Kriege von 1973 erwartet wurde. Die Hilfeleistungen und Kreditzusagen flossen 1975 erneut reichlich. In der ersten Hälfte des Jahres dürften sie bereits einen Umfang von mindestens 1,7 Mrd. US-Dollar erreicht haben (militärische Beiträge sind hier nicht berücksichtigt). Sie stammten aus den arabischen Öllländern (44,0 %), aus westlichen Industrieländern einschließlich Iran (28,3 %), aus sozialistischen Staaten (17,2 %) und von internationalen Institutionen (10,5 %).

Aus: Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Beilage zu den NfA, Februar 76, Nr. 26

LIBANON

Das Gipfeltreffen von Kairo
Nach dem „kleinen" Gipfeltreffen in Er-Riad am 18.10. (Teilnehmer: Ägypten, Syrien, Saudi-Arabien, Kuwait, die palästinensische Befreiungsfront PLO, der libanesische Präsident Sarkis) fand am 25./26.10. der „große" arabische Gipfel in Kairo statt, auf dem alle arabischen Staaten auf Staatschef- oder wenigstens Ministerebene vertreten waren, außerdem die PLO.
Es war das erste allarabische Gipfeltreffen seit Ausbruch der Libanonkrise.
Selbst Libyen hatte in letzter Minute einen Minister geschickt. In einer Demonstration neuer arabischer Einigkeit wurden die Beschlüsse von Riad sanktioniert. Selbst die „linken" Staaten Algerien, Libyen und Südjemen stimmten zu, lediglich der Irak übte einsame Opposition.
In den Beschlüssen wird die Teilung des Libanon in einen christlichen und einen musulmanischen Staat abgelehnt. Die kämpfenden Parteien werden zu einem Waffenstillstand aufgerufen, der durch eine 30.000 Mann starke allarabische Friedenstruppe garantiert werden soll. Diese Truppe soll dem libanesischen Präsidenten Sarkis unterstehen und wird im wesentlichen von Saudiarabien und Kuwait finanziert; über ihre genaue Zusammensetzung konnte keine endgültige Einigung erzielt werden.
Die PLO wird als einziger legitimer Repräsentant der Palästinenser bestätigt. Die Palästinenser sollen sich auf den Südlibanon und in die Flüchtlingslager zurückziehen und erhalten in diesen Gebieten Souveränitätsrechte: das entspricht dem Abkommen von Kairo 1969, stellt also eine Rückkehr zum status quo vor Ausbruch des Konflikts dar.
Wie dieser Beschluß in die Wirklichkeit umgesetzt werden soll, bleibt offen. Die palästinensichen Lager (wie z.B. Tell-El-Saatar) sind zum großen Teil zerstört, aus dem Südlibanon sind die Palästinenser von christlichen Milizen unter massiver Unterstützung durch die Israelis weitgehend vertrieben worden. Ihre Rückkehr dorthin birgt neuen Konfliktstoff.

– Beruhigung der Lage nach dem Gipfeltreffen
Trotz dieser ungelösten Probleme haben die Beschlüsse bisher zu einer grundsätzlichen Beruhigung im Libanon geführt.
Zwar kommt es Anfang November noch einmal zu heftigen Gefechten in Beirut und die libanensischen Christen widersetzen sich zunächst dem Einmarsch der arabischen Friedenstruppe in die von ihnen besetzten Gebiete. Sie geben jedoch schließlich ihren Widerstand auf, und am 10.11. kann die Friedenstruppe ihren Einmarsch in die Gebiete der Palästinenser und der Christen beginnen.
Aufgrund der Unlust anderer arabischer Staaten besteht diese Friedenstruppe nun zu mindestens 70 % aus Syrern, d.h. im wesentlichen ist die 20.000 Mann starke syrische Invasionsarmee in eine „arabische Friedenstruppe" umgewandelt worden. Die übrigen Soldaten dieser Truppe stammen u.a. aus Saudiarabien und dem Sudan. Oberkommandierender ist der vom libanesischen Präsidenten Sarkis ernannte libanesische Oberst Hadsch.
Unklar ist z.Z. die militärische Lage im Süden des Landes Offenbar halten dort zur Zeit (Mitte November) noch die erbitterten Kämpfe zwischen christlichen Milizen und Palästinensern an. Erstmals haben die Syrer die Rückkehr palästinensischer Einheiten in den Südlibanon gefördert (FR, 29.10.). Die Israelis haben die

UNTERDRÜCKUNG DER KURDISCHEN MINDERHEIT IN SYRIEN
DAHAM MIRO ist Vorsitzender der Kurdischen Demokratischen Partei Syriens. Er befindet sich zusammen mit einer unbestimmten Anzahl weiterer Kurden seit 1973 in Haft, weil er in einem an Präsident Hafez Assad gerichteten Memorandum gegen Diskriminierungsmaßnahmen gegenüber der kurdischen Minderheit Syriens protestiert hatte. Weder wurde bisher gegen ihn Anklage erhoben, noch irgendeine sonstige legale Prozedur in Gang gesetzt.
Er war während seiner bisherigen Haft im Tel Hassan Gefängnis in Damaskus Mißhandlungen ausgesetzt gewesen und hat dabei ein Augenleiden davongetragen. Auch im Übrigen befindet er sich in einer schlechten gesundheitlichen Verfassung. DAHAM MIRO hat 8 Kinder. Seine Familie hat große wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Die Lage der Kurden in Syrien ist wenig bekannt. Sie bilden dort eine kleinere Volksgruppe als in den Ländern Türkei, Irak und Iran, wo sie zahlenmäßig bedeutende Minderheiten von jeweils mehreren Millionen bilden. Ihr dortiges Siedlungsgebiet wurde durch den Londoner Vertrag vom 9. März 1921 von den übrigen kurdischen Regionen, insbesondere dem der kemalistischen Türkei abgetrennt und dem damals unter französischem Mandat stehenden Syrien zugeschlagen. Sie bewohnen hauptsächlich drei Regionen im Norden des Landes, die an die Türkei grenzen. Die große Mehrheit der Kurden sind Bauern. Das Gebiet, das sie seit Jahrhunderten bewohnen, ist fruchtbar und bietet ihnen im allgemeinen eine auskömmliche, von der Landwirtschaft bestimmte Existenz.

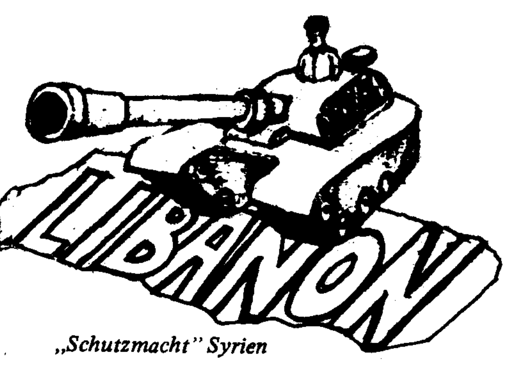
Die Kurden in Syrien sind ihrer politischen und kulturellen Rechte weitgehend enthoben. Die Kurdische Demokratische Partei ist verboten, obwohl ihre Statuten mit der Syrischen Verfassung übereinstimmen. Es gibt keine kurdischen Schulen, kurdischen Bücher oder Zeitungen. Auch anderweitiger Ausdruck kurdischer Nationalität wie Musik oder Folklore ist verboten.

Die syrische Regierung betrieb gegenüber der kurdischen Minderheit seit 1966 den sog. „Arabischen – Grütel – Plan". Dieser Plan sah die Evakuierung der kurdischen Bevölkerung aus einem 280 km langen und 15 km breiten Streifen entlang der türkischen Grenze vor. Man gab den Kurden die Wahl, entweder in ein anderes Land auszuwandern oder in eine heruntergewirtschaftete Wüstenregion im Süden des Landes verbracht zu werden. In ihr Gebiet wurden arabische Beduinen aus dem Süden gebracht. Ablehnung gegen diese Zersiedelungsmaßnahmen unter den Kurden führten zu Repressionen und Verhaftungen größeren Ausmaßes durch Sicherheitskräfte und Polizei.

ai – Koordinationsgruppe für Kurden, Vogelbergstr. 36, 6000 Ffm.

vor einem Vordringen in die Grenzregion gewarnt; sie hatten dort die Christen massiv unterstützt (Le Monde 26.10. zitiert „Time" und spricht von über 70 gelieferten Panzern, Fallschirmjägerunterstützung und Ausbildung von 1.000 christlichen Milizionären in Israel). Ein Vormarsch der arabischen Friedenstruppe in die Grenzregion ist vorerst nicht vorgesehen.

Langfristig sollen die arabischen Friedenstruppen durch eine neu zu bildende libanesische Armee ersetzt werden. Dieses Projekt muß aber wohl großen Schwierigkeiten entgegensehen; die heutige Armee ist in drei Lager gespalten: pro-christlich, pro-syrisch, pro-palästinensisch.



„Schutzmacht" Syrien

– Einschätzung der Situation

Das Gipfeltreffen von Kairo hat eine neue Einheit innerhalb der arabischen Welt hervorgebracht, deren wichtigster Vermittler Saudiarabien ist. Durch Finanzierungsversprechen in Millionenhöhe für die Friedenstruppe und Kreditzusagen an Ägypten und Syrien hält Saudiarabien, unterstützt von Kuwait, auch die Hand über die weitere Entwicklung. Diese Entwicklung könnte durchaus in die Richtung der amerikanischen Vorstellungen von einem Frieden im Nahen Osten laufen.
Die früher so unzugänglichen Syrer scheinen heute Israel gegenüber eher kompromißbereit. Das Mandat der UNO-Truppen auf den Golanhöhen ist jedenfalls wieder ohne syrische Auflagen verlängert worden, und es gab sogar schon Familientreffen an der syrisch-israelischen Front (NZZ, 17.9.1976).
Die einzigen Störenfriede, die Palästinenser, sind weitgehend unter syrische Kontrolle geraten. Auch sie scheinen nun mehr und mehr bereit, die Existenz des Staates Israel anzuerkennen und der Gründung eines palästinensischen Kleinstaats am Jordan-Westufer und im Gazastreifen zuzustimmen (FR 6.11., NZZ 9. 11. über Begegnung zwischen Israelis und PLO-Vertretern).
Die libanesische Linke, unter Führung von Kamal Dschumblatt, hat zusammen mit den Palästinensern eine Niederlage erlitten. Sie war auf den arabischen Gipfeltreffen von Riad und Kairo nicht vertreten, und von Forderungen nach sozialer Entwicklung im Libanon war dort nicht die Rede.
Was die „freie Welt" von den zukünftigen politischen Verhältnissen im Libanon hält, zeigt eine rapide Kurserholung des libanesischen Pfunds im Oktober, nach der es.z.B. gegenüber dem englichen Pfund höher bewertet wurde als vor Ausbruch des Libanonkonfliktes (Le Monde 29.10.).
Allerdings fühlen sich auch die rechten Christen des Libanon, die noch kurz zuvor an ihren Endsieg geglaubt hatten, als die Vergessenen des Abkommens von Kairo (s. Le Monde 26.10.).

Durch die Invasion im Libanon ist Syrien zunehmend unter den Einfluß der finanzstarken und USA-freundlichen Ölstaaten Saudiarabien und Kuwait geraten: Auf 2 Millionen Dollar täglich wurden die Kosten des militärischen Engagements von Präsident Assad geschätzt, ein Drittel des syrischen Staatsbudgets ist der Verteidigung gewidmet, die Inflationsrate beträgt 30 % und schlägt stark auf die Lebensmittelpreise durch. Die Finanzierungszusagen Saudiarabiens bringen in dieser Situation nicht nur finanzielle Erleichterungen, sondern auch stärkere Abhängigkeiten.
In dieses Bild paßt die syrische Versöhnung mit Jordanien und (auf der Kairoer Konferenz) mit Ägypten, das sich mit seiner Politik der „Offenen Tür" mehr und mehr kapitalistischen Ideen und westlichen Einflüssen öffnet. (Zur syrischen Öffnung nach Westen s. Kasten).
Bezeichnend ist, daß über die Durchführung des Kairoer Abkommens eine Vierer-Kommission wacht, der außer Ägypten und Syrien auch Saudiarabien und Kuwait angehören.

Allerdings ist das Abkommen von Kairo noch weit entfernt von einer endgültigen Regelung des Libanon-Problems.
Es bleibt abzuwarten, welche innenpolitischen Initiativen der (durch das Oberkommando über die 30.000 Mann-Friedenstruppe aufgewertete) Präsident Sarkis ergreifen wird.
Größten Konfliktstoff bietet z.Z. der Südlibanon, wo die Israelis ihren Plan gefährdet sehen, eine palästinenserfreie Pufferzone einzurichten.

Lateinamerika

ARGENTINIEN

Der Widerstand des Volkes ist in eine neue Phase getreten.

Die Militärjunta, die am 24. März mit einem Putsch die Macht in Argentinien übernahm, versucht mit allen Mitteln, die günstigsten Ausbeutungsbedingungen für das von ihr vertretene ausländische Finanzkapital und die einheimische Oligarchie zu schaffen. Die dafür notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen hat sie bereits ergriffen, insbesondere ein Auslandsinvestitionsgesetz erlassen, das dem ausländischen Kapital die Tür nach Argentinien noch weiter als bisher öffnet und die Grundlage dafür bietet, daß riesige Summen Kapital der nationalen Wirtschaft z.B. durch Gewinntransfer entzogen werden können.
Sie beugt sich den Bedingungen, die das ausländische Finanzkapital mit der Vergabe von Krediten verknüpft (vgl. hierzu IZ Nr. 55 und 57).
Um die entsprechenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen durchführen zu können, braucht die Militärjunta „politische Ruhe", d.h. der Widerstand der Arbeiter und der anderen Werktätigen muß gebrochen und niedergehalten werden. Das ist jedoch trotz totaler Entrechtung und schärfster Unterdrückung nicht gelungen. Im Gegenteil: der kollektive Widerstand in den Fabriken und in anderen gesellschaftlichen Bereichen wird stärker. Nach einigen Monaten relativer Ruhe, in denen der Widerstand des Volkes sich auf die mit dem Militärputsch veränderten Bedingungen umstellen, vor allem seine Infrastruktur über die ersten harten Schläge hinwegretten mußte, ist der Widerstand seit September in eine neue Phase getreten. Die Zahl der Arbeitskämpfe und die Zahl der daran beteiligten Arbeiter und Angestellten sind gewaltig gestiegen seit dieser Zeit. Dies ist Ausdruck des gewachsenen politischen Bewußtseins und der vergrößerten Organisationskraft. Die revolutionären Organisationen haben zwar Schläge einstecken müssen, ihre Schlagkraft ist aber erhalten geblieben.
Die Junta wird nicht müde, Tag für Tag Siegesmeldungen zu verbreiten und zu verkünden, die „Subversion" sei geschlagen, die revolutionären Organisationen, die zuneh-

---

PALÄSTINENSER IM LIBANON

„Der Krieg im Libanon ist zu einem Vernichtungsfeldzug gegen die Palästinenser geworden. Konnten die Opfer von Tell-Al-Zaatar noch mit einem gewissen Mitleid rechnen, so ist nun der Tenor der Berichterstattung, daß die „palästinensische Arroganz"selbst die Schuld trage...
Was palästinensische Lager im Libanon ...bedeuten, warum Tell-Al-Zaatar zum Symbol für die palästinensichen Massen wurde, das ist nur aus der sozialistischen Lage der Palästinenser im Libanon nach ihrer Vertreibung aus Palästina zu verstehen.
Ein entscheidender Faktor dabei ist, daß die etwa 140 000 Flüchtlinge von 1948 ebenso wie die später zuwandernden Palästinenser und deren Kinder als Ausländer im Libanon behandelt werden... denn hier ging es darum, daß nicht durch den Zustrom überwiegend muslimischer Palästinenser der Religionsproporz im Libanon verändert wurde. So haben palästinensische Flüchtlinge im Libanon keinerlei politische Rechte...
Insgesamt wird die Zahl der Palästinenser im Libanon auf etwa eine Viertel Million geschätzt...
Wer ohne Regierungsgenehmigung innerhalb des Libanon umzieht, wird von der UNRWA aus der Liste der registrierten Flüchtlinge gestrichen, der Anspruch auf UNRWA-Leistungen besteht nur für das von den Behörden zugewiesene Lager. Deswegen findet man in Tell-Al-Zaatar viele Wanderarbeiter, die ihre Familien im Süden gelassen haben und selber in Beirut arbeiten...
Feste Häuser dürfen nicht gebaut werden, in Zelten oder aus Wellblech- und Holzresten zusammengezimmerte Hütten ist es im Winter sehr kalt...
Die medizinische Versorgung ist katastrophal... Nur registrierte Flüchtlinge werden behandelt...
Die Arbeitserlaubnis ist nur ein Jahr gültig und verfällt, wenn man den Betrieb verläßt...
Obwohl Palästinenser, wenn sie beschäftigt sind, die (Sozialversicherungs-) Abgaben zahlen müssen, kommen sie nicht in den Genuß der Sozialleistungen, denn Ausländer können im Libanon nur die gleichen Leistungen beanspruchen, die ein Libanese im entsprechenden Ausland erhalten würde. Für Palästinenser – ohne Staat und Regierung – bedeutet das: nichts..."

Aus: Palästinenser im Libanon, Staat im Staate oder soziales Modell? von Birgit Sommer in „Libanon-Krieg", pdw 1976
Der Artikel bringt außerdem eine Beschreibung der spürbaren Verbesserung der Situation in den palästinensischen Flüchtlingslagern durch zahlreiche Selbsthilfe-Aktionen, nachdem die Palästinenser im Abkommen von 1969 die Autonomie und Selbstverwaltung der Lager durchgesetzt haben.

mend in den spontanen Kämpfen des Volkes an Einfluß gewinnen, seien zerschlagen.

Das dies nicht so ist, wird treffend durch das folgende Ereignis charakterisiert. Am 2. Oktober sprach Präsident Videla auf dem schwer bewachten Armeestützpunkt „Campo de Mayo" bei Buenos Aires. Er erklärte ein weiteres Mal, die Guerilla sei am Ende, sie habe die Versuche aufgegeben, Militärstützpunkte anzugreifen. 5 Minuten, nachdem Präsident Videla die Rednertribüne verlassen hatte, explodierte eben unter dieser Tribüne eine Bombe. (Guardian 10.11.).
Auch die bürgerliche Presse in der BRD kommt nicht mehr darumherum, von der Existenz und der Zunahme von Streiks und Arbeitskämpfen sowie den wachsenden Schwierigkeiten der Videla-Junta zu berichten. „Ein Streik zeigt dem argentinischen Militär die Grenzen" (FR 18.10.), „Argentiniens Junta in Schwierigkeiten. Die linken Guerilla-Organisationen sind nicht tot/Trotz Verbots ausgedehnte Streiks" (SZ 21.10.), „Doch Erfolge für die Guerilleros"(FR 6.11.).

Das argentinische Volk wehrt sich gegen die immer schlechter werdenden Lebens- und Arbeitsbedingungen, gegen die totale Entrechtung und die blutige Unterdrückung. Der Widerstand ist durch den Putsch vom 24. März zu keiner Zeit gebrochen gewesen.
In den ersten Monaten nach dem Putsch war der Widerstand in den Betrieben durch individuelle Rebellion, Sabotage und einzelne isolierte Streiks gekennzeichnet.
In den letzten Monaten, insbesondere seit September, hat die Organisierung von Sabotage und Arbeitskämpfen große Fortschritte gemacht.
So sind laut Meldung der staatlichen Telefongesellschaft ENTel seit dem Putsch 602. 826 Meter Telefonkabel „wegorganisiert" worden (nach Chile-Nachrichten Nr. 42).
In Reconquista (Provinz Santa Fe) zerschnitten Arbeiter der Fleischverarbeitungsindustrie die Rinder in andere Stücke als es die internationalen Exportnormen verlangen, so daß dieses Fleisch im Land verkauft werden muß.

Streiks fanden vor allem in den Branchen statt, in denen die Arbeiterklasse am stärksten konzentriert ist, so in der Automobilindustrie und im Energiesektor. Ein weiteres Kennzeichen der neuen Phase ist der gleichzeitige Streik in mehreren Betrieben und die zunehmende organisierte Koordinierung von Arbeitskämpfen über einzelne Branchen hinaus.
Die Rebellion der Arbeiter richtet sich vor allem gegen das ständige Sinken des Reallohns („Argentiniens Arbeiter und Angestellte verdienen gegenwärtig, an der realen Kaufkraft ihrer Löhne gemessen, weniger als jemals in den letzten drei Jahrzehnten" FR 6.11), gegen die z.T. massenhaft vorgenommenen Entlassungen von Kollegen sowie gegen die Verfolgung, Entführung, Folterung und Ermordung insbesondere von Arbeiterführern.
Anfang September gab es Arbeitsniederlegungen und Bummelstreiks bei den US-Automobilkonzernen Chrysler, General Motors und Ford, an denen „nach privaten Schätzungen rund 70.000 Arbeiter beteiligt gewesen sein sollen" (NZZ 5.10., SZ 10.9.). Als die Militärjunta ein Dekret verabschiedete, wonach gegen Streikführer hohe Gefängnisstrafen verhängt werden können und die Kapitalisten das Recht erhielten, streikende Arbeiter zu entlassen und diese das auch sofort zu tun begannen, bröckelte die Streikfront ab. Aber da sich die Lebens- und Arbeitsbedinungen der Arbeiter dadurch natürlich nicht verbesserten, wurde der Widerstand nach kurzer Zeit in schärferer und klarerer Form wieder hervorgetrieben. Ende September traten insgesamt mehr als 20.000 Arbeiter bei Chrysler, General Motors, Ford, Fiat, Renault, Mercedes-Benz und Borgward in den Streik. Die Streikwelle dauerte eine Woche (Guardian 22.9., Ch-N. Nr. 42).

Der große Kampf der Elektrizitätsarbeiter
Bisheriger Höhepunkt der sozialen Unruhen in den letzten Monaten ist der Streik, der am 5. Oktober in den Elektrizitätsunternehmen der Provinz Buenos Aires begonnen wurde. Die drei Unternehmen SEGBA (staatlich),


Gewinntransfer

CIADE (in der Hand von italienisch-schweizerischem Kapital) und AEE (ebenfalls staatlich) versorgen über ein Drittel der argentinischen Bevölkerung mit Elektrizität. Durch den Streik der in diesen drei Unternehmungen 30.000 Beschäftigten herrschte im Bereich der Stromversorgung von Groß-Buenos-Aires praktisch Generalstreik. Dieser Streik ist der „schwerste Arbeitskonflikt seit dem Sturz des peronistischen Regimes" (FR 18.10.). Der Arbeitskampf ist die Antwort auf die Bekannt gabe der Entlassung von 264 Arbeitern und Angestellten der SEGBA sowie beabsichtigte Entlassungen in den beiden anderen Unternehmen. Die Mehrheit der Entlassenen waren Delegierte und Gewerkschaftsfunktionäre. Daß das internationale Finanzkapital dabei direkt seine Finger im Spiel hat, zeigt eine Nachricht in der FR. „Einerseits möchte man eine offene Konfrontation mit den Gewerkschaften vermeiden, während andererseits der Internationale Währungsfonds und die Weltbank – die SEGBA einen Kredit von 125 Millionen Dollar eröffnet hat – massive Entlassungen und harten Unternehmerpolitik fordern" (FR. 18.10.).
Am Tag nach Beginn des Streiks solidarisierten sich das Personal der Poliklinik und die Elektrizitätsarbeiter der Nachbarstadt La Plata mit dem Streik in Groß-Buenos-Aires. Die Streikenden hielten nur noch einen Notdienst aufrecht, der die Wohnviertel der werktätigen Bevölkerung mit Elektrizität versorgte. Die Stadtteile, in denen die herrschenden Klassen leben, erhielten keine Elektrizität. (CH-N. Nr. 42).
Gleichzeitig gab es Anschläge auf die Einrichtungen der Elektrizitätsunternehmen. Am 5.10. brach ein Brand im Kraftwerk der SEGBA am Hafen von Buenos Aires aus. Hafenpolizei und Marineinfanterie besetzten daraufhin das Kraftwerk, um weitere Anschläge zu verhindern. Einige Stunden später expolodierte eine Bombe in der Reparaturabteilung für Meßgeräte. Bei CIADE brannte ein Elektrogenerator aus. Am 8.10. explodierte eine Bombe im Computerzentrum von SEGBA trotz der Besetzung durch Heeres- und Marineeinheiten. (CH-N. Nr. 42). Auch Massenverhaftungen von 100 Streikenden konnten die Streikenden nicht einschüchtern. Die Attentate gegen Einrichtungen der 3 Unternehmen nahmen zu: Bomben explodierten, Kabel wurden durchgeschnitten usw.
Am 12.10. ließ der Streik etwas nach. Die Beschäftigten kehrten an ihre Arbeitsplätze zurück, setzten aber in vielen Fällen ihren Protest vor allem in Form eines „Dienstes nach Vorschrift" fort. Die Militärführung des Unter nehmens AEE wähnte sich in der Oberhand und entließ 40 Beschäftigte, die als Streikführer aktiv gewesen sein sollten. Drei Gewerkschaftssprecher wurden von Heereseinheiten entführt. Diese Maßnahmen führten zu einem neuen Aufschwung der Streikbewegung. „Die Hartnäckigkeit des Konflikts hat die Regierung zweifellos überrascht", meldet die NZZ am 19.10.. Es wurde wieder gestreikt. Die Sabotageakte nahmen wieder zu. Und zusätzlich breitete sich nun der Protest auf andere Bereiche und auf das Landesinnere aus. (CH-N. Nr. 42).
Am 26.10. berichtet die NZZ, der „Arbeitskonflikt in der argentinischen Elektrizitätswirtschaft... (sei)... mit einem Waffenstillstand zu Ende gegangen". Als aber daraufhin etwa 500 Beschäftigte, die an dem Streik teilgenommen hatten, entlassen wurden, legten Tausende von Elektrizitätsarbeitern der SEGBA und der CIADE wieder die Arbeit nieder oder arbeiteten „nach Vorschrift". Daran konnten sie auch durch die Androhung von Festnahmen oder Dienstverpflichtung nicht abgehalten werden. Um das Verlassen der Arbeitsplätze durchzusetzen, wurde in einigen Betrieben und Büros Insektenpulver ausgestreut. „In einigen Vororten soll es zu Stromausfall gekommen sein." (SZ 29.10.).
Am 2.11. wurde eine Anzahl Streikender von Militäreinheiten festgenommen (SZ 4.11.).
Der nun schon über einen Monat dauernde Kampf der Elektrizitätsarbeiter geht aber weiter. SEGBA und CIADE „melden noch und noch Störungen in der Stromversorgung. Die Belegschaft in den Werken und Büros verrichtet bald 'Langsamarbeit', bald ruht der Betrieb vollständig. Nur wenn Uniformierte mit geladener Waffe auftauchen, bewegt man sich ... bis sie wieder abziehen." (FR 6.11.).

Der Widerstand breitet sich aus und drückt sich in den verschiedensten Formen aus
„Die allgemeine soziale Unruhe ist nicht zu übersehen. Sie erstreckt sich auf eine ganze Reihe von Sektoren." (NZZ 26.10.).

„Unruhe machtsich nun auch unter den Bankangestellten, den Chemiearbeitern, in der Textil- und Metallindustrie bemerkbar." (SZ 21.10.). Seit Anfang November streiken über 9.000 Stauer und Maschinisten im Hafen von Buenos Aires gegen das Sinken des Reallohns und Kürzungen der Zulagen für Überstunden und Nachtarbeit. (FR 6.11.).
Zunehmend öfter wird der Widerstandswille auch außerhalb des Arbeitsbereichs sichtbar. Im Juli tauchte eine große Anzahl von Geldscheinen mit Parolen wie „Nieder mit der Diktatur" und „Freiheit für alle politischen Gefangenen" auf. Die Militärdiktatur mußte schließlich die Einziehung der Geldscheine und die Prägung von Metallgeldstücken verfügen. Auf der Rückseite von Bus- und Zugsitzen tauchten politische Parolen auf oft mit Lippenstift gemalt. (CH-N, Nr. 41).
„Auf den Fußballplätzen kann man bereits antigouvernamentale Schlagwörter skandieren hören, und an den Häuserwänden tauchen die ersten Inschriften auf, die zu einem Generalstreik aufrufen." (NZZ 26.10.).
Guerilla-Organisationen entführen und erschießen leitende Angestellte und führende Mitglieder des Aufsichtspersonals der großen ausländischen Konzerne und des einheimischen Großkapitals, so bei Chrysler (SZ 11.9.), bei dem deutschen Chemieunternehmen Schering (SZ 21.9.), bei Renault (SZ 13.10.), bei Borgward (SZ 20.10.), bei Cantabrica (SZ 11.11.) und bei einer argentinischen Textilfabrik (SZ 18.11.).

Verzweifelte Gegenmaßnahmen der Militärjunta
Die Militärjunta versucht immer verzweifelter den wachsenden Widerstand im Lande zu unterdrücken und der Zerstörung ihres weithin zunächst „unblutigen" Images im Ausland entgegenzuwirken.
Sie hat „eine Public-Relations-Firma für 1 Million dollar beauftragt, das Bild des Landes im Ausland aufzubessern". „Bestimmte argentinische Journalisten" seien damit beauftragt worden, 'positive Artikel' über das Land zu veröffentlichen, die auch im Ausland erscheinen sollen. Außerdem seien ausländische Vertreter von Zeitungen und Massenmedien auf Kosten des Staates nach Argentinien eingeladen worden." (SZ 23.11. unter Berufung auf den 'Buenos Aires Herald').
Durch Gesetz haben die Militärs einen Zustand abgesegnet, der in der Praxis schon bestand: Militärgerichte dürfen jetzt auch formell Zivilisten aburteilen. Hierfür wurden nun allerdings noch militärische Sondergerichte eingesetzt. (SZ 22. u. 25.11.). Die Gefängnisstrafen für der „Subversion" Verdächtige und Streikführer wurden drastisch erhöht, für „subversive Tätigkeit"von 3 auf 8 Jahre, für Streikführer von 2 auf 4 Jahre. (SZ 22.11.).

Das argentinische Volk läßt sich in seinem Kampf für nationale Unabhängigkeit und Demokratie nicht aufhalten.
Alle diese und ähnlichen Maßnahmen der Militärjunta werden den Widerstand des argentinischen Volkes und dessen nicht zu übersehenden Aufschwung in den letzten Monaten nicht niederhalten können. Das haben die Kämpfe vor allem der Automobil- und Elektrizitätsarbeiter deutlich gezeigt. Wenn auch die Herrschaft des Imperialismus und seiner argentinischen Verbündeten nicht unmittelbar gefährdet ist: die Organisierung des Widerstands gegen Ausbeutung und Unterdrückung und der Kampf für nationale Unabhängigkeit und Demokratie schreiten voran. Die Gewerkschaften werden in der Illegalität unter Ausschluß der verräterischen Gewerkschaftsbürokraten wieder aufgebaut. Die betrieblichen und überbetrieblichen Kampforgane der Arbeiter („Comisiones Internas", „Mesas Provisorias", „Comites de Resistencia", „Coordinadoras de Lucha" usw.) sammeln wichtige Erfahrungen und stärken sich.
Daß das politische Bewußtsein und die Einsicht in die Notwendigkeit gemeinsamen, geschlossenen Handelns weiter wächst, zeigt das Verhalten einer großen Zahl von Metallarbeitern in Buenos Aires am 7. September. Der 7. September ist der „Tag des Metallarbeiters", an dem die Metallarbeiter traditionell nicht arbeiten. Die Militärregierung versuchte nun in diesem Jahr, diesen Feiertag abzuschaffen und die Arbeiter an ihre Arbeitsplätze zu bringen. Sie versuchte es mit Verbot und Drohungen. Die Arbeiter des Unternehmens TAMET, eines wichtigen Metallbetriebs in Buenos Aires, und einiger anderer Betriebe in Buenos Aires entschieden, trotzdem ihren Feiertag zu feiern und nicht zu arbeiten. Und dies, obwohl z.B. die Geschäftsleitung von TAMET den Arbeitern für diesen Tag eine 100%ige Lohnzulage anbot. (El Combatiente v. 15.9.).

PERU

Proteste gegen Notstandsmaßnahmen
12.10.76 Il Manifesto
Seit Juli ist in Peru der Ausnahmezustand erlassen, der unter anderem eine Ausgangssperre und die Abschaffung des Streikrechts beinhaltet. In einem Kommunique protestierten die Gewerkschaften Perus hiergegen. Insbesondere forderten sie die sofortige Befreiung der verhafteten Gewerkschaftsführer, die Wiedereinstellung der willkürlich entlassenen Funktionäre und die Beendigung der „aggressiven Einschüchterungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse und das Volk". Das Kommunique wurde am 9.10. veröffentlicht. Es wurde unterzeichnet vom Allgemeinen Gewerkschaftsbund Perus, dem Nationalen Bund der Arbeiter und anderen Gewerkschaftsorganisationen.

Auch der peruanische Episkopat hatte sich am 4.10. für die Wiederherstellung des Streikrechts und die Sicherung der Arbeitsplätze ausgesprochen.

Südliches Afrika

ZIMBABWE

Politische Maßnahmen des Siedler-Regimes
Politisch lavierte die Rassisten-Regierung mit „Reformen" herum. – Ende April nahm Smith 7 Schwarze in seine Regierung auf (vgl. „blätter" Nr. 54). Diese „Chiefs" gelten nicht nur bei den städtischen Afrikanern als Verräter. In ihrem Stammesherrschaftsgebiet mit einem hohen Maß richterlicher und politischer Macht ausgestattet, sollen sie fürs Smith-Regime die – relativ gut bezahlte – Funktion erfüllen, die afrikanischen Nationalistenbewegungen von ihren Territorien fernzuhalten.
– Eine weitere Augenwischerei war eine von der Regierung eingesetzte „Reform"-Kommission. Die Empfehlungen des Untersuchungsausschusses (Smith zuerst: „ausgewogen" und „annehmbar") waren u.a. „Verurteilung jeder Rassendiskriminierung, ... Bildung eines Amtes für Rassenbeziehungen, das Fällen von Rassendiskriminierung auf Antrag nachgehen soll" sowie „Rückkehr zur gemeinsamen Wählerliste"; ferner empfiehlt der Bericht „die weißen Wohngebiete in den Städten zwar weiterhin den europäischen Rhodesiern vorzubehalten, doch in den Geschäftszentren der Städte und in den Industriegebieten auch Schwarze siedeln zu lassen."
Außerdem sollte der Kommission zufolge den Schwarzen Zugang zum weißen Farmland gewährt werden (FR 16.6.76).
Allerdings weicht der Bericht der Frage aus, welche Qualiikationsänderungen für die Aufhebung der Rassentrennung bei den Parlamentswahlen notwendig wären. Bislang schließt ein höchst repressives Wahlsystem (vgl. „blätter" Nr. 46/47) den größten Teil der schwarzen Bevölkerungsmehrheit aus.
Über den Vorschlag, die Präsenz der Häuptlinge im Parlament zu erhöhen, geht das Kommissionspapier nicht hinaus.
Die Schwarzen, insbesondere die Befreiungsbewegungen, waren nicht interessiert an diesen Vorschlägen, die für die Rassisten die Leistung erbringen sollten, abzulenken vom Kerproblem; so, als gehe es primär um kosmetische Operationen in wirtschaftlich-„sozialen" Teilbereichen und nicht darum, daß die unterdrückte Mehrheit Zimbabwes die politische Macht erhält.
Aber selbst dieser Ablenkungsversuch wurde Anfang Juli mit überwältigender Mehrheit gerade auch der Abgeordneten der Regierungsfraktion in der Parlamentsdebatte abgelehnt.
Insbesondere lehnt das Kabinett laut seinem Sprecher die Wiedereinführung einer gemeinsamen Wählerliste aller Rassen ab (Smith dazu: „Wir glauben, daß unser derzeitiges Wahlsystem realistisch und fair ist, um sicherzustellen, daß die Regierung in verantwortungsvoller Hand bleibt" FR 24.7.1976). Auch sollen Afrikaner kein Land im „weißen" landwirtschaftlichen Gebiet kaufen können. Unannehmbar sei, einen Kodex von Grundrechten zu proklamieren, dessen Nichteinhaltung zu Klagen vor Gericht berechtigen würde. Auch sollen nicht sämtliche Hotels und Restaurants in städtischen Gebieten allen Rassen zugänglich gemacht werden (vgl. NZZ 14.7.76).
Wohl im Zuge der Ablehnung einer „Politik der Mäßigung" (so der rhodesische „Sunday Mail" vom 25. Juli) hat der stellvertretende Premier und Regierungssprecher Sutton-Pryce einen „Regionalisierungsplan" vorgestellt, demgemäß Rhodesien „in drei konföderative Staaten" aufgeteilt werden solle (vgl. FR 26.7.76), d.h. daß für die Weißen, die Shona (84 % der schwarzen Bevölkerung) und die Ndebele (14 % der Schwarzen) jeweils eigene Verwaltungen vorgeschlagen werden. Im Rahmen dessen soll die Stellung der Chiefs gestärkt werden. Die einzelnen Regionalverwaltungen – wirtschaftliche und politische Einheiten – sollen von der weißen Zentralregierung so viel Verantwortlichkeiten übernehmen, wie sie sich in der Lage zeigen, diesen gerecht zu werden. Sutton-Pryce zur Organisationsform solcher „Regionalverwaltungen": „das herkömmliche westliche Demokratieverständnis (sei) auf Afrika nicht anwendbar".

Wirtschaftliche Schwierigkeiten und Abwanderung
Gleichzeitig zu derartigem Druck der rhode-

sischen Rechten kommt die Wirtschaft in eine zunehmend heiklere Situation. „Wegen des Wirtschaftsboykotts muß Rhodesien dieses Jahr die Tabakpreise mit rund 9 Mio. Pfund subventionieren, die Viehzucht mit 5,5 Mio., die durch die Schließung der Grenzen Sambias und Mosambiks betroffenen Eisenbahnen mit 25 Mio. Pfund." Dazu kommt die enorme Belastung durch den Militärhaushalt. „Direkte und indirekte Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit steigen auf 115 Mio. Pfund Sterling an" (über 500 Mio. DM) verglichen mit 85 Mio. im letzten Jahr. (vgl. NZZ 14.7. 1976).

Ein weiterer wichtiger Faktor ist die ständige wachsende Auswanderungstendenz. Nach der offiziellen rhodesischen Statistik liegt die Zahl der Abwanderer um ein Drittel höher als im Vergleichszeitraum 1975. Danach verließen 7128 Weiße bis zum 30.6.76 das Land. Verglichen mit dem entsprechenden Zeitraum 1975 wanderten damit 2280 Weiße mehr aus. Im ersten Halbjahr 1975 dagegen war ein Einwanderungsplus von 1590 zu verzeichnen gewesen.

Um den Abwanderungen Einhalt zu gebieten, sollen künftig Auswanderer nur noch 1.000 rhodesische Dollar (= ca. 4.100 DM) mit sich führen dürfen.

Wichtiger noch als die Zahlenbilanz ist, daß hauptsächlich Fachkräfte im Alter von 20-40 Jahren emigrieren (Mediziner, Ingenieure, Lehrer(innen), Baufacharbeiter, Krankenschwestern etc.). Das Bildungsniveau der einwandernden Weißen liegt in der Regel niedriger. Damit wird von Rhodesien, aufgrund entsprechender repressiver Gesetze, eine schwer ersatzbare Schicht abgezogen. (vgl. z.B. NZZ 14.7.; 18.7.; 24.9.; FR 5.8.).

Häufig kehren auch rhodesische Studenten in Südafrik nicht zurück, um so dem Wehrdienst zu entgehen. Oder: der konservative „Sunday Telegraph" vom 18. Juli berichtet von mehreren hundert asylsuchenden weißen Wehrdienstverweigerern, die von einer Untergrundorganisation im Londoner Flughafen Heathrow empfangen wurden (nach britischen Einwanderungsbestimmungen gibt es für Rhodesier offiziell keine Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung.)

Stark strapaziert die Volkswirtschaft auch der bis zur Grenze des Möglichen getriebene personelle Abzug in den militärischen Bereich. Bereits im vergangenen Jahr litten zahlreiche Industriebetriebe und landwirtschaftliche Unternehmen darunter, daß gerade jüngere Arbeiter lange Zeit von ihrem Arbeitsplatz abwesend waren. Derzeit werden Ehefrauen aufgefordert, die Arbeitsplätze ihrer Männer auszufüllen; Pensionäre, wieder ihrer alten Arbeit nachzugehen (vgl. FR 22.6.76). Militärisch schlägt sich derartiger Personalmangel in einem hohen Import ausländischer Söldner nieder. Wie das britische Fernsehen BBC meldet sind fast 80 % der neu Rekrutierten ausländischer Nationalität. BBC zufolge hat Rhodesien in den nichtkommunistischen Ländern ein bedeutendes Netz zur Anwerbung Freiwilliger aufgebaut. Die meisten Import-Soldaten stammen aus den USA, Großbritannien, Südafrika und der BRD. (vgl. NZZ 22.7.76).

Die Situation im bewaffneten Befreiungskampf

Der Guerillakrieg intensivierte sich quantitativ und qualitativ.

Die Zahl der Opfer lag Ende Mai bereits höher als die Gesamtzahl der insgesamt im Vorjahr Umgekommenen. Parallel zur hohen Zahl der Gefallenen hat eine Ausweitung des Gebiets der Guerillaattacken stattgefunden. Bis zum Februar dieses Jahres blieb der Krieg weitgehend auf den Nordosten beschränkt. Seither ist aber die Front von Mosambik aus auf den Südosten und in die Südregion ausgedehnt worden. Auch an der Grenze zu Botswana kam es zu Zwischenfällen. Das Operationsgebiet, in dem zahlreiche Grenzüberfälle von beiden Seiten zu verzeichnen sind (vgl. z.B. NZZ 16.7.; 28.7.; 10.8. FR 11.8.; NZZ 20.8.; 10.9.) erstreckt sich somit über eine Länge von rund 1.500 Kilometern (vgl. NZZ 1.6.; 15.8.).

Aber auch innerhalb von Zimbabwe verstärkt sich der bewaffnete Kampf.

So werden in der letzten Juli-Woche mehrere Sprengstoffanschläge in Salisbury gemeldet (am 20. Juli explodierten dort – nach 8 Jahren – die ersten Handgranaten) (vgl. FR 2.8.76) oder Guerilla Überfälle in der Nähe der Victoria-Wasserfälle (vgl. z.B. NZZ 2.11.76).

Die durch die Presse bekanntgewordenen Guerilla Angriffe der letzten Wochen in Rhodesien.

Insgesamt gesehen sind die hervorstechenden Angriffsziele der Guerilla
- Straßen und Eisnbahnverbindungen besonders mit Südafrika (vgl. „blätter" Nr. 54)
- Behinderung der Landwirtschaft im Osten des Landes (eine wichtige Stütze des weißen Minderheitsregimes)
- Lebensmittelvorräte auf Farmen Allgemein: Überfälle zur Verunsicherung der Weißen Farmbevölkerung (zu dieser Schicht s.u.).

Angesichts dieser flächenmäßig und personell fürs Regime zunehmend unbeherrschbaren Guerilla zeigen die Rassisten blinde Hektik und verstärkte Brutalität.

Wegen ihrer Teilnahme an den oben erwähnten Bombenanschlägen (Angriffsobjekte: mehrere Eisenbahnlinien sowie ein Restaurant und ein Nachtclub in Salisbury) wurden acht Schwarze zum Tode verurteilt. Der „Guardian" zum Prozeß: „Die Zeugen der Anklagemachten den Eindruck, als seien sie nicht schlecht bezahlt für ihre Aussagen".

Bekannt wurde der Fall des katholischen Bischofs der Diözese Umtali, Donal Lamot, der zu 10 Jahren Gefängnis und Zwangsarbeit verurteilt wurde, weil er verwundete Guerillakämpfer, die in seiner Missionsstation medizinisch versorgt wurden, nicht angezeigt hat (vgl. FR 2.10.; 4.10.).

Mittlerweile wurde die Liste von „Tatbeständen" zur Vollstreckung der Todesstrafe u.a. durch den Passus verlängert: „... dazu gehören u.a. Rekrutierung von Partisanen, Nichtanzeige von Beobachtungen über Guerillatätigkeit oder Waffenverstecke sowie Hilfe an Rebellen." (NZZ 10.9.76).

Eine weitere Einrichtung mit dem Ziel, die Bevölkerung von denen zu trennen, die den bewaffneten Kampf für ihre Befreiung auf sich genommen haben, sind die sogenannten „Wehrdörfer" (vgl. „blätter" Nr. 54). Mit brutaler Verachtung gegenüber den darin zusammengezogenen Schwarzen geführte Lager; deren Ideologie: „Schutz der Schwarzen vor Guerillaangriffen" entlarvt sich z.B. durch die „Sperrstunden"-Bestimmungen. Das „Zapfenstreichgesetz" sieht vor, alle, die zwischen 6 Uhr abends und morgens (– welcher rhodesische Bauer hat eine Uhr? –) außerhalb des „geschützten Dorfes" angetroffen werden, ohne weiteres zu erschießen. Deren Gräber sind im Lager vorsorglich bereits ausgehoben.

Die Taktik der Rassisten zeigt sich in Berichten über Terror gegenüber Dorfgemeinschaften („Kollektivstrafen"), deren Bewohner verdächtig sind, Mitglieder der Befreiungsbewegung zu verpflegen (vgl. Kasten), zeigt sich auch in den zahlreichen Berichten über grenzübergreifende Operationen. Operationsziele scheinen primär Wirtschaftseinrichtungen, um die Grenzgebiete gerade Mosambiks lahmzulegen.

Jüngstes Beispiel einer derartigen Offensive war ein drei Tage dauernder großangelegter Angriff auf Mocambik. Mit schweren militärischer Ausrüstung wie Kampfhubschraubern, Artillerie, Panzereinheiten und Luftwaffe stieß rhodesisches Militär in mehreren Teiloperationen auf einer ca. 700 Kilometer breiten Front ungefähr 90 Kilometer ins Land vor. „Der rhodesische Angriff war ... von den staatlichen Nchrichtenorganisationen Mosambiks gemeldet worden. Die Gruppen des weißen Minderheitsregimes in Salisbury hätten an zwei Fronten im Nordosten und Südosten angegriffen, hieß es. In der Tete-Provinz seien sie bis Chicoa am Cabora-Bassa-Staudamm vorgedrungen. Sie hätten alle Verbindungswege gesprengt sowie eine Brücke über den Pungwe-Fluß, 80 Kilome-

MASSAKER DER „SICHERHEITSKRÄFTE" IN ZIMBABWE

Tom Mc Carthy, ein junger Engländer, wurde im Juni 1975 über die südafrikanische Botschaft in London für die „Rhodesian Light Infantry" angeworben. Er kämpfte bis Januar 1976 in den Rängen der rhodesischen Armee. Was er dort gesehen und erlebt hat, veranlaßte ihn zu desertieren, und es gelang ihm, mit gefälschten Papieren, über Johannesburg nach England zurückzukehren.

Mc Carthys Bericht

Im August 1975, berichtet Mc Carthy, gelang es einem Geheimdienstoffizier der rhodesischen Armee (Special Intelligence Branch) in ein Unterstützungsnetz der Untergrundkämpfer einzudringen, welches in Salisbury Lebensmittel, Geld und Material für die Kämpfer sammelte, die im Hügelland operierten. Diesem Spion gelang es offenbar, in solchem Maße das vollständige Vertrauen der Gruppe zu gewinnen, daß ihm sehr wichtige Kuriermissionen anvertraut wurden.

So kam es, daß er Mitte Oktober damit beauftragt wurde, 2.000 rhodesische Dollar und eine bestimmte Menge von Radioersatzteilen, gesammelt durch das Unterstützungsnetz von Salisbury, an eine Gruppe von Guerilleros zu liefern, die ein bestimmtes Dorf im Einsatzgebiet nördlich des Mont Darwin aufsuchen sollten. Selbstverständlich wurden die Sicherheitskräfte sogleich von dieser Mission unterrichtet, die um den 20. Oktober stattfinden sollte.

„Zu dieser Zeit", fährt Mc Carthy fort, „war ich am Mont Darwin stationiert, wo wir in „fire force" versetzt worden waren, das heißt in Alarmzustand, bereit in die Hubschrauber zu springen, sobald das Signal gegeben wurde.

„Freitag, den 17. Oktober werden 16 Männer, darunter ich selbst, in die Einsatzzentrale des Mont Darwin gerufen. Man informiert uns, daß wir einen Hinterhalt legen sollen um ein Dorf, wo eine Gruppe von Terroristen während des Wochenendes erwartet wird. Der genaue Ort des Angriffs wird uns gezeigt: auf den Militärkarten ist es ein „Kraal" ohne Namen, ungefähr 7 Meilen östlich von der St. Alberts-Mission gelegen, auf der Südseite der Mavuradonha, einer Schlucht, die die rhodesischen Berge von den Tälern des Sambesi und Mozambique trennt. Auf diesen Karten kann ich die richtige Stelle auf eine Quadratmeile genau finden. Und ich bin bereit, unter Schutz, jeden der es wünscht an die Stätte des Massakers zu führen, wo man eines Tages eine Grube gefüllt mit Körpern entdecken wird – sechzig ungefähr – verbrannt und verstümmelt.

„Es ist eine Region, wo die Sichtverhältnisse recht gut sind, da weite Gebiete entlaubt worden sind. Wir sind am selben Abend noch aufgebrochen. Wir waren 16 Männer, unter dem Befehl eines 2. Leutnants namens Passiportious und begleitet von vier Männern des S.A.S. (Special Air Service), unter ihnen ein Offizier. Wir sind im Wagen gefahren, bis ungefähr fünf Meilen nördlich des betreffenden Dorfes. Dort angekommen haben wir Stiefel und Socken ausgezogen, um keine Spuren zu hinterlassen. Wir sind ungefähr zwei Stunden marschiert. Ein anderer Gefreiter und ich haben den Befehl erhalten, einen Beobachtungsposten auf einem der beiden schroffen Hügel einzurichten, die die Gegend überragen, während der Rest der Gruppe schweigend das Dorf umzingelte und sich in 400 yards Entfernung versteckte. Es handelte sich um ein kleines Dorf mit ungefähr 17 Hütten, die etwa 60 Personen beherbergten.

„Alle liquidieren!"

Die ganze Freitagnacht sind wir auf der Lauer gelegen ohne daß etwas geschah. Aber am nächsten Morgen verließ der „headman", der Dorfhäuptling, den Ort und kam drei oder vier Stunden später zurück mit einem großen Paket: wir sollten später erfahren, daß er den Kurier des Unterstützungsnetzes aus Salisbury getroffen und das für die Guerilleros gesammelte Geld und die Radioersatzteile erhalten hatte. In diesem Augenblick fragte einer von uns, ob wir Gefangene machen sollten. Der Offizier antwortete: „Nein! Wenn diese Bastarde von Schwarzen die Terroristen versorgen, dann gibt es nichts besseres zu tun, als sie alle zu liquidieren."

„An diesem zweiten Abend wurde es schon dunkel zwischen 17 Uhr und 17.30 Uhr. Im Dorf waren Feuer angezündet worden, während wir uns nicht rühren konnten, weder zum Urinieren noch zum Kochen oder Tee machen. Wir verwendeten „nightsights" (Nachtsuchgeräte wirksam sogar bei Sternenlicht und mit einer Sichtweite von 600 yards).

„Es war 19.30 Uhr oder 19.45 Uhr, als wir eine Bewegung nordwestlich des Dorfes bemerkten. Ich weckte meinen Begleiter, der neben mir schlief, und begann das Funkgerät in Gang zu setzen, während ich durch das „nightsight" beobachtete: ich zählte fast 17 „Terroristen" was die Spuren bestätigte, die wir ein wenig früher aufgespürt hatten.

„Ein Dutzend von ihnen blieben außerhalb des Dorfes, während die anderen hineingingen um den „headman" zu treffen. Sie sprachen und hielten sich bei den Händen gemäß dem üblichen Brauch. „Unser Offizier, der Kommandant des Zuges, hatte inzwischen, von dem Ereignis unterrichtet, angekündigt: „Eine Minute", was bedeutete, daß wir eine Minute Zeit hatten um unsere Sucher auf das Ziel zu richten. Was auch geschah. Im selben Augenblick feuerten wir zusammen Raketen, Maschinengewehre und andere automatische Waffen auf das Dorf ab. Dieses bestand nur noch aus Explosionen, Gegenständen und Körperteilen, die durch die Luft flogen, während die Hütten Feuer zu fangen begannen. Die Guerilleros, die außerhalb geblieben waren, glaubten zunächst, daß die Dorfbewohner sich gegen ihre Kameraden gewendet hatten. Sie gingen auf das Dorf zu, aber, den Hinterhalt bemerkend, machten sie kehrt. Es war zu spät. Nur dreien gelang es zu entkommen, und ich sollte später erfahren, daß zwei von ihnen gefaßt wurden. Dann drang unser Zug in das Dorf ein, mit Raketen und Granaten auf alles schießend, was noch am Leben war. Ich selbst und mein Kamerad erhielten den Befehl, unseren Beobachtungsposten zu verlassen und ins Dorf einzudringen, mit der Weisung jeden anzuhalten, der versuchte zu fliehen. Aber es gab nichts mehr außer zerfetzten Körpern, Blut und Verletzten die seufzten und schrieen. Unter den Opfern Frauen und Kinder. Ich sah einen Soldaten, der ein Baby vom Rücken seiner Mutter losriß, wo es in einer Decke festgebunden war, es an den Füßen packte und ihm den Schädel an einer Hüttenwand zerschmetterte. Dann wurden die Körper in eine Grube geworfen, im Nordosten des Dorfes, mit Benzin übergossen und angezündet. Die wenigen Überlebenden wurden erschossen.

Der Gnadenschuß

Nachdem mein Gefreiter verschwunden war, nahm ich das Funkgerät und begann unsere Position dem Hauptquartier durchzugeben, setzte noch hinzu „Auftrag ausgeführt", als der Offizier mich rief. Ich hatte schon einen sehr jungen „Terroristen" bemerkt, der nicht älter als 15 oder 16 sein konnte, und auf der Erde lag. Einer unserer Sanitäter war dabei ihn zu verbinden, wegen einer breiten Wunde am Rücken. Der Offizier befahl mir: „Sie schießen auf diesen schwarzen Bastard". Das waren seine Worte. Mir stockte der Atem. Ich wollte nicht gehorchen, deshalb antwortete ich: „Wozu denn, vielleicht können wir einige Informationen aus ihm herausholen?" Aber der Offizier blieb hart: „Nein, ich will nicht, daß er davonkommt." Ich nahm also meine Waffe. Aber ich konnte mich nicht entschließen, mein Opfer anzusehen. Der junge Mann bedeckte sein Gesicht mit den Händen und sagte kein Wort. Ich schoß, drehte dabei das Gesicht zur Seite und verfehlte ihn. Jedoch der Offizier zog mich an den Haaren, zwang mich den Terroristen anzusehen und befahl mir: „Nun schießen Sie ihr Magazin leer auf diesen Bastard, verstanden!" Ich war also gezwungen ihn zu töten. Ich habe ihn zwischen Nase und Oberlippe erwischt.

Man hat das durch das Unterstützungsnetz gesammelte Geld bei der Leiche eines Terroristen gefunden und der Offizier bestimmte: „Wenn die Polizei oder irgendjemand fragt, was mit dem Geld geschehen ist, dann antworten Sie, daß es von einem der Terroristen mitgenommen worden ist, denen es gelang zu entkommen."

Und er begann die Verteilung. Ich erhielt für mich ungefähr 80 Dollar und man bemerkte mir gegenüber: „Das ist nicht schlecht für die zwei Schüsse, die du abgefeuert hast." Ich fühlte mich krank.

Es gab andere, die sich offensichtlich genausowenig wohl fühlten in ihrer Haut wegen dieser ganzen Geschichte. Aber gleichzeitig hatte man das beängstigende Gefühl, daß man, wenn man riskierte davon zu sprechen, selbst das nächste Opfer wäre, wenn nicht gleich, dann wenigstens bei der nächsten Gelegenheit.

Frits N. Eisenloeffel
(übersetzt vom iz3w)
aus: Afrique Asie Nr. 114, 12.7.76

ter vor der Hafenstadt Beira, bombardiert." (SZ 3.11.).
Weitere Ziele waren vorgebliche und tatsächliche Guerillalager sowie der Militärstützpunkt von Charanga. (Vgl. NZZ 4.11.; SZ 4.11.) Auf diesen Angriff reagierte die Befreiungsbewegung mit einem Raketenbeschuß auf die Stadt Umtali.
Angesichts dieser numerischen und geografischen Eskalation, der Intensivierung des Befreiungskrieges und der großen Zahl seiner Opfer geht die Antwort des US-Außenministers Kissinger als Ausdruck tiefster Verachtung in die Chronik der Unterdrückten ein, es sei sein „Charme" gewesen, der den Rassisten Smith zum „Einlenken" gebracht habe. Dieser Ungeheuerlichkeit sekundiert die Borniertheit einer Gräfin Dönhoff, die – als Beispiel – Kissinger mit der Gloriole persönlicher „Meister(!)leistung" umgibt „durch richtiges Timing und persönliches 'Pendeln' etwas erreicht zu haben, worum sich die Engländer elf Jahre vergeblich bemüht hatten: Smith die grundsätzliche Einwilligung zur Majority Rule abzuringen und ferner die fünf Präsidenten der Nachbarländer dafür zu gewinnen, daß sie die schwarzen Nationalistenführer zu der Einsicht bringen, um wieviel günstiger eine friedliche Einigung ist als Krieg und Gewalt." (Die Zeit 22.10.76).

Nach ihren Erörterungen vom 25. und 26.9. erklärten die „Frontstaaten" – Präsidenten Machel (Mosambik), Nyerere (Tansania), Neto (Angola), Khama (Botswana) und Kauda (Sambia) in ihrem Kommunique u.a.: „Die Präsidenten haben die von dem illegalen und rassistischen Regime gekennzeichneten Vorschläge sorgfältig untersucht, die im Falle ihrer Annahme gleichbedeutend mit einer Legalisierung der kolonialistischen und rassistischen Machtstruktur wären... Die fünf Präsidenten bekräftigen, daß sie der Sache der Befreiung in Zimbabwe und dem bewaffneten Kampf verpflichtet sind. 'A luta continua' (Der Kampf geht weiter)." (zitiert nach „Die Welt" 29.9.76) Ebenso haben alle Sprecher der Befreiungsbewegungen den „Kissinger-Pain" als Diskussionsgrundlage abgelehnt.

Der „Kissinger-Plan"
In einem Teil der Welt, wo die Solidarität unter den Völkern stark ist, deren politische Führer relativ geschlossen auftreten und – vor allem – erfolgversprechende Experimente mit nicht kapitalistischen Entwicklungswegen laufen, findet sich der US-Imperialismus in der Defensive.
Gerade aber das Interesse am kapitalistischen status quo und allenfalls seiner „Entwicklung" bedingt die Notwendigkeit zur „Initiative". Einerseits im Blick auf Ausstrahlungseffekte möglicher Befreiung von imperialistischer Abhängigkeit, auf der anderen Seite, um die westlichen Verbündeten nicht zu verunsichern.
Ökonomisch liegt es im Interesse der USA – gerade auch nach dem „Fall" Angolas – die wichtigsten Positionen zu halten; große Investitionen stehen auf dem Spiel und die Verfügung der multinationalen Konzerne aus den USA und Europa über die für die Metropolen strategisch wichtigen Rohstoffe (vgl. auch Buro/Decke, Die 'neue' Anti-Apartheid Bewegung. „blätter" Nr. 53). Angesichts der engen Verflechtung mit den rassistischen Regimen ist im übrigen Image-Aufbesserung ein wichtiges Erfordernis. Insofern haben verbalradikale Stellungnahmen speziell zur Rhodesienfrage auch die Aufgabe, von der fortgesetzten Kollaboration mit dem noch wichtigeren Südafrika abzulenken.
Innerhalb dieses grob skizzierten Rahmens sind Kissingers Aktivitäten der letzten Monate im südlichen Afrika zu sehen.
Am Anfang der neuerlichen „Pendel"diplomatie Kissingers standen ausgiebige Gespräche mit RSA-Rassisten-Chef Vorster und mit Großbritannien, sowie Konsultationen in Frankreich und der BRD.
Bei der Gesprächsphase in Afrika selber traf Kissinger wieder mit Vorster, dann mit den Präsidenten der „frontlinestates" und schließlich mit Smith zusammen. Bis auf ein kurzes Gespräch mit Nkomo (FAZ 18.9.), dem zumindest in dieser Phase favorisierten Nachfolgepremier, gab es keinen Kontakt zwischen Kissingers diplomatischen Aktionen und den Befreiungsbewegungen.
Den Köder zu einer „friedlichen Lösung", die vom Prinzip der Mehrheitsregierung und garantierter Minderheitsrechte für die Weißen ausgehen müsse (vgl. z.B. NZZ 8.9.), stellt der Plan dar, der weißen Minderheit im Fall einer Machtübernahme durch die schwarze Mehrheit wirtschaftliche Garantien und ein finanzielles „Sicherheitsnetz" zu gewähren – im Rahmen „umfassender Wirtschaftshilfe". „Vor dem US-Senat nannte Kissinger einen Beitrag von einer Milliarde Dollar, er widersprach aber nicht, als ihm geantwortet wurde, drei Milliarden seien wohl realistischer. Aus Rhodesien selbst wird inzwischen die Summe von 12 Milliarden genannt ..." (SZ 16.9.).
Die Presse hat sich angewöhnt, das nicht unterzeichnete Ergebnis der Verhandlungen mit Smith „Kissinger-Plan" zu nennen. Die Vorschläge lauten:
1. Rhodesien stimmt zu, innerhalb von zwei Jahren eine Mehrheitsregierung zu bilden.
2. Vertreter der rhodesischen Regierung werden unverzüglich an einem gemeinsam vereinbarten Ort mit afrikanischen Führern zusammentreffen, um eine Übergangsregierung zu organisieren, die bis zur Bildung der Mehrheitsregierung amtiert.
3. Die Übergangsregierung soll aus einem Staatsrat bestehen, der zur Hälfte schwarze und zur Hälfte weiße Mitglieder sowie einen weißen Vorsitzenden ohne besonderes Stimmrecht hat. Die europäische und die afrikanische Seite benennen ihre Vertreter. Zu seinen Funktionen zählen: Gesetzgebung – allgemeine Beaufsichtigung und Überwachung der Ausarbeitung der Verfassung.
Die Übergangsregierung soll außerdem einen Ministerrat mit afrikanischer Mehrheit und einem afrikanischen ersten Minister haben. Während der Amtsperiode der Übergangsregierung sollen die Minister für Verteidigung sowie für Recht und Ordnung Weiße sein. Entscheidungen des Ministerrates müssen mit Zweidrittelmehrheit getroffen werden. Zu seinen Aufgaben gehören: übertragene Gesetzgebungsgewalt und exekutive Verantwortung.
4. Das Vereinigte Königreich wird Ermächtigungsgesetze für den Übergang zur Mehrheitsherrschaft erlassen. Nach Inkraftsetzung dieser Gesetze wird Rhodesien ebenfalls Gesetze erlassen, falls das für diesen Prozeß notwendig sein sollte.
5. Mit der Bildung der Übergangsregierung werden die Sanktionen aufgehoben, und alle Kriegshandlungen einschließlich des Guerillakrieges werden eingestellt.
6. (ist die vereinbarte Kurzfassung eines längeren Dokuments)
Beträchtliche wirtschaftliche Unterstützung wird von der internationalen Gemeinschaft zur Verfügung gestellt, um den Rhodesiern Sicherheit hinsichtlich der wirtschaftlichen Zukunft ihres Landes zu geben. Ein Treuhandfonds wird außerhalb Rhodesiens errichtet, der ein bedeutendes internationales Vorhaben organisiert und finanziert, das den wirtschaftlichen Möglichkeiten dieses Landes und den Auswirkungen der sich vollziehenden Veränderungen gerecht wird. Der Fonds wird unte anderem die inneren und äußeren wirtschaftlichen Bedingungen fördern und Entwicklungshilfe, Garantien und Investitionsanreize für eine Vielzahl von Projekten gewähren.
Das Ziel wird es sein, die industrielle und Rohstoffproduktion des Landes zu erweitern, das landwirtschaftliche Potential durch geeignete Landerschließungs- und -entwicklungsprogramme zu steigern sowie die notwendigen Ausbildungs- und Bildungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen, um den Bedarf an Fachkräften zu decken.
Rentenansprüche, Investitionen des einzelnen Bürgers in sein Heim und/oder seinen Hof und die Überweisung privater Geldmittel ins Ausland in noch festzusetzender Höhe werden von der Übergangs- und den Folgeregierungen garantiert werden. Diese spezifischen Maßnahmen werden von dem Treuhandfonds abgesichert, wodurch die Regierungsgarantie auf eine feste internationale Grundlage ge-



stellt wird.
(zitiert nach FR 27.9.76).
Smith hat allen Grund, diesen Plan gutzuheißen.
Wirtschaftlich in erheblichen Schwierigkeiten, wird nun ein riesiges „Wirtschaftshilfe"programm in Aussicht gestellt. Militärisch in prekärer Lage, sollen „planmäßig" die bewaffneten Befreiungskämpfer entwaffnet werden.
Politisch international kritisiert, verheißt ihm ein Akzeptieren dieser Vorschläge zunehmende Aufwertung.
Außerdem sollen ja die entscheidenden Ressorts „Verteidigung" und „Recht und Ordnung", d.h. die ganze Exekutivmaschinerie der rhodesischen „Sicherheitskräfte", in Händen des Rassistenregimes bleiben.
Die schroffe Ablehnung dieses Programms von seiten der Befreiungsbewegungen und der „Frontstaaten"-Präsidenten wurde bereits erwähnt.
Angesichts dieser offenkundigen Differenzen, verstärkt noch durch Kissingers Taktik der Einzelgespräche, wohl um Konfusion hervorzurufen (jeweils glauben die Konsultierten über präzise Positionen der Gegenseiten informiert zu werden, wo es sich offenbar häufig nur ums Interpretationskonglomerat und Planziel Kissingers handelt; vgl. „Der Spiegel" 4.10.), und dadurch, daß die entscheidenden „Partner", nämlich die Befreiungsbewegungen, nicht zu kontaktieren waren, ist es nicht verwunderlich, daß die Diskussionsgrundlage der Genfer Rhodesienkonferenz kontrovers war.

Die Genfer Konferenz
Wollte Smith das „Kissinger Paket" (Package Deal") „abhandeln" (vgl. z.B. NZZ 23.10.), so war dies von vornherein für alle Delegationen der Befreiungsbewegungen indiskutabel.
Für sie geht es allenfalls darum, auf Gesprächsebene die Art und Weise zu regeln, wie die von Großbritannien und dem „Rebellen" Smith gehaltene Regierungsgewalt in die Hand der schwarzen Mehrheit übergehen soll.
Großbritannien hat in Person von Sir Ivor Richard (letzte Beschäftigung: britischer UN-Botschafter) die Leitung der Konferenz übernommen. Mit ihr und der rhodesischen Delegation (angeführt von Ian Smith) verhandeln von seiten der Befreiungsbewegungen 4 Abordnungen: mit Muzorewa (ANC) und Sithole (der sich auf einige Kader der ZANU beruft) als Führer, sowie unter Führung Mugabes und Nkomos (der u.a. den früheren rhodesischen Premier und heftigen Gegner von Smith, Todd, in seiner Abordnung hat), den Delegationsleitern der zur „patriotischen Front" zusammengeschlossenen Organisationen ZANU und ZAPU.
Von Anfang an hat gerade die ZANU betont, daß der Befreiungskampf zweigleisig geführt werde. Danach stellen die Verhandlungen die sekundäre Schiene dar. Primär sei die Fortführung und Verstärkung des bewaffneten Kampfes. Bereits vor Genf vertraten alle vier Delegationen, wenn auch mit unterschiedlicher Deutlichkeit, diesen Standpunkt.
Insbesondere betreibt die von Mosambik aus operierende ZIPA (zu den verschiedenen Organisationen vgl. „blätter" Nr. 54) die intensivere Fortführung des Guerillakampfs (vgl.z.B. FR 29.10.).
Bisher hatte die am 28.10. im Genfer „Palais des Nations" begonnene Konferenz im wesentlichen zwei Verhandlungsgegenstände: 1) Festsetzung eines Termins für die Unabhängigkeit Zimbabwes, 2) Struktur einer Übergangsregierung.
Nachdem der 1. Punkt ohne Beschluß blieb (der britische Kompromißvorschlag: 1. März 1978; die schwarzen Nationalisten: 1. Sept. 1977. Smith a la Kissinger-Ülan: 2 Jahre; vgl. NZZ 4.11.; 8.11.), versucht Sir Richard jetzt, die Gespräche auf die Struktur einer Übergangsregierung zu lenken. Muzorewa, der offenbar auf alsbaldige Wahlen drängt (aus seiner Delegation verlautet, daß es „keine ideologischen Differenzen zwischen allen vier Bewegungen" gäbe „außer dem Unterschied, daß die anderen eine eingesetzte Übergangsregierung und wir eine gewählte wollen" – Interview mit dem Organisationskomitee südliches Afrika vom 23.11.76 in Genf), legte einen detaillierten Entwurf in dieser Richtung vor (NZZ 1.11.).

Die weißen Farmer und das internationale Kapital
Die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfs („die Konferenz findet auf dem Schlachtfeld (und nicht in Genf) statt, und dorthin müssen wir zurückkehren"; so ein Mitarbeiter Mugabes gegenüber „Newsweek") wird plausibel gerade angesichts der sozialen Struktur der weißen Minderheit.
Der zahlenmäßig 20 mal größeren afrikanischen Bevölkerung stehen per Gesetz weniger als 50 % des Landes zu. Nur 9.000 weiße Farmer (von ca. 250.000 Weißen insgesamt) besitzen den landwirtschaftlich einträglichen Rest. Es versteht sich, daß diese Weißen in einem von Schwarzen regierten Zimbabwe keine derartige Existenzmöglichkeit mehr haben werden. Für sie bleibt nur die Alternative: Aufrechterhaltung der bestehenden Verhältnisse mit allen Mitteln oder die Flucht.
Da die Auswanderer nur bescheidene Werte mitnehmen dürfen (s.o.) und die Farmer in einem anderen Land nicht die gleichen Möglichkeiten haben wie Ärzte oder Ingenieure, ist es begreiflich, daß ihnen jetzt nur die „verzweifelten Tritte eines sterbenden Pferdes" (Kaunda anläßlich der erwähnten Großoffensife gegen Mosambik) einfallen. Für sie gibt es in Genf nichts auszuhandeln.
Dieser politisch maßgebliche „harte Kern" ist es, dem die militärischen Operationen des Rassisten-Regimes nicht absurd vorkommen (vgl. FR 3.11.), bei ihm ist kein „Absacken der Kampfmoral" (SZ 2.11.) festzustellen. Dieser Schicht ist offensichtlich auch die Beurteilung einer Genfer „Lösung" durch den oben erwähnten Sutton-Pryce nach dem Mund geredet: „Wir hätten ... zwei Jahre, um in einem offenen Markt Handel zu treiben, zwei Jahre, um die Wirtschaft mit dem Entwicklungsfond von zwei Milliarden Dollar zu beleben, zwei Jahre, um Waffen, Kriegsmaterial und Streitkräfte aufzubauen. Der Markt für die Rekrutierung von Soldaten wäre günstiger." (FR 2.11.76).
Gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe befindet sich das internationale Kapital in gewissem Widerspruch. Erhält sich jene durch Ausbeutung mit Hilfe des unveränderlichen Merkmals „Hautfarbe", so ist dieser nicht an rigider Rassentrennung gelegen.
Das ökonomische Interesse der Imperialisten richtet sich besonders auf ungehinderten Zugang zur weiteren Ausbeutung der reichen Rohstoffvorkommen. Rhodesien steht in der Goldproduktion an 6. Stelle, in der Chromproduktion an 3. Stelle, in der Lithiumproduktion an 1. Stelle in der Welt. In diesem Land befinden sich die bedeutendsten Asbestlagerstätten (mit einer der besten Asbestsorten, dem Chrysol-Asbest) der gesamten kapitalistischen Welt. Daneben gibt es bedeutende Lagerstätten an Kupfer, Nickel und – was im Vergleich zu den übrigen afrikanischen Staaten wichtig ist – Kohle.
Ein führender Bankier in Salisbury sagte der „New York Times" am 17. Oktober, er schätze, daß 90 Prozent dieses Rohstoffreichtums zu „ungefähr gleichen Teilen" im Besitz amerikanischer, britischer und südafrikanischer Gesellschaften sei. (Was die Fertigungsindustrie angeht, schätzte er ausländisches Eigentum auf 80 % – verteilt auf Großbritannien und Südafrika).
Die Pläne für ein weiterhin kapitalistisches Rhodesien werden denn auch eifrig geschmiedet (wir berichteten bereits über die Vorkehrungen der Whitsun-Stiftung, vgl. „blätter" Nr. 54). So fand am 8.10. in New York ein bekanntgewordenes Geheimmeeting von rund 20 amerikanischen Banken und Gesellschaften statt, denen der stellvertretende US-Wirtschaftsminister William Rogers ihre wichtige Rolle in der Zukunft Zimbabwes erläuterte. (vgl. auch FR 8.11.). Den Vorsitz führte Senator Jacob Javits und an der Sitzung nehmen führende Männer von Union Carbide, Mobil Oil, 3-M, Citibank und Chase Manhatten teil. Ein Beschluß über massive Investitionen wurde – wie es heißt – vertagt und von den Ergebnissen der Genfer Rhodesien-Konferenz abhängig gemacht.
Darüber hinaus haben auch Konferenzen amerikanischer, britischer und südafrikanischer Funktionäre stattgefunden, um die Schaffung des „Zimbabwe Adjustment Fund" (Zimbabwe Ausgleichsfond, s.o.) zu diskutieren.
Es heißt, der Fond solle den Weißen, die sich nach der Machtübernahme einer schwarzen Regierung zur Flucht entschließen, eine „Abschlagzahlung" gewähren; aber der Hauptzweck des Fonds ist, so viele Weiße wie möglich zu veranlassen, in Rhodesien zu bleiben, um die Bildung einer linken schwarzen Regierung zu blockieren und westliche Investitionen zu sichern (vgl. International Bulletin, Berkeley. USA. 22.10.76).



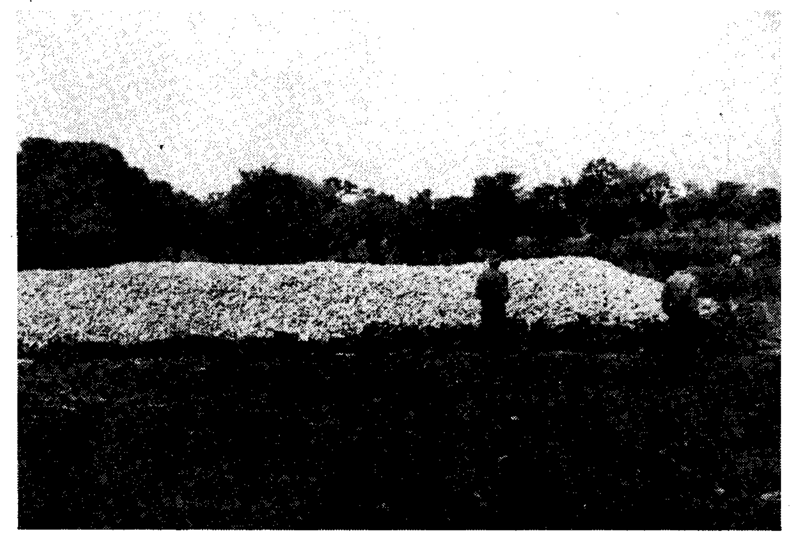
Aufbau eines befreiten Zimbabwe
Angesichts dieser massiven Bestrebungen könnte ein gewisses Defizit an konkreten Vorstellungen für die Wirtschafts- und Sozialstruktur eines befreiten sozialistischen Zimbabwe zur Gefahr werden.
Derzeit versucht besonders die ZANU, im Erziehungsbereich, auf medizinischem Gebiet (besonders betont: die Vorsorgemedizin) und in der Selbstproduktion von Nahrungs-

Das Landwirtschaftsprojekt der ZANU

Vorgestellt von Robert G. Mugabe, Generalsekretär der ZANU

Der revolutionäre bewaffnete Kampf hat immer zwei Seiten: Zerstörung und Wiederaufbau. Je stärker der Kampf wird, desto mehr wird die auf der kapitalistischen Produktionsweise gegründete Sozialstruktur des Feindes zerstört; an ihrer Stelle gründen die Revolutionäre eine neue soziale Ordnung. Eine zufällige, auf den Augenblick beschränkte Planung oder eine laissez-faire Politik im Blick auf den nationalen Wiederaufbau kann nur zum Chaos führen, wenn der Tag der nationalen Befreiung kommt. Darum muß sozialistischer Wiederaufbau Hand in Hand gehen mit der Intensivierung des bewaffneten Kampfes.

Während der letzten zehn Jahre hat die ZANU ihre Aufmerksamkeit in großem Maße der Nahrungsmittelproduktion gewidmet, zunächst für die Kader, in der letzten Zeit aber auch im Blick auf die Massen in den befreiten Gebieten. Im Blick auf dieses Problem konnte die Partei Nutzen ziehen aus einer Fülle von Erfahrungen seitens der chinesischen, nordkoreanischen, algerischen, vietnamesischen und in letzter Zeit auch von der mozambikanischen Revolution; denn hier war die Nahrungsmittelproduktion immer ein wichtiger Faktor des Kampfes. Bevor die ZANU im März 1975 in Sambia verboten wurde, hatte die Partei ein sehr produktives landwirtschaftliches Kooperations-Projekt in der Nähe von Lusaka. Dort wurde ein großer Teil des Nahrungsmittelbedarfs der Partei produziert. Das Projekt hatte begonnen mit der Bodenbestellung durch Hacken in kleinem Maßstab und war zu einem großen Farmprojekt mit Teilmechanisierung angewachsen. Das Projekt lief so gut, daß es schon den gesamten Gemüsebedarf der ZANLA-Streitkräfte abdeckt. Bevor die Partei in Sambia geächtet wurde, erwartet sie eine Maisernte von 1500 Sack (Mais ist das Hauptnahrungsmittel der ZANLA-Streitkräfte wie auch der Massen von Zimbabwe.
Es ist heute ziemlich deutlich geworden, daß die Entspannungsbemühungen im Südlichen Afrika einen großen Schaden für die ZANU anrichteten. Allerdings zog die ZANU in zwei Hinsichten guten Nutzen aus der ganzen Geschichte: a) es ermöglicht dem Zentral-Komitee der ZANU, die Massen in großem Maße zu mobilisieren, b) und dies ebnete den Weg für eine wirksame Rekrutierung für Chimurenga, den Befreiungskampf. Der Erfolg war, daß die ZANU allein in den letzten neun Monaten weit über 20.000 junge Männer und Frauen für ihre Streitkräfte rekrutieren konnte. Von diesen sind viele im Alter von sieben bis zu sechzehn Jahren: diese können nicht dem anstrengenden Training der ZANLA unterzogen werden. Dennoch können sie aktiv zum sozialistischen Wiederaufbau beitragen. Dies gilt auch für hunderte von Flüchtlingen, die bei der ZANU Zuflucht gesucht haben.
Obwohl die FRELIMO die größten Anstrengungen unternommen hat, um für die Rekruten, die Flüchtlinge und die ZANLA-Streitkräfte Nahrungsmittel zu beschaffen, sind ihre Ressourcen selbst für die eigenen Leute sehr begrenzt. Darüber hinaus ist der Zufluß neuer Rekruten so groß und oft unerwartet (während der letzten 5 Monate kamen monatlich rund 3.000, um in die ZANLA-Streitkräfte einzutreten), daß die begrenzten Ressourcen der Regierung Mozambiques oft nicht der Lage gewachsen waren. Da die ZANU Selbsthilfe befürwortet, bat es die Mozambikanischen Behörden um Land, so daß sie Landwirtschaftliche Kooperativen in großem Ausmaße entwickeln kann. Da die FRELIMO selbst für das eigene Volk eine ähnliche Planung hat, wird es kein Problem damit geben, diese Kooperativen dem Volk von Mozambique zu übergeben al Dank für seine Gastfreundschaft, sobald Zimbabwe frei ist. Das Land für die Kooperativen ist schon zur Verfügung gestellt worden, aber ZANU hat noch nicht die notwendigen Mittel.
Der bedeutendste Aspekt des ZANU-Projektes zum Aufbau landwirtschaftlicher Kooperativen ist politischer Natur. Das politische Programm der Partei (Mwenje Nr. 2) stellt unmißverständlich fest, daß ZANU eine sozialistische Republik in Zimbabwe errichten will, und daß die kooperative Farm ihre Grundlage im landwirtschaftlichen Sektor sein wird. Versuchs-Projekte sind initiiert worden und zeigen Erfolge. In diesen Projekten müssen jetzt die modernen landwirtschaftlichen Methoden voll zur Anwendung gelangen, so daß ZANU durch sie die notwendige Nahrung bereitstellen kann, die von einer so riesigen Anzahl von Menschen benötigt wird. Es ist wichtig zu betonen, daß diese Pionier-Projekte, die unter anderem auch im Nordosten und Osten Zimbabwes begründet wurden, darauf angelegt sind, das allgemeine Raster abzugeben, durch welches die ganze Wirtschaft Zimbabwes von einer kolonial-kapitalistischen Wirtschaftsordnung in ein revolutionäres Wirtschaftssystem umgewandelt werden soll, in dem die Massen die Produktionsmittel sich aneigenen und kontrollieren werden.
Es ist ferner beabsichtigt, daß in diesen kleinen Anfängen die Massen und Kader wertvolle Erfahrungen machen in der Land wirtschaft, Technologie, Naturwissenschaften, Verwaltung, Finanzen u.a. – sowohl theoretische wie praktischer Art - was absolut notwendig ist für den Prozeß der Umformung und Befreiung der Wirtschaft unseres Landes. Aus diesem Grunde ist die Praxis in landwirtschaftlichen Kooperativen ein lebensnotwendiger Teil des Trainings unserer ZANLA-Kader. Es wird die Hauptaktivität der Massen in den Befreiten und umkämpften Zonen sein.
Chimurenga – der Befreiungskampf – tritt in eine neue Phase ein. Die Schaffung großer befreiter Gebiete, in denen viele Siedler ihr Land verlassen haben werden, macht es zum Teil der revolutionären Strategie der ZANU, daß die so aufgegebenen Farmen sofort neu besiedelt und als landwirtschaftliche Kooperativen betrieben werden. Die Wichtigkeit dieser Projekte kann nicht genug betont werden. Denn sie werden das Rückgrad der zukünftigen sozialistischen Volksrepublik von Zimbabwe sein. Die wichtigsten Gegenstände, die für den Erfolg des Projektes dringend benötigt werden, werden im Folgenden aufgeführt:
4 Traktoren mit mehreren Pflugscharen, 4 Pflanzmaschinen, 4 mechanische Hackgeräte (Kultivatoren), 4 Anhänger, 4 Eggen, 4 Wasserpumpen, Rohrleitungen, Schläuche, 4.000 Wassereimer, 4 Getreidemühlen, 2 Lastwagen (5 t) 4.000 Hacken, 4.000 Äxte, 1.000 Spitzhacken, 1.000 Kneifzangen, 400 Spaten und Schaufeln, 500 Klauenhämmer, 500 zwölf Pfund schwere Hämmer, 50 Schubkarren, Draht und Dünger. Die Kosten dieses Projektes werden auf rund 150.000 DM geschätzt.
9. Februar 1976
gez. Robert G. Mugabe,
Generalsekretär der ZANU



Mais ist das Hauptnahrungsmittel in Zimbabwe. Die ZANU hat zahlreiche Produktionszentren aufgebaut, in denen der Mais für die Befreiungskämpfer angebaut wird.

SPENDEN

Spenden für das Landwirtschaftsprojekt an das Konto des Organisationskomitees:
POSTSCHECKKONTO KARLSRUHE
453 23-756 (Roland Beckert, Freiburg)
Stichwort: „Landwirtschaftsprojekt")

mitteln Modelle zu erproben. Gerade der zuletzt genannte Bereich wird als wichtig genannt.
Zu diesem Zweck hat Mosambik den Kadern Zimbabwes Ländereien zur Verfügung gestellt (die Befreiungsbewegung versucht auch innerhalb Zimbabwes von Weißen verlassene Farmen neu zu bewirtschaften).
Speziell für dieses Landwirtschaftsprojekt läuft gegenwärtig in der BRD eine Unterstützungskampagne. (Informationsmaterial dazu bietet die Broschüre: „Das Volk von Zimbabwe befreit sich selbst". Bezugsadresse: iz3w, vgl. auch die Vorstellung des ZANU-Landwirtschaftsprojekts durch Robert Mugabe in diesem Heft.)

Tropisches Afrika

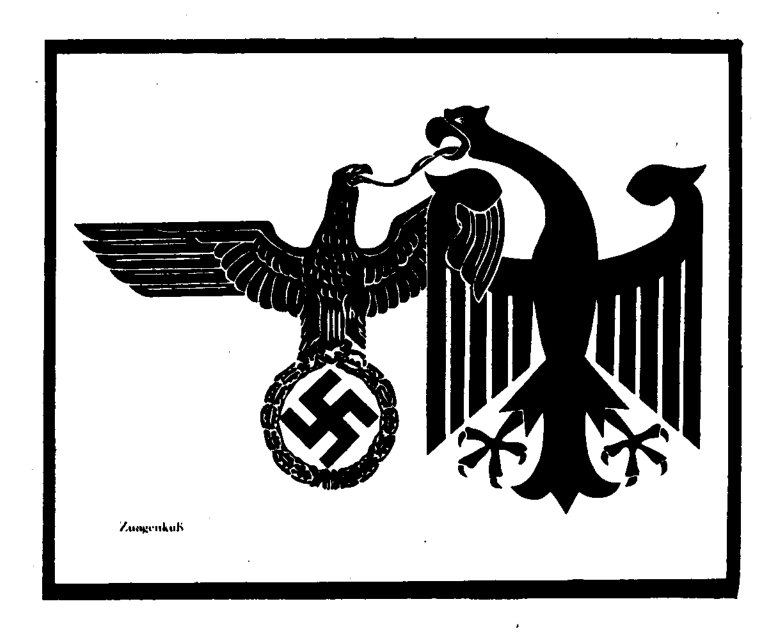
GUINEA

Dauerputsch

8.10., 5.11., 12.11. (jeune afrique)/ 2., 8.11. (Le Monde)

Im Juni dieses Jahres gab Staatspräsident Ahmed Sekou Toure bekannt, daß eine imperialistische Verschwörung aufgedeckt worden sei. Dabei habe sich der Imperialismus seiner Agenten im Lande bedient, darunter vieler, die in den Reihen der Revolution versteckt seien. Nach Massenverhaftungen in der Hauptstadt Conacry und im Gebiet des Peulh-Stammes konnte man tagelang die „Geständnisse" der Verhafteten über den Rundfunk hören; ein Umstand, der einige fortschrittliche Blätter wie afrique-asie und Arbeiterkampf dazu veranlaßt haben mag, der offiziellen Version zu glauben.

Meldungen von versuchten Putschen imperialistischer Agenten kommen seit Jahren in auffallender Häufigkeit aus Guinea. Sie sollen offensichtlich die Voraussetzungen für umfangreiche Säuberungen des Staatsapparats von unliebsamen Elementen bieten und das Volk von den inneren Gegensätzen des Landes ablenken.
Guinea wurde 1958 zur Symbolfigur der antiimperialistischen Bewegung in Afrika, als die Bevölkerung sich in einer Volksabstimmung für den völligen Bruch mit der Kolonialmacht Frankreich entschied. Die Franzosen reagierten mit dem sofortigen Abzug aller Berater, was für die Wirtschaft einen schweren Schlag bedeutete. Während sich die französischsprachigen Nachbarländer durch den Verbleib in neokolonialer Ausbeutung die noch notwendigen Fachkräfte aus Frankreich sicherten, versuchte die guineische Einheitspartei unter großen Schwierigkeiten, die Wirtschaft Guineas unabhängig zu entwickeln.
Die autozentrierte Entwicklungsstrategie Guineas hat ihre Ziele, eine Verbesserung der sozialen Landbevölkerung und die Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln zu erreichen, verfehlt. Die Sabotage der Händler-Bourgeoisie sowie die Korruptheit und Unfähigkeit des Staatsapparates hatten Genossenschafts- und Kollektivierungsprojekte von vornherein zum Scheitern verurteilt. Hinzu kam der Widerstand der Bevölkerung gegen eine Veränderung der Produktionsweise. Brandrodung, zu kleine Produktionsflächen und zum Teil das Festhalten an einer halbnomadischen Lebensweise verhinderten eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Erträge. Eine Ernährungskrise konnte nur durch amerikanische Hilfsprogramme abgewendet werden. Durch den „Immobilismus" der traditionellen Gesellschaften blieben Guinea aber auch die Verstädterungserscheinungen anderer afrikanischer Länder mit dem daraus resultierenden Massenelend erspart.
Der industrielle Sektor ist unbedeutend und hat aufgrund der Unfähigkeit des bürokratischen Planungs- und Managementapparates kaum Entwicklungschancen. Die Arbeiterklasse ist zahlenmäßig unbedeutend.
Der einzige blühende Wirtschaftszweig ist der Bergbau, wo amerikanisches, französisches, kanadisches und westdeutsches Kapital erhebliche Gewinne beim Abbau der riesigen Bauxit- und Eisenerzvorkommen des Landes macht. An eine nationale Kontrolle dieser Industrien wird angesicht des Kapitalmangels, der unzureichenden Infrastruktur und fehlender Arbeitskräfte nicht gedacht. Aus den gleichen Gründen entfällt die Aufbereitung der Rohstoffe im Land, obwohl dadurch erhebliche Wertsteigerungen zu erzielen wären.
Der wichtigste Machtfaktor der guineischen Gesellschaft ist nach dem – vor allem amerikanischen – Kapital eine kleine, untereinander stark verfilzte „bürokratische Bourgeoisie". Obwohl sie seit 1967 offizieller Klassenfeind ist, beherrscht sie Partei, Regierung und die nationale Wirtschaft.
Sie ist eng mit der Kleinbourgeoisie der Händler, Transportunternehmer, Mietshausbesitzer und Pflanzer liiert.
Die Absicht der guineischen Revolution, diese starke Gruppe zu bekämpfen, erklärt die ständigen Putschversuche besser als die These von der imperialistischen Verschwörung.
Bisher gab es nur einen nachgewiesenen imperialistischen Putschversuch, als 1970 Exil-Guineer und Veteranen der französischen Kolonialarmee mit Hilfe Portugals die Regierung beseitigen wollten, um dem Befreiungskamp in Guinea-Bissau das Hinterland zu rauben. Heute verfolgt Guinea zwar eine verbal sehr fortschrittliche Außenpolitik, ist aber aufgrund seiner Abhängigkeit von ausländischen Konzernen nicht in der Lage, dem Imperialismus ernsthaft weh zu tun.
Die neuesten Nachrichten von der politischen Verfolgung in Guinea lassen das Land immer mehr als faschistoide amerikanische Neokolonie erscheinen. Die „Geständnisse" der vielen politischen Gefangenen sind offensichtlich erpreßt. Die Foltermethoden in den Gefängnissen sind von unbeschreiblicher Brutalität. Neuderdings wird sogar eine undifferenzierte Pogrom-Hetze gegen den besonders stark traditionalen Lebensweisen verhafteten Peulh-Stamm geführt.
Daß die Bedingungen für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in Guinea schlecht sind, rechtfertigt unserer Ansicht nicht die Gestapo-Methoden Sekou Toures. Auf das Scheitern von Entwicklungsvorhaben sollte nicht mit bürokratischem Terrorismus sondern mit Analyse und öffentlicher Diskussion der Fehler reagiert werden.



Auf die Veröffentlichung dieser Grafik von Thomas Urban Müller in der September-Nummer 4, S. 6 der STADTZEITUNG in und um Kassel erfolgte Anzeige und Vorladung bei der politischen Polizei „wegen Verunglimpfung des Staatswappens der Bundesrepublik Deutschland" (90a StGB).
Die Maßnahme betrifft Thomas Urban Müller und den presserechtlich Verantwortlichen der Stadtzeitung, Horst Wackerbarth.
Mit einer Anklage und einem Verfahren diesbezüglich ist in allernächster Zeit zu rechnen.
Zu Geschichte, Inhalt und politischer Funktion des Paragraphen 90a StGB vgl. „Blätter des iz3w" Nr. 36/37, S. 2 f.

Aufbau in kürzlich befreiten Ländern

Die folgenden Artikel beschäftigen sich mit Ländern, in denen vor kurzer Zeit nationale und sozialrevolutionäre Befreiungsbewegungen den militärischen Sieg über die imperialistische Vorherrschaft errungen haben. Der Befreiungskampf eines Volkes in der Dritten Welt ist mit dem militärischen Sieg nicht zu Ende. Ob nationale Unabhängigkeit und Sozialismus Wirklichkeit werden, hängt vom politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau der Gesellschaft ab, der von den zu Regierungsparteien gewordenen Befreiungsbewegungen nach dem militärischen Sieg geleistet wird. Auch die internationale Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik sollte sich in ihrer Informations- und Unterstützungsarbeit nicht auf den leider unvermeidlichen bewaffneten Befreiungskampf beschränken, sondern diese Länder gerade dann im Auge behalten, wenn das Töten auf dem Schlachtfeld endlich ein Ende gefunden und die Front sich auf weniger spektakuläre Bereiche – Landwirtschaft, Erziehungs- und Gesundheitswesen, Recht, Handel, Industrialisierung usw. – verlagert hat.
Um nicht in unkritische Oberflächlichkeit zu verfallen (der Chor der Jubler ist groß genug), haben wir uns um Artikel von Autoren bemüht, die kürzlich selbst im jeweiligen Land waren und deshalb ein realistisches Bild von den dortigen Verhältnissen geben können. Dies ist deshalb besonders wichtig, weil der Aufbau der Gesellschaft auch nach dem militärischen Sieg auf vielfältige Schwierigkeiten und Hemmnisse stößt, die zu vergessen leicht auch vergessen ließe, daß materielle und politische Unterstützung von unserer Seite nach wie vor dringend nötig ist. **Im Anschluß an die Artikel sind teilweise Spendenmöglichkeiten angegeben.**
Unser Themenblock enthält Beiträge zu den folgenden vier Ländern, wobei der Schwerpunkt auf jeweils unterschiedlichen Aspekten liegt: Vietnam (landwirtschaftliche Produktionsweise), Kapverden (natürliche und historische Bedingungen des Aufbaus, Landwirtschaft), Guinea-Bissau (politische Organisation, Entwicklungspolitik auf verschiedenen Sektoren), Mozambique (wirtschaftliche Probleme aufgrund fortbestehender Abhängigkeit von Südafrika, Rolle der Kirche). Was den Aufbau des Erziehungswesens in den ehemaligen portugiesischen Kolonien betrifft, verweisen wir auf den Artikel von Hans-Martin Grosse-Oetringhaus in „blätter des iz3w" Nr. 51, S. 27 - 32, der den vorliegenden Themenschwerpunkt ergänzt.

Red.

Vietnam: Zurück aufs Land

DIE LANDWIRTSCHAFT ALS WIRTSCHAFTLICHE GRUNDLAGE DES NEUEN VIETNAM

Heinz Kotte

Mit der Nachbarschaftshilfe fängt es an.
Sonntags fährt sie zusammen mit den Ärzten und Angestellten des BINH DAN Hospitals von HO CHI MINH Stadt (Saigon) auf die Reisfelder des Krankenhauses am Rande der Stadt. Sie ist Krankenschwester und hat drei kleine Kinder und eine alte Mutter zu versorgen. Seit der Entlassung aus der Armee und der anschließenden politischen Schulung ist ihr Mann arbeitslos und macht gelegentlich mit Fahrradteilen und landwirtschaftlichen Geräten kleine Geschäfte. Sie schickt uns alle vier Wochen einen Brief und berichtet ausführlich über das Leben im neuen Vietnam. Die gemeinsame landwirtschaftliche Arbeit am Wochenende macht ihr viel Spaß. Dadurch ist auch das Klima unter dem Personal des Krankenhauses gründlich verändert worden, was vor allem den Patienten zugute kommt. Der Klassenunterschied zwischen den Ärzten und dem Pflegepersonal ist verschwunden. Früher waren die Ärzte höchstens für 2 Stunden am Tage ins Hospital gekommen, aber hatten in ihrer privaten Praxis nebenher 10 - 20 mal mehr als eine Krankenschwester verdient. Jetzt sind die Ärzte Angestellte des Krankenhauses und verdienen genausoviel wie die anderen, je nach den Bedürfnissen der Familien. Die Krankenschwester erhält jetzt monatlich für ihre 6-köpfige Familie 45 Dong, das sind etwa 60,– DM (1 Dong entspricht etwa 1,30 DM). Aber interessant ist der Vergleich erst vom Aspekt der Kaufkraft. Ein Sack Reis von 100 Kg., der Monatsbedarf einer Familie mit 6 Personen, kostet in den öffentlichen Verkaufsstellen des Stadtteils 15 Dong (rund 20,– DM). Auf dem offenen Markt kostet der 100 Kg. Sack augenblicklich 30 Dong, also das Doppelte. Die Krankenschwester hat jetzt ein Einkommen, das dem Dreifachen der Ausgaben für das Grundnahrungsmittel Reis entspricht. Damit können keine großen Sprünge gemacht werden. Es bedeutet aber vergleichsweise, daß wir in Deutschland nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges mehr als genug Brot und Kartoffeln zur Verfügung gehabt hätten. Im letzten Jahr vor der Beendigung des Krieges am 30. April 1975 reichte das Monatseinkommen einer Krankenschwester nicht aus, nur einen Sack Reis für die Familie zu kaufen. Durch Inflation und Preistreiberei der Großhändler waren die Preise ins Unermeßliche gestiegen. Durch Lebensmittelkarten wird jetzt jedem eine tägliche Reisration von 450 Gramm zum offiziellen Preis von rund 0,15 Dong (0,20 DM) pro Kg. garantiert. Dadurch wird allen eine existenzielle Sicherheit gegeben, die besonders von großen Familien und den Arbeitslosen geschätzt wird. Rationiert sind auch andere wichtige Nahrungsmittel und Konsumgüter, wie Zucker, Milch, Seife und Benzin (7 Liter pro Monat für eine Honda, 20 Liter für ein Auto). Natürlich muß man an den Verkaufsstellen Schlange stehen. Für die Familie der Krankenschwester und ihre Nachbarschaft steht die alte Mutter an, während die Kinder in der Schule sind und ihr Mann in einer landwirtschaftlichen Neusiedlung in der benachbarten Provinz arbeitet. Die Nachbarn dagegen kümmern sich um die alte Mutter, wenn sie krank ist und ihre Tochter im BINH DAN Hospital nicht abkommen kann.
Die gegenseitige Nachbarschaftshilfe wird besonders stark gepflegt. Man hat dafür die alte vernachlässigte Nachbarschaftsorganisation der sogenannten TO (Gruppe) wieder ins Leben gerufen. Sie umfaßt etwa 20 Haushalte und trifft wöchentlich einmal zusammen, um gemeinsame Aufgaben der Nachbarschaft zu besprechen: die Säuberung der Straßen, die Beseitigung von Müll und Abwässern und vor allem die Fürsorge für Verwaiste, Alte und Kranke in den

Häusern der Nachbarschaft. Die TO wählt einen Sprecher, der den Kontakt zu den anderen Gruppen der Straße pflegt und die Verbindung mit den leitenden Komitees des Wohnbezirkes hält. In den Dörfern und Betrieben besteht die Gruppe der TO aus 5-10 Familien bzw. Werktätigen und bildet auch eine Arbeitsgemeinschaft. Die Handwerksbetriebe, Maurer und Bauschreiner, Schneider und Schuhmacher haben sich zu Arbeitsgemeinschaften der TOs zusammengeschlossen, um eine bessere Versorgung mit Werkstoffen zu sichern und günstigeren Absatz oder Arbeitsverträge zu erzielen. Die ersten organisierten Arbeitsgemeinschaften in HO CHI MINH Stadt entstanden für die Herstellung von Fahrrädern.[1]
Daneben gibt es die Jungendverbände und den bekannten Frauenverband Vietnams, der sich vor allem der Kriegsopfer annimmt und für den Bau von Kindergärten, Schulen und Gesundheitsstationen sorgt. Die vietnamesichen Frauen haben während des Krieges entscheidende Aufgaben übernommen und sich an den Erfordernissen der Gesellschaft emanzipiert.

Für jeden Siedler 2.000 qm Land und 6 Monate freien Reis.
Die Handwerksbetriebe können jedoch trotz genossenschaftlicher Zusammenschlüsse kaum über ihre eigenen Familienangehörigen hinaus weitere Personen beschäftigen.
In HO CHI MINH Stadt sind 700.000 arbeitslos, etwa 1/3 der arbeitsfähigen Stadtbevölkerung, in ganz Süd-Vietnam etwa 3,5 Millionen. Solange die Industrie noch nicht ausgebaut ist, gibt es nur den Ausweg in die Landwirtschaft. Aber auch bei guten Arbeitsmöglichkeiten müßte das alte Saigon entvölkert werden. Die Stadt ist während des Krieges auf das 10 - 13fache ihrer Bevölkerung angewachsen und droht in sich selbst zu ersticken. Als Zentrum der französischen Kolonialverwaltung für 300.000 Einwohner gebaut, wurde sie am Ende des Krieges von über 4 Millionen Menschen bewohnt. Die Bevölkerungsdichte übertrifft die von New York und Tokyo, in den Slums teils mit einem Einwohner auf einem Quadratmeter. Durch die gewaltsame Urbanisierung, als Bestandteil der amerikanischen Antiguerillastrategie, wurde von 1965-75 die Hälfte der Bevölkerung Süd-Vietnams umgesiedelt, so daß die Stadtbevölkerung in 10 Jahren von 20 auf 60 % stieg. Etwa 500.000 Menschen verließen in den ersten 6 Monaten nach Beendigung des Krieges spontan die Stadt und kehrten in ihre ursprünglichen Dörfer zurück. Bis Ende 1976 wird mit einer Aussiedlung von insgesamt 1,5 Millionen Einwohnern gerechnet, das sind 100.000 Siedler pro Monat.[2]
In allen Stadtteilen werben eigens eingesetzte Komitees für den Auszug in die Partner-Siedlungen der benachbarten Landprovinzen. Duch Presse, Rundfunk und Fernsehen wird die Kampagne unterstützt. Auch buddhistische Pagoden und christliche Kirchen setzen sich für das Programm ein. Der Abschied von der städtischen Konsumgesellschaft, die durch die amerikanische Kriegswirtschaft künstlich erzeugt worden war, fällt vielen schwer. Intensive Aufklärungs- und Erziehungsarbeit ist erforderlich, um einsichtig zu machen, daß das Leben in der Stadt ohne Produktionsmöglichkeiten keine Zukunft hat.
Die meisten landwirtschaftlichen Siedlungsgebiete liegen im nördlichen Halbkreis um die Stadt, so daß die Aussiedler leichter die Verbindung zu ihren Wohnbezirken in der Stadt halten können. Einige Stadtteile haben sich für entferntere Siedlungsgebiete oder Wirtschaftszonen entschieden. Der 5. Stadtbezirk siedelt im nördlichen Teil der Provinz SONG BE an der Nationalstraße Nr. 14 nach Kampuchea, in der Nähe der 1972 umkämpften Stadt AN LOC. Der 10. Bezirk zieht in das alte BA RIA, 80 km südlich von HO CHI MINH Stadt, um, wo die Bodenverhältnisse zwar weniger günstig sind, jedoch Fischfang betrieben und Salz gewonnen werden kann.
Der Entscheidung eines ganzen Stadtteils (dem entspricht auf dem Lande der Distrikt) zur Aussiedlung und der Übereinkunft darüber, in welcher Provinz gesiedelt werden soll, geht ein langer Prozeß von Beratungen und Meinungsbildung in der Nachbarschaftsgruppe (TO), der Straße (KHOM) und den Wohnbezirken (PHUONG) voraus. Dem 5. und 10. Stadtteil von HO CHI MINH Stadt kommen die revolutionäre Tradition und die gute Organisation während des Befreiungskampfes dafür natürlich besonders zugute. Aus den Mehrheitsbeschlüssen der Nachbarschaftsgruppen und der übergeordneten Wohneinheiten bildet sich das Meinungsbild eines ganzen Stadtteils. Die Wünsche und Vorstellungen eines Stadtteils werden von einem 12-köpfigen Komitee koordiniert, mit den Richtlinien des Zentralkomitees abgestimmt und in die Tat umgesetzt. Jeder Stadtteil verfügt über ein großes Maß an Selbstverwaltung. Rechtsprechung, Schutz der Bewohner, soziale Sicherheit und die Planung der wirtschaftlichen Entwicklung liegen in der Hand des Komitees. Die Mitglieder eines Komitees stammen aus dem Stadtteil selbst, drei werden aus der Ortsgruppe der LAO DONG (Partei der Werktätigen) berufen, neun werden von der Bevölkerung gewählt. Die Gewählten haben sich gewöhnlich bereits durch ihren Einsatz für den Stadtteil einen Namen gemacht und gehören den örtlichen Gruppen eines nationalen Verbandes an, wovon die 'Union der Frauen Vietnams' und der 'Revolutionäre Jugendverband' am bekanntesten sind. Die Komitees stehen durch die Versammlungen der Straßen und der Wohnbezirke in ständigem Kontakt mit der Bevölkerung. Wenigstens einmal im Monat findet eine Stadtteilversammlung statt, auf der jede Nachbarschaftsgruppe oder sogar jede Familie vertreten ist.
Die erwähnte Familie der Krankenschwester wird in eine neue Siedlung etwa 25 km nördlich der Stadt ziehen, wo ihr Mann bereits wochentags arbeitet. Sobald die neue Krankenstation der Siedlung fertiggestellt ist, wird sie den Gesundheitsdienst dort übernehmen. Die neuen landwirtschaftlichen Siedlungen werden von Arbeitsgruppen erschlossen, die sich aus städtischen Arbeitslosen, besonders entlassenen Soldaten, zusammensetzen. Sie graben Kanäle, schütten Deiche auf, bauen Straßen, Schulen, Gesundheitsstationen und einfache Wohnhäuser für die Siedler. Das Bewußtsein, gemeinsam einen Beitrag für den Wiederaufbau des Landes zu leisten, bestimmt das gute Klima der Arbeitsgruppen. Die Tageszeitung GIAI PHONG (Befreiung) berichtete am 13. Januar 1976, daß auf dem fruchtbaren Plateau der Provinz GIAI LAI – CONG TUM in Mittel-Vietnam in 6 Wochen 63 neue Siedlungen mit 1.340 ha Ackerland erschlossen wurden. Zeitweise waren 7.000 Personen gleichzeitig mit einfachen Geräten bei der Arbeit.
Die Entlöhnung ist nicht hoch, jedoch ausreichend für den Lebensunterhalt: monatlich 20 kg Reis, etwa 1 kg Salz und 8 Dong in bar. Die meisten gewöhnen sich schnell an die neue Landarbeit, und sehr viele entscheiden sich, an Ort und Stelle zu siedeln und holen ihre Familien aus der Stadt nach.
Jeder Siedler erhält 1.000 qm Bauland für Wohnhaus, Ställe und Garten und 2.000 qm vom Ackerland pro Kopf der Familie, Kinder mitgerechnet. Das Land ist festes Eigentum der einzelnen Familien. Für den Bau von Wohnhaus und Ställen wird leichtes Baumaterial zur Verfügung gestellt. Außerdem gehören Ackergeräte, wie Schaufeln, Hacken und Äxte, zur Aussiedlungshilfe. Bis zur ersten Ernte, gewöhnlich für 6 Monate, erhält jede Familie täglich 450 Gramm kostenlosen Reis pro Mitglied der Familie

und außerdem für ein halbes Jahr eine finanzielle Beihilfe für den Lebensunterhalt. Soweit wie möglich, wird jede Siedlung auch von Anfang an technische Beratung und medizinische Hilfe gewährt. Und das neue Besteuerungssystem sieht vor, daß alle Neusiedlungen in den ersten 2 Jahren von jeder Abgabe befreit sind.

„An der Schwelle des Dorfes endet die Herrschaft des Mandarins."

Der genossenschaftliche Zusammenschluß der Siedler wird besonders gefördert, jedoch nicht erzwungen. Viele begreifen von selbst, daß der Zusammenschluß Vorteile bringt, besonders für den Bau von Bewässerungsanlagen, die Anschaffung größerer Landmaschinen und den Absatz der Erzeugnisse. Den kleinen Haushalten, den Schwächeren und Witwen kommt die Arbeitsteilung aus der genossenschaftlichen Zusammenarbeit besonders zugute. In der Tat sieht es in den meisten Siedlungen so aus, daß Grund und Boden in individuellem Besitz sind, die Arbeit jedoch gemeinsam geplant und ausgeführt wird. Die Arbeitsgruppen der nachbarschaftlichen TOs bestehen aus 5-10 Haushalten, die in enger Zusammenarbeit und Absprache miteinander die Hauptarbeit leisten. Aus einigen Provinzen, wie BINH TRI THIEN in Zentral-Vietnam oder THU DAU MOT im Mekongdelta, wird gemeldet, daß sich die Dörfer und Neusiedlungen unmittelbar zu Genossenschaften zusammengeschlossen haben, vor allem, um gemeinsam die Folgen der Überschwemmung und der anschließenden Trockenheit von 1975-76 zu beseitigen.

Als Vorbild dienen die drei Genossenschaftstypen von Nord-Vietnam, die im Genossenschaftsstatut von 1968 festgelegt wurden. In der ausgeprägtesten Form, dem sogenannten sozialistischen Genossenschaftstyp, sind Grund und Boden bis auf 5 % Familienbesitz gemeinsames Eigentum der Genossenschaft, wie auch alle Stallungen, Maschinen und andere Einrichtungen des Dorfes. In Nord-Vietnam sind inzwischen die Vorteile der organisierten Bewirtschaftung größerer landwirtschaftlicher Einheiten durch Genossenschaften allgemein anerkannt. Die differenzierte Arbeitsteilung bewirkt eine bessere Entwicklung individueller Fähigkeiten. Vor allem aber ermöglicht der genossenschaftliche Zusammenschluß die volle Partizipation aller Landwirte am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Planungs- und Entscheidungsprozeß. Zur vollen Demokratie gehört die Entscheidung über die Wirtschaft durch die Produzenten. Die Befähigung aller Bürger für diese umfassende 'Mitbestimmung' ist jetzt auch im Süden zum Lern- und Arbeitsziel aller Erziehungsmaßnahmen gemacht worden, wie man besonders deutlich in der gesellschaftspolitischen Schulung der früheren Führungskräfte aus Militär und Verwaltung beobachten kann.

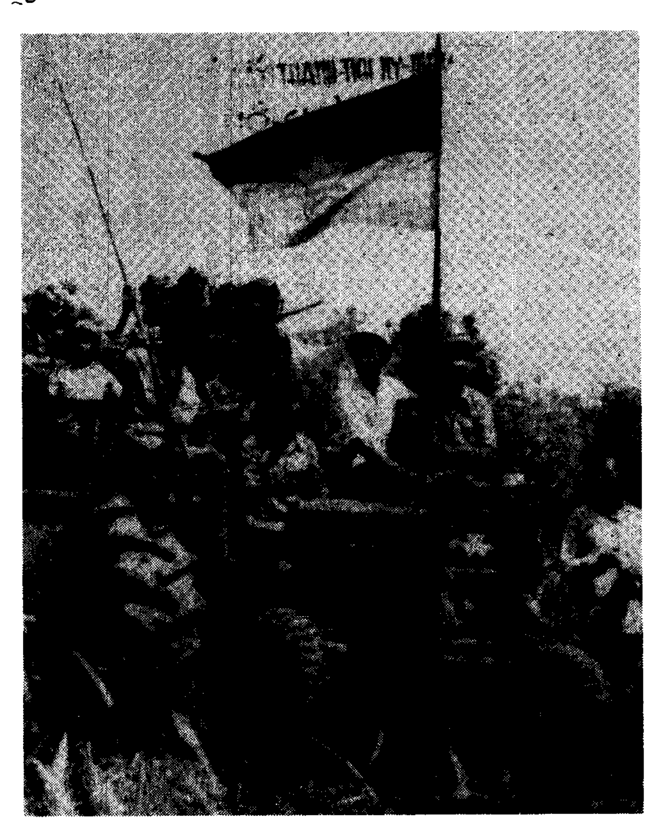
Diesem Ansatz des vietnamesischen Sozialismus, Herrschaft abzubauen und die Staatsgewalt zu dezentralisieren und die Gesellschaft zu verlagern, kommt die vietnamesische Tradition sehr entgegen. In den besten Epochen der vietnamesischen Geschichte waren die Dorfgemeinschaften zu einem hohen Grad sozialisiert, von der regelmäßigen Umverteilung der besten Reisfelder, der gemeinsamen Entscheidung über Einkünfte aus kommunalen Feldern bis zur Verwaltung und Rechtsprechung durch gewählte Dorfvertretungen. Obwohl die sozialisierten Strukturen durch die französische Kolonialverwaltung und die amerikanische Antiguerillastrategie weitgehend zerstört wurden, ist das Bewußtsein eines eigenständigen vietnamesischen Sozialismus auf Dorfebene ungebrochen. Wie stark regionale Autonomie und kommunale Unabhängigkeit ausgeprägt waren, wird in dem Sprichwort der Bauern deutlich:

„Phép Vua thua lệ lảng."
(an Der Schwelle des Dorfes endet die Herrschaft des Mandarins)

Die Respektierung und Weiterentwicklung dieser Strukturen kennzeichnen das hohe Maß an Selbstverwaltung und Autonomie auf Distrikts- und Provinzebene.

Die Industrie dient der Landwirtschaft

Wie schwierig der Wiederaufbau des Landes ist, kann man sich vorstellen, wenn man bedenkt, daß allein auf Nord-Vietnam 2,5 Millionen to Bomben abgeworfen wurden, mehr als im Zweiten Weltkrieg an allen Fronten zusammengenommen. Die Landwirtschaft wurde empfindlich durch die Bombardierung der Deiche und des komplizierten Bewässerungssystems getroffen. 70 % aller mittleren und größeren Industriebetriebe wurden zerstört. Die meisten In-



dustriebetriebe waren zur direkten Förderung der Landwirtschaft angelegt: zur Herstellung von Düngemitteln, Landmaschinen, zur Erzeugung von Elektrizität usw. Dieses Programm der parallelen Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft zur gegenseitigen Förderung wird auch für den Wiederaufbau des Landes verfolgt. Der Staatshaushalt von 1975 sah 17,4 % Investitionen in der Landwirtschaft und 41 % in der Industrie vor. Für die hohen Investitionen und das technische Know-How ist man vorläufig auf umfangreiche Auslandshilfe angewiesen. Ende 1976 wird mit der Fertigstellung der Düngemittelfabrik von HA BAC mit einer Jahreskapazität von 240.000 to Stickstoff gerechnet, die mit Hilfe der VR China gebaut wird. Das Werk von LAM THAO mit einer jährlichen Kapazität von 100.000 to Superphosphat wird mit sowjetischer Hilfe ausgebaut. Für den Süden sind bis Ende 1977 zwanzig kleinere Düngemittelwerke mit einer Jahresgesamtleistung von 300.000 to geplant. Das Traktorenwerk BONG SEN in Hanoi kooperiert mit 4 anderen Werken im Norden und HO CHI MINH Stadt für die Herstellung von 12 PS Einachsschleppern, einem Traktortyp, der für die Bearbeitung von Reisfeldern besonders gut geeignet ist.

Nord-Vietnam war bis 1965, der Eskalation der amerikanischen Kriegsführung in der Lage, die Bevölkerung selbst zu ernähren. Die Steigerung der Erträge konnte mit dem jährlichen Bevölkerungswachstum von 3 % Schritt halten. Inzwischen beträgt die Bevölkerung im Norden 25,3 und im Süden 23,5, insgesamt 48,8 Millionen Einwohner. Im Norden ist das Kulturland von 2 Millionen ha (14 % des Areals) inzwischen ausgeschöpft; 96,1 % der Reisfelder tragen jährlich 2 Ernten. Eine Ertragssteigerung ist nur durch bessere Bewässerung und Düngung möglich. Wegen des fortdauernden Krieges konnte der Plan 1973-75 für die Bewässerungskontrolle von 1 Million ha Reisland nur zur Hälfte verwirklicht werden. Die ersten Ernten nach Beendigung des Krieges wurden durch Überschwemmungen und Trockenheit stark beeinträchtigt. Die Hektarerträge lagen 1975 bei 2,19 to (Planziel 3 to, vergleichsweise Japan 7 to), und der Gesamtertrag betrug 4,36 Millionen to. Das reicht bei weitem nicht für die Ernährung der Bevölkerung aus. Während des Krieges wurden jährlich etwa 500.000 to Reis aus dem Ausland bezogen, vorwiegend unentgeltlich aus der VR China. Auch für 1976-77 sind wieder große Mengen zu importieren. Burma wird für 1976 100.000 to liefern. Mit Thailand wird gegenwärtig verhandelt. Die FAO (Food and Agriculture Organization der UNO) hat eine Lieferung von 96.725 to Reis oder Weizen zugesagt. Etwa 40 amerikanische Hilfsorganisationen, die sich nach Beendigung des Krieges zum Verband FRIENDSHIPMENT (Freundschaft und Hilfe) zusammengeschlossen haben, konnten 1.400 to Reis im Werte von 339.000 US $ (242 US $ pro to) spenden und haben eine Kampagne für insgesamt 200.000 to Reis gestartet. [3] Vietnam wird noch für mehrere Jahre auf die Lieferung von Reis aus dem Ausland angewiesen sein. Man glaubt, in den kommenden Jahren mit jährlichen Importen von 240.000 to auskommen zu können, wenn sich die Produktion im Süden schnell steigern läßt.
Der Süden ist mit 3 Millionen ha Reisland viel günstiger gestellt, das dazu größtenteils im fruchtbaren Mekongdelta liegt und vor Überschwemmungen und Taifunen sicher ist. Die Erträge sind jedoch sehr niedrig, lassen sich aber leicht steigern; 42 % der Felder werden erst zweimal jährlich bestellt, und 500 ha liegen noch infolge des Krieges brach. Außerdem sind weitere 2,6 Millionen ha Kulturland erschließbar. Bis 1965 führte der Süden jährlich 1,9 Millionen to Reis aus. Während des Krieges wurden dagegen jährlich 400.000 - 500.000 to Reis aus den USA eingeführt. Langfristig wird Vietnam wieder zu den Reis-exportierenden Ländern gehören. Um die Verbindung zu den großen Verbrauchermärkten der Region aufrecht zu erhalten, wurden 1975 bereits 2.000 to Reis nach Singapur exportiert und 2.500 to für 1976 angeboten.[4]

Die 'Reiskönige' wurden abgesetzt.

Wie schon HO CHI MINH kümmert sich auch Premierminister PHAM VAN DONG persönlich um die landwirtschaftlichen Fragen, wie zur Zeit der Dürre in der letzten Trockenzeit:

> „Wir müssen eine massive Mobilisierung in Gang setzen, um die Trockenheit mit Eimern und Schüsseln zu bekämpfen. Wir müssen jede zur Verfügung stehende Wasserpumpe voll einsetzen, um Wasser für die Felder zu beschaffen."[5]

Im Norden mangelt es nicht an Fleiß und Organisation der Genossenschaftsbauern, jedoch an den materiellen Voraussetzungen. Es fehlen Baumaterial für Bewässerungsanlagen, Landmaschinen, Pumpen und vor allem Treibstoff. Im Süden dagegen müssen jetzt zunächst eine Reihe von Hemmnissen bei den Landwirten überwunden werden, die durch feudale Gesellschaftsverhältnisse entstanden sind und durch ausbeuterische Strukturen des Landhandels und des landwirtschaftlichen Kreditsystems verfestigt wurden. Bisher lohnte es sich nicht, durch größeren Einsatz mehr zu produzieren. Die Landeigentümer kassierten pro Hektar wenigstens 10 - 12 Sack Reis zu je 100 kg., das sind 40 - 60 % der gesamten Ernte. Aber auch wenn sie selbst Besitzer des Landes waren, ging es ihnen nicht besser. Sie waren bei den Geldverleihern tief verschuldet, teils seit Generationen. Bei 60 - 120 % Zinsen im Jahr waren sie nicht in der Lage, ihre Schulden jemals abzubezahlen. Die Ernte wurde bereits auf dem Halm gepfändet. Den Reisbauern wurde nur das Notwendigste zur Erhaltung ihrer Arbeitskräfte gelassen. Im Mekongdelta fanden gleich nach der Befreiung spontane Versammlungen mit den Eigentümern der Reisfelder statt, die sich bereiterklärten, Reisfelder an landlose Bauern abzutreten, die sie selbst nicht beackern konnten. Ein Beispiel: ein Besitzer von 40 ha Reisland, das er selbst nicht bebaute, aber auch nicht von seinen Söhnen beackert wurde, von denen einer als Polizist in MY THO und

HILFE FÜR OSTTIMOR

Im vergangenen Dezember wurde die frühere portugiesische Kolonie Osttimor, die sich inzwischen unter Führung der nationalen Sammlungsbewegung FRETILIN zur unabhängigen 'Demokratischen Republik Osttimor' erklärt hatte, von Truppen der indonesischen Militärregierung überfallen. Seither wurden – nach offiziellen indonesischen Angaben – 60.000 Osttimoresen ermordet, 10 % der osttimoresischen Bevölkerung.
Die Aktion der indonesischen Regierung, die etwa 100.000 politische Gefangene inhaftiert hält, durch ein Massaker an 500.000 Indonesiern an die Macht kam und (seit 1969) für die Vernichtung von etwa 35.000 Papuas in Westneuguinea verantwortlich ist, wurde von den Vereinigten Staaten, Australien, Japan und anderen westlichen Staaten begünstigt.
Während Länder wie Mozambique, Guinea Bissau, Angola, Vietnam die Sache Osttimors in internationalen Gremien wirksam unterstützen, läßt die Solidarität der westeuropäischen Linken zu wünschen übrig.
Der Freiheitskampf in Osttimor geht dennoch ununterbrochen weiter, die etwa 30.000 indonesischen Soldaten halten die Küsten und Straßen, die Befreiungsbewegung das Innere Osttimors besetzt. Einzige Verbindung des von Indonesien zur See und zur Luft total blockierten Osttimors ist eine Funkverbindung mit der FRETILIN, die von der australischen Hilfsorganisation CIET (Campaign for the Independence of East Timor) aufrechterhalten wird.
Die CIET unterhält ferner einen aktuellen Osttimor-informationsdienst, der in alle Welt versandt wird, unterstützt Reisen osttimoresischer Politiker zu internationalen Kongressen, Institutionen, nationalen Regierungen etc. und sorgt für osttimoresische Flüchtlinge.
Wir meinen, daß der Kampf Osttimors dringend Eurer Unterstützung bedarf.
Wir weisen deshalb auf die Dokumentation „Osttimor – zu links für die Freiheit?" und auf das Spendenkonto: Postscheck Hamburg Nr. 7400 – Stichwort Osttimor – der Gesellschaft für bedrohte Völker e.V., 2 Hamburg 13, Parkallee 18, hin.

der andere als Regierungsangestellter in BIEN HOA tätig war, überließ nach kurzer Verhandlung den Pächtern die Felder für 2 Sack Reis pro Hektar, anstatt für 10 Sack wie bisher.
Die wichtigste Maßnahme für die Landwirte war die Auflösung der Monopole im Reishandel. Eine Clique von etwa 40 Großhändlern lebte davon, die Reisbauern auszubeuten und für die Verbraucher die Preise hochzutreiben. Als sie bei der allgemeinen Verknappung von Nahrungsmitteln im Sommer 1975 trotz vorheriger Warnungen ihre Reisvorräte horteten und versuchten, von überhöhten Preisen zu profitieren, wurden die 'Reiskönige', wie sie von der Bevölkerung genannt wurden, endgültig abgesetzt. Dafür wurden die öffentlichen Verkaufsstellen für Reis und andere Nahrungsmittel in allen Wohnbezirken der Städte eingerichtet, wo



Reis zu festen Preisen an die Bevölkerung verkauft wird. Gleichzeitig richteten die Komitees für die Organisation des Landhandels in den Distrikten der Landprovinzen Aufkaufstellen ein, wo der einzelne Bauer oder die Genossenschaft die Reiserzeugnisse zu ebenfalls festen Preisen absetzen können, die etwa den Verbraucherpreisen entsprechen. Der Einzelhandel mit Reis ist jedoch weiterhin in der Hand von privaten Ladenbesitzern und Marktfrauen, die den Preis entsprechend der Nachfrage festsetzen. Solange der Preis auf dem offenen Markt etwa doppelt so hoch ist, umgehen viele Produzenten das offizielle Handelssystem und verkaufen privat. Aber selbst das zentrale Komitee für den Landhandel scheint daran keinen Anstoß zu nehmen, solange man noch nicht in der Lage ist, den Landwirten genügend Saatgut, Kunstdünger, Landmaschinen und Baumaterial zu günstigen Preisen anzubieten, für die in Zukunft mit Reislieferungen bezahlt werden kann.
Die Familie der genannten Krankenschwester aus HO CHI MINH Stadt schreibt, daß das Leben für sie augenblicklich noch sehr hart ist, aber man hat Zuversicht in die neuen Verhältnisse. Jetzt versteht man erst, wie karg das Leben der Mitbürger in Nord-Vietnam und in der Nationalen Befreiungsfront während des ganzen Krieges gewesen ist und welche Opfer gebracht wurden, um das Land zu befreien.

In vielen landwirtschaftlichen Neusiedlungen kann man umgebaute Panzerfahrzeuge sehen, die zum Roden und Pflügen der Felder eingesetzt werden. In den Dorfschmieden und Werkstätten werden aus Katuschen Schaufeln geschmiedet und Rohrleitungen für Bewässerungsanlagen geschweißt. Bei genauer Wertung kann man sagen, daß sich in Vietnam augenblicklich ein Menschheitstraum verwirklicht: aus Schwertern werden Pflugschare geschmiedet. Das sollte unsere Solidarität mit dem neuen Vietnam stärken, damit der Anfang leichter wird und diese neue Wirklichkeit beispielhaft für andere Länder werden kann.

Anmerkungen:

1) Die nächste übergeordnete Organisationseinheit der TO (Nachbarschaftsgruppe) ist die KHOM (Straße in der Stadt oder Weiler auf dem Land) mit 2.000 - 10.000 Einwohnern, die eine Sprechergruppe von 3 Personen hat. Darüber liegt der PHUONG (Wohnbezirk oder Dorf) mit 8.000 - 10.000 Einwohnern und einem leitenden Komitee von 7 Personen. 4 - 5 Wohnbezirke oder Dörfer bilden einen QUAN (Stadtteil oder Distrikt), der von einem Komitee von 7 - 11 Personen geleitet wird und eine große Eigenständigkeit besitzt. Mehrere Stadtteile oder Distrikte bilden die Stadt oder Provinz (seit der Gebietsreform vom April 1976 insgesamt 35 Provinzen und die Städte Hanoi und HO CHI MINH Stadt). Die Leitung liegt in der Hand von Stadt- und Provinzkomitees. Die Städte und Provinzen verfügen über weitgehende Eigenrechte und bilden die tragenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einheiten des Landes.
2) Für weitere ausführliche Daten über die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges und die Aufgaben für den Wiederaufbau siehe: *The Tasks of Reconstruction*, von Prof. NGO VINH LONG, in: 'Vietnam Quarterly', Cambridge, USA, Frühjahr 1976; zu beziehen von: 108 North Mole Street, Philadelphia, Pa. 19102, USA, 2,50 US $.
3) Regelmäßige Informationen über FRIENDSHIPMENT und das Verhältnis der USA zu Vietnam in: 'US/Indochina Report', Washington, USA, hier: 16. September 1976; zu beziehen von: 1322, 18 th Street N.W. Washington, D.C. 20036, USA, Abonnement 6,– US $ pro Jahr + Porto.
4) Die Daten zur wirtschaftlichen Situation Vietnams sind größtenteils dem Wochenmagazin 'Far Eastern Economic Review', Hongkong entnommen, hier vor allem aus: *Bridge Hanoi's Food Gap*, von NAYAN CHANDA, in: 'Far Eastern Economic Review', 20. August 1976.
5) Übersetzt aus: 'Far Eastern Economic Review', Hongkong, 20.8.1976.

SPENDEN

Spendet für den Wiederaufbau Vietnams
Beim Wiederaufbau des von Kolonialherrschaft und Krieg zerstörten Vietnam fehlt es immer noch allenthalben an materiellen Mitteln, z.B. für einfache landwirtschaftliche Geräte, für Maschinenersatzteile, die importiert werden müssen, für Medikamente usw. Wir bitten deshalb um Spenden an:

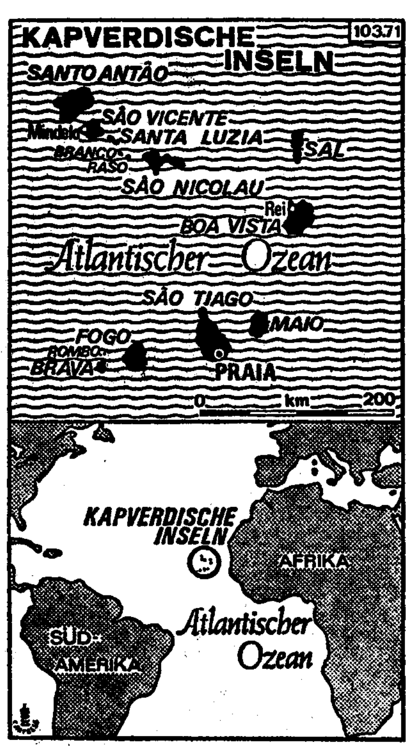
Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
1 Berlin 12
PSchA Berlin West, Konto Nr. 40 06 - 104
Stichwort: Aufbauhilfe Vietnam

Kapverden

Probleme der landwirtschaftlichen Entwicklung

Am 12. September hat der Präsident der Kapverdischen Republik, Aristides Pereira, in einer Radioansprache das Jahr 1976 zum Dürrejahr erklärt. Nachdem es nach einer achtjährigen Dürreperiode 1975 wieder ausreichende Regenfälle gegeben hatte, muß in diesem Jahr wegen fehlender Niederschläge wiederum mit einem 90 %igen Ernteausfall gerechnet werden.[1]
Um die Schwierigkeiten des Kampfes gegen die Unbarmherzigkeit der Natur und das Erbe des Kolonialismus besser zu verstehen, werden in den folgenden Abschnitten Geografie und Entwicklung der Kapverden skizziert.

– Geoklimatische Bedingungen
Auf der Breite des südlichen Sahara-Raums, etwa 500 km vor der afrikanischen Küste, liegen die kapverdischen Inseln im Atlantik: die 6 nördlichen Inseln „über dem Wind" (Barlavento) und die vier Inseln „unter dem Wind" (Sotavento), wie man die Gruppe nach ihrer Lage zum Nordostpassat aufteilt.



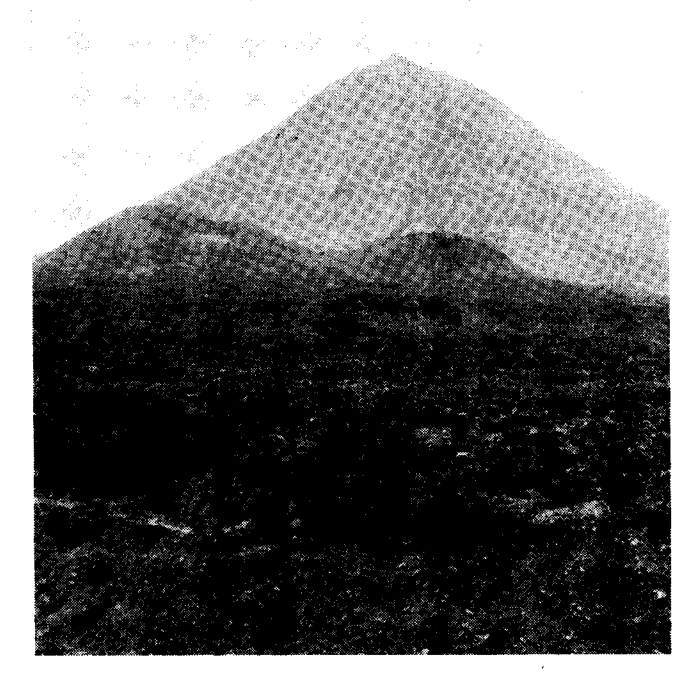
Die Passatwinde beherrschen das Klima. Sie führen hier trockene, warme Festlandluft heran, die sich über den Kapverden mit relativ kühler Luft aus der Kanarendrift überlagert und eine stabile, niederschlagsarme Luftschichtung erzeugt. Die Folge ist eine fast das ganze Jahr anhaltende Trockenheit.
Nur im Spätsommer reichen die letzten Ausläufer des südwestlichen Monsuns gerade noch bis zu den Inseln und hüllen sie – v.a. im Bereich des Sotavento – in feuchtwarme Luftmassen. Nicht selten bleibt diese kurze Feuchtigkeitsperiode aber auch aus, bisweilen mehrere Jahre hintereinander, in den letzten hundert Jahren etwa 30 mal. Dann treten die Dürren auf, früher oft von furchtbaren Hungersnöten gefolgt, verstärkt durch eine auf den kolonialen Export ausgerichtete Landwirtschaft.[2] [3]
Ein zusätzliches Problem stellt der trockene Harmattanwind dar, der nach der Regenzeit auftritt, die Inseln mit Saharastaub überzieht und der Erde die gespeicherte Feuchtigkeit entzieht. Kommt der Monsun, so fallen die Niederschläge in nur wenigen Tagen, die Hauptmenge oft in nur 24 Stunden in heftigen Schauern. Bisher gingen diese Wassermassen der Landwirtschaft weitgehend verloren, sie ergossen sich ins Meer, Geröll und Erde mit sich führend.
So gibt es ausdauernde Gewässer fast nur auf den hohen Inseln. Dagegen verfügen die Talsohlen über z.T. recht umfangreiche Grundwasserströme.[4]
Entsprechend dem Klima und der 500-jährigen Beanspruchung durch koloniale Raubwirtschaft ist die Bodendecke überwiegend ziemlich dünn, vor allem im Barlavento.
Die vorhandenen Böden sind aber häufig über vulkanischem Gestein entstanden und dann bei ausreichender Feuchtigkeit für die Landwirtschaft geeignet.

– Gesellschaftlich-historische Entwicklung
Die Kapverden, damals offenbar nur schwach besiedelt, wurden gegen Ende des 15. Jahrhunderts von den Portugiesen kolonialisiert. Zunächst nur auf Santiago, der noch heute wirtschaftlich stärksten und bevölkerungsreichsten Insel, später auch auf den anderen Inseln ließen sich portugiesische Siedler nieder. Die große Masse der Arbeitskräfte für die bald einsetzende Plantagenwirtschaft waren Sklaven aus den verschiedenen Stämmen Guineas. Die Völkervermischung war stark.
Von den großen Latifundien war bis zum Ende der Kolonialzeit wenig übriggeblieben. Vorherrschend ist noch heute (von den Kaffeekulturen abgesehen) der in zahlreichen kleinen und kleinsten Parzellen verpachtete Mittelbesitz.
In jüngerer Zeit ist ein beträchtlicher Teil des Mittel- und teilweise sogar des Großgrundbesitzes in die Hände von Kapverdianern übergegangen, wohl aus Angst der Portugiesen vor der herannahenden Unabhängigkeit der Kapverden. So legten die Portugiesen – wenn auch wohl ungeplant – den Grundstein zu einer nationalen Grundbesitzerklasse.

– Vegetation und Landwirtschaft, Handel
Im Anfang der Kolonialzeit lag die Bedeutung der kapverdischen Insel vor allem in der Funktion als Handelsumschlagplatz und Flottenstützpunkt.[5] Eine wichtige Rolle spielte der Sklavenhandel.
Das Abholzen der früher ausgedehnten Waldstriche zum Zweck des Schiffbaus für den Sklavenhandel hat sehr zur Verkarstung der Höhenzüge auf den Inseln beigetragen.
Auch das fast ausschließliche Nutzen der Wasserkapazitäten für den Bananen- und Zuckerrohranbau hat zum Raubbau an der kapverdischen Landschaft beigetragen, da dadurch andere Pflanzen mitsamt ihrem Wurzelsystem abstarben. Den Rest besorgten Wind und sturzbachähnliche Regenfälle.
Bananen und Zuckerrohr werden vor allem in den fruchtbaren Küstenstrichen und bewässerten Talsohlen angebaut.
An den Hängen sind die Ackerbaubedingungen schlechter: hier finden sich Weiden und dürftige Ackerflächen.
In einigen Gebieten existiert in größerer Höhe eine durch Verdunstung hervorgerufene Nebelzone, in der die Feuchtigkeit für den Anbau anspruchsvollerer Produkte reicht

(Fruchtbäume, Kaffee, der aber durch die angolanische Konkurrenz stark an Bedeutung verloren hat).
Für die Subsistenzwirtschaft der Bevölkerung spielen Mais und Maniok die wichtigste Rolle. Es wird nicht bewässert und fast ausschließlich Hackbau betrieben. Gedüngt wird kaum, und Fruchtwechsel ist unbekannt. Der Terrassenbau wurde auf den Kapverden nur gebietsweise angewendet.[6] Ältere Terrassen und Mauern waren zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit oft verfallen und zeigten den Niedergang der Ackerbaukunst durch den Raubbau der auf kurzfristigen Profit angelegtten kolonialen Landwirtschaft.

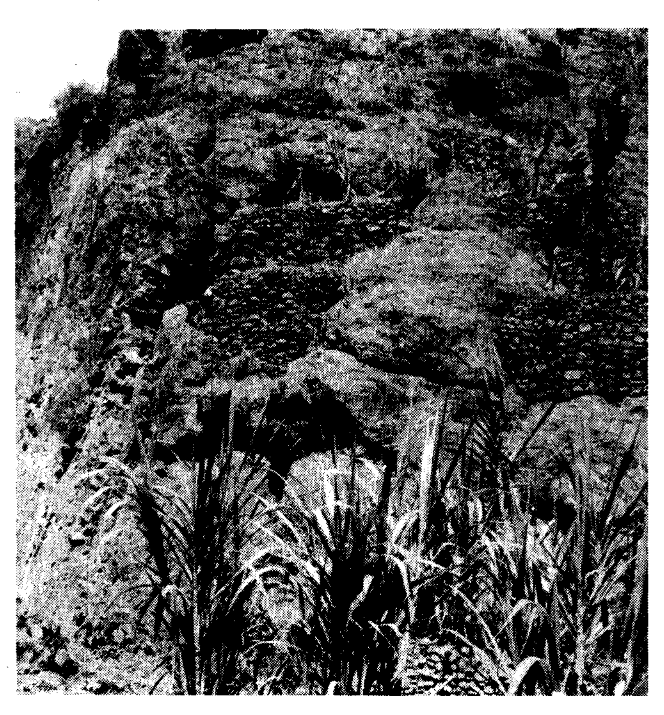
– Aufbau der Landwirtschaft auf den Kapverden
„Wenn wir berücksichtigen, daß nur 13 % des Landes in Kapverde bebaut wird, daß die Wissenschaft heute über weitgehende Möglichkeiten zur Kultivierung von Land und zur Nutzung des Wassers verfügt, daß der Wille eines freien und arbeitsfreudigen Volkes ein ungeheurer Wert, ein kostbares Kapital ist, ... daß die Krisen, die soviel Elend über das Volk von Kapverde gebracht haben, nicht unvermeidlich, sondern ausschließlich das Ergebnis der langwährenden Ausplünderung und des Auslaugens des Bodens durch die Kolonialisten sind, – wenn wir das alles berücksichtigen, können wir sicher sein, daß die Perspektiven für die Zukunft gut sind, und daß morgen das kapverdische Volk ein einfaches,



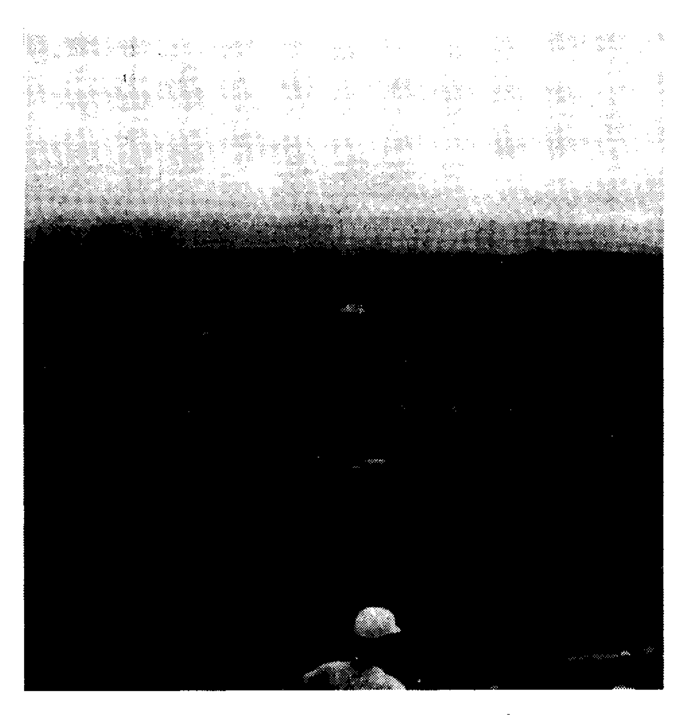
aber menschenwürdiges Leben führen wird..." (Amilcar Cabral).[7]
Im Regierungsprogramm der Kapverden für dieses Jahr werden, unter Hinweis auf A. Cabral, für die Landwirtschaft folgende Richtlinien gegeben:
„1. Liquidierung des Systems der Unterverpachtung und der Teilpacht
2. Liquidierung des Großgrundbesitzes
3. Wiederbebauung des Bodens der in der Stadt lebenden Grundbesitzer
4. Begünstigung der Schaffung landwirtschaftlicher Kooperativen
5. Ausarbeitung eines Gesetzes zur Nutzung des Wassers
6. Einrichtung eines Fonds zur Reform der Landwirtschaft
7. Kampf gegen Bodenerosion und Vordringen der Wüste
8. Bildung einer Einrichtung für das Studium und die Vorbereitung der Landreform

Um dies zu erreichen muß vor allem die Produktivität gesteigert werden, ..., die sozialen Ungerechtigkeiten auf dem Land müssen liquidiert werden und wir müssen unsere Abhängigkeit vom Ausland vermindern."[8]
Im folgenden sollen einige der gestarteten Projekte skizziert werden.[9] Auf eher wirtschaftspolitische Fragen kann im Rahmen dieses Artikels nicht eingegangen werden (z.B. Ausweitung des Kaffee- und Zuckerrohranbaus hinsichtlich der Fragen Devisen, Weltmarktabhängigkeit, Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln).

Düngemittel sollen verstärkt zur Verbesserung des Ertrags und der Bodenqualität eingesetzt werden. Dabei ergibt sich die Notwendigkeit der Einfuhr von Kunstdünger. Denn Naturdünger steht nur sehr begrenzt zur Verfügung:
1. ist der Viehbestand zu gering und Stallhaltung wird kaum praktiziert, 2. werden die pflanzlichen Abfallprodukte als Viehfutter benötigt, da die Weideflächen nicht ausreichen.
Neben der Wasserarmut sind Pflanzenkrankheiten und Schädlinge die größten Geißeln der Landwirtschaft. Da die Bananenplantagen der Portugiesen davon kaum betroffen waren, sondern hauptsächlich die Mais- und Bohnenpflanzungen der „armen Bauern", wurde der Bekämpfung dieser Übel bis zur Unabhängigkeit wenig Aufmerksamkeit geschenkt.
Man versucht heute, die Lebensgewohnheiten der Pflanzenschädlinge systematisch zu untersuchen (v.a. bis zu 20 cm lange Heuschrecken und „Tartaruga" genannte Käfer), um Präventivmaßnahmen entwickeln zu können. Zunächst ist man noch auf Pestizide angewiesen. Letztes Jahr wurde vom Landwirtschaftsministerium eine Kampagne zum Bekämpfen der Heuschreckenplage gestartet (Demonstration u.a. durch Mitglieder der Jugendorganisation JAAC, kostenloses Verteilen von Gift für dieses Jahr).
Man versucht auch, resistentere und dem Klima besser angepaßte ertragreiche Sorten zu züchten.
In letzter Zeit sind große Bemühungen gemacht worden, die widerstrebenden Bauern von den Vorteilen des Sojabohnenanbaus zu überzeugen, da Sojabohnen einen höheren Proteingehalt haben als die afrikanischen Bohnen (Sojaanbau auf Staatsfarmen und Schulspeisungen mit Sojabohnen). Die traditionelle Anbaukombination Mais/Bohne bringt zwar eine gute Nährstoffkombination, aber Mais muß lange kochen, und Brennmaterial ist rar. Man



will die Bauern auch überzeugen, beide Pflanzen getrennt anzubauen; bisher wurden Bohnen- und Maispflanze in ein gemeinsames Loch gepflanzt, so daß sich die Bohne am Mais hochranken konnte – so entziehen sich die Pflanzen gegenseitig Licht und Mineralien.
Eine Aufforstungskampagne hat begonnen, bei der jeder Einwohner des Landes aufgefordert ist, einen Baum zu pflanzen. Die Jugendorganisation JAAC (Afrikanische Jugend A. Cabral) hat in diesem Sommer mit der Bepflanzung der Höhenrücken begonnen.
Die größten Anstrengungen gelten der verbesserten Wasserversorgung für die Landwirtschaft. Meerwasserentsalzung und die Nutzung wasserführender unterirdischer Schichten und Höhlen stoßen noch auf technologische und geologische Probleme. Man konzentriert sich daher auf die Konstruktion von Dämmen, die die sintflutartigen Regenfälle auffangen und vor dem raschen Abfließen bewahren sollen. Die am höchsten gelegenen Dämm fangen die abgespülte Erde auf und bilden so nach einiger Zeit eine kultivierbare Terrasse. In tieferen Zonen bilden sich Stauseen



oder das Wasser erhält zumindest die Möglichkeit, langsam abzusickern und so den Grundwasserspiegel zu erhöhen, statt ins Meer abzufließen.
Von Februar bis Augsut dieses Jahres wurden allein auf der Insel Santiago 425 Dämme gebaut, und das ohne Maschinen oder Zement, die man einführen müßte. Vielmehr füllt man Geröll in 1 m^3 große Maschendrahtkäfige und stapelt diese aufeinander. Seine Abdichtung erhält dieses System durch den vom Wasser mitgeführten Schlamm.
Von dem Anspruch der PAIGC, jedem Bauern sein Land zu geben, ist man noch weit entfernt. Zwar sind große portugiesische Planntagen enteignet und verstaatlicht worden. Großgrundbesitz existiert nur noch auf den Inseln Santiago und Fogo, wo 2 kapverdianische Reimmigranten kurz vor der Unabhängigkeit ein Viertel der bewässerten Fläche unter ihre Kontrolle gebracht haben. Sie beschäftigen Landarbeiter zu Löhnen, die über den vom Staat gezahlten liegen. Z.Z. verhandelt die Regierung über den Aufkauf.
Aber sehr verbreitet ist noch der an bis zu 10 Pächtern verpachtete Mittelbesitz. Lediglich die Unterverpachtung ist verboten.
Bisher kommen die Infrastrukturmaßnahmen der Regierung, Anbaumethoden, Bewässerung, Schädlingsbekämpfung, zuallererst den Verpächtern zugute und stärken deren Position.
Auf der größten Insel, Santo Antao, existiert seit Ende August eine Kommission aus den politischen und landwirtschaftlichen Verantwortlichen für die Insel und je einem Pächtervertreter für die drei Distrikte. Zunächst soll die Kommission dafür sorgen, daß die Pachtverträge schriftlich abgefaßt werden, um die Pächter vor Willkür zu schützen.
Die Kopperativbewegung erreicht je nach Insel ein verschieden starkes Ausmaß, steckt aber, insgesamt gesehen, noch ganz in den Kinderschuhen. Hierfür sind vor allem 2 Faktoren verantwortlich:
1. besteht, im Gegensatz zum Festland, keine Tradition kooperativen Arbeitens, 2. bietet die unterentwickelte Infrastruktur (v.a. Straßen) große Transport und Vermarktungsprobleme.

– Die aktuelle Dürre

Die aktuelle Dürre schafft nicht nur ein materielles Problem, sie läßt den alten Fatalismus bei vielen Bauern, die vom PAIGC mobilisiert werden konnten, wieder durchbrechen. Den objektiven Problemen und dem Rückfall in alte Mentalitäten will der PAIGC mit einem Sofortprogramm offensiv entgegentreten. Dieses Sofortprogramm versucht das Problem nicht durch karitative Verteilungsaktionen zu lösen, sondern durch produktive Maßnahmen.
Der Kern des Sofortprogramms besteht in der Schaffung von 15.200 neuen Arbeitsplätzen, deren Löhne aus dem Verkauf der Lebensmittel, die durch ein zusätzliches internationales Work for Food Program zur Verfügung gestellt werden, und durch Geldspenden finanziert werden. Die zusätzlichen Arbeitskräfte werden vor allem bei der Fortführung der Boden- und Wasser-Konservierungs- und Bewässerungsprojekte, daneben bei der Verbesserung der Wohnverhältnisse auf dem Lande und beim Straßenbau eingesetzt werden. Indem der Schwerpunkt des Programms auf der Hebung der Produktions- und Lebensbedingungen auf dem Lande liegt, wird eine langfristige Lösung der Versorgungskrise realisierbar. Wohlfahrtsmaßnahmen sind nur für alte Menschen und Mütter mit kleinen Kindern vorgesehen.
Spenden können überwiesen werden an die Amilcar Cabral Gesellschaft, Sparkasse der Stadt Münster, Spendenkonto Nr. 297705 – Kennwort: Sofotprogramm Kapverden.

Jürgen Wengler
gekürzt vom iz3w

Anmerkungen:

1) Aufruf der Amilcar-Cabral-Gesellschaft: „Unterstützt das Sofortprogramm der Kapverden – Helft Hunger verhindern"
2) Beiträge zur Geografie der mittelatlantischen Inseln, Heinz Klug (Hrsg.), v.a. S. 175 ff.
3) Die Kapverdischen Inseln, J. Matznetter, Wien 68, S. 11, s. auch S. 15
4) Outline of the Geology of the Cape Verde Archipelago, Geol. Rdsch. 61,3, Stuttgart
5) J. Matznetter a.a.O., S. 18
6) H. Klug a.a.O., S. 187
7) Polit. Handbuch der PAIGC. Hersg. KSA Heidelberg 74, S. 50/51
8) Programa de Governo, Camarada Pedro Pires, Imprensa de PAIGC, Praia Cabo Verde, Juni 76, S. 13/14
9) Die folgenden Angaben wurden auf einer Reise einer ACG-Delegation gesammelt deren Teilnehmer der Verf. war. Größtenteils gehen sie auf Informationen des Verantwortlichen im Landschafts- und Fischereiministerium, H. Silva da Soares, zurück.
Eine detaillierte Literaturliste stellt der Verfasser gern auf Anfrage zur Verfügung.



Das Volk befreit sich weiter (Reisebericht)

NOS TERRA TA LIBERTA

Die Kapverdischen Inseln befreien sich weiter

Das Flugzeug aus Lissabon erreicht die Insel Sal sehr früh am Morgen. Es dauert einige Stunden bis zum Weiterflug nach Praia. Wir gehen die Straße neben dem Flughafen entlang zum nächsten Dorf. Ringsum eine ausgetrocknete steinige Landschaft. Vor uns auf einem Berg große militärische Radar- und Nachrichtenanlagen. Am Straßenrand Blechdosen, Omo-Pakete, leere Cola-Dosen. Das haben die Kolonialherren dem Land zurückgelassen. Kurz vor dem Dorf eine Kaserne. Gruppen von Soldaten sitzen zusammen und diskutieren offensichtlich. Es sind Soldaten der FARP, der Revolutionären Streitkräfte des Volkes. An einem Fahnenmast weht die Fahne der unabhängigen Kapverdischen Republik. Im Dorf klebt an fast jedem Haus ein Plakat der PAIGC. Viele Parolen wurden auf die Wände geschrieben: „Nos terra pa nos povo" – unser Land für unser Volk – PAIGC. Durch die Hauptstraße des Dorfes klingt Musik. Jemand hat die Schallplatte „Steh auf, Sklave" [1] der Kaoguiamo aufgelegt: „Nos terra ta liberta" – unser Land wird sich befreien. Das ist das Ergebnis des Kampfes, das neue Cabo Verde des Volkes.

Dieser Widerspruch zwischen der Hinterlassenschaft des Kolonialismus und den in die Zukunft weisenden Ergebnissen und neuen Ansätzen des Kampfes unter Führung der PAIGC begegnet uns überall auf den Kapverdischen Inseln. Es hat auf den Inseln keinen bewaffneten Kampf gegen die Kolonialherrschaft gegeben. Wir erwarten deshalb einen geringen Grad der Mobilisierung in der Bevölkerung. Doch wir haben uns geirrt. Kampf ist ja nicht nur bewaffneter Kampf. In den Jahren seit der Gründung der PAIGC am 19. September 1956 hat es lange Perioden gegeben, in denen nicht bewaffnet gekämpft wurde, und doch waren dies entscheidende Zeiträume für den Kampf gegen die Kolonialherrschaft und für die Unabhängigkeit. Es war Ergebnis dieses Kampfes im Untergrund, der aus geduldiger Überzeugungsarbeit [2] bestand, die schließlich zur Mobilisierung des Volkes führte, daß zahlreiche Kapverdianer sich in Guinea-Bissau dem bewaffneten Kampf anschlossen. Als am 3. August 1961, dem zweiten Jahrestag des Massakers von Pidjiguiti, bei dem die Kolonialmacht 50 streikende Hafenarbeiten in Bissau ermorden ließ, der Aufruf der PAIGC erfolgte, jetzt zum bewaffneten Kampf überzugehen, war das auch für die Kapverdischen Inseln ein Signal. Heute sind viele derer, die auf dem Festland gekämpft haben, um sowohl Guinea-Bissau als auch die Kapverdischen Inseln zu befreien, auf die Inseln zurückgekehrt. Jedoch auch auf den Inseln selbst hat es eine kontinuierliche politische Untergrundarbeit gegeben.

Bei einem Spaziergang durch das Dorf nahe am Flugplatz von Sal treffen wir eine Frau und einen Mann, beide vielleicht 50 Jahre alt. „Sie waren von Anfang an dabei", sagt uns der Verantwortliche der PAIGC.

Es gibt viele, die von Anfang an dabei waren. Ob sie in Guinea-Bissau gekämpft haben oder auf den Inseln politisch gearbeitet haben: sie haben erreicht, daß der offizielle Einzug einer PAIGC-Delegation am 25. August 1974 in der Hauptstadt Praia ein Triumphzug war und daß die PAIGC auch auf den Inseln nicht etwa am Anfang ihrer Arbeit steht.

Wenn man das weiß, gilt es, auch die Schwierigkeiten zu sehen. Selbstverständ lich hat die politische Arbeit nicht überall gleich intensiv sein können. Das ist heute deutlich zu merken. Wir hatten den Eindruck, daß man bei genügend langem Aufenthalt und vielen Gesprächen mit der Bevölkerung eine Karte der Inseln zeichnen könnte, auf denen die Gebiete nach der Intensität der Untergrundarbeit der PAIGC eingezeichnet sind.

Wir machen eine Fahrt quer über die Inseln Santiago von Praia im Süden bis Tarrafal im Norden, dem Ort mit dem ehemaligen Konzentrationslager. Unterwegs sprechen wir öfter Bauern an, fragen, was sich für sie geändert hat seit dem Ende der Kolonialherrschaft. Eine Antwort: „Nichts hat sich geändert. Oder es ist sogar schlechter geworden. Die Preise sind gestiegen". Ich sage, daß an vielen Orten die Bauern Konsumgenossenschaften gebildet haben. Mein Gesprächspartner weiß nicht, was das ist. Ein anderer erklärt es ihm: „Dann sind die Waren billiger".
Ein Stück weiter in einem Laden auf dem Land. Etwa sieben Frauen und Männer stehen beieinander. Sie sind sich einig, daß jetzt die Lage besser ist. „Wir müssen hart arbeiten, aber das geschieht jetzt im Interesse unseres eigenen Volkes." Gibt es Schwierigkeiten? „Es fehlen besonders Fachleute. Heute morgen haben sie z.B. im Radio gesagt, daß der Arzt morgen nicht kommt." Wir wissen, daß der Arzt, ein Genosse aus Belgien, sich ges tern verletzt hat und selbst im Bett liegt. Sonst kommt er jede Woche einmal in diese Gegend. Was ist mit den Kapverdianern, die im Ausland studieren? „Viele finden das Leben im Ausland angenehmer und kommen dann nicht zurück – außer die, die im Auftrag der Partei studieren, auf die können wir uns verlassen".

Der Unterschied der Antworten zeigt an, daß noch viel zu tun ist. Der Kolonialismus hat seine Spuren auch in den Köpfen der Menschen hinterlassen. Der Kampf der PAIGC ist heute ein Kampf gegen die Hinterlassenschaften des Kolonialismus in allen Bereichen. Dieser Kampf ist nur zu gewinnen, wenn eine Politik gemacht wird, in der Wirtschaftsplanung, Gesundheitswesen, Justiz, Erziehung und Kulturpolitik auf einander abgestimmt sind und gemeinsam dem Ziel dienen, die „wirtschaftliche, politische, diplomatische, militärische und kulturelle Unabhängigkeit" [3] sowie die „Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und aller Formen der Unterwerfung der menschlichen Person unter erniedrigende Interessen zum Nutzen von Einzelpersonen, Gruppen oder Klassen" [4] zu erreichen. Auf die Einheit der verschiedenen politischen Bereiche wurden wir immer wieder hingewiesen.

Erziehung

Portugal benutzte die Kapverdischen Inseln als Rekrutierungsfeld für seine Kolonialverwaltungen, auch in den anderen afrikanischen Kolonien. Daher haben, wenn man allein die Zahl der Schüler im Verhältnis zur Bevölkerung betrachtet, auf den Kapverdischen Inseln mehr Personen Unterricht gehabt als in anderen Kolonien. Hinzu kommt, daß Portugal um 1969, als durch Informationsarbeit im Ausland das Kolonialregime in immer stärkere internationale Isolierung geriet, das Unterrichtswesen auf den Kapverdischen Inseln ausbaute. Dadurch verdoppelte sich 1969 die Schülerzahl gegenüber dem Vorjahr und stieg auch danach ständig an. Im Erziehungsministerium wurde uns gesagt, daß dieser Anstieg der Schülerzahlen, der ja im Grunde auch ein Ergebnis des Befreiungskampfes war, immerhin dazu geführt hat, daß die Analphabetenquote „nur" 65 % beträgt (wobei dieser Prozentsatz bei älteren Menschen

höher, bei jüngeren niedriger liegt). Der Inhalt des Unterrichts hatte jedoch die weitere Kolonisierung des Volkes zum Ziel, die Entfremdung von der eigenen Kultur, die Ausbildung zum willigen Werkzeug der Kolonialmacht. Die Ausweitung des Schulwesens 1969 führte zwar zu einer Erhöhung der Schülerzahl, aber es wurden weder mehr Schulen gebaut noch mehr Lehrer ausgebildet. 1974 waren von 1247 Lehrern 90 für ihren Beruf ausgebildet, 164 hatten an einem Vorbereitungskurs teilgenommen, die übrigen hatten vier Jahre Grundschulunterricht gehabt und einen Schnellkurs besucht. Lehrmittel waren kaum vorhanden, ebensowenig geeignet Gebäude. Auf dem Land hatten die Kinder zum Teil Schulwege von mehreren Stunden, so daß sie von 7 bis 21 Uhr außer Hause waren und während dieser Zeit nur eine Mahlzeit bekamen.

Dieser von den Kolonialisten hinterlassene Zustand mußte grundsätzlich geändert werden. Das ist eine langdauernde Arbeit. Die Planung ist noch nicht abgeschlossen, u.a. weil sie mit der Planung in anderen Bereichen zusammenhängt und weil keine verläßlichen Statistiken vorhanden sind. Dennoch gingen die Verantwortlichen der PAIGC sofort daran, in Teilbereichen Änderungen herbeizuführen.

Es wurden mehrere Lehrerfortbildungskurse durchgeführt, weil es vor allem darauf ankam, die Unterrichtsinhalte zu ändern. Nicht die Interessen der Kolonialherren, sondern die eigene gesellschaftliche Wirklichkeit steht jetzt im Mittelpunkt. Dabei ist man zum großen Teil auf dieselben Lehrer, die auch vorher Unterricht gegeben haten, angewiesen. Es ist daher selbstverständlich, daß die Partei ihrer Schulung besonderes Gewicht gibt. Den neuen Unterrichtsinhalten entspricht eine Beteiligung der Schüler am Geschehen ihrer Schule. Wie in allen öffentlichen Gebäuden der Kapverdischen republik gibt es in den Schulen Wandzeitungen, die von Lehrern und Schülern gemeinsam gestaltet werden. In wöchentlichen Versammlungen werden Angelegenheiten der Schule diskutiert. Es ist wahrscheinlich, daß dies noch nicht im ganzen Land so funktioniert, wie es geplant ist. Aber die Ansätze sind vorhanden. Es wurde uns berichtet, daß Schüler die Absetzung eines Lehrers forderten, weil er sich geweigert hatte, revolutionäre Lieder mit ihnen zu singen. Die Schüler bekamen einen anderen Lehrer.

Die Herstellung neuer Schulbücher ist schon weit fortgeschritten. Die Bücher werden im Land selbst geschrieben und soweit möglich auch gedruckt. Für die Grundschulen wurde das schon verwirklicht. Vollkommene Lehrmittelfreiheit wird angestrebt und ist teilweise verwirklicht. Die Schulen sollen nun nicht mehr in erster Linie Verwaltungsbeamte ausbilden, sondern Fachleute für verschiedene Bereiche. Das hat es zur Zeit der Kolonialherrschaft nicht gegeben, so daß das Land heute noch oft von ausländischen Fachkräften abhängig ist. Besonders Fachausbildungen in technischen Fächern sind vorgesehen.

Ein wichtiger Teil der Erziehungsarbeit sind gegenwärtig die Alphabetisierungskampagnen. Die schnelle Abschaffung des Analphabetentums ist ein Punkt im Programm der PAIGC. Dabei geht es nicht nur darum, den Menschen das Lesen und Schreiben als Verständigungsmittel beizubringen, sondern sie sollen gleichzeitig lernen, ihre Interessen zu erkennen und zu vertreten. Die Alphabetisierung ist gleichzeitig Politisierung und Mobilisierung. Es wird wie in Guinea-Bissau nach der Methode des Brasilianers Paula Freire gearbeitet. Die schöpferische Anwendung dieser Methode bedeutet, daß nicht einfach für Brasilien erarbeitetes Material übernommen wird, sondern daß vieles für die Situation der Kapverdischen Inseln abgeändert werden muß. Diese Alphabetisierungsmethode setzt an den jeweils spezifischen Problemen der Menschen an und hilft damit auch bei der Verbesserung z.B. der Arbeitsmethoden in der Landwirtschaft. [5] Die Alphabetisierung wird auf dem Land seit einiger Zeit u.a. von Mitgliedern der Frauenorganisation der pAIGC durchgeführt, die bis zu 20 Frauen in einer Gruppe unterrichten. Das Kapverdianische Solidaritätsinstitut, an das die Hilfe aus dem Ausland gelangt, hat in Absprache mit dem Erziehungsministerium eine Reihe von Projekten im Bereich der Erziehung. So hat das Institut nach einem Bedarfsplan für alle Inseln 37 Kindertagesstätten geplant, von denen zwei bisher fertiggestellt wurden. Es fehlt hier besonders an didaktischem Spielmaterial für die Kinder. Die Verwirklichung der weiteren Projekte hängt von den Mitteln ab, die das Solidaritätsinstitut erhält. Ein anderes Projekt des Instituts ist die Granja Sao Filipe, ein Internat für Jungen im Alter von 8 bis 15 Jahren.

Die Granja liegt in einem Tal nicht weit von Praia. Drei Häuser dienen zum Schlafen, zu handwerklichen Arbeiten und für den Unterricht bzw. das gemeinsame Essen. Um die Gebäude herum ist das Land kultiviert. Mais, Kartoffeln und Bohnen wurden angebaut. Es werden Ziegen und Schweine gehalten. Die 100 Jungen in der Granja sind zum großen Teil Waisen oder haben sich früher nur durch Betteln oder Stehlen ernähren können. Der Sozialdienst hat sie hierhergeschickt. Uns fällt ihre Selbständigkeit auf. Sie begrüßen uns, zeigen uns das Gelände, in dem sie gelernt haben, sich ihren Lebensunterhalt durch eigene Arbeit zu sichern. Bauern haben ihnen gezeigt, wie man Mais, Kartoffeln und Gemüse anbaut. Jeden Tag lernen sie, Möbel zu bauen oder andere handwerkliche Tätigkeiten zu verrichten. Im vorigen Jahr wurde der Schulunterricht noch unentgeltlich von Lehrern und Sozialarbeitern gegeben. Es war kein Geld da, hauptamtliches Personal einzustellen.

Im Unterrichtsraum hängen von den Kindern gemalte Afrika-Karten und PAIGC-Fahnen an der Wand. Wir nehmen an der ersten Unterrichtsstunde nach den Ferien teil. Es ist der erste Schultag für die erste Klasse. Der Lehrer stellt sich vor: „Ich heiße Luiz. Ihr sollt 'Genosse Luiz' oder 'Genosse Lehrer' zu mir sagen. 'Herr Lehrer' will ich nicht hören".

Dann bekommt jeder Schüler einen Bleistift, einen Kugelschreiber, einen Anspitzer, einen Radiergummi und zwei Hefte, Gegenstände, die besonders wertvoll, weil selten auf den Kapverdischen Inseln sind.

Erziehung findet nicht nur in den besonders dafür vorge-

Autoren gesucht

Wir planen für das nächste Jahr zwei Themenhefte, die sich mit der Lage der Arbeiterklasse in Industrie- und Entwicklungsländern befassen soll. Das eine, mehr theoretisch-analytisch gedachte, soll einen Beitrag zur Klärung der Frage leisten, **ob und inwiefern die verelendeten Volksmassen in der Dritten Welt und die in relativem materiellen Wohlstand lebenden Arbeiter der westlichen Industrieländer ein gemeinsames politisches Interesse verbindet.** Das andere, mehr praktisch-darstellend gedachte, soll die besonders schweren, entwürdigenden **Arbeitsverhältnisse in der Dritten Welt** behandeln.

Allerdings fehlen uns für diese Vorhaben bisher noch kompetente Autoren. Wir bitten deshalb jeden, der zu diesen Themen einen Beitrag leisten will, sich möglichst bald an uns zu wenden. Auch mit der Vermittlung von Kontaktadressen wäre uns schon weitergeholfen.

Red.

sehenen Einrichtungen statt. Das Ziel der PAIGC, einen neuen Menschen zu schaffen, ist nur durch eine andauernde Erziehung zu erreichen. Einen besonderen Beitrag dazu leistet die Jugendorganisation der PAIGC JAAC (Juventude Africana Amilcar Cabral), die im Sommer 1975 und 1976 agropolitische Jugendlager organisierte. Jugendliche aus den Städten verbrachten in Guinea-Bissau oder auf den Kapverdischen Inseln jeweils einen Monat auf dem Land. Dort mußten sie ihr Leben selbst organisieren. Sie arbeiteten auf dem Land, trieben Sport und diskutierten in Gruppen das PAIGC-Programm.
Genosse Germano, Verantwortlicher des Lagers „Antoninho Fernandes" bei Tarrafal im vergangenen Sommer: „Wir kamen am 15. August in Tarrafal an, und natürlich hatten wir am Anfang einige Schwierigkeiten, die aber schnell überwunden wurden, weil wir den festen Willen dazu hatten", – „Unsere Absicht ist, eine möglichst große Zahl von Kontak-



ten mit der örtlichen Bevölkerung herzustellen; denn eines der grundlegenden Ziele, die uns hier zusammenführten, ist es, Schluß zu machen mit dem Unterschied zwischen Stadt und Land." – „Dieses Lager ist eine wahre Schule der Kultur für den jungen Schüler, weil er hier in dauerndem Kontakt mit den Bauern ist, die 90 % unserer Bevölkerung bilden. Andererseits erlaubt das Lager den Kontakt und Erfahrungsaustausch von Jugendlichen der verschiedenen Inseln und der Schwesterrepublik Guinea-Bissau."[6]

Erziehung ist es auch, wenn im Dorfladen eine Wandzeitung hängt, in der dazu aufgefordert wird, sorgsam mit dem Eigentum des Volkes umzugehen. Und schließlich ist Erziehung nicht nur eine Aktion der Partei gegenüber den Massen, sondern ebenso gilt der umgekehrte Weg. Ein Kader der Partei kann dem Volk nur dann dienen, wenn er ständig von ihm kritisiert und kontrolliert wird. Diesem Ziel dienen in erster Linie die regelmäßig stattfindenden Volksversammlungen, die Teil der Organisationsstruktur des Volkes sind. Wir hatten leider keine Gelegenheit, an einer solchen Volksversammlung teilzunehmen. Aber auch außerhalb der Organisationsstrukturen stellten wir fest, daß auch hohe Parteikader bemüht sind, persönlich im Volk verankert zu sein. In Praia ist jeden Abend der Platz im Zentrum Treffpunkt für die Bewohner der Stadt. Wenn man eine Weile dort ist, lernt man viele Leute kennen, und man sieht an manchem Abend den Außenminister an der Ecke diskutieren oder kann mit dem Justizminister ein Glas Bier trinken. Mitarbeiter der Radiostation stellen große Lautsprecherboxen vor die Fenster der Studios, und man kann auf dem Platz Nachrichten hören und darüber diskutieren. Sicherlich ist die Lage im Zentrum von Praia nicht identisch mit dem Rest des Landes, aber vielleicht zeigen sich hier einige Kennzeichen, die einmal für das ganze Land gelten könnten:[7]

Gesundheitswesen

„Sich um die Gesundheit kümmern heißt die Revolution verteidigen". Dieser programmatische Satz des Gesundheitsministers der Kapverdischen Republik gibt an, daß es im Gesundheitswesen nicht einfach um die Anwendung medizinischer Fachkenntnisse geht.

Zusammen mit Hermann, einem der beiden belgischen Ärzte, einem Fahrer und Antonia, die ab und zu übersetzt und selbst Blutdruckmessungen und dgl. durchführt, fahren wir im Landrover zu zwei medizinischen Hilfsposten ins Innere der Insel Santiago. Es gibt neun solcher Sanitätsposten auf der Insel. Hermann besucht diese beiden Posten jeden Montag. Seine Kollegen teilen sich die anderen Posten.
Beim ersten Sanitätsposten warten schon viele Menschen. Sie haben zum Teil weite Wege hinter sich. Sie stehen in Gruppen beieinander und unterhalten sich. Der Pfleger, der ständig hier arbeitet, hat alles gut vorbereitet. Er hat eine Liste der Patienten angefertigt, die heute zum Arzt müssen, weil er sie allein nicht behandeln kann.
Die meisten Krankheiten hängen mit Fehlernährung oder mangelnder Hygiene zusammen: Hautkrankheiten, Vitaminmangelkrankheiten, auch Lepra. Einige Patienten werden ins Krankenhaus nach Praia bestellt.
Wir unterhalten uns draußen mit einigen Patienten. Einer bemüht sich besonders um uns, führt uns herum, erklärt viel. Später merken wir, aß er damit erreichen will, daß wir ihn zum Arzt bringen. Er hat einen Ausschlag am Unterarm und steht nicht auf der Liste des Pflegers. Offenbar ist er hier der einzige, der nur dem Arzt vertraut.
Anders beim nächsten Hilfsposten. Bei unserer Ankunft bilden die Menschen ein Spalier, durch das wir hindurchgehen. Einige verneigen sich tief. Der Pfleger ist unzufrieden. Er will eigentlich nicht hier arbeiten, weil seine Familie anderswo wohnt. Er sagt, daß die meisten Patienten sich geweigert haben, zu ihm zu kommen. Sie wollen alle zum Arzt. Aber das geht nicht, weil der Tag nicht lang genug ist und weil die Menschen lernen müssen, nicht wegen jeder Kleinigkeit einen Arzt zu brauchen. Hermann kritisiert den Pfleger. Dann geht er an die Tür: „Ich werde nur mit denen sprechen, die vorher beim Pfleger waren. Wenn ihr euch weiter weigert, zum Pfleger zu kommen, kann ich überhaupt nicht mehr hierherkommen". Das ist hart und erscheint uns zu kurz. Hermann erklärt uns, daß die Sache auf verschiedenen Ebenen diskutiert wird. Den Menschen ist seit Generationen die ärztliche Versorgung so gut wie ganz vorenthalten worden. Jetzt erschint es ihnen als ein Privileg, zum Arzt vorgelassen zu werden. Es gehört zu den Aufgaben der lokalen Parteikomitees, die Menschen davon zu überzeugen, daß dies eine falsche Auffassung ist.

Größere Krankenhäuser gibt es nur in Praia und in der Hafenstadt Mindelo auf Sao Vicente. Es fehlt auch in diesen Krankenhäusern an vielem.
Medikamente – wir hörten viel Lob für die Medikamentensendungen von Medico International aus Frankfurt –, Röntgenfilme, Bettlaken,[8] Waschmaschinen.. Auch im Krankenhaus gibt es, wie überall, regelmäßige Versammlungen der

dort Arbeitenden. Dort wird u.a. das Konzept für das neue Gesundheitswesen diskutiert. Die vorbeugende Medizin soll in Zukunft höchste Priorität haben. Dazu gehören Impfaktionen, aber vor allem Hygienekampagnen, Kampf gegen die Fliegen, für sauberes Wasser, Abfallbeseitigung, Gesundheitserziehung in den Schulen, Milch für die Kinder... Heute sterben noch 50 % der Kinder, bevor sie vier Jahre alt sind. Milch gibt es nur in Form von importiertem Pulver. Über Familienplanung gibt es noch kein klares Konzept. Darüber wird besonders in der Frauenorganisation (OM) der PAIGC diskutiert.
Ein großes Problem ist der Transport zwischen den Inseln. Kurz vor unserem Besuch hatte es nachts auf Sao Nicolau, wo es keinen Arzt gibt, einen schweren Unfall gegeben. Ein Lastwagen voller Menschen war von einem Hang gestürzt. Man mußte bis zum nächsten Morgen warten, bis ein Arzt mit dem Flugzeug die Inseln erreichen konnte.

Wirtschaft
Wirtschaftsminister Osvaldo Lopes da Silva sagt deutlich: „Ein Land, das so vom Import abhängig ist, ist nicht wirklich unabhängig."
Aber solange die wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht erreicht ist, gibt es Möglichkeiten, die Abhängigkeit möglichst gering zu halten. Deshalb bevorzugt man finanzielle Unterstützung von internationalen Organisationen. Handelsbeziehungen werden zu möglichst vielen Ländern unterhalten. Die Abhängigkeit von einem einzigen Land z.B. bei Nahrungsmittelimporten wird als zu gefährlich angesehen.
Während der Kolonialzeit importierte jeder Händler, was er wollte. Alkohol und Süßigkeiten hatten einen bedeutenden Anteil am Import. Und sogar Fisch und Salz, die im Land selbst vorhanden sind, wurden eingeführt. Jetzt werden Warenimport und Devisenexport kontrolliert. Nur notwendige Produkte dürfen eingeführt werden.
Notwendig sind vor allem Nahrungsmittel, die jedoch in der Zukunft von der eigenen Landwirtschaft produziert werden sollen. Zur Zeit ist das noch nicht möglich.[9] Die Versorgungsschwierigkeiten wurden früher zu Preisspekulationen ausgenutzt. Nach der Unabhängigkeit wehrte sich die Bevölkerung dagegen durch Bildung von Konsumgenossenschaften. Diese zunächst spontane Bewegung wurde von der PAIGC aufgegriffen und weiter vorangetrieben. Inzwischen wurde eine Union der Genossenschaften (Uniao das Cooperativas) gegründet, an die die örtlichen Genossenschaften einen großen Teil der Mitgliedsbeiträge weitergaben. Die Union kauft beim staatlichen Versorgungsunternehmen (Empresa Publica de Abastecimento) ein. Von der Empresa Publica kann die Union billige Kredite erhalten. So hat die Union schon einige Lastwagen kaufen können, so daß die Verteilung der Güter nicht mehr ausschließlich von privaten Fuhrunternehmern abhängig ist. Die Waren werden von den Genossenschaften mit 6 % Aufschlag verkauft. Davon behält die örtliche Genossenschaft ein, die Union zwei Drittel.
Auf der Grundlage einer produktiven Landwirtschaft soll die Industrialisierung in Angriff genommen werden. Heute gibt es nur die Salinen auf Sal und einige private Fischkonservenfabriken. Die größte Saline, Pedra Lume, ist weiterhin in französischem Besitz. Dies soll, wie uns gesagt wurde, so bleiben, bis die PAIGC in der Lage ist, die Anlage durch eigene Fachleute in Gang zu halten. Einstweilen begnügt man sich mit der Durchsetzung von vor allem Arbeiterschutzforderungen.
Ausländische Investitionen werden nicht abgelehnt. Es wird im Wirtschaftsministerium an die Möglichkeit gedacht, ausländische Textilunternehmen anzusiedeln. Sie müssen jedoch mit einer Beteiligung des Staates einverstanden sein und sich in den Wirtschaftsplan der Regierung einordnen. Die Fischindustrie soll ausgebaut werden. Auch der Abbau der reichlich vorhandenen Pozzolanerde (ein wasserbindender Zusatz zum Zement) soll zur Industrialisierung beitragen. Kapverdianische Unternehmer werden dabei nicht enteignet, sondern zur Beteiligung an Staatsunternehmen aufgefordert. So sind schon halbstaatliche-halbprivate Unternehmen entstanden. Auf diese Weise ist in Praia ein neues Industriegelände geplant. Auch die privaten Händler sollen hier ihr Kapital einbringen.
Die Wirtschaftspolitik der PAIGC zeigt, daß die Entwicklung der Produktivkräfte und der Klassen so eingeschätzt wird, daß gegenwärtig noch nicht der Sozialismus auf der Tagesordnung steht. Aber es wird auch nicht die chaotische Entwicklung des Kapitalismus zugelassen. Vielmehr erhalten einheimische Kapitalisten unter der Kontrolle des Staates begrenzte Entfaltungsmöglichkeiten. Damit sollen die Produktivkräfte weiterentwickelt werden.
Auch der Wirtschaftsminister weist auf die Bedeutung der Mobilisierung des Volkes hin. Nicht das Kapital arbeitet, sondern die Menschen. Viele dieser Menschen sind unter der Kolonialherrschaft zu sinnlosen Tätigkeiten herangezogen worden. Im „Apoio" (Unterstützung) wurden meistens Straßen gebaut, plan- und ziellos irgendwo in der Landschaft. Dafür bekamen die Menschen ein Almosen. Ihr Verhältnis zur Arbeit ist dadurch geprägt. Der „Apoio" wurde abgeschafft, aber seine Nachwirkungen machen sich auch jetzt noch bemerkbar, wenn Menschen zu sinnvoller Arbeit herangezogen werden.
Mit der Unabhängigkeit wurden gleich die höchsten Gehälter reduziert. Das Höchsteinkommen wurde auf 15 000 Esc im Monat festgelegt (1 DM etwa 12 Esc). Diesen Betrag verdienen vor allem Techniker. Sie verdienten vorher bis zu 26 000 Esc. Ein Minister bekommt monatlich 10 000 Esc. Alle Staatsangestellten, die früher kostenlose Dienstwohnungen hatten, müssen jetzt ihre Miete selbst bezahlen. Diese Maßnahmen der Regierung sind ein erster Schritt. Die niedrigsten Löhne liegen auch heute noch unter 1.000 Esc im Monat. Oft genug muß davon eine große Familie ernährt werden. Dabei sind viele Nahrungsmittelpreise kaum niedriger als bei uns.

Es fla ma nôs terra ca bale nada
ma nôs destinu ê spêra tchuba kotchi missêria

SOFORTSPENDEN GEGEN CHOLERA AUF DEN KAPVERDEN
dpa meldete am 5.11., daß auf den Kapverdischen Inseln die Cholera ausgebrochen ist; von damals 80 bekannten Fällen waren schon 8 gestorben. Eine Bestätigung dieser Meldung brachte ein Telegramm des Instituts für Solidarität / Praia vom 17.11., in dem die Amilcar Cabral Gesellschaft aufgefordert wurde, 300.000 Kapseln Tetracyclin und 6.000 Liter Lösung zur Rehydration zur Bekämpfung der Epedemie zur Verfügung zu stellen. Die erste Hilfssendung wird die Amilcar Cabral Gesellschaft und Medico International in Frankfurt in wenigen Tagen auf die Inseln schicken. Geldspenden zum Kauf der Medikamente sind dringend erforderlich.

Konto: Amilcar Cabral Gesellschaft e.V.
Stadtsparkasse Münster, 297705
Kennwort: Cholera-Spende

Kem ki sta na sabura ka mestê tchuba – E simê
Na tempu fomi ê sô koitadu ki ta morrê.

Man sagte, daß unser Land nichts wert sei,
daß unser Schicksal das Warten auf Regen und Elend sei.
Wer gut lebt, braucht keinen Regen – so ist es.
In Zeiten des Hungers sind es die Ärmsten, die sterben.

Das Land ist so viel wert, wie die Entschlossenheit des Volkes, das in ihm lebt. Ein großer Teil dieses Volkes wurde von der PAIGC organisiert. Diese Organisierung und Mobilisierung schreitet weiter fort, auch wenn es Rückschläge geben kann. In jedem Ort sind Parteikomitees aktiv. Die Frauenorganisationen, die Jugendorganisation, die Gewerkschaften werden aufgebaut und organisieren die Menschen an ihren konkreten Interessen. An verschiedenen Orten haben schon Volksgerichte getagt. Der Aufbau der Volksmilizen ist seit der Unabhängigkeit gut vorangekommen.
Bei einem kurzen Besuch kann man nicht alles sehen. Aber eins lernt man: Revolutionäre Begeisterung allein befreit ein Volk nicht. Es bedarf einer täglichen harten Arbeit. Aber ohne das revolutionäre Bewußtsein, die klare Vorstellung von dem, was erreicht werden soll, mit anderen Worten: die politische Linie, das Programm der Befreiung würde man wohl vor dem Kolonialismus und seinem Erbe resignieren. Die Völker von Guinea-Bissau und der Kapverdischen Inseln haben unter Führung der PAIGC den ersten Teil des Befreiungskampfes gewonnen und haben damit die Grundlage geschaffen, auch den zweiten Teil bis zur Verwirklichung des Maximalprogramms der PAIGC zu gewinnen.
Aristides Pereira, Generalsekretär der PAIGC und Präsident der Kapverdischen Republik hielt deshalb am 12. September 1976, als er die 90%ige Vernichtung der Ernte durch Dürre bekanntgab, keine Klagerede. Er schloß so:
„Laßt uns uns also alle mobilisieren wie ein einziger Mensch in unserer Partei und um sie herum; laßt uns der Regierung, die unser Land sich frei gab, volle Unterstützung geben, laßt uns mit Begeisterung arbeiten, unsere Anführer unterstützen, die notwendigen Opfer auf uns nehmen.
Wir sind sicher, daß alle diesen Appell sofort beantworten werden. Und mit dem großen Vertrauen in die Fähigkeiten und die Treue unserer Partei und unserer Regierung für die Sache unseres Volkes werden wir sicher auch diese Schlacht gewinnen.
Wir werden dieses neue Kapitel unserer Geschichte mit Siegen füllen durch unseren Einsatz und Opfer im Kampf gegen die Geißeln, die uns jahrhundertelang gefoltert haben: Hunger, Elend und Unwissenheit.
Und ein neues Kapverde wird aus diesem Kampf entstehen, der der Kampf aller Kapverdianer sein wird!
Vorwärts in unserem ruhmreichen Kampf für den nationalen Aufbau!" [10]

Bochumer Aktionskreis Südliches Afrika (BASA)



Anmerkungen:

1. Schallplatte der Kaoguiamo (Kulturgruppe aus Guinea-Bissau/ Kapverde): Steh auf, Sklave! Zu bestellen bei Neue Welt, W. Bergmann, Postfach 190140, 5000 Köln 1 oder Amilcar Cabral-Gesellschaft.
2. Vgl. Gerard Chaliand: Bewaffneter Kampf in Afrika. München o.J. (Trikont)
3. Maximalprogramm der PAIGC, Art. I, Abs. 4
4. Maximalprogramm der PAIGC, Art. VII, Abs. 1
5. Ein Beispiel für die Alphabetisierung findet sich in: Vereinigung Internationaler Kulturaustausch: Arbeitsmappe Kapverdische Inseln
6. Voz di Povo, 13.9.1976
7. Es sei der Vollständigkeit halber erwähnt, daß ein Ort wie Praia als ehemalige koloniale Verwaltungsstadt selbstverständlich auch Züge hat, die keineswegs richtungsweisend für die Zukunft sein können wie das Vorhandensein einer an bürgerlichen europäischen Maßstäben orientierten Schicht. Auf diese besonderen Probleme kann hier nicht eingegangen werden.
8. Der Bochumer Aktionskreis Südliches Afrika (BASA) hat eine Sammlung von Bettüchern für das Krankenhaus in Praia durchgeführt und konnte im Oktober knapp 500 Bettücher an das Solidaritätsinstitut schicken.
9. Darauf wird im Artikel von Jürgen Wengler näher eingegangen.
10. Voz di Povo, 18.9.1976

HINWEIS

Farbtonfilm Super 8:

EINHEIT UND KAMPF

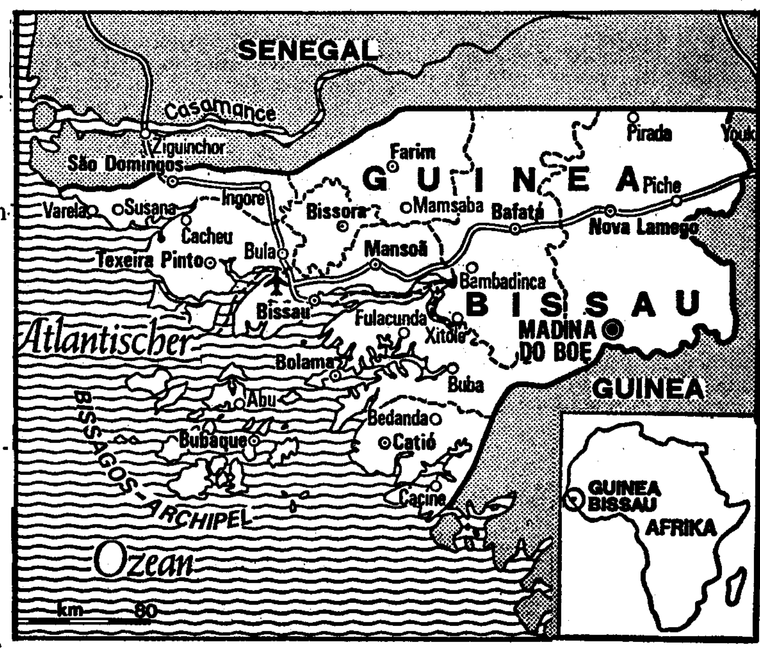
Guinea-Bissau und Kapverdische Inseln
Sommer 1975
30 Minuten

Zu entleihen bei:
Bochumer Aktionskreis Südliches Afrika (BASA)
Postfach 520229
4630 Bochum

Guinea - Bissau
Politischer Aufbau und Entwicklungspolitik

Lars Rudebeck

Organisation und Basis der Staatsgewalt
In den Ortskomitees (comite de base) kommt das Volk von Guinea-Bissau am engsten in Kontakt mit der organisierten politischen Struktur seines Landes. Die Ortskomitees haben fünf vom Volk gewählte Mitglieder und sollen in allen Dörfern und städtischen Bezirken eingeführt werden. Nach den Bestimmungen der Partei müssen mindestens zwei der fünf Mitglieder Frauen sein. Im Zeitpunkt der endgültigen Befreiung gab es Ortskomitees fast überall in den befreiten Gebieten. Seitdem wurden sie schrittweise vermehrt, um das ganze Land einschließlich der *bairros* (Stadtbezirke) von Bissau, wo fast 80 000 Einwohner leben, zu umfassen. Über die Zahl der Ortskomitees sind keine amtlichen Zahlen veröffentlicht worden. Meine eigene ziemlich genaue Schätzung ist, daß es etwa 1000 oder etwas mehr als 1000 solcher Komitees im ganzen Land gibt. In den ländlichen Gebieten mag ein Komitee zu durchschnittlich etwa 500 Einwohnern, Kinder eingeschlossen, gehören, oft sogar weniger, manchmal beträchtlich mehr.
Die Ortskomitees sind in *Sektionen* mit etwa 5-10 Komitees pro Sektion zusammengefaßt. Für einige Sektionen sorgt ein politischer Kommissar *(responsavel de seccao)*. Mehrere Sektionen bilden wiederum einen *Sektor*, hiervon gibt es im ganzen Land 37. Die größte politische und Verwaltungsgliederung unterhalb der nationalen Ebene ist die *Region*. Hiervon gibt es acht: Bissau (4 Sektoren), Caceu (6), Oio (5), Bafata (6), Gabu (5), Tombali (4), Buba (4) und Bolama (3). Die einzigen gewählten Elemente in dieser politischen und Verwaltungsstruktur sind die Ortskomitees. Der politische Komissar auf Sektionsebene ist, wie die Mitglieder der sektoralen und regionalen Komitees, ernannt, wobei der Präsident des Regionalkomitees gleichzeitig Verwaltungsdirektor und Leiter der regionalen Parteiorganisation ist. Um ihn in der letzteren Funktion zu unterstützen, wurde die Stelle eines regionalen Parteisekretärs vorgesehen und in den Jahren 1975-76 allmählich eingeführt.[1]
Neben den gerade beschriebenen Strukturen gibt es auch die *Nationale Volksversammlung*, die zum ersten Mal 1972 in den befreiten Gebieten des Landes gewählt worden war. Sie hat seitdem drei Sitzungsperioden abgehalten, die letzte im April und Mai 1976 und die erste 1973, als der Staat Guinea-Bissau am 24. September *de jure* ausgerufen wurde. Eine neue Versammlung wird gerade gewählt, da die Legislaturperiode regelmäßig drei Jahre dauert.
Die Nationalversammlung ist ein wichtiges Organ, in der Ankündigungen gemacht, Debatten ausgetragen und Gesetze verabschiedet werden.
Die ständige Zusammenarbeit zwischen der nationalen Führungsschicht und den Dörfern, in denen das Volk lebt, findet jedoch in der politischen und Verwaltungsorganisation von Ortskomitees bis zur Staatsregierung statt. Dieser Staatsaufbau nahm in den befreiten Gebieten Gestalt an während der Jahre des Kampfes. Es ist deshalb nicht Fortsetzung und Abklatsch des Kolonialstaats wie in so vielen anderen afrikanischen Ländern. Er stellt im Gegenteil einen radikalen Bruch mit dem kolonialen Staat dar, um den Weg für ein neues System zu bereiten. Die soziale Basis der Staatsmacht in Guinea-Bissau ist die Landbevölkerung, die von der PAIGC während des Befreiungskampfes politisch mobilisiert und organisiert worden ist. Das System mag natürlich in den Gebieten, die die Portugiesen bis zum Ende des Krieges gehalten haben, weniger als in den früheren befreiten Gebieten verankert sein. Im allgemeinen stimmt das Bild aber überein.
Die Arbeiterklasse ist in Guinea-Bissau zahlenmäßig sehr klein, wie immer wir sie auch definieren. Die PAIGC versucht, die Arbeiter hinter Partei und Regierung mit der Zentralgewerkschaft *Uniao Nacional dos Trabalhadores da Guine* (UNTG) zu sammeln. Bis jetzt hat es offensichtlich keine ernsthaften Schwierigkeiten gegeben, da die ideologische und politische Ausrichtung der PAIGC natürlich auf die Befreiung der Arbeiter gerichtet ist. Jedoch sind z.B. aus der Erdnußölfabrik in Bissau, die in portugiesischem Besitz ist, die meisten Arbeiter noch nicht der Gewerkschaft beigetreten. Die Firma bot allen Beschäftigten eine Krankenversicherung als Teil des Lohnes an, was sonst allgemein als der wichtigste Teil der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft galt. Da beide Systeme als ungefähr gleichwertig angesehen werden, war es schwierig, die Arbeiter dazu zu bringen, Ge-



werkschaftsbeiträge aus ihrem mageren Lohn zu zahlen. Dies ist nur ein Beispiel aus einer Übergangssituation. Auf lange Sicht ist Vertrauen zwischen Gewerkschaften, Partei und Regierung natürlich ausschlaggebend für den Erfolg der sozialistischen PAIGC-Politik. Die Art, wie diese Beziehungen funktionieren und die Art der verfolgten Arbeiterpolitik werden daher in Zukunft wichtige Prüfsteine für den Klassencharakter der PAIGC-Regierung sein.
Wenn zur sozialen Basis der PAIGC-Regierung die guineische Arbeiterklasse gehört – obwohl sich das erst allmählich in der Praxis auswirkt – kann dasselbe von der städtischen Kleinbourgeoisie nicht gesagt werden. Die Schichten, die diese Kleinbourgeoisie ausmachen, beherrschen die Städte, vor allem Bissau, und geben der PAIGC-Politik, die das Land im Gegensatz zu den Städten begünstigt, wenig Unterstützung. Einen klaren Beweis für diese problematische politische Situation findet man in den häu-

figen Aufrufen zur Aktivierung und Belebung der Parteitätigkeit in Bissau.[2] Andererseits mag dies, wenigstens auf nahe Sicht, für die Regierung etwas weniger gefährlich sein, als es zuerst scheint, weil die städtische Kleinbourgeoisie in den früher von der Kolonialmacht gehaltenen Gebieten weder Partei und Regierung kontrolliert noch die Überschüsse des Landes produziert. Die Schlüsselstellungen in Partei und Regierung werden von Führungskräften gehalten, die während des Befreiungskampfes ausgebildet wurden, und der mit Abstand größte Teil der Erträge wird von den Bauern produziert.
Ein möglicher – wenn auch sicherlich nicht der entscheidende – Prüfstein für den Klassencharakter einer politischen Organisation oder einer Regierung kann auch die Auswahl der politischen Kader und Führungskräfte sein. Amilcar Cabral selbst war kleinbürgerlicher Herkunft wie die meisten ursprünglichen Führer der Befreiungsbewegung. Dazu gehört natürlich auch Luis Cabral, Präsident Guinea-Bissaus und jüngerer Bruder des ermordeten Gründers der PAIGC. Jedoch hätten diese wenigen Männer nie allein eine Revolution zustande bringen können, und der größte Teil der Menschen mit politischer Verantwortlichkeit, zumindest unterhalb der Spitzenebene, sind Bauern und Söhne und Töchter von Bauern, die ihre Ausbildung in der politischen Arbeit und in den Schulen der Partei erhalten haben. Die erste Parteischule war eine Kaderschule, die schon 1960 in Conakry gegründet wurde. Später folgten viele verschiedenartige Schulen in den befreiten Gebieten und Ausbildungszentren im Ausland.
Die Regierung des unabhängigen Guinea-Bissau bedient sich außer der PAIGC-Kader auch einer Reihe von Beamten und unteren Verwaltungsangestellten, die früher im kolonialen Machtapparat gedient haben. Es werden ernsthafte Anstrengungen unternommen, solche Kader ausschließlich in technischen Funktionen zu beschäftigen. Das Problem verlangt sicher eine gründlichere Analyse, aber mangels genauer und konkreter Kenntnisse, möchte ich mich hier nicht näher damit beschäftigen.
Während die Anforderungen an die Ausbildung der Kader wachsen und die Verwaltung sich ausdehnt, wird eine Differenzierung der PAIGC-Kader in „Technokraten" und „Ideologen" erkennbar. In diesem frühen Stadium der Entwicklung kann man allerdings über die möglichen Folgen nur Vermutungen anstellen.

Die Entwicklungsstrategie Guinea-Bissaus

Der beste Prüfstein für den Klassencharakter eines Regimes ist wahrscheinlich die politische und wirtschaftliche Praxis. Im Fall Guinea-Bissau sind das die konkreten Vorgehensweisen auf den verschiedenen Feldern, die zusammen die Entwicklungsstrategie des Landes ausmachen. Diese Vorgehensweisen werden nun, Feld für Feld, kurz beschrieben.

1. Landwirtschaft

Das vordringlichste Entwicklungsproblem in Guinea-Bissau ist im Augenblick die Selbstversorgung mit Lebensmitteln. Das Grundnahrungsmittel Guineas ist der Reis. Während des Krieges hatte sich auf der portugiesischen Seite die Produktion allmählich vermindert, bis die Kolonialregierung in ihren letzten Jahren gezwungen war, große Mengen einzuführen. Das erste Entwicklungsziel ist daher, im ganzen Land den Vorkriegsstand der Reisproduktion, 120 000 Tonnen ungeschälter Reis, zu erreichen. Dies würde den Inlandsbedarf decken (etwa 60 000 Tonnen geschälter Reis, das entspricht etwa 90 000 Tonnen ungeschältem Reis) und auch einen gewissen Überschuß für den Export bereitstellen. Die guineischen Behörden hoffen, daß dieses Ziel schon 1977 erreicht wird, d.h. wenn der im Sommer 1976 geplanzte Reis geerntet wird. Ein gutes Beispiel für die Verknüpfung von Produktion und Politik in Guinea-Bissau ist, daß ein großer Teil der politischen Arbeit im ganzen Land dafür aufgewendet wurde, die Bauern für die zur beabsichtigten Reisproduktionssteigerung notwendige Arbeit zu mobilisieren. Es ist besonders wichtig, eine große Anzahl von Deichen zu bauen, um das Salzwasser während der Flut von der flachen Küste abzuhalten und dadurch die Anbaufläche für Reis in großem Umfang zu erweitern. Dies war ein ständiges Diskussionsthema auf den politischen Versammlungen vieler guineischer Dörfer im Winter und Frühjahr 1976.
Die Tabelle zeigt den Reisimport nach Guinea-Bissau seit 1974. 1975 war das erste ganze Jahr völliger PAIGC-Kontrolle des Landes.

Importe von geschältem Reis nach Guinea-Bissau (in Tonnen)[3]

	Tonnen Reis
1974	30 000
1975	20 000
1976 (erwartet)	10 000
1977 (erwartet)	–

Wenn man berücksichtigt, daß nicht mehr als ein Drittel der Importkosten in den ersten sieben Monaten des Jahres 1975 von den Exporterlösen gedeckt wurde und daß mehr als ein Fünftel des Werts der Einfuhren aus Reis bestanden, kann man sich leicht vorstellen, was für eine Entlastung der nationalen Wirtschaft es bedeuten wird, wenn dieses erste Entwicklungsziel erreicht wird. Nur wenn die Abhängigkeit von ausländischen Krediten und Geschenken für die Grundversorgung der Bevölkerung aufgehoben ist, kann man von autonomer Entwicklung im Interesse der Massen als ernstzunehmender Möglichkeit sprechen.
Das Hauptziel der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln ist offensichtlich grundlegend in einem Land, wo neunzig Prozent der Bevölkerung Bauern sind. Die Unfähigkeit der guineischen Landwirtschaft, die Bevölkerung zu ernähren, ist ein deutliches Zeichen struktureller Verzerrung und Rückständigkeit – anders ausgedrückt, ein Zeichen von Unterentwicklung.



Das Ziel der Selbstversorgung mit Lebensmitteln wird nicht nur politisch, sondern auch technisch, durch Landwirtschaftstechniker und Parteikader, unterstützt, die auf dörflicher und Sektionsebene Hand in Hand arbeiten. Die PAIGC-Regierung trifft zusätzlich noch Maßnahmen wie die Erhöhung des Anteils der Bauern am Preis der Produkte.
In den letzten Jahren der Kolonialherrschaft erhielten die

Bauern wenig mehr als 25 Prozent (2,5 Excudos) des Preises, den der Verbraucher für die verbreitetste Sorte von geschältem Reis zahlte. Während der Ernteperiode 1975 und 1976 erhielten sie etwas mehr als 40 Prozent (5 Pesos) des Preises, der von 9 auf 12 Pesos erhöht worden war.[4]
Es ist natürlich auch wichtig, daß ein großer Teil des Preisunterschiedes jetzt in die staatlichen Volksläden geht (s.u.) anstatt an private Händler. Dies ist ein gutes Beispiel dafür, wie die Regierung die Landbevölkerung im Verhältnis zur Stadtbevölkerung begünstigen möchte. Ein anderes Beispiel ist der Umstand, daß die Bevölkerung der früheren befreiten Gebiete von einer besonderen Nationalen Wiederaufbausteuer ausgenommen wird, die 1975 eingeführt wurde.

Landwirtschaftlich genutztes Land in Guinea-Bissau steht im gemeinschaftlichen Besitz der Dorfbevölkerung, obwohl es infolge eines Gesetzes, das die Nationalversammlung 1975 verabschiedete, im juristischen Sinn Eigentum der Nation ist.[5] Es wird normalerweise von Familien mit Ackergeräten bearbeitet, die in Privatbesitz stehen. Das langfristige Ziel der PAIGC ist es, dieses System des Landbesitzes und des Ackerbaus in ein modernes Genossenschaftssystem umzuformen, in der alles Land im Besitz von Produktionsgenossenschaften steht und von ihnen bearbeitet wird. Man will langsam, Schritt für Schritt, vorgehen und die Bauern nicht zu Maßnahmen zwingen, die sie nicht verstehen.
Der erste Schritt wird normalerweise eine Einkaufsgenossenschaft sein, wo eine Reihe von Bauern ihre Mittel zusammenwerfen, um Saatgut, Düngemittel und vielleicht einen Traktor oder eine andere Maschine kaufen. Wenn dies zu Produktionssteigerungen führt, kann die Zeit für den Aufbau einer Absatzgenossenschaft kommen. Wenn die Gewinne aus den Verkäufen hereinkommen, könnte schließlich eine Produktionsgenossenschaft gebildet werden, um das Einkommen zu investieren.
Um die Idee von Produktionsgenossenschaften zu verbreiten, hat die Regierung beschlossen, eine Reihe von demobilisierten Soldaten, vielleicht 3 000, mit ihren Familien in etwa zwanzig Versuchsgenossenschaften von je 150 Soldaten anzusiedeln, die gleichmäßig über das ganze Land verteilt werden. Diese Genossenschaften erhalten alle notwendige finanzielle und technische Hilfe, um einen guten Start zu bekommen, in der Hoffnung, daß sie als Modell für spätere Genossenschaftsbauern dienen werden. Auf diese Weise wird die Vorhut des bewaffneten Kampfes, die Revolutionsarmee, aufgerufen, den Kampf um Entwicklung mit friedlichen Mitteln fortzuführen.[6]
Ich habe hier lediglich die Ziele und Vorstellungen vorgestellt, die die PAIGC-Führung hinsichtlich der landwirtschaftlichen Entwicklung hat. Der Übergang von traditioneller dörflicher Landwirtschaft zu modernen Produktionsgenossenschaften mit hoher Produktivität birgt natürlich eine große Menge von Schwierigkeiten. Ferner sind eine Menge Konflikte zwischen verschiedenen Schichten unter den Bauern als auch zwischen Bauern und Partei bzw. Staat zu erwarten.
Wir können grundsätzlich drei mögliche Ergebnisse des Prozesses unterscheiden, der in Guinea-Bissau jetzt auf dem Land in Bewegung gesetzt wird.

a. Fortsetzung der traditionellen Landwirtschaft für lange Zeit mit der Folge der Stagnation der Produktion und daraus folgend der Unmöglichkeit, genug Lebensmittel zu produzieren. Dies kann u.U. sogar unter dem Deckmantel eines oberflächlichen Netzes „moderner" Genossenschaften geschehen.
b. „Kulakisierung", d.h. die Entwicklung einer Schichtentrennung zwischen relativ wohlhabenden privaten landwirtschaftlichen Produzenten und einer wachsenden Zahl von kleinen Bauern, die sich nicht von ihrem land ernähren können. Da alles Land in Guinea-Bissau nationalisiert ist, kann die Entwicklung von privater Landwirtschaft im strengen juristischen Sinn nicht erfolgen, doch könnten Private Produktionsrechte erhalten. Eine andere Entwicklungsvariante könnte sein, daß die Mustergenossenschaften sich zu „Elite"-Betrieben entwickeln, deren Einkommen und Produktivität hoch über dem Durchschnitt liegen.
c. Entwicklung nach den Richtlinien, die die Partei und das Staatskommissariat für Landwirtschaft durchzusetzen hoffen, d.h. in Richtung auf eine kollektiv organisierte moderne Landwirtschaft mit der traditionellen Gesellschaft als historischem und gesellschaftlichem Ausgangspunkt.

Ob die dritte Möglichkeit Wirklichkeit wird oder nicht, hängt von der Fähigkeit der PAIGC ab, das Vertrauen der Landbevölkerung zu behalten und weiter ihre revolutionäre Linie in der ideologischen und politischen Praxis zu entwickeln.

2. Industrielle Entwicklung

Es ist die Absicht der PAIGC, eine Art dezentralisierter industrieller Entwicklung zu fördern, die sich vor allem auf die Rohmaterialien der Felder und Wälder gründet, aber auch auf Wasserkraft und die Bauxitlager im Südosten des Landes. Geplant sind sowohl guineische Privatinvestitionen als auch Staatsbetriebe; doch werden keine Direktinvestitionen von ausländischem Kapital zugelassen.
Die Industrialisierung Guinea-Bissaus fängt praktisch bei Null an. Nur zwei Industriebetriebe von einiger Größe erbte man aus der Kolonialzeit, beide befinden sich in Bissau. Der eine ist eine völlig neue (1974) Getränkefabrik und Brauerei, die hochautomatisiert ist, etwa 70 Leute beschäftigt und eine Kapazität hat, die ausreichen sollte, die gesamte Kolonialarmee von fast 40 000 Männern zu versorgen. Der andere ist eine Erdnußölfabrik, die in zwei Abschnitten 1952 und 1959 fertiggestellt wurde und im Frühjahr 1976 etwa 140 Leute beschäftigte. Ihre Verarbeitungskapazität liegt weit unter der Erdnußproduktionskapazität des Landes, was dadurch verdeutlicht wird, daß der größte Teil der Erdnußproduktion unverarbeitet das Land verläßt. Außer diesen beiden Betrieben gab es zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit nur ein paar kleine Reis- und Erdnußmühlen, einige kleine Sägewerke, einige Zimmerer- und Möbelbetriebe usw.
Ein wichtiges geplantes Industrieprojekt ist eine Fabrik in Porto Gole, östlich von Bissau, wo große Anlagen zum Schälen von Reis und Erdnüssen gebaut werden. Die Schalen sollen verbrannt werden, um Energie für ein Kraftwerk zu produzieren, das wiederum Energie für eine Erdnußöl- und eine Seifenfabrik liefern wird.
Einige wenige Projekte bereits jenseits des Planungsstadiums sind eine Saftfabrik in der alten Hauptstadt Bolama, die bis zu 1800 Tonnen Saft im Jahr produzieren soll, und eine staatliche Zuckerrohrplantage auf 6000 ha, etwa 100 km westlich von Bissau, die mit einer Zuckerfabrik (Produktionskapazität etwa 60 000 Tonnen raffinierter Zucker) verbunden werden soll. Das bedeutet, daß nach der Befriedigung des einheimischen Bedarfs eine Exportkapazität von etwa 50 000 Tonnen übrig bleiben wird. Das Zuckerprojekt soll 1980 mit der Produktion beginnen und wird etwa 2 000 Arbeiter beschäftigen. Der Bau der Saftfabrik in Bolama wurde im Juni 1976 begonnen.[7]
Die Bauxitlager befinden sich im südöstlichen Teil Guinea-Bissaus. Es ist die Absicht der Regierung, den Abbau nur in Verbindung mit einem integrierten regionalen Entwicklungsplan zu beginnen, der den Abbau des Bauxits

mit dem Bau von Dämmen am Corubal-Fluß und einer Eisenbahnlinie zu einem neuen Hafen an der Küste verbinden wird. Der Damm würde Wasser zur Entwicklung der Landwirtschaft der Region und zur Elektrizitätserzeugung liefern. Die Elektrizität würde benutzt, um halbfertiges Aluminium herzustellen. Die restlose Fertigstellung würde zuviel Energie benötigen. Die Eisenbahn würde sowohl Bauxit und landwirtschaftliche Produkte als auch Menschen transportieren und im ganzen die Entwicklung des südlichen Guinea-Bissau stimulieren. Dies ist ein ehrgeiziges langfristiges Projekt, das viel Finanzierungskapital verlangt. Vor 1979 wird die Arbeit nicht beginnen und viel wird von den Finanzierungsmöglichkeiten abhängen.[8]
Die Finanzierung ist natürlich ein allgemeines Problem des Industrialisierungsprogramms. Die Regierung versucht, verschiedene Arten von Krediten, in manchen Fällen auch Geschenke von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen zu bekommen.

3. Handel und Verteilung

Die Preise für unerläßliche Verbrauchsgüter werden streng kontrolliert, wobei für die fünf grundlegenden Lebensmittel Reis, Mehl, Kochöl, Zucker und Seife niedrige Höchstpreise festgesetzt sind. Die Preise für diese fünf Güter sind so niedrig, daß es für private Händler sehr schwierig ist, aus ihrem Verkauf Gewinn zu erzielen, zumindest außerhalb Bissaus, wo die Transportkosten hoch sind. Es ist deshalb sehr wahrscheinlich, daß die Bedeutung des privaten Handels in Guinea-Bissau auch ohne direkte Nationalisierung allmählich abnehmen wird.
Die fünf grundlegenden Lebensmittel werden, wie viele andere Güter, vor allem durch eine Kette von Volksläden *(Armacens do Povo)* verkauft. Der erste Volksladen der befreiten Gebiete wurde bereits 1964 gegründet. Vier Jahre später waren es fünfzehn und später kamen noch einige hinzu. Die Aufgabe der Volksläden während des Kampfes war es, den Einwohnern des befreiten Guinea-Bissau eine Absatzmöglichkeit für ihre überschüssige Produktion zu geben und sie selbst mit den notwendigsten Verbrauchsgütern zu versorgen, ohne daß sie auf die Portugiesen zurückgreifen mußten. Dies war natürlich eine sehr politische Aufgabe – wäre sie nicht zur Zufriedenheit des Volkes durchgeführt worden, hätte die Glaubwürdigkeit der ganzen PAIGC in den Augen des Volkes gelitten.
Der größte Teil des Reis, der an die Volksläden abgeliefert wurde, wurde von der Befreiungsarmee verbraucht, aber seit 1968 gab es sogar einen Überschuß für den Export. Dieser Überschuß ging nach Guinea-Conakry.[9]
Während des Krieges funktionierten die Volksläden durch Tauschhandel, wobei die Tauschkurse aufgrund der Empfehlung der örtlichen Kader, die die Vorstellungen der Bevölkerung kannten, zentral festgesetzt wurden. Der soziale Zweck dieses Systems war, Grundbedürfnisse in einer Situation extremen Mangels zu befriedigen, und das in einer Weise, die das Volk anspornte, mehr zu produzieren.
Der Zweck bleibt im unabhängigen Guinea-Bissau grundsätzlich derselbe, obwohl jetzt Geld als Tauschmittel benutzt wird. Nach der vollständigen Befreiung des Landes wuchs die Wahl der Volksläden rasch. Im August 1975 gab es 72 Läden und im Februar 1976 betrug die Zahl 110.[10]
Damals hieß es, das Ziel seien etwa 150 Läden, gleichmäßig über das ganze Land verteilt. Zur selben Zeit, im Februar 1976, gab es noch etwa 80 private Läden, vor allem in Bissau, aber auch in einigen wenigen anderen städtischen Zentren.
Die Volksläden haben eine zentrale Organisation mit einem eigenen Generaldirektor innerhalb des Staatskommissariats für Wirtschaft und Handel. Bezüglich der oben erwähnten fünf grundlegenden Lebensmittel hat die Organisation ein gesetzliches Importmonopol. Bezüglich anderer Güter steht sie im Wettbewerb mit anderen Importeuren, liefert aber auch importierte Waren an private Läden. Mit Ausnahme der fünf grundlegenden Lebensmittel dürfen die privaten Händler 20 Prozent auf den Preis aufschlagen, zu dem sie importierte Waren von der zentralen Organisation der Volksläden kaufen.
Es ist möglich, daß das Importmonopol der Volksläden allmählich auf alle Güter ausgedehnt wird. Noch ist aber nichts entschieden und es scheint in dieser Hinsicht einige Meinungsverschiedenheiten in der PAIGC-Führung zu geben. Ein Schritt in diese Richtung wurde im Dezember 1975 getan, als die Volksläden die Gouveia voll übernahmen, eine der beiden großen Kolonialgesellschaften, die in Guinea-Bissau arbeiten. Die Gouveia gehört zur portugiesischen *Compa-*



Wirtschafts- und Finanzminister der Republik Guinea-Bissau, Vasco Cabral

nhia Uniao Favril, CUF. Die andere Kolonialgesellschaft ist die *Ultramarina,* die immer noch im Lande arbeitet. Bei der Übernahme kamen 23 Läden zu den Volksläden. Die Erdnußölfabrik in Bissau gehört jedoch immer noch zur Gouveia und wird direkt von ihr betrieben, während die Regierung 80 Prozent der Aktien der Ultramarina Ende Juni 1976 übernahm.[11]
Die PAIGC-Politik bezüglich Verteilung und Handel, die ich gerade beschrieben habe, ist ein starkes Anzeichen für eine Entwicklungsstrategie zum Wohle der Volksmassen. Sie zielt deutlich auf einen Bruch mit den kapitalistischen Kriterien, die festlegen, wer zu welchen Preisen welche Güter bekommt. Andererseits sind Verbraucherpreise ohne Gewinnspannen natürlich keine ausreichenden Prüfsteine für die sozialistische Ausrichtung einer Volkswirtschaft. Langfristig scheint es notwendig, die gerade beschriebene Politik mit einer weiterreichenden gesellschaftlichen Kontrolle über die Produktion zu verbinden.

4. Erziehungswesen

Die Bedeutung des Erziehungswesens für die Entwicklung zu betonen, ist nicht sehr originell. Es gibt wohl kaum einen nationalen Entwicklungsplan, der das nicht zumindest auf abstrakter und generalisierender Ebene tut. Was jedoch

ungewöhnlich ist an der Weise, wie die PAIGC an das Erziehungswesen herangeht, ist die Folgerichtigkeit, mit der sie aus der allgemeinen Ideologie der Bewegung abgeleitet wird sowie die Folgerichtigkeit, mit der sie vom Anfang des Befreiungskampfes an in die Praxis umgesetzt wird. Erziehung – und Kultur allgemein – wird von der PAIGC als wirksame Waffe im Kampf gegen anachronistische Werte und Vorstellungen gesehen, deren Verbreitung man als wichtige Folge der kolonialen kulturellen Unterdrückung ansieht. Eine weitere wichtige Tatsache ist das allgemeine Fehlen modernen technischen Denkens. Auch dieser Mangel kann natürlich durch das Erziehungswesen bekämpft werden. Das Erziehungswesen wird daher als wichtiger Teil des Befreiungskampfes gegen Imperialismus und Unterdrückung angesehen; ferner auch als Mittel für den noch näher liegenden Kampf für eine konkrete materielle Verbesserung der Lage der Bevölkerung. Beides geht Hand in Hand und ergänzt sich in der Praxis. Nur analytisch können beide Aspekte getrennt werden. Die ideologisch-strategische Perspektive verleiht der täglichen Arbeit in den vielen Dorfschulen Kraft und Folgerichtigkeit. Außerdem bestätigt diese tägliche Arbeit in gewisser Weise auch die breitere Perspektive, aus der sie kommt, indem sie das Volk dazu bringt, sie in der Praxis zu unterstützen.



Zusammen mit der Verteidigung (deren Kosten jetzt durch die teilweise Demobilisierung der Armee gesenkt werden) und dem Gesundheitswesen nimmt das Erziehungswesen den größten Teil der Haushaltsausgaben ein (etwa 14 Prozent). Während der ersten zwei Jahre nach der vollständigen Unabhängigkeit gab es eine dramatische Ausweitung des Erziehungssystems im Land. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit, 1974, gab es etwa 15.000 Schüler in den Dorfschulen der befreiten Gebiete und etwa 45.000 Schüler in den Schulen auf der portugiesischen Seite. Die Kolonialbehörden hatten ihr Schulsystem in den letzten Jahren der Kolonialherrschaft quantitativ stark ausgeweitet, in einem vergeblichen Versuch, ihre militärischen Anstrengungen zu ergänzen. Zwei Jahre später jedoch, während des Schuljahres 1975/76, gab es 80.000 Schüler in der vierjährigen Grundschule und 9.000 in den Sekundarschulen. Das heißt, das mehr als 11 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes die Schule besuchen, nicht gerechnet die Erwachsenenbildung und Sonderkurse. Dies ist für Afrika ein sehr hoher Prozentsatz.
Aus qualitativer Sicht ist bemerkenswert, daß das Schulsystem von Guinea-Bissau in der Primärstufe sehr dezentralisiert ist, so daß Grundschulen für die große Mehrheit der Dorfkinder erreichbar sind. Der Engpaß befindet sich am Übergang von der Grundschule zur Höheren Schule. Dieser Engpaß ist immer noch stark und es ist daher eine dringende Aufgabe, höhere Schulbildung wenigstens in allen acht Regionalhauptstädten anzubieten.
Der Lehrermangel ist ein anderes schwieriges Problem. Manchmal finden Freiwillige der Höheren Schule *(liceu)* von Bissau als Lehrer in den Dörfern Verwendung. Eine andere wichtige Initiative ist die Eröffnung eines Internats in Co, wo den von der Partei ausgebildeten Schullehrern der früheren befreiten Gebiete ein dreijähriges Studienprogramm zur Verbesserung ihrer Bildung angeboten wird. Die erste Hochschule des Landes wird voraussichtlich ein Lehrerkolleg in Bolama sein, das 1977 mit der Arbeit beginnen könnte.
Die Erwachsenenbildung ist auch ein wesentlicher Teil des Erziehungsprogramms der PAIGC. Wichtige Erfahrungen wurden bei einer Alphabetisierungskampagne gemacht, bei der die Soldaten der Armee lesen und schreiben lernten. Danach wurde der brasilianische Pädagoge Paolo Freire, der im europäischen Exil arbeitet, in die Planung einer großen Musterkampagne einbezogen, die in fünf der acht Landesregionen im Herbst 1976 beginnen soll. Besondere fünfköpfige Arbeitsgruppen, die in den von Freire ausgearbeiteten Grundzügen demokratischer Massenerziehung ausgebildet worden sind, arbeiten in Dörfern, Stadtvierteln und an den Arbeitsplätzen. Wenn weitere Erfahrungen gemacht worden sind, plant das Staatskommissariat für Erziehung, die Kampagne auf die gesamte Bevölkerung auszudehnen.

5. Gesundheitsdienste

Es ist nur natürlich, daß Gesundheitsdienste einen wichtigen Teil der soziopolitischen Arbeit der PAIGC bilden müssen. Das Hauptziel der Bewegung ist die Befreiung von Unterdrückung, Elend und Unterentwicklung. Das Volk muß jedoch konkrete Ergebnisse seiner Anstrengungen sehen, um weiterhin seine politische Unterstützung anbieten zu können. Die Verbesserung der Gesundheitssituation ist das drängendste menschliche und soziale Problem in Guinea-Bissau und deshalb eines der einleuchtendsten entwicklungspolitischen Ziele der PAIGC.
Der Hauptgrundsatz, den das Staatskommissariat für Gesundheit und Soziale Angelegenheiten auf dem Gebiet der Gesundheitspflege zu verwirklichen sucht, ist die Dezentralisierung, um die Regionen und Dörfer zu erreichen; dies, obwohl die Personal- und Sachmittel äußerst knapp sind.
1975 wurde für die sieben Regionen außerhalb Bissaus ein Plan aufgestellt, der in drei bis fünf Jahren durchgeführt werden soll. Danach wird es sieben voll ausgerüstete regionale Krankenhäuser geben und zwölf auf der Ebene der Sektoren.[12] Hiervon gab es Anfang 1976 bereits je vier Regions- und Sektorenkrankenhäuser, die zufriedenstellend funktionierten.[13] Die Regionen, die noch kein gutes Regionskrankenhaus haben, haben kleine Krankenhäuser und einen verantwortlichen Regionsarzt. Unterhalb der Sektorenkrankenhäuser soll es sechzig kleine Ambulanzen geben, die mit einer Krankenschwester, einer Hilfskrankenschwester und einer Hilfshebamme besetzt werden sollen.

Ich habe keine genauen Informationen, wieviele dieser Ambulanzen bereits 1976 bestanden.
Während des bewaffneten Kampfes war in den befreiten Gebieten ein funktionierender Gesundheitsdienst aufgebaut worden, der Landkrankenhäuser, Sanitätsstationen, bewegliche Gesundheitsbrigaden und als organisatorischen Grundstein das Mitglied des Dorfkomitees, das für Gesund-

heit und Soziales zuständig war, umfaßte. Die Grundprinzipien jenes Systems wurden auf das neue Nachkriegssystem übertragen. Eine wichtige Verbesserung gegenüber den Kriegstagen ist, daß es jetzt auf Sektionsebene ständige Krankenschwestern gibt, die einfache Behandlungen vornehmen und verschiedene Medikamente ausgeben.
Die Dorfkrankenschwestern sollen in engem Kontakt mit den Ortskomitees und dem politischen Kommissar der Sektion stehen, um den größtmöglichen Kontakt mit dem Volk zu erreichen. Dies ist manchmal ein Problem, da nicht alle Krankenschwestern so aktiv sind, wie es erwartet wird, um die Leute, die ihre Dienste brauchen, herauszufinden.
Ein anderer Aspekt der Zusammenarbeit zwischen Partei und Gesundheitsdiensten wird durch eine Kinderlähmungs-Impfaktion verdeutlicht, die im Februar 1976 in Bissau stattfand. In drei Tagen wurden 11 286 Kinder geimpft, nachdem zwei Aufklärungstreffen stattgefunden hatten, um die aktive Mitarbeit der Ortskomitees sicherzustellen. An dem ersten Treffen nahmen die für Soziales zuständigen Komiteemitglieder teil, an dem zweiten nahmen alle Komiteemitglieder aller Komitees in Bissau teil.[14] Ähnliche Aktionen werden auch für die ländlichen Gebiete geplant.

Die finanzielle Last des für Guinea-Bissau notwendigen Gesundheitsprogramms ist sehr groß. Deshalb wurde im März 1976 angekündigt, daß das System völlig kostenloser Gesundheitsfürsorge abgeschafft werden würde. Nach dem einzuführenden neuen Preissystem würden die Patienten zwischen 100 Prozent der Behandlungskosten für die bestbezahlten Angestellten des privaten Sektors und 2,5 % für die schlechtbezahltesten des öffentlichen Sektors bezahlen müssen. Die Dorfbewohner würden je nach der angewandten Behandlung ein Minimum von *40 Pesos* pro Konsultation zahlen.[15] Dies wurde nicht nur als Maßnahme zur Entlastung des Staatshaushalts, sondern auch als politisch-pädagogische Maßnahme, die die Leute davon abhält, unnötige Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, vorgestellt. Es handelt sich nach den Ankündigungen jedoch um eine vorübergehende Maßnahme.

6. Ein neues Rechtssystem

In meinem Buch über die PAIGC habe ich im Einzelnen das Wachsen eines neuen und revolutionären Rechtssystems in den befreiten Gebieten von Guinea-Bissau geschildert, das sich auf eine sich entwickelnde Verbindung des traditionellen Gewohnheitsrechts und die modernen ideologischen Grundsätze der PAIGC stützt.[16] In den befreiten Gebieten ersetzte das neue System völlig das Rechtssystem des Kolonialregimes.
Die Situation ist etwas anders im heutigen unabhängigen Guinea-Bissau, wo Teile des kolonialen Zivilrechtssystems aus praktischen Gründen in Kraft bleiben müssen, solange sie nicht offensichtlich den politischen und ideologischen Grundsätzen der PAIGC-Regierung widersprechen. Viel Arbeit wird jedoch im Staatskomissariat der Justiz der Ausweitung des Systems gewählter Volksgerichte *(Tribunais do Povo)* auf das Land gewidmet.
Ursprünglich (1968) wurden die Volksgerichte auf Dorfebene mit drei gewählten Richtern geschaffen. Mit dem Jahr 1972 begann eine Art Zentralisierung, als das Gericht auf die Sektionsebene gehoben wurde, wo es für etwa fünf bis zehn Dörfer zuständig ist. Im System, das jetzt im unabhängigen Guinea-Bissau errichtet wird, wird diese Vorstellung grundsätzlich beibehalten, auch wenn es viele Beispiele dafür gibt, daß sich mehrere Sektionen ein Gericht teilen. Gewöhnlich findet man unter den drei gewählten Richtern eine Frau.

Über den Volksgerichten wird es in jeder Region ein Regionsgericht geben, darüber noch das Oberste Gericht. Das ordentliche Regionsgericht wurde bislang nur in Bissau errichtet, während die anderen Regionen nur regionale Justizbeamte haben und vorübergehend in drei vorläufige Gerichtsbezirke aufgeteilt sind.
Das System wird noch aufgebaut und der Aufbau begann unten, d.h. bei den Volksgerichten der Sektionen. Die Zuständigkeit dieser Gerichte ist wie folgt bestimmt:

> Das Gericht kann keine Freiheitsstrafen verhängen, aber Geldbußen und Entschädigungszahlungen in Naturalien festsetzen. Wenn die Geldbußen nicht bezahlt werden, kann Zwangsarbeit zur Widergutmachung des Schadens verhängt werden.
> Das Gericht entscheidet über Kleinkriminalität, Landstreitigkeiten und Ehescheidungen. Seine Hauptfunktion ist es, die Volksmassen zu erziehen und zur Versöhnung beizutragen...[17]

Zusammenfassung

Die konkrete Entwicklungsstrategie Guinea-Bissaus geht davon aus, daß die Landwirtschaft die Wirtschaft des Landes beherrscht. Die einzige autonome Grundlage, die die Überschüsse erwirtschaften kann, mit denen eine breitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung angeregt werden kann, sind die Bauern und ihr Land. Dies verträgt sich gut mit der politischen Situation am Ende des bewaffneten Kampfes für die nationale Befreiung, als eine mobilisierte Bauernschaft eine neue Gesellschaft unter der Führung der PAIGC in den befreiten Gebieten schuf.

Gekürzt und übersetzt vom iz3w

Anmerkungen:

1) Vgl. den wichtigen Bericht über die Organisation von Staat und Partei,den der Generalsekretär der PAIGC, Aristides Pereira, am 27.8.1976 vor dem *Conselho Superior da Luta* abgab. Er ist als besonderes Dokument in *No Pintcha* vom 31. August und 2., 4. und 7. September 1976 abgedruckt.
2) Vgl. z.B. *No Pintcha*, 9. Dezember 1976 (?, d. Übers.), über die Notwendigkeit „unsere politische Arbeit auf allen Ebenen zu verstärken..."
3) Interview mit Francisco Goutinho, Generaldirektor der Volksläden, am 7. Februar 1976
4) Die amtlichen Preise wurden durch Dekret des Rats der Staatskommissare, Nr. 16/74, veröffentlicht im *Boletim Oficial*, Nr. 4, 25. Januar 1975, S. 41 bestätigt. Ein Jahr später wurde in Nr. 51, 20. Dezember 1975, S. 540 bekanntgegeben, daß die Preise 1976 dieselben bleiben würden.
5) Das Gesetz über die Nationalisierung des Landes des gesamten nationalen Territoriums wurde als Gesetz Nr. 4/75 im *Boletim Oficial*, Nr. 19, 10. Mai 1975, S. 214 verkündet.
6) Siehe z.B. *Anteprojecto de formacao de uma precooperativa, Bissau*, Comissariado de Estado da Agricultura e Pecuaria (vervielfältigt), 1976,
7) *No Pintcha*, 19. Juni 1976.
8) Interview mit Filinto Vaz Martins, Staatskommissar für Energie, Industrie und Wasserkraft am 13. Februar 1976.
9) Siehe Rudebeck, *Guinea-Bissau. A Study of political mobilization*, Uppsala, Scandinavian Institute of African Studies, 1974, S. 178-186.
10) S. Fußnote 2).
11) *No Pintcha*, 15. Juli und 7. September 1976.
12) *Situation actuelle*, Janvier 1975, Bissau, Subcommissariado de Estado da Saude e Assuntos Sociais (verfielfältigt), S. 4.
13) Interview mit Manuel Boal, Generaldirektor des Staatskommissariats für Gesundheit und Soziales am 9. März 1976.
14) *No Pintcha*, 26. Februar 1976.
15) *No Pintcha*, 13. März 1976.
16) Rudebeck, a.a.O., S. 137-143
17) *No Pintcha*, 15. April 1975 (ins Englische übersetzt vom Autor).



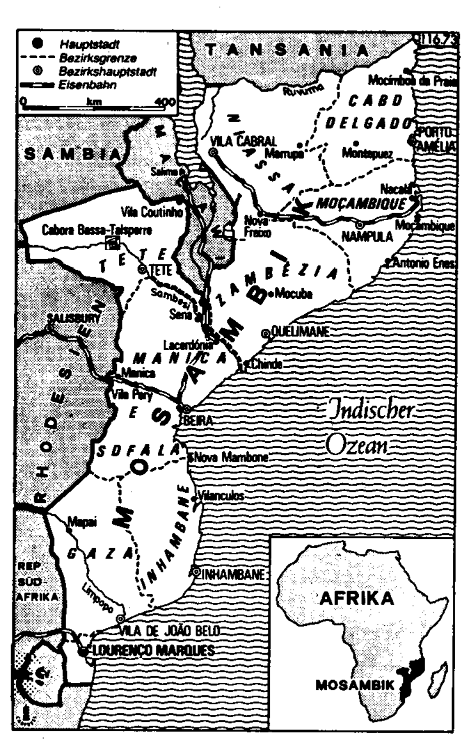
Mozambik
Wirtschaftliche Probleme

Ruth Weiss

Einleitung

Vor 1962 wurden alle portugiesischen Kolonien vom „Mutterland" systematisch ausgebeutet. Sie wurden wirtschaftlich auf zwei Funktionen reduziert: Produzenten billiger Rohstoffe und Abnehmer portugiesischer Fertigwaren zu sein. Es bestand keinerlei Interesse auf Seiten der Metropole, die Kolonien zu industrialisieren. Nachdem jedoch die Befreiungsbewegungen den bewaffneten Kampf gegen die Kolonialmacht aufgenommen hatten, mußte Portugal mit Südafrika zusammenarbeiten und sich auf dessen Militärmacht stützen. In das Militärabkommen der beiden Länder konnte Pretoria seine wirtschaftlichen Interessen einbringen. Salazar mußte seine Kolonialpolitik ändern und 1962 ein Gesetz erlassen, das ausländische Investitionen frei in die Kolonien fließen ließ. In Mosambik kam es daraufhin zum Cabora-Bassa-Projekt, das gemeinsam von Südafrika und internationalen Großkonzernen betrieben wurde. Außerdem wurde ein neuer Hafen im Norden des Landes gebaut, Nacala. Er soll die Nachbarländer Sambia und Malawi sowie den Norden Mosambiks versorgen.

Mosambik ist vor allem ein Agrarland, aber es besitzt auch Mineralvorkommen, die weder völlig untersucht noch erschlossen sind. Schon jetzt ist Mosambik ein Weltproduzent des strategischen Metalls Colombo-Tantalit, das zur Herstellung von hartem Stahl benötigt wird. Im Süden des Landes gibt es Mangan, Asbest, Diamanten und Uran-Reserven. Auch soll in der Manika-Profinz Gold gefunden worden sein.



Südafrika bezieht bereits Naturgas aus Mosambik. Im Augenblick ist jedoch die Agrarproduktion noch immer der Schwerpunkt der mosambikanischen Wirtschaft. Mosambik hat ständig ein Handelsdefizit, da die Unterentwicklung des landwirtschaftlichen Sektors hohe Importe erfordert. Schwarze arbeiten zwar auf den Plantagen, haben aber die Arbeit meist unter Zwang und für sehr niedrige Löhne machen müssen, so daß ihre eigenen Felder und damit die Ernährung ihrer Familien zu kurz kam.

„Wir waren nun einmal eine südafrikanische Kolonie", bemerkte ein hoher FRELIMO-Beamter, als ich ihn bei meinem Besuch im Mai '76 fragte, wie weit der Fortschrtt in Moambiks Wirtschaft sich absehen läßt. Und dann fügte er hinzu: „Zum Teil sind wir es noch. Bis wir die Unabhängigkeit ganz abschütteln können, müssen wir uns darauf einstellen."

Beim Abflug von Maputo wollte ich meine wenigen Escudos wechseln. Mein freundlicher Begleiter kam mit einem Rand zurück – südafrikanische Währung. „Die Kasse hatte nichts anderes" entschuldigte er sich.

Im Hotel bemerkte ich zuerst, daß die „South African connection" noch stark war. Ich wohnte im Polana, das noch immer das beste Hotel in Maputo ist und selbstverständlich einer südafrikanischen Firma gehörte. Ich erinnerte mich an längst vergangene Sommerferien, wo es hier von braungebrannten jungen Südafrikanern wimmelte, die um das Schwimmbad lagen und sich sonnten oder ihr Mittagessen vom „braaivleis" – dem für diesen Zweck eingerichteten Bratrost – serviert bekamen. Unweit von Polana liegt ein Strand, wo man damals hunderte südafrikanische Wohnwagen sah, deren Eigentümer sich mit all dem schönen Spielzeug erfreuten, das man für Ferien an der See erfunden hat. Heute ist der Strand leer, die Wohnwagen verschwunden. Aber im alten Polana hört man weiter Afrikaans und Englisch, und man erkennt sofort, daß viele der Hotelgäste aus Südafrika kommen. „Aber nicht um Ferien zu feiern" sagte mir ein junger Mann aus Port Elizabeth, „um Geschäfte zu machen. Die brauchen uns nämlich noch." Selbstverständlich war er beleidigt, als ich erwiderte, daß auch Südafrika noch Mosambik „braucht", daß die Abhängigkeit gegenseitig ist, denn darauf war die Wirtschaft zu Zeiten der portugiesischen Herrschaft eingerichtet worden.

Mosambik bestitzt zwei Häfen, Maputo im Süden, Beira im Norden. Sie wurden entwickelt, um Dienstleistungen für Nachbarländer zu offerieren, weniger, um dem Handel der Mosambikaner selbst zu dienen. Beira bediente Rhodesien, Maputo die Transvaal-Provinz Südafrikas. Noch im Jahre 1975 waren 45 % des Handels durch Maputo für Südafrika, 29 % für Swaziland, 12 % für Rhodesien – und nur 4 % für Mosambik selbst.

Dasselbe gilt für das Eisenbahnnetz. Die Eisenbahnen wurden gebaut, um die Häfen mit Südafrika, Swaziland und Rhodesien zu verbinden. So läuft die Verbindung zwischen Beira und Maputo nicht direkt, sondern über Salisbury.

Über diese Verbindungen kamen auch die Touristen nach Mosambik und die Gastarbeiter von Mosambik nach Südafrika und Rhodesien. Laut einem Pakt, der zwischen Südafrika und Portugal seit Jahrzehnten besteht, „liefert" Mosambik etwa 100.000 Arbeiter für die südafrikanischen Minen und Farmen. Aber die Anzahl der Arbeiter, die im Ausland leben, liegt höher, schätzungsweise fast 250.000 Menschen, deren Verdienst von großer Wichtigkeit für die Wirtschaft Mosambiks ist. Die Auslandsarbeiter leben in Südafrika, Malawi, Rhodesien. Für die „Kontraktarbeiter" in den Minen

gilt ein Sonderabkommen, das die Regierungen ausgehandelt haben. Danach erhalten die Arbeiter die ersten paar Monate ihr volles Gehalt in Südafrika ausgezahlt. Später erhalten sie nur noch einen Teil, der andere wird für sie gespart und auf einem Sonderkonto für Mosambik bei der Zentralbank von Pretoria verbucht. Vor dem 24. April 1974 hatte die portugiesische Zentralbank das Recht, den jeweiligen Betrag in Gold nach Lissabon zahlen zu lassen, und zwar zum offiziellen Preis, der immer weit unter dem Preis auf dem offenen Goldmarkt lag. Die mosambikanischen Arbeiter dagegen erhielten den Restbetrag ihrer Verdienste in Excudos ausgezahlt.
Man braucht kein Experte zu sein, um festzustellen, daß Portugal gut an diesem Geschäft verdient hat und daß diese Vereinbarung auch der Grund für die hohen Goldreserven Portugals ist.
Es ist unklar, ob Pretoria sich weiter an die Abmachung hält und nun die neue Regierung in Maputo den Verdienst am Gold machen läßt, oder ob die Gehälter von vornherein in Escudos bezahlt werden. Jedenfalls ist es leider zu früh, um auf diese Art Sklavenarbeit zu verzichten. Mosambikaner arbeiten also zur Zeit noch weiter im weißen Süden.
Das Einkommen aus den Dienstleistungen in den Häfen und durch die Eisenbahnen wird auf etwa 50 Prozent des Brutto Nationaleinkommens geschätzt. Im März dieses Jahres schloß Präsident Machel die Grenzen zwischen Mosambik und Rhodesien. Dadurch verlor der Staat mit einem Schlag etwa 60 bis 80 Millionen Dollar pro Jahr, wobei der Verlust durch den Ausfall des Tourismus nicht einbegriffen ist. Man muß daran denken, daß es sich nicht nur um Einnahmen handelt, sondern auch um Arbeitsplätze – in den Häfen und in den Hotels, und natürlich auch bei den Eisenbahnen.
Die UNO verspricht zwar, die Verluste, die durch die Grenzschließung entstehen, gutzumachen, da es sich hier um die Ausführung von international beschlossenen Sanktionen gegen Rhodesien handelt, aber damit ist es nicht getan. Es hilft nicht, ein Loch zu stopfen, sondern es gilt, die ganze Wirtschaftsstruktur zu ändern.
Ein gutes Beispiel ist die Landwirtschaft. Mosambik ist ein Agrarland – und doch muß es Nahrungsmittel importieren. Die Lücke wurde in der Vergangenheit durch Importe aus Rhodesien geschlossen. Rhodesischer Mais, Fleischwaren und andere Agrarprodukte wurden von Mosambik eingeführt. Der Verlust der rhodesischen Einfuhr machte sich bemerkbar, was durch das ungünstige Wetter in diesem Jahr noch verschlimmert wurde. Zwei aufeinanderfolgende Sommer hindurch litt das beste Agrarland in Mosambik durch Überflutung. Dazu muß man den Schaden rechnen, den der Kolonialkrieg der Infrastruktur zufügte, sowie die Probleme, die dadurch verursacht wurden, daß portugiesische Händler und Farmer fluchtartig das Land verließen. Oft wußte die Regierung nicht, daß es in einem bestimmten Gebiet Zucker oder andere Ernte gab, und wenn man es feststellte, fehlte es an Transportmitteln, die Produkte zum Markt zu schaffen.
Die UN Mission, die sich im Juni mit den Wirtschaftsschwierigkeiten des Landes befaßte, schätzte, daß sofort etwa 120.000 Tonnen Weizen, 90.000 Tonnen Mais, 40.000 Tonnen Reis dringend benötigt wurden, insgesamt im Wert von etwa 33 Millionen Dollar.
Der Sonderfond der UN für Mosambik hat bereits Spenden erhalten – u.a. von Ägypten, Neuseeland, Trinidad und Tobago. Das Commonwealth-Sekretariat hat ebenfalls einen Fond eröffnet. Außerdem erhielt Mosambik direkte Hilfe von Regierungen wie der der Volksrepublik China, der DDR und der Sowjetunion sowie aus Skandinavien.
Maputo hat eine Sonderstelle eingerichtet, die sich mit allen Hilfsangeboten befaßt: man möchte sich nicht von einer Abhängigkeit in eine neue begeben.
Die Wirtschaftsstrategie im Land selbst muß auf die Landwirtschaft aufgebaut werden. Nur ein kleiner Teil des fruchtbaren Landes ist unter Kultivation. Das liegt an der Kolonialpolitik der Portugiesen, die große Landlfächen an Kapitalgesellschaften verpachtet hatten. Dort wurde Zucker, Tee, Sisal, Baumwolle erzeugt, die sogenannten „cash crops", aber für die Ernährung der Bevölkerung selbst wurde wenig getan. Dazu kommt, daß die Landwirtschaft Investititionen braucht, etwa um die Tsetsefliege zu bekämpfen, was eine Voraussetzung dafür ist, Viehzucht einführen zu können.



Einen Anfang hat man bereits gemacht. Es geht nicht nur darum, Kooperativen aufzubauen, sondern auch der ländlichen Bevölkerung zum ersten Mal soziale Dienstleistungen anzubieten. Gesundheitswesen auf dem Land gab es so gut wie nicht. Im ganzen Lnd gab es zur Kolonialzeit 80 Ärzte, die Mehrheit in den Städten. Über die Hälfte sind ausgewandert, jetzt helfen unter anderen Bulgarien und Nordkorea auf diesem Gebiet. Die Universität in Maputo gibt bereitsch Sprachkurse für ausländische Ärzte, die als Entwicklungshelfer nach Mosambik gekommen sind. Außerdem plant die Regierung auf lange Sicht Programme, um dem Analphabetismus ein Ende zu machen. Man schätzt, daß 85-90 Prozent der Bevölkerung nicht lesen und schreiben können. Es muß also viel in kurzer Zeit geleistet werden, um die Fähigkeiten der Erwachsenen sowie der Jugend zu fördern.
Bis die gesteckten Ziele erreicht sind, wird noch einige Zeit vergehen; das bedeutet, daß man es vorerst noch in Kauf nehmen muß, daß südafrikanische Techniker in den Häfen Beira und Maputo helfen, daß Konsumgüter aus Südafrika geliefert werden, daß weiter Mosambikaner in südafrikanischen Minen arbeiten, daß Südafrika nach wie vor die Häfen benutzt. Doch der Anfang ist gemacht, der Wille ist da und die Weichen sind gestellt für einen neuen Kurs in die Unabhängigkeit, in eine neue, sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur.

Eindrücke über die Entwicklung und die Rolle der Kirche

Vom 15.6. bis 6.7.1976 waren Klemens Roloff und ich in Mozambik. Wir hatten uns in den vergangenen Jahren in Solidaritätsgruppen für die Befreiung Mozambiks engagiert und wollten nun sehen, was daraus geworden ist. Daneben interessierte uns, was in Zukunft von Gruppen in der BRD für Mozambik getan werden kann.
Den meisten Kontakt hatten wir zu Missionaren, die früher wegen ihrer antikolonialistischen Einstellung bedrängt oder ausgewiesen worden waren. Daneben sprachen wir mit Verantwortlichen der FRELIMO auf Landes-, Provinz-, Stadtteil- und Dorfebene und natürlich mit vielen Mozambikanern und Ausländern. Wir konnten uns völlig frei per Flugzeug, Bahn, Bus und Autostop bewegen und waren überall willkommen.
Im folgenden Bericht gebe ich Eindrücke über die Entwicklung zum Sozialismus und über die Stellung der katholischen Kirche in diesem Prozeß wider. Ein umfassendes Bild konnten wir in der kurzen Zeit nicht gewinnen. Gerade zu Fragen, die mich besonders interessierten: Steht das Volk hinter der FRELIMO? Inwieweit ist die Freiheit der Meinungsäußerung und der Religion gegeben? hörten wir verschiedene Antworten. Gewiß sind die Antworten jeweils durch den politischen Standort des Gefragten gefärbt, aber es gibt auch regionale Unterschiede. Im Gebiet von Inhaminga, wo lange Zeit gekämpft worden ist, wo die Familien in die Sümpfe geflohen waren, wo wir die Massengräber der durch die Kolonialtruppen Massakrierten besuchten, schienen uns die Leute politischer, mehr bereit, auch Opfer für den Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung zu bringen, als in Nampula, wo es keine Kämpfe gegeben hatte.

Dynamisierungsgruppen

Die für das Volk besonders relevante Körperschaft ist die Dynamisierungsgruppe; sie wird auf der Ebene des Stadtteils, des Dorfes oder des Betriebes gewählt. Sie ruft am Sonntagmorgen zur gemeinsamen Arbeit (z.B. Reinigung der Straßen, Bebauen des gemeinsamen Feldes) und zur politischen Versammlung am Sonntagnachmittag auf. In manchen Stadtteilen kommen da so ziemlich alle Einwohner, anderswo ist der Besuch nur spärlich. „Das hängt von der Persönlichkeit des Leiters der Dynamisierungsgruppe ab", wurde uns gesagt. Bei der Busfahrt am Sonntagnachmittag sahen wir auch zwischen Siedlungen von vielleicht 5 Häusern Leute zu kleinen Versammlungen zusammensitzen. Im Kollektivdorf oder bei Menschen, die wir zufällig trafen, überraschte uns das differenzierte Wissen über politische Fragen. Was sie über die BRD wußten, ließ den Einfluß der DDR-Berichterstattung erkennen. Vielen war bekannt, daß es in den Ländern, die den portugiesischen Kolonialismus unterstützt hatten, Gruppen gab, die im Sinne der Befreiung Mozambiks gearbeitet haben. „Wenn ihr uns auf dem schweren Weg in die Unabhängigkeit geholfen habt, dann kommt jetzt wie Söhne in ihr Vaterhaus". Als Kehrseite dieser Aussagen hörten wir, das Land wolle keine Hilfe von Staaten oder Institutionen, die während des Befreiungskrieges auf der anderen Seite gestanden haben, dazu sei man zu stolz. Das betrifft in gewissem Ausmaß die katholische Kirche.

Sozialismus erst im Anfang

Hemmend für eine sozialistische Entwicklung ist der Mangel an Experten für die Writschaft des Landes und an geeigneten politischen Führungskräften. Die Assimilados, früher ausbildungsmäßig, wirtschaftlich und politisch zwar privilegiert, aber doch in dirttrangigen Positionen, drängen nun auf die führenden Stellen. Sie sind oft Opportunisten und vermitteln zwischen FRELIMO und Volk auf dem Wege der Herrschaft. Von der Spitze aus wird dem Volk Mut gemacht, sich nicht alles gefallen zu lassen. So lasen und hörten wir vom Präsidenten: „Die Dynamisierungsgruppen dürfen keine Verhaftungen mehr vornehmen", „Die Polizei soll nicht die Leute schlagen". In diesem Zusammenhang ist der Slogan „Kampf dem Elitetum" zu verstehen.
Sozialismus ist in Mozambik nur anfanghaft verwirklicht. Weitgehend sind Industrie, Geschäfte, Landwirtschaft, selbst Großgrundbesitz in privaten Händen.

MOZAMBIK SUCHT FACHKRÄFTE AUCH IN DER BRD

Am 25.6.1975 erklärte die VR Mosambik ihre Unabhängigkeit. Zur Zeit steht das Land wegen der Hinterlassenschaft des portugiesischen Kolonialismus vor großen Problemen.
Während der Kolonialzeit wurden fast ausschließlich Portugiesen zu Fachkräften ausgebildet. Die meisten Afrikaner konnten nicht einmal die Grundschule besuchen. Die Portugiesen haben inzwischen zum großen Teil das Land verlassen. Aufgrund ihrer anerzogenen kolonialen Denkweise verkrafteten sie nicht, nun in einem von Afrikanern regierten Land zu arbeiten. Noch weniger waren sie dazu bereit, sich mit den nun bildenden sozialistischen Strukturen abzufinden. Bis genügend Mosambikaner ausgebildet sind, will die Regierung dem Mangel an Fachkräften durch Anwerbung in aller Welt begegnen.
Peter Altenstetter und Clemens Roloff, zwei Mitglieder der Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD, besuchten im Juni/Luli dieses Jahres Mosambik. In einem Gespräch mit dem Minister für Wirtschaftsplanung und Vizepräsident der FRELIMO, Marcelino dos Santos, wurde an sie die Bitte herangetragen, auch in der BRD Personen, die sich am Aufbau des Landes beteiligen wollen, zu gewinnen.
Folgende Berufe werden dringend gebraucht:
- Ärzte, besonders Chirurgen und Neurologen
- Ingenieure
- Facharbeiter z. B. Monteure, Elektriker
- Lehrer

Interessenten müssen bereit sein, mindestens 2 Jahre in Mosambik zu arbeiten. Die portugiesische Sprache können sie auch im Lande erlernen. Marcelino dos Santos wies ausdrücklich darauf hin, daß die Bewerber bereit sein müßten, unter den Bedingungen eines sozialistischen Staates zu leben und zu arbeiten.
Nähere Auskunft über : Peter Altenstetter, Blumenstraße 5, 7513 Stutensee-Blankenloch, Telefon: 07244/9730

Kollektivdörfer

Überall im Land entstehen jetzt Kollektivdörfer, die wohl Modelle für die künftige Entwicklung werden sollen. Neben den gemeinsamen Feldern haben die Bauern noch eigenes Land; Hühner kann man privat halten, Kühe sind kollektiv. Einen Vormittag arbeiteten wir in einer Bigade beim Hausbau mit. Die künftigen Bewohner einer Häuserreihe bauen zusammen ein Haus nach dem anderen. Das Neue an diesen Dör-

fern ist, daß die Familien überhaupt zusammenziehen und ein Gemeinwesen mit Schule, medizinischer Versorgung und Gemeinschaftsbewußtsein schaffen.
Missionare und Ordensschwestern, die eine positive Einstellung zur sozialistischen Entwicklung des Landes haben, versuchen da mit hineinzukommen. Manchen ist das schon gelungen. Andere meinten: „Es ist fraglich, ob uns das erlaubt wird. Die FRELIMO befürchtet, daß da, wo Ordensschwestern leben, Almosenempfangsmentalität entsteht, anstatt auf die eigene Kraft zu vertrauen." Es berührte mich schon hart, als im Aussätzigendorf ein Jugendlicher die Schwester um eine Hose bat – er hatte nur Fetzen an – und sie es ihm abschlagen mußte; er muß sie sich selbst verdienen.

Verstaatlichung der Mietwohnungen

Verstaatlicht wurde der gesamte von den Besitzern nicht bewohnte Hausbesitz. In der Regel geschah das ohne Entschädigung, wer aber für seinen Lebensunterhalt auf die Miete angewiesen ist, erhält vom Staat eine Rente. Wir besuchten eine Mieterin im Hochhaus und erfuhren: Kinderreiche bezahlen für dieselbe Wohneinheit viel weniger als Alleinstehende. Demnächst werden die Mieter selbst zu entscheiden haben, ob sie einen Hausmeister anstellen oder diese Arbeiten abwechselnd selbst verrichten. Ebenso sollen kleine Reparaturen in die Verantwortung der Mieter gelegt werden, die Miete wird dann entsprechend gesenkt. Bisher gab es in diesem Haus noch keine Organisation der Mieter, die neue Regelung wird das bald notwendig machen.

Verstaatlichung des Gesundheitswesens

Ebenfalls ganz vom Staat übernommen wurde das Gesundheitswesen. Auch verschleierte Formen von Privatpatientenbehandlung sucht man auszuschalten. Es sind keine Hausbesuche erlaubt, bettlägerisch Kranke sind ins Krankenhaus zu bringen. Der plötzliche Wegzug vieler portugiesischer Ärzte hat einen ernormen Ärztemangel ausgelöst. Wir hörten in Beira, der zweitgrößten Stadt, daß die Wartezeit zwischen Anmeldung und Behandlung zwei Wochen dauert. Bis eigene Kräfte ausgebildet sind, versucht man vor allem durch Ärzte aus osteuropäischen Ländern und China die Lücken zu schließen. Daneben arbeiten viele Ordensschwestern im staatlichen Gesundheitsdienst.

Verstaatlichung der kirchlichen Institutionen

Am 25.6.1975, dem Unabhängigkeitstag, klingelte es morgens an allen Türen der Missionsstationen: Verstaatlichung des kirchlichen Besitzes, ausgenommen Wohnung und Kirche. Personell änderte sich wenig, z.B. wurde in einem Internat ein Mozambikaner als Direktor eingesetzt, das Missionspersonal blieb und wurde jetzt staatlich angestellt.
Über die Zusammenarbeit zwischen bisherigem Missionspersonal und den von der FRELIMO eingesetzten Maßgeblichen hörten wir positive und negative Erfahrungen.
In einem Dorf war ich dabei, als Vertreter der FRELIMO zu Ordensschwestern, die sich zunächst aus der Schule zurückziehen müssen, sagte: „Ihr gehört dazu, Ihr sollt mitarbeiten, Ihr habt doch Erfahrung, wie man Felder anlegt, die Schule braucht dringend ein Feld." – Auf diese Weise sollen sich die Schulen einmal selbst versorgen – . Die Schwestern waren glücklich, nun wieder mehr gebraucht zu werden. Verständlich, daß nicht alle nach der Verstaatlichung ihrer Felder so denken wie Schwester Rita, die begeistert rief: „Unser früheres Modell hat den Leuten auch geholfen, aber es war noch zu paternalistisch. Jetzt machen die Leute viel mehr in eigener Verantwortung." Von 1196 Ordensschwestern sind im erstern Jahr der Unabhängigkeit 450 gegangen, viele planen dasselbe. Wiederholt hörte ich, daß Mutterhäuser in Europa auch Schwestern, die bleiben wollen, zurückrufen. Eine Ursache sind die Greuelberichte in Zeitungen und Zeitschriften über Mozambik.

Greuelberichte

Über die Verdrehungen der Tatsachen in unserer Presse hörten wir bittere Klagen: „Wenn ein Schwarzer einen Weißen schlägt, schreiben die, das habe die FRELIMO getan." In einem Konvent von Nampula lag „Mission aktuell" 2/76 auf. Die Schwestern schüttelten den Kopf. „Bischof dos Santos zum Schweigen verurteilt." – In einem Rundschreiben, das in den Kirchen verlesen wurde, hatte er gerade beherzt den Standpunkt der schwarzen Bischöfe gegenüber dem Staat dargestellt. „Gottesdienste, die hauptsächlich von älteren Menschen besucht werden, können noch mit ihrer Tolerierung rechnen." – Wir erlebten, wie Erwachsene und Jugendliche den Gottesdienst aktiv mitgestalteten; Kinder besuchen sonntagmorgens den Religionsunterricht in der Kirche. Zwar hat es örtlich schon Gottesdienstbehinderung oder Strafen für Gottesdienstbesuch gegeben, das geschah aber ohne Billigung der Regierung und wurde abgestellt. „Taufen von Kindern ist bereits untersagt" – Überall, wo ich danach fragte, sagte man mir, daß die Kinder selbstverständlich getauft werden. Unter Berufung auf den „Stern" war dann in „Mission aktuell" 5/76 zu lesen: „150 Missionare und Priester im Gefängnis" – Zumindest von den katholischen Geistlichen – sie meint das Wort „Priester" – ist keiner inhaftiert.

Kirche und sozialistische Entwicklung

In den Reden, welche wir gehört haben, ist vieles gelobt und getadelt worden, die Kirchen kamen dabei nie zur Sprache. Das ist ein Zeichen für ihre geringe öffentliche Bedeutung heutzutage. Die für dortige Verhältnisse monumentalen Kirchenbauten zeigen an, daß das einmal anders war.
Heute verdienen die meisten Geistlichen ihren Lebensunterhalt als Lehrer an Staatlichen Schulen. Das hat zur Folge, daß ihnen wenig Zeit für den kirchlichen Dinst bleibt und die Gemeindemitglieder vieles selbst in die Hand nehmen müssen, auch die Leitung von Gottesdiensten. Von den beiden Bischöfen, mit denen ich darüber sprach, sah der eine diese Entwicklung positiv, während der andere sie bedauerte. Entsprechend unterschiedlich wie der Verlust an Besitz und Einfluß der Kirche wird auch der Weg der mozambikanischen Gesellschaft zum Sozialismus beurteilt.
Verteidigung gegenüber dem Staat steht für die einen, Dienst und Zusammenarbeit für die anderen im Vordergrund.
So stellt eine Gemeinde von sich aus ihre Kirche solange als Schulraum zur Verfügung, bis das Schulgebäude fertig gestellt ist. Ein Priester, der gerade zum Rektor einer Schule ernannt worden war, meinte: „Glaube an Gott und Marxismus sind philosophisch gesehen Widersprüche, können aber in der Praxis überwunden werden, allerdings nur von einem Christentum, das zum Volk, zur Befreiung, zum politischen Engagement aktiviert." – „Daß diese Priester nicht einsehen, daß Marxismus und Christentum unvereinbar sind, " war die Sorge seines Bischofs.
Es bleibt die Frage, ob nur ein Widerspruch besteht zwischen der sich in Mozambik entwickelnden sozialistischen Gesellschaft und der kolonial geprägten Kirche oder überhaupt zu jeder Gestalt von Religion. Kann die Kirche aus der Sicht dieses Staates in der Zukunft ein konstruktiver Faktor oder nur ein mehr oder weniger geduldeter Fremdkörper sein?

Peter Altenstetter

Zimbabwe
Interview mit Rugare N. Gumbo (ZANU)

Am 1.11.1976 hatte das KSA Heidelberg Gelegenheit, das folgende Interview mit dem Sekretär für Information und Öffentlichkeitsarbeit der ZANU, Rugare N. Gumbo, zu machen, der in der ZANU-Delegation unter der Leitung ihres Generalsekretärs Robert Mugabe an der Genfer Rhodesien-Konferenz teilnimmt.

KSA:
Kannst Du etwas zur aktuellen Entwicklung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe gegen das weiße Siedlerregime sagen?

R.G.:
Der Befreiungskampf in Zimbabwe hat während der vergangenen vier Jahre an Schlagkraft gewonnen, seit nämlich die ZANLA (Zimbabwe African Nat. Liberation Army – bewaffneter Flüge der ZANU) 1972 ihre militärische Offensive im Land begonnen hat. Im letzten Jahr gab es eine mehrmonatige Unterbrechung. Aber seither entwickelt sich der Kampf in die richtige Richtung. Man kann sagen, daß es um den Befreiungskampf in Zimbabwe ausgezeichnet steht. Es gibt da überhaupt keine Probleme. So ist z.B. die Entwicklung der ZIPA ein wichtiger Beitrag zum revolutionären Kampf im südlichen Afrika. Die ZIPA ist der gemeinsame militärische Flügel der ZANU und ZAPU und hat inzwischen einige Siege errungen. Immer mehr Menschen kommen, um am Kampf teilzunehmen. Immer mehr junge Menschen verlassen das Land und verlangen eine militärische Ausbildung. Wichtig ist auch, daß wir eine ziemlich feste und solide Basis in Mozambique haben, die in sehr sehr starkem Maße unseren Befreiungskampf in Zimbabwe unterstützt. Und wir freuen uns sehr darüber, daß, alles zusammengenommen, die Lage in Zimbabwe heute ganz ausgezeichnet ist.

KSA:
Die Imperialisten bekämpfen den Kampf des Volkes mit ihrer zweiten sogenannten „Entspannungsrunde". Ein Teil davon ist der „Kissinger-Plan". Was ist der Standpunkt der ZANU zu diesem Plan?

R. G.:
Wie Du richtig gesagt hast, ist das Kissinger-Paket ein imperialistisches Manöver, ein Versuch, den revolutionären Kampf des Volkes von Zimbabwe zu vereiteln. Diese zweite Entspannungsrunde folgt auf die erste Runde, die ja zu unserer Verhaftung führte. Ihr werdet Euch erinnern, die erste Runde der „Detente" fand 1974 statt, als wir in Sambia zusammenkamen, viele Abkommen trafen usw. Dies brachte viel Leid über unser Volk. Es war ein erneuter Versuch der Imperialisten, den Lauf unserer Revolution aufzuhalten. Dismal gehen sie offen vor, während sie sich 1974 einiger Mittelsmänner bedient hatten und selbst gar nicht in Erscheinung getreten waren. Jetzt treten sie offen auf und versuchen, hier in Genf eine Verfassungskonferenz durchzuführen. Amerika ist daran beteiligt, Großbritannien auch. Aber das ist alles Unsinn. In Wahrheit versuchen sie nur, sich gegen den revolutionären Kampf in Zimbabwe zu stemmen. Was uns angeht, so akzeptieren wir den Kissingerplan nicht. Er ist überhaupt keine Grundlage für irgendwelche Verhandlungen. Wir haben unsere eigenen, genau bestimmten Forderungen. Und wer trägt diese festgelegten Forderungen auf dieser Konferenz vor? Also der Kissingerplan wird von uns vollkommen zurückgewiesen.

KSA:
Die ZANU hat kürzlich an einer Konferenz in Daressalaam als eigenständige Organisation und Partei teilgenommen. Welchen Fortschritt habt Ihr beim Wiederaufbau der ZANU gemacht?

R.G.:
Wir haben eine ganze Reihe Fortschritte erzielt seit wir die ZANU reorganisiert haben, aber es muß noch mehr Arbeit geleistet werden. Viele ZANU-Mitglieder und Mitglieder des Zentralkomitees waren im Gefängnis in Sambia, andere in Lagern in Mozambique und zu Hause – kurz, wir waren weit vertreut. Dies machte die Reorganisierung der Partei sehr schwierig. Seit die ZANU im vergangenen Monat nun wieder in Erscheinung getreten ist, ist es uns gelungen, unsere Leute zu Hause, in Westeuropa und Nordamerika zu einem Konsultationstreffen zu versammeln. Dies half die Lage und den Standpunkt unseres Volkes und der Partei insgesamt zu klären.

KSA:
Kürzlich geschah es, daß Kubaner und Russen dem angolanischen Volk zu Hilfe geeilt sind. Glaubt ihr, daß eine solche Situation auch in Zimbabwe eintreten wird? Und was wären in diesem Falle eure Leitlinien?

R.G.:
Die angolanische Situation war ein besonderer Fall und ich meine, wir müssen davon ausgehen, daß es dort einen Agressor gab, nämlich Südafrika, das gemeinsam mit anderen reaktionären Kräften versuchte, eine Marionettenregierung in Angola einzusetzen. Wir haben einen Standpunkt bezogen. Zwar befanden wir uns damals noch in Haft, aber trotzdem haben wir Stellung dazu bezogen. Wir glaubten, daß die MPLA eine fortschrittliche Kraft ist und sich im Kampf gegen reaktionäre Elemente befand. Andere beurteilen das vielleicht unterschiedlich und sind der Ansicht, wir hätten die UNITA unterstützen sollen oder neutral bleiben. NEIN.
Wir sind eine revolutionäre Gruppe und können nicht neutral bleiben, wenn wir sehen, wie ein Agressor wie Südafrika Truppen entsendet und versucht, eine revolutionäre Regierung zu stürzen.
Ob wir glauben, daß es eine Situation in Zimbabwe geben wird, in der wir Kubaner zu Hilfe rufen müßten, wie dies in Angola der Fall war? Nein, überhaupt nicht! Denn wir glauben, daß wir unsere eigenen Befreier sind. Wir sind eine sehr starke Kraft. Wir hängen von unserem eigenen Personal ab. Wir haben viele Menschen, nahezu 7 Millionen, gegenüber 270 000 Weißen. Warum sollten wir also Kubaner zu Hilfe rufen? Warum sollten wir fremde Hilfe brauchen? Fremde Hilfe können wir nur in Form von Waffen und materiellen Hilfeleistungen annehmen. Aber was den tatsächlichen Kampf anbetrifft, so wollen wir das schon selber erledigen, denn dadurch wird die Unabhängigkeit etwas für uns bedeuten. Wenn wir aber jemanden kommen und für uns kämpfen lassen, dann hat diese Unabhängigkeit keine Bedeutung.

KSA:
In Westdeutschland gibt es eine heftige Debatte über die Hauptfeinde der afrikanischen Völker. Einige Gruppen sind der Meinung, daß die Sowjetunion das Unabhängigkeitsbestreben der afrikanischen Völker ebenso entschieden bekämpft wie der Imperialismus in den Vereinigten Staaten, ja daß

die Sowjetunion, weil sie sich hinter einer antiimperialistischen Maske versteckt, sogar noch gefährlicher und der eigentliche Hauptfeind der afrikanischen Völker ist. Andere Gruppen vertreten die Ansicht, daß der Hauptfeind der kämpfenden Völker im südlichen Afrika der (US-)Imperialismus und seine Verbündeten in Europa, Südafrika und Rhodesien war und immer noch ist. Wie sieht das die ZANU?

R.G.:
Nun, der Standpunkt der ZANU dazu ist sehr klar. Wir in der ZANU betrachten den Konflikt in unserem Land oder die Widersprüche in Zimbabwe aus einer historischen Perspektive. Als Hauptwiderspruch im heutigen Zimbabwe



betrachten wir den Widerspruch zwischen dem afrikanischen Volk und dem Smith-Regime und den Imperialisten und Kolonialisten. Darüber müssen wir uns ganz klar sein: der grundlegende und hauptsächliche Widerspruch besteht zwischen den Afrikanern und dem Imperialismus und Kolonialismus, vertreten durch das Smith-Regime und die weißen Siedler im Land.
Was nun eine Zusammenarbeit etwa zwischen der ZANU und der Sowjetunion oder anderen afrikanischen Gruppen und der Sowjetunion angeht, so bestehen da ein paar unwesentliche Differenzen unter Genossen. Die Frage des Sozialimperialismus und des Ringens der Supermächte um die Vorherrschaft – ja, mag sein, aber ist dies das Stadium, darüber zu reden? Es ist ein zweitrangiges Problem, das wir diskutieren können, wenn wir den Imperialismus und Kolonialismus besiegt haben.
Unserer Ansicht nach ist die Sowjetunion heute unser Verbündeter im Kampf gegen das Smith-Regime und die imperialistischen Kräfte. Sie ist eine zuverlässige antiimperialistische Kraft. Es gibt gelegentliche Schwierigkeiten, aber das sind Schwierigkeiten, mit denen wir uns als Genossen auseinandersetzen müssen. Wir erhalten schon seit langer Zeit Unterstützung. Schon sehr früh von den Chinesen. Aber wir haben unseren chinesischen Freunden auch immer gesagt, daß wir eine genau definierte Linie in Zimbabwe haben: ihr unterstützt uns, weil wir Antiimperialisten sind. Die Sowjetunion unterstützt uns, weil wir Antiimperialisten sind. Ihr in Westdeutschland unterstützt uns auch, weil wir Antiimperialisten sind.
Die Frage nach dem Widerspruch zwischen dem sogenannten Sozialimperialismus und den afrikanischen Völkern stellt sich also überhaupt nicht. Wir sehen die Sowjetunion nicht von dieser Warte aus. Ich bin der Ansicht, daß die Sowjetunion eine Hauptstütze des revolutionären Kampfes im südlichen Afrika war und ist. Laßt uns a l l e unsere Aufmerksamkeit auf die Imperialisten konzentrieren, und zwar mit der Hilfe der Sowjetunion, mit der Hilfe der Chinesen, mit der Hilfe aller sozialistischen Länder und a l l e r fortschrittlichen Kräfte. Sogar in den westlichen Ländern gibt es viele davon: in Westdeutschland, England, Skandinavien, Holland, Amerika gibt es viele fortschrittliche Gruppen, die uns unterstützen. Laßt uns also eine breite, internationale Front aller antiimperialistischen Kräfte bilden und unseren Feind, den Imperialismus und Kapitalismus im südlichen Afrika bekämpfen.

KSA:
Schon seit Jahren führt die ZANU den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe an. Sie betont auch jetzt, daß die Befreiung nur durch den bewaffneten Kampf erreicht werden kann. Zu welchem Zweck und Ziel nimmt die ZANU dann an der Genfer Konferenz teil?

R.G.:
Das ist eine sehr gute Frage. Wir betrachten unseren Kampf von zwei Seiten. Unsere Einstellung wird durch die im Land bestehenden Widersprüche bestimmt. Der Hauptwiderspruch in unserem Land ist der zwischen dem afrikanischen Volk und dem Imperialismus und Kolonialismus, vertreten durch die weißen Siedler und die Briten. In einer solchen kolonialen Situation muß die prinzipielle Form des Kampfes der bewaffnete Kampf sein. Und für uns in Zimbabwe i s t es der bewaffnete Kampf. Als Revolutionäre können wir aber nicht nur an e i n e r Methode des Kampfes festhalten. Man kann nicht einfach sagen: Der bewaffnete Kampf ist der einzige Weg, kein anderer kann benutzt werden, wir können deshalb keine friedlichen Mittel anwenden. Für einen Revolutionär ist das eine falsche Haltung. Ich nehme an, die meisten von euch haben sich mit Lenin beschäftigt. Er sagt, daß man den Kampf so nicht angehen kann. Mao sagt dasselbe. Man muß die Form seines Kampfes festlegen. Und unsere Kampfform ist unserer Meinung nach der bewaffnete Kampf. Als zweite Kampfform kann man sich friedliche Mittel nutzbar machen. Wir sind zu dieser speziellen Konferenz gekommen, um den Versuch zu machen, den friedlichen Kampf, d.h. die Verhandlungen, auszunutzen. Aber wir haben den bewaffneten Kampf nicht eingestellt. Der bewaffnete Kampf geht auch während dieser Konferenz weiter. Wir betrachten Genf als taktische Front in unserem Kampf. Lediglich als taktische Front. Die strategische Front ist der bewaffnete Kampf.

KSA:
Die Detente Nr. 1 hat den bewaffneten Kampf in ziemlich großem Maß geschwächt. Die westlichen Imperialisten versuchen jetzt, ein zweites Entspannungsmanöver. Zweifellos ist ein Ziel der Detente Nr. 2 wiederum, die Befreiungsbewegung in Zimbabwe zu spalten und den bewaffneten Kampf zu schwächen. Die ZANU hat darauf mit der Bildung einer Patriotischen Front mit der ZANU reagiert. Was sind auf kurze und auf lange Sicht Funktion und Ziel der Patriotischen Front?

R.G.: Das kurzfristige Ziel der Patriotischen Front ist es, geschlossen auf dieser Genfer Konferenz vorzugehen. Es

ist sehr wichtig, eine gemeinsame Position zu entwickeln, gemeinsame Verlautbarungen herauszugeben, gemeinsam unsere Position festzulegen usw. Auf lange Sicht ist die Patriotische Front ein Versuch, die ZIPA-Gruppe wieder zueinander zu bringen. ihr erinnert euch, es gibt darin die ZAPU-Gruppe und die ZANU-Gruppe. Wir wollten, daß die ZAPU-Kader, die aus Mozambik weg und nach Sambia gegangen waren, zurückkommen und sich der ZIPA wieder anschließen sollten, damit wir eine einzige nationale Armee haben. Wenn es zwei Armeen gäbe, würde das eine ähnliche Situation wie in Angola schaffen. Diese Gefahr wurde damit vermieden. Das langfristige Ziel der Patriotischen Front ist also die Konsolidierung der ZIPA, damit sie eine zuverlässige Armee beider politischer Flügel wird, und vielleicht noch, zu bewerkstellingen, daß die ZANU und ZAPU zueinander kommen und e i n e lebensfähige politische Partei bilden. Man muß aber daran denken, daß die Patriotische Front im Augenblick lediglich eine taktische Front für die Konferenz und die Konsolidierung der ZIPA ist. Sie ist noch keine politische oder ideologische Front. Wir werden uns hinsetzen und unsere politischen Zielsetzungen ausarbeiten und ideologische Kritik und Selbstkritik innerhalb der Partei leisten. Es wird daher noch einige Zeit dauern, ehe wir eine solide ideologische, politische und taktische Front präsentieren können.

KSA:
Joshua Nkomo wurde dafür kritisiert, daß er vor einem Jahr mit Ian Smith verhandelte, als die ZANU den bewaffneten Kampf reorganisierte. Warum wurde dann Nkomo in das Bündnis aufgenommen? Welche qualitative Auswirkung hat das Bündnis für die kämpfenden ZIPA-Streitkräfte, verglichen mit der Aktivität der ZAPU-Kader in der ZIPA vor dem Bündnis.

R.G.:
Nun, es ist taktisch nützlich und meiner Meinung nach immer dann notwendig, wo es zwei Gruppen mit militärischen Streitkräften in einem Land gibt. Die Vorteile einer vereinigten Front mit Nkomo? Er hat bereits Gespräche mit Ian Smith geführt und alles mögliche andere gemacht. Es hat den Anschein, daß er auch zu Hause einige Unterstützung genießt, auch militärische. Ihr müßt bedenken, daß wenn w i r diese Sache nicht machten, es durchaus denkbar und möglich wäre, daß gewisse Kräfte gerne mit Nkomo zusammenarbeiten und dann versuchen würden, die Einheit zu zerstören, die wir in Zimbabwe zu schaffen versuchen. Ein weiterer Punkt ist der: Nkomo steht schon sehr lange im Kampf. Er hat viele Freunde. Wir müssen versuchen, mit ihm zu arbeiten. Denn wenn wir ihn alleine machen lassen, könnte das Schwierigkeiten hervorrufen. Wir wollen also das Vertrauen Nkomos und seiner Anhänger zu Hause und im Ausland gewinnen und dadurch eine Grundlage für eine gemeinsame Betrachtungsweise einiger unserer Probleme finden. Aus diesem Grund habe ich gesagt, es bestünden gewisse ideologische und politische Probleme innerhalb der Patriotischen Front, aber wir meinen, daß wir auf lange Sicht das Volk von Zimbabwe vereinen können, wenn wir jetzt die Patriotische Front bilden. Ich weiß, daß viele, die uns in Europa, Amerika und auch daheim unterstützen, nicht glücklich darüber sind. Aber sie verstehen nichts von den Dimensionen einer Revolution. Wenn man in einer Revolution feststellt, daß eine bestimmte Kraft tatsächlich existiert, d.h. wenn man mit einer Realität konfrontiert wird, dann muß man sie als solche behandeln und versuchen, sich damit auseinanderzusetzen. Man darf sie nicht einfach ignorieren oder jemanden unterschätzen, denn wenn man jemanden unterschätzt, fügt er der Revolution Schaden zu. Deswegen leisten wir weitere politische Erziehungsarbeit und versuchen, mit Nkomo zu arbeiten und ihn weiter voran zu bringen. Wenn er sieht, wie wir arbeiten und sieht, wie unsere Streitkräfte kämpfen, wie wir politisch arbeiten, wird er vielleicht früher oder später die revolutionäre Linie verstehen und versuchen, auch die revolutionäre Linie einzuschlagen.

gekürzt vom iz3w

INITIATIVE ZUM AUFBAU EINES RECHTSHILFEFONDS FÜR AUSLÄNDISCHE STUDIERENDE IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND BERLIN (WEST)

Zum Beispiel:

1. „Wenn ausländische Studenten demonstrieren und protestieren, legen westdeutsche Behörden sie an die Leine," schreibt der „SPIEGEL – 3/5/76 – zu den Maßnahmen der Behörde gegen in Gießen und München studierende persische Kommilitonen. Die Aufenthaltserlaubnis war räumlich eingeschränkt worden – z.B. für Gießen auf den Raum: Stadtkreis Gießen, Landkreise Gießen, Wetzlar, Marburg und Wetteraukreis.

2. „Obwohl den Betroffenen härtere Strafe droht, will das Ausländeramt der Stadt Köln drei türkische Staatsangehörige in ihr Heimatland abschieben... Um die Entscheidung über die Anträge der Verurteilten auf politisches Asyl in der Bundesrepublik zu umgehen, hat das Ausländeramt nach Mitteilung der Anwälte der Türken inzwischen über das Landesinnenministerium beim Bundesinnenministerium eine Ausnahmegenehmigung beantragt. Danach kann ungeachtet der noch laufenden Asylanträge, die teilweise schon vor 1 1/2 Jahren gestellt wurden, die Abschiebung der seit der Urteilsverkündung in Abschiebehaft gehaltenen Türken verfügt werden, wenn die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik gefährdet erscheinen." (Aus FR vom 19.2.1976)

3. „Am 26.11. 1974 wurde der türkische Geographiedoktorand... morgens um 6.00 Uhr im heidelberger Studentenwohnheim Collegium Academicum aus dem Bett heraus verhaftet. Der Verdacht lautete auf Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung. Unter Schlägen wurde der Verdächtige – nur mit Unterhose bekleidet – abgeführt. Die Mündung einer Maschinenpistole zerstörte ihm einen Zahn, seine Dissertation wurde bei der Durchsuchung seines Zimmers zu einem guten Teil zerstört.
(Aus einem Brief des Heidelberger Studentenpfarrers vom 25.8.1976)

Um ausländischen Studenten, die aus rassischen, religiösen, politischen oder sozialen Gründen verfolgt werden oder in Schwierigkeiten geraten sind, zu unterstützen durch die Ermöglichung sachgerechter juristischer Beratung und Vertretung und damit verbundener materieller Hilfe, hat die ESG die Initiative zur Gründung eines Fonds ergriffen, der aus Spendensammlungen und Veranstaltungen finanziert werden soll.

Informationen über: **Evangelische Studentengemeinde Geschäftsstelle:**
7 Stuttgart 1, Kniebisstr. 29
Telefon (0711) 28 10 34/35

Spenden an: **vorläufige Kontonummer: ESG - Ausländerrecht, Bank für Gemeinwirtschaft Stuttgart, Nr. 1088 309 000/01**

Malaysia

DIE SITUATION IN MALAYSIA UND IHRE HINTERGRÜNDE

I. Wirtschaftslage

Malaysia, ein erst im Jahre 1963 aus Teilen ehemaliger britischer Kolonien hervorgegangener föderativer Staat, bestehend aus den Teilstaaten Malaia, Sarawak und Sabah, nimmt mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 380 US-Dollar (1970) unter den ASEAN-Staaten wirtschaftlich (neben Singapur) den zweiten Rang ein. Das rohstoffreiche, schwach industrialisierte Exportland (mehr als 50 % des Bruttosozialprodukts werden aus Exporteinnahmen gedeckt) erzeugt ca. 40% der Weltproduktion an Zinn und Kautschuk. Daneben gilt Malaysia als wichtiger Lieferant von Palmöl und Edelhölzern. Charakteristisch für die Unterentwicklung des Landes ist die ungleiche Verteilung des Reichtums auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen:
Mit einem Anteil von 60 % des Grundkapitals sind die ausländischen Kapitalgesellschaften bestimmend im malaysischen Wirtschaftsleben. Allein die seit der Kolonialzeit ansässige englische Bourgeoisie kontrolliert 2/3 der Kautschukplantagen und der Zinnförderung, die großen Banken und Versicherungen und den größten Teil der Aus- und Einfuhr von Rohstoffen. (siehe Kasten)
Die mittleren Pflanzungen, Transportfirmen, Bergwerke, kleinen Industrien und der Einzelhandel sind im Besitz der kleinen chinesischen und indischen Elite, die ca. 37 % des Aktienkapitals in ihren Händen hat. Die Gesamtheit der Malaien nimmt im Wirtschaftsleben nur eine untergeordnete Stellung ein. Sie sind nach vorliegenden Angaben nur zu 2 % am Aktienkapitalbesitz beteiligt.
Einkommensstatistiken zeigen, daß 10 % der Malaysier ca. 40 % des Gesamteinkommens beziehen, während die unteren 40 % der Bevölkerung mit nur 12 % des Einkommens leben müssen.

Anteile ausländischen Kapitals (1972/73)

Agrarsektor, einschl. Forstwirtschaft und Fischerei	75,3 %
Bergbau und Steinbrüche	72,5 %
Industriegüterproduktion	59,6 %
Bauunternehmen	34,1 %
Transport und Kommunikation	12,0 %
Handel	63,5 %
Banken und Versicherungen	52,3 %
Andere Sektoren	31,3 %

(aus: Vietnam Bulletin 10.1.1976)

Bis heute sind für ausländische Kapitalgesellschaften die Ausbeutungsmöglichkeiten der malaysischen Ressourcen nahezu uneingeschränkt; die Gewinnspannen liegen mehr als doppelt so hoch wie der Weltdurchschnitt (Vietnam Bulletin 10.1.76). Beispielsweise werden die Besitzer der Kautschuk- und Ölpalmenplantagen beschuldigt, 50 bis 100 % ihrer Gewinne ins Auland zu transferieren, um ihre dortigen Aktivitäten zu finanzieren, und nur geringe Beträge im Lande selbst zu belassen (NZZ 3.10.75).

„Neue Wirtschaftspolitik" der Regierung

Zu Beginn der Siebziger Jahre entwickelte die malaysische Regierung eine „New Economic Policy" (NEP), propagiert als „fundamentale Neuformierung der Auffassungen, denen die Wirtschaftspolitik Malaysias seit der Unabhängigkeit zugrundelag" (FEER 30.7.76). Der 1970 in Kraft getretene 20-Jahr-Plan für langfristige Nationalisierung und schwerpunktmäßige Malaiisierung ausländischen Kapitals hält jedoch an den kapitalistischen Strukturen der Wirtschaft fest und beabsichtigt mit einer Politik des „Vertrauens auf die eigene Kraft" Armut und Kommunismus zu bekämpfen. Malaysia soll weiterhin für Auslandsinvestitionen attraktiv bleiben. Erklärtes Ziel der malaysischen Regierung ist es, mit ihrer „Bumiputra"-Politik (Bumiputras = Malaien) bis 1990 „ohne Rücksicht auf Rassenzugehörigkeit die Armut unter allen Malaysiern zu beseitigen" und „die Gesellschaft so umzustrukturieren, daß die Identifikation von Rasse und wirtschaftlicher Funktion ausgemerzt wird" (NZZ 10.1.76).
Zu Propagandazwecken entwickelte die staatliche „Behörde für nationale Einheit" eine Nationalismus- und Rassengleichheit hervorhebende, die realen Abhängigkeiten aber verschleiernde „Staatsphilosophie" (siehe Kasten), die den ideologischen Rahmen der Bumiputra-Politik bildet (NZZ 10. 1.1976).

Geplante Umverteilung des Aktienbesitzes 1970-1990

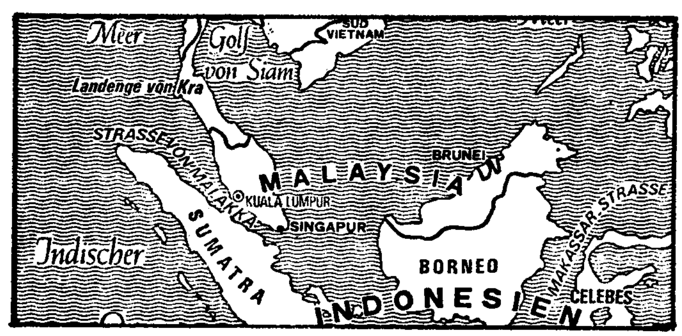
	Malaien	Chinesen/Inder	Ausländer
1970	1,9 %	37,4 %	60,7 %
1990	30,1 %	40,1 %	29,8 %

(NZZ 10.1.1976)

Wie sehr die malaysische Regierung, trotz inzwischen erfolgter umfangreichen Verfassungs- und Gesetzesänderungen, in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt ist, zeigt allein das Beispiel der zum Zweck der Verstaatlichung der Erdölindustrie geschaffenen staatlichen Ölgesellschaft Petronas. Ihr Beschluß, dem US-Konzern EXXON in Zukunft nur noch einen eingeschränkten Profitanteil von 7,5 % zu gewähren, wurde mit dem Boykott aller Versuchsbohrungen in den malaysischen Schelfgewässern beantwortet (NZZ 10.7.75).
Für den 1970 eingeleiteten arbeitsplätzeschaffenden Industrialisierungsprozeß benötigt Malaysia sowohl das Kapital als auch das know how des Auslands. Die Regierung bemüht sich daher im Rahmen der NEP um ausländische Investoren, die „Joint-Ventures" mit einheimischen Partnern eingehen, wobei die Hälfte aller geschaffenen Arbeitsplätze Malaien vorbehalten sein sollen (NZZ 10.1.76). Neben Petronas bestehen seit dem Zweiten Entwicklungsplan (1971 – 1976) 13 staatliche Körperschaften zur wirtschaftlichen Förderung der malaiischen Bevölkerung. Sie üben Druck aus auf ausländische Unternehmen, Malaien in die Betriebe aufzunehmen, und errichteten daneben Fabriken, Heimindustrien, Handelsfirmen, Läden und Verkaufsbuden.
Zusammenfassend muß jedoch gesagt werden, daß die propagierte „Umstrukturierung" bisher nicht erfolgt ist; durch die oberflächlichen Maßnahmen konnte der Lebensstandard der unterprivilegierten Bevölkerungsteile nicht angehoben werden. Die weltweite Wirtschaftskrise tat ihr übriges. Resultat: Verstärkte Slumbildung in den Städten, hohe Arbeitslosenquote (10 %), Radikalisierung der Gewerkschaften, hohe Kampfbereitschaft der Arbeiter, Massendemonstrationen.

Situation auf dem Lande

Auf dem Land besteht die wachsende Tendenz totaler Verschuldung und Verelendung der Bauern (NZZ 8.9.76: „Etwa 68 % der ländlichen Haushalte können als arm bezeichnet werden"). Die von der verbotenen Kommunistischen Partei Malaysias (MCP) seit Jahrzehnten geforderte radikale Bodenreform und Enteignung aller britischen Plantagen wird auch im seit August 76 in Kraft getretenen Dritten Entwicklungsplan nicht aufgegriffen. Statt dessen sieht die Regierung vor, durch Errichtung von Modellbetrieben und privaten Kleinplantagen intensivere Anbaumethoden zu entwickeln, die das Einkommen der Bauern heben sollen. Zur Senkung der Arbeitslosigkeit sollen im Verlauf des neuen Plans 100.000 ha neu mit Ölpalmen und Kautschuk bepflanzt, die ländliche Infrastruktur verbessert und Entwässerungsanlagen gebaut werden. Die von der Regierung geförderte Ansiedlung verarbeitender Industrien landwirtschaftlicher Rohstoffe in ländlichen Gebieten hat unterdessen zur Verschmutzung der Flüsse und großem Fischsterben geführt, wodurch die Ernährungsbasis der Bauern in einigen Landesteilen erheblich beeinträchtigt wurde. (NZZ 8.9.76).



II. Guerilla-Aktivitäten

Seit der Beendigung des Indochina-Krieges und dem nahezu vollständigen Abzug der US-amerikanischen Militärs aus Thailand zeichnet sich in den am Westen orientierten Ländern Südostasiens deutlich die Entwicklung eines transnationalen Guerillakrieges ab, die von den herrschenden Regimen als Bedrohung für Staat und Nation angesehen und mit umfangreichen Sicherheitsprogrammen bekämpft wird.
Ähnlich wie in Thailand versucht in Malaysia eine kleine, stetig wachsende, wohlorganisierte Gruppe von Guerilleros durch Anschläge auf Regierungseinrichtungen und Kontrolle über einzelne Regionen eine Revolution unter Führung der illegalen, im Untergrund operierenden Kommunistischen Partei Malaysias (MCP) zu initiieren.
Nach neueren Informationen sollen sich die Guerilleros angeblich in drei unterschiedliche Gruppen aufgespalten haben, die jeweils unterschiedliche Strategien entwickeln und einen an Moskau oder Peking orientierten, bzw. eigenständigen Weg der Befreiung verfolgen.
Vermutlich gab es in jüngster Vergangenheit Auseinandersetzungen zwischen den Führern der rivalisierenden Splittergruppen um das strategische Konzept, wobei eine Gruppe für den Kampf im Dschungel mit dem Ziel, befreite Gebiete zu schaffen, die andere für die Verlagerung des Kampfes in die Städte eintrat. Es ist ungewiß, ob es sich hierbei um ernste Auseinandersetzungen handelt oder um gezielte Fehlinormation durch die malaysische Regierung, als Bestandteil der psychologischen Kriegsführung. Auf Grund der strengen Sicherheitsmaßnahmen werden nur wenige Detail-Informationen von Regierung und Presse bekanntgegeben. Informationen über Aktivitäten der Guerilleros, Stärke der Verbände und Erfolge werden gezielt zurückgehalten oder verfälscht wiedergegeben. Nichtamtlichen Meldungen zufolge wird die Zahl der im Dschungel aktiven Guerilleros mit ca 4.000 angegeben (THE KOREA HERALD 15.2.76) die der außerhalb des Dschungels den Guerillakrieg unterstützenden Kader mit 15.000 (FEER 8.10.76). Laut amtlichen Meldungen sollen sich nur wenige Guerilleros auf malaysischem Boden aufhalten, der größere Teil befindet sich in Süd-Thailand (Financial Times 19.12.1975).
Ausländische Militärexperten räumen dem Regime in Malaysia nur eine geringe Chance ein, den Krieg der Guerilleros schnell und leicht zu beenden (THE KOREA HERALD 15.2.76).
Es ist bemerkenswert, daß es den Guerilleros inzwischen trotz steter Intensivierung staatlicher Guerilla-Bekämpfung (s.u.), allem Anschein nach gelungen ist, ihr Versorgungs- und Nachrichtennetz in den malaysischen Nord-Provinzen Kedah, Perlis und Perak zu reorganisieren. Wie bekannt wurde, sind zahlreiche der dort ansässigen Bauern Verbündete der Kommunisten. Sie unterstützen den Befreiungskampf in Form von Nahrungsmittelabgaben und Gewährung von Unterschlupf und geben Orientierungshilfen im Dschungel und in den von Militärs angelegten Minenfeldern. Da die Guerilleros im Norden Malaysias von Plantagenarbeitern und Holzfällern aktive Hilfe erhielten, wurde der Abbau von Edelhölzern aus Sicherheitsgründen durch die Regierung gestoppt (GUARDIAN 19.5.76).
Die lokalen Behörden sind angewiesen, wie der malaysische Armeechef erklärt, „disziplinarische Mittel" gegen jedes Dorf anzuwenden, das „bekannt ist, Aufständischen Hilfe geleistet zu haben" (GUARDIAN 19.5.76). Hierbei greift die Armee auf Methoden zurück, die sich während des 12-jährigen Ausnahmezustandes (1948 – 1960) bewährten und zur Zerschlagung des nationalen Befreiungskampfes führten.

Ausnahmezustand 1948 – 1960

Damals, als die Hoffnungen der Kommunisten nach gemeinsamem erfolgreichen Kampf mit den Briten gegen die japanische Okkupation enttäuscht wurden, weil die ehemaligen Kolonialherren in Malaysia erneut die Macht übernahmen, gingen die Kommunisten in den Untergrund und versuchten in einem Guerillakrieg die Vorherrschaft der Briten zu brechen. Nach raschen Anfangserfolgen der Guerilleros, die sich mit Anschlägen vornehmlich auf die britisch kontrollierten Kautschukplantagen konzentrierten, aber auch einige Regionen vollständig unter ihrer Kontrolle hatten, gelang es in einem 12 Jahre dauernden Krieg, die Kampfkraft der Guerilleros zu zerstören. Der Erfolg der britischen Counter-Insurgency-Aktion bestand vor allem darin, die Guerilleros von der übrigen Bevölkerung zu isolieren. Dies gelang mittels Ansiedlung von ca. 600.000 Chinesen in Wehrdörfern (Die Zeit 18.7.1975), den sog. „neuen Dörfern" (die bis heute noch bestehen), der Registrierung der Bevölkerung bei der Durchführung von Nahrungsmittelverteilungen und der psychologischen Kriegsführung (Verunsicherung der Guerilleros und Einschüchterung der Bevölkerung), d.h. eine Koordination militärischer und sozialer Maßnahmen. Der Fall Malaysia gilt in US-Militärkreisen als ein Musterbeispiel für

Zusammensetzung der malaysischen Bevölkerung

Die Malaien bilden auf der *Malaiischen Halbinsel* rund 52 % der Bevölkerung, die Chinesen 35,7 %, aus Vorderindien Stammende über 9 %, daneben eine europäische Minderheit.
Chinesen (neben Dajak und Malaien) in Sarawak 31 %, in *Sabah* (neben malaiischen Stämmen) 23 % der Bevölkerung.
Von der Gesamtbevölkerung (12 Mio.) sind 45 % Malaien, 36 % Chinesen, 9 % Inder und u.a. 8 % Altstämme (bes. auf Borneo). Über 80 % der Bevölkerung leben in West-Malaysia.

aus: Fischer Weltalmanach 1976, Ffm. 1975, S. 117

die erfolgreiche Bekämpfung eines Guerillakrieges und war Vorbild für die US-Aktivitäten im Indochinakrieg.

III. Innere Sicherheitspolitik

Innere Verteidigung

Wie der Anfang Juli 1976 vorgelegte Dritte Entwicklungsplan ausweist, unternimmt die malaysische Regierung verstärkte Anstrengungen, das Sicherheitsproblem zu bewältigen. Der Plan sieht zum Ausbau und zur Reorganisation militärischer und paramilitärischer Verbände eine Steigerung der jährlichen Sicherheits- und Verteidigungsausgaben von 445 Mio (1975) auf 1 Mrd. US-Dollar (FEER 7.5.76/NZZ 17.7.76) vor. Vorrangig sollen Flotte und Luftabwehr ausgebaut werden.

Die Bestände der paramilitärischen Police Field Force sollen in den kommenden Jahren von gegenwärtig 42.000 auf 72.000 Mann (GUARDIAN 19.5.76) erhöht werden, die der Armee von gegenwärtig 51.000 Mann um weitere 75.000 Soldaten. Außerdem ist an die Verbesserung der logistischen Infrastruktur, die Aufstellung neuer Infanterie- und Geschützbataillone sowie an die Anschaffung von Helikoptern, Patroullien- und Dschungelfahrzeugen gedacht (NZZ 17.7.76). Eine Staffel von F-5E-Kampfflugzeugen wurde erst kürzlich aus den USA geliefert. Des weiteren plant die Regierung (wie alle übrigen Regierungen der Region) den Bau von Waffenfabriken (Deutsche Zeitung 14.5.76).

Nachrichtendienste und Organisationen zur psychologischen Kriegsführung werden ebenfalls weiter ausgebaut.

Pressezensur

Seit den Aufständen (bei denen über 1.500 Chinesen niedergemetzelt wurden) anläßlich der Parlamentswahlen vom Mai 1969, in denen die Islamische Rechtspartei (PMIP) und die chinesische „Democratic Action Party" (DAP) zwar die Mehrheit errangen, jedoch gegen geltendes Recht von der Regierungsbildung ausgeschlossen blieben, verschleiert und tabuisiert die malaysische Regierung eine Erörterung der Probleme der Unterprivilegierten in der Öffentlichkeit. „Zur Wahrung des Friedens unter den Rassen" ist die malaysische Presse mit schafer Zensur belegt: Berichte über die Malaiisierungspolitik (Bumiputra), über Massendemonstrationen, den Fortgang des Guerillakrieges und Bevölkerungsentwicklung sind verboten (NZZ 20.12. 75).

Notstandsgesetzgebung

Ebenso wichtig zur verschärften Kontrolle und Vernichtung der Guerilleros sind die von der Regierung durchgeführten und geplanten, an die neue Strategie der Guerilleros angepaßten gesetzlichen Maßnahmen. Dabei scheut sich das Regime, öffentlich den Notstand auszurufen, um das malaysische Image im Ausland nicht zu gefährden.

Die MCP hatte im April 1975, anläßlich des 45. Jahrestages ihrer Gründung, verstärkte Aktivitäten in den Städten angekündigt. Der richtige Weg, die Revolution voranzutreiben, sei die „Umzingelung der Städte vom Lande her, durch bewaffneten Kampf" (GUARDIAN 21.5.75). Während des Ausnahmezustandes hatte es in den Städten weder ein Industrieproletariat noch eine enttäuschte, politisierte Studentenschaft gegeben, so daß die städtischen Zentren von den Guerilla-Aktionen praktisch unberührt blieben.

Heute sind die Arbeiter von hoher Arbeitslosigkeit betroffen (Hunderttausende von Chinesen, Indern und Malaien bevölkern die Slums) und bilden eine mögliche Basis für die MCP.

Seit Guerilleros am Vorabend des Unabhängigkeitstages (31.8.75) das Nationaldenkmal (das den Sieg der Engländer im malaysischen Bürgerkrieg symbolisiert) in der Hauptstadt sprengten, Polizeistationen mit Handgranaten angriffen und Mitte November den Polizeichef eines Stadtbezirkes erschossen, drängt die Regierung auf beschleunigte Durchführung ihres allgemeinen Militarisierungsprogramms der sog. „Gemeindeselbsthilfe" und erläßt neue Sicherheitsgesetze. Die Reform der „Internal Security Act" von 1960 („Essential Security Case Regulations") schafft einen großen Teil des juristischen Staatsschutzes de facto ab. Sobald ein Fall von der Staatsanwaltschaft zum Sicherheitsfall erklärt wird, geht nach der neuen Regelung die Beweislast auf den Angeklagten über. Dieses Gesetz schränkt fast sämtliche bisher als unantastbar geltenden Grundsätze der malaysischen Rechtsprechung ein und tritt zudem rückwirkend in Kraft (Dritte Welt Magazin 1/2 1976).

Verstöße gegen das Sicherheitsgesetz werden mit der Todesstrafe geahndet, die nicht in „Lebenslänglich" umgewandelt werden kann. Die Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit ist ebenso statthaft wie der Auftritt von annonymen (maskierten) Zeugen, die auf diese Weise angeblich vor Racheakten geschützt werden sollen (NZZ 17. 10.1975). Ende 1975 gibt es nach Erklärung des zuständigen Ministers 1.444 politische Gefangene, darunter 75, die seit länger als 5 Jahren in Haft sind (NZZ 17.7.76). Einige Tausend Malaysier (vorwiegend Intellektuelle) unterstehen dem „beschränkten Wohnrecht" (restricted residence); sie dürfen ihr Haus während bestimmter Zeiten nicht verlassen, müssen an einem festgesetzten Ort bleiben oder müssen sich regelmäßig bei den Polizeibehörden melden (NZZ 17.7.76).

Im Rahmen des „Gemeindeselbsthilfe-Programms" werden alle Männer im Alter von 18 bis 55 Jahren verpflichtet, abwechselnd wöchentlich vier Stunden in dem von ihnen bewohnten Gebiet zu patroullieren. Kuala Lumpur wird zu diesem Zweck in vier Zonen aufgeteilt (NZZ 18.9.75).

Gleichzeitig wird die militärische Bereitschaft in den Städten verstärkt: Auf den Straßen werden wieder aus Polizei und Militärs bestehende Kontrollposten errichtet, Regierungsgebäude, Elektrizitäts- und Wasserwerke unter militärischen Schutz gestellt; Besucher öffentlicher Gebäude werden einer scharfen Kontrolle unterzogen (NZZ 18.9.75). Die Chinesenviertel sind von verschärften Straßenkontrollen und Hausdurchsuchungen betroffen (THE KOREA HERALD 15.2. 76). Wie FEER (26.12.75) meldet, sind seit August 1975 Reserveoffiziere in steter Bereitschaft, die Polizei ist um 20.000 Mann verstärkt worden. 200 Verdächtige wurden festgenommen, die Regierung setzt zur Auslieferung kommunistischer Führer Belohnungen von 107.000 US-Dollar aus. Um die Polizei zu effektivieren, werden in großem Stil Nicht-Malaien in die Sicherheitsorgane geworben (THE KOREA HERALD 15.2.76).

Diejenigen Kräfte, die die Regierungsmaßnahmen kritisieren und eine wirkungsvolle Entwicklungsstrategie zur Beseitigung der sozialen Gegensätze fordern, werden als „Korrupte Intellektuelle" und „Antinationale" bezeichnet und unterliegen der besonderen Kontrolle durch Agenten (NEW STRAIT TIMES MALAYSIA 21.10.75).

IV. Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten

Malaysisch-indonesische Zusammenarbeit

Um den illegalen Waffentransfer aus Indochina einzudämmen, wurden seit der Beendigung des Indochinakrieges die Marinepatroullien im südchinesischen Meer und in der Straße von Malacca verstärkt. Zu diesem Zweck stellt die indonesische Regierung den malaysischen Militärs und Geheimdiensten auf der zwischen Ost- und Westmalaysia liegenden Insel NATUNA Gelände zum Aufbau einer Radar- und Nachrichtenstation zur Verfügung (Financial Times 10.6.75).

Nach Verhandlungen mit der indonesischen Regierung im November 75 erklärte der malaysische Innenminister, eine größere Zahl Militärangehöriger seines Landes werde in indonesischen Trainingslagern ausgebildet; geplant seien künftig gemeinsame malaysisch-indonesische Luftwaffenübungen und Küstenpatroullien (FEER 26.12.75/FEER-YEARBOOK 1976).

Zusammenarbeit mit den Philippinen

Seit dem mißlungenen Versuch philippinischer Militärs im Jahre 1968, die malaysische Provinz SABAH zu annektieren, ist das Verhältnis zwischen den beiden Staaten gespannt. Trotz eines Beschlusses beider Regierungen (August 1975), die bestehenden philippinischen Gebietsansprüche „im Hintergrund zu belassen" und intensiver – in der Hauptsache sicherheitspolitisch – zu kooperieren, erfährt die Sezessionsbewegung philippinischer Moslems, entgegen aller Dementis der malaysischen Regierung, weiterhin von den staatlichen Behörden SABAH's aktive Unterstützung (FEER-YEARBOOK 1976, S. 38/261).

Thai-Malaysische Beziehungen

Die Küstengewässer nahe der thailändisch-malaysischen Grenze werden gemäß dem „Coordinated Patrol Zone Agreement" von Marineeinheiten beider Länder gemeinsam überwacht. Das Abkommen über „Zusammenarbeit im Grenzstreit" aus dem Jahre 1964 ermöglicht dem malaysischen Geheimdienst, in Süd-Thailand zu operieren und sieht gegenseitigen Informationsaustausch über Guerilla-Tätigkeit an der gemeinsamen, 563 km langen Grenzlinie vor. Thailändischen und malaysischen Truppeneinheiten ist es gestattet, bei der Verfolgung von Guerilleros bis zu 5 Meilen in gegenüberliegendes Territorium vorzudringen (FT 10.6.75). Die Praxis der Zusammenarbeit wurde in jüngster Zeit von beiden Regierungen heftig kritisiert. Die beiden Parteien verfolgen an ihrer gemeinsamen Grenze bisher grundsätzlich verschiedene Ziele. Die Thai-Regierung ist betrebt, der muslimischen Sezessionsbewegung im Süden Herr zu werden, die „Nationalbefreiungsfront Pettaniens" versucht, aus den fünf, überwiegend von Muslims bewohnten, Thai-Provinzen und der malaysischen Provinz Kelantan einen separaten Staat zu gründen. Das Kommunistenproblem im Süden spielt in der thailändischen Politik nur eine untergeordnete Rolle. Die Herrschenden in Malaysia, die die antikommunistische Haltung der Muslims jahrelang in ihre Repressionsstrategie einbezogen, sind nicht bereit, diese Sezessionsbewegung zu bekämpfen und an der Separation eher interessiert als an einer aus „Kriminellen und Korrumpierten bestehenden Regionalverwaltung" (FT 19.5.76). Andererseits wirft man in Kuala Lumpur der thailändischen Regierung vor, sie verharmlose das Guerilla-Problem und mache keine Anstalten, mit militärischer Gewalt die Gebiete („in denen die Einwohner den Kommunisten Steuern zahlen") im Süden zurückzuerobern. (GUARDIAN 30.6.76). Der malaysische Innenminister droht daher mit einer militärischen Intervention: „Sollte es geschehen, daß dieser Teil der Grenze dadurch ernstlich bedroht wird, dadurch daß der Feind eine sichere Basis zum Training, Planen und Ausführen von Aktionen und zum Rückzug in Sicherheit hat, ohne gestraft zu werden . . . so müssen wir diese Gebiete zum feindlichen Territorium erklären" (GUARDIAN 30.6.76).

Das ehemals feindliche Verhältnis zwischen Kommunisten und Muslims scheint sich entspannt zu haben. Zu einem während des letzten Ramadan stattfindenden, von der MCP organisierten Fest erschienen 4.000 Muslims. Außerdem wurde mittlerweile eine „Islamic Solidarity Party" gegründet (FT 19.5.76).

Malaysische Sicherheitsprojekte

Nach Aussagen der NZZ (30.7.76) dürfte zur Zeit mehr als die Hälfte der malaysischen Armee (ca. 30.000 Mann) bei den Anti-Guerilla-Operationen „KOTA" und „HENTAN" im Einsatz sein. Bei KOTA handelt es sich um den langfristigen Aufbau eines geschlossenen linearen Verteidigungsringes entlang der gesamten Grenze mit Thailand. Von Kota Bahru im Osten bis Kangar im Westen. Dazu gehören u.a. der Ost-West-Highway, sowie der ebenfalls im Bau befindliche riesige Demenggor-Staudamm. Beide Projekte sollen nach Fertigstellung die kommunistische Infiltrationsroute von BETONG in Thailand nach Süden verriegeln. Rund 15.000 Soldaten sind zur Bewachung der beiden Baustellen im Einsatz: malaysische, japanische und neuseeländische Arbeiter fahren mit bewaffnetem Geleitschutz.

Bei „HENTAM" geht es um „Suchen und Vernichten" von bereits in Nord-Malaysia eingedrungenen Guerilleros. Trotz des großen militärischen Aufgebots können Guerilla-Aktionen jedoch nicht verhindert werden. Zu den jüngsten Beispielen gehören die Zerstörung hochwertiger Baumaschinen an der Ost-West-Highway, und Sprengstoff-Anschläge auf die von Kuala Lumpur nach Thailand führenden Eisenbahnlinie (NZZ 30.7.76).

Einen weiteren Rückschlag erleben die malaysischen Militärs Anfang Juni 76, als es in der süd-thailändischen Grenzstadt BETONG (10.000 Einw.) zu monatelangen anti-malaysischen Kundgebungen und Aktionen der Bevölkerung kommt. Vier Wochen lang hatten malaysische Düsenbomber und Helikopter mit hochexplosiven „Anti-Personal-Bombs" und Napalm Angriffe gegen Guerilla-Stellungen in Süd-Thailand geflogen (THE KOREA HERALD 8.6.76). Die verunsicherte Regierung in Kuala Lumpur sieht sich gezwungen, 500, nahe BETONG stationierte Soldaten und Geheimagenten nach Malaysia zurückzubeordern, die durch eine kleine Zahl thailändischer Polizisten ersetzt werden (le monde 10.6./ GUARDIAN 30.6./THE STRAIT TIMES SINGAPORE 19.6.). Mittlerweile ist es allen malaysischen Truppen untersagt, die Grenze zu Thailand zu überschreiten (FR 10.8.1976).

lot

„RUKUNAGARA" (Staatsphilosophie)

„Unsere Nation Malaysia ist folgenden Aufgaben gewidmet:

- eine größere Einheit aller ihrer Völker zustandezubringen;
- demokratisches Leben aufrecht zu erhalten;
- eine gerechte Gesellschaft zu schaffen, in welcher der Reichtum der Nation gleichmäßig verteilt ist;
- freien Zugang zu den reichhaltigen und verschiedenen kulturellen Traditionen zu gewährleisten;
- eine fortschrittliche Gesellschaft aufzubauen, die auf moderne Wissenschaft und Technik ausgerichtet ist.

Wir, die Völker Malaysias, vereinen unsere Anstrengungen, um diese Ziele zu erreichen, geführt durch folgende Grundsätze:

- Glaube an Gott;
- Loyalität zu König und Land;
- Befolgung der Verfassung;
- Beachtung der Gesetze;
- Wohlverhalten und Moral."

(NZZ 10.1.1976)

WIRTSCHAFTSNOBEL-PREIS

Andre Gunder Frank an Milton Friedman: Ökonomischer Völkermord in Chile

Im folgenden drucken wir einen Auszug aus einem Brief (aus Neues Forum, Juli/August 1976) ab, den Andre Gunder Frank – dessen Bücher und Aufsätze zur „Standardliteratur" über die Unterentwicklung Lateinamerikas zählen – im April 76 an die Chicagoer Wirtschaftsprofessoren Harberger und Friedman richtete. Harberger und Friedman sind führende Vertreter der sog. „Chicago-Schule", die für das „Funktionieren" einer Wirtschaft z.B. folgende Vorschläge machen: zur Bekämpfung von Inflation sollen Löhne und Staatsausgaben niedrig gehalten werden, die Preise sind wegen ihrer Bedeutung als Steuerungsmechanismus des Marktes freizugeben. In wessen Interesse eine Wirtschaft, die nach solchen Vorschlägen organisiert ist, „funktioniert", weisen die Ausführungen von A. G. Frank überzeugend nach: Frank, der selbst in Chicago bei Harberger Volkswirtschaft studierte, zeigt auf, daß die zunehmende Verelendung der breiten Bevölkerung in Chile nach den Theorien von Friedman und Harberger planmäßig betrieben wurde und wird: Nach Ideen und unter Anleitung der von den beiden Wirtschaftsprofessoren ausgebildeten „chicago boys" macht die Junta ihre Wirtschaftspolitik, Harberger und Friedman berieten die Militärregierung sogar persönlich (A. G. Frank schrieb bereits im Herbst 1974 einen ersten offenen Brief in dieser Sache an Harberger, von dem wir Auszüge in den „blättern" Nr. 48 veröffentlichten.)
Für die Veröffentlichung dieses Briefes, der die verzweifelte materielle Lage der chilenischen Massen eindrucksvoll belegt, gibt es außerdem 2 aktuelle Anlässe:
1. der in der Chile-Solidaritätsbewegung in der BRD kürzlich aufgebrochene Streit um die Frage des wirtschaftlichen Boykotts der Junta (siehe „blätter" Nr. 56), bei dem es ja vor allem um die Einschätzung der Rolle der Junta geht: Franks Ausführungen sind ein deutlicher Beweis für die Ansicht, daß die chilenischen Militärs eine Marionettenregierung bilden, die sich auch mit chinesischen Krediten nicht von ihren imperialistischen Drahtziehern abschneiden läßt.
2. Eben dieser Milton Friedman hat vor wenigen Wochen den Wirtschafts-Nobelpreis erhalten! Begründung des Nobelpreis-Komitees: „Für seinen Beitrag zur Konsum-Analyse, Geldgeschichte und -theorie wie die Darstellung der Komplexität der Stabilisierungspolitik" (NZZ, 19.10.76). Die Kommentierung solcher preis-würdigen Leistungen erfolgt am besten am praktischen Beispiel (durch den Brief von A.G. Frank).

Red.

Mildon Friedman und Arnold Harberger:

Sie werden sich erinnern, daß ich am 6. August 1974, als Harberger Chile seinen ersten öffentlichen Besuch nach dem Militärputsch abgestattet hatte, einen offenen Brief an Sie gerichtet habe. Am 24. Februar 1975, nach Harbergers zweitem Chile-Besuch und nach der öffentlichen Ankündigung Friedmans, daß er ebenfalls hinfahren wolle, schrieb ich noch ein Postskriptum dazu. In dem offenen Brief und dem Postskriptum erinnerte ich daran, wie Mitte der fünfziger Jahre, als ich bei Ihnen studierte, im Ökonomischen Institut der Universität Chicago das „Chile-Programm" geboren wurde — in eben jenem Institut, wo Sie die sogenannten „Chicago-Boys" ausbildeten, die heute die Wirtschaftspolitik der chilenischen Militärjunta inspirieren und ausführen.

Ich faßte den Gedankengang zusammen, der dieser Politik zugrunde liegt, indem ich Harbergers öffentliche Erklärungen in Chile sowie die offiziellen Sprecher der Junta und die chilenische Presse zitierte. Schließlich untersuchte ich die Folgen dieser Chicago-Junta-Wirtschaftspolitik, die mit militärischer Gewalt durchgesetzt wird, insbesondere die Folgen für die Bevölkerung Chiles: politische Repression und Folter, Monopolisierung und Ausverkauf ans Auslandskapital, Arbeitslosigkeit und Hunger, Verschlechterung der Volksgesundheit und Zunahme der Kriminalität — all dies gefördert durch einen Kurs des bewußten politischen und ökonomischen Völkermordes.

Seit meinem letzten Brief haben die weltweiten Proteste gegen die Politik der Junta zugenommen; sie gipfelten in der mit großer Mehrheit angenommenen und sogar von den USA unterstützten Resolution der UNO-Vollversammlung, in der die Verletzung der Menschenrechte durch die Junta verurteilt wurde, und in der Verurteilung der Junta durch den Menschenrechtsausschuß der reaktionären, von den USA dominierten Organisation der amerikanischen Staaten (OAS).

Der amerikanische Senat votierte gegen die Fortsetzung der Militärhilfe an die chilenische Junta (obzwar das Repräsentantenhaus nur bereit war, die Hilfe, nicht aber die Lieferungen gegen Barzahlung einzustellen), die Europäer forderten im Klub von Paris neue Verhandlungen über die chilenischen Schulden und stimmten in der Weltbank gegen Fortsetzung der Hilfe an die Junta (allerdings bewilligte die von den USA beherrschte Weltbank vor kurzem trotzdem einen neuen Kredit von 33 Millionen Dollar, worauf ich noch zurückkomme).

Der Widerstand gegen die Chicago-Junta-Wirtschaftspolitik hat auch in Chile selbst stark zugenommen. Die Faschisten *Pablo Rodriguez Grez* (Führer der faschistischen Terrororganisation gegen *Allende*, „Patria y Libertad") und *Orlando Saenz*, der ehemalige Präsident der Sociedad de Fomento Fabril (des chilenischen Industriellenverbandes), haben seit mehr als einem Jahr die Wirtschaftspolitik unablässig kritisiert, im Sinn der Interessen des mittleren und kleinen Kapitals. Kürzlich hat sogar der ehemalige Staatspräsident *Eduardo Frei* scharfe Kritik an dieser Politik geübt, die, wie er sagt, nicht nur Entstaatlichung, sondern buchstäblich Entnationalisierung der chilenischen Industrie bedeutet. Und schließlich haben, wie die Londoner *Times* und andere Quellen berichten, sogar wichtige Elemente der chilenischen Militärs, vor allem das Juntamitglied Luftwaffengeneral *Leigh*, eine Änderung der bisherigen Wirtschaftspolitik gefordert.

In den Vereinigten Staaten — das wissen Sie selbst besser als ich — sind Sie,

Milton Friedman und Arnold Harberger, seit meinem ersten offenen Brief wegen Ihrer aktiven theoretischen, politischen und persönlichen Unterstützung der chilenischen Militärjunta heftig kritisiert worden. Zuerst waren es Leserbriefe und Leitartikel in der Chicagoer Studentenzeitung *The Maroon*, in denen man Ihnen die Leviten las. Dann erhielt ein „Komitee gegen die Kollaboration Friedmans und Harbergers mit der chilenischen Junta" wachsende Unterstützung von Ihren eigenen Studenten, die mit Recht meinten, daß Sie dem Ruf der Universität schaden. Als nächstes wurde an der Universität eine offizielle Untersuchungskommission eingesetzt, um Ihre Zusammenarbeit mit der Militärjunta in Chile und die sich daraus ergebenden Folgen zu prüfen.

Inzwischen veröffentlichten so angesehene und keineswegs radikale Blätter wie die *New York Times* und sogar die konservative *Business Week* höchst kritische Artikel, von denen beispielsweise einer den Titel trug: „Chile die Feuerprobe für Friedman-Ökonomie — aber die Krise verschlimmert sich" *(New York Times/International Herald Tribune*, 22. März 1976).

Diese Kritik ist Ausdruck der Folgen, welche die Chicago-Junta-Wirtschaftspolitik zeitigt — zugegebenermaßen weniger der Folgen für das chilenische Volk als für das chilenische und internationale Kapital, das die meisten Kritiker repräsentieren. Diese Folgen sind besonders kraß, seit Sie, Milton Friedman, im März 1975 (begleitet von Arnold Harberger) Ihre dritte Reise nach Chile unternahmen und dem Land — nach Ihren eigenen Worten — eine „Schockbehandlung" verschrieben, die dann ab April 1975 von „Superwirtschaftsminister" *Cauas* als „Sanierungsprogramm" durchgeführt wird und auf berechneten und organisierten ökonomischen Völkermord an breiten Massen des chilenischen Volkes hinausläuft.

Der Nachteil der buchstäblichen Aushungerung eines wachsenden Teils der chilenischen Bevölkerung und der Abwürgung einer wachsenden Zahl chilenischer Firmen ist, daß diese Politik zwar einer immer kleiner werdenden Anzahl zunehmend ausländischer (wie Frei klagt) Kapitalisten und Konzerne, in deren Händen das Kapital konzentriert ist, beträchtliche Profite einbringt, zugleich aber in wachsendem Maß die Interessen immer größerer Gruppen von kleinen, mittleren und sogar großen Unternehmen schädigt. Und das erklärt, warum in jüngster Zeit die Kritik an der Chicago-Junta-Wirtschaftspolitik sich verstärkt und selbst ideologische und politische Vertreter ökonomischer Interessen in Chile und im Ausland, die zunächst der Junta zur Macht verhalfen und sie dann unterstützten oder zu ihren Verbrechen schwiegen, allmählich finden, nun sei es genug, und sich gegen die Junta wenden.

Da nun seit Ihrem Chile-Besuch im März 1975 und der Verschreibung der „Schockbehandlung" (und seit meinem letzten Brief vom Februar 1975) mehr als ein Jahr vergangen ist und bereits Daten für das Jahr 1975 vorliegen, erscheint dies als ein geeigneter Anlaß, Ihnen nochmals zu schreiben und zu untersuchen, wie der chilenische Patient auf Ihre Behandlung reagiert hat. Dies will ich im folgenden tun, soweit die verfügbaren, oft widersprüchlichen und nie sehr verläßlichen Angaben der Junta es erlauben.

Da aber, wie Sie selbst sagen, Ihre Schockbehandlung nur eine Erweiterung und Intensivierung der von Ihnen seit Jahrzehnten gepredigten und von der Junta nach dem Militärputsch betriebenen Wirtschaftspolitik war, mag es angebracht sein, die Hauptelemente dieser Politik noch einmal kurz zusammenzufassen (diesmal ohne die langen Zitate, die in meinem früheren Brief enthalten waren) und dann die Durchführung des ökonomischen Völkermords seit dem 11. September 1973 zu betrachten, ohne nochmals lange bei der nun allgemein verurteilten politischen Repression und den systematischen Foltermethoden zu verweilen, die keineswegs nachgelassen haben, wie manche Leute hofften, sondern sich auf immer breitere Kreise der Bevölkerung erstrecken, deren Widerstand gegen die Chicago-Junta-Politik und gegen den ökonomischen Völkermord sowie gegen den Firmen-Brudermord der Friedman-Cauas-Schockbehandlung ständig zunimmt.

Die Chicago-Junta-Wirtschaftspolitik, die Sie, Milton Friedman, mit Ihrer Schockbehandlung nur erweiterten und intensivierten, kann kurz so zusammengefaßt werden: Man ließ zuerst fast alle Preise frei, so daß sie um ein Mehrfaches bis auf „Weltniveau" stiegen, und vermehrte — paradoxerweise für einen Chicago-Puristen — im gleichen Maß den Geldumlauf. Man förderte einen „freien" Kapitalmarkt, der nicht nur das Kapital bei den Konzernen konzentrierte, sondern auch seine eigenen Finanzinstrumente schuf, über die der Staat keine Kontrolle, ja nicht einmal eine Übersicht hat, und der zugleich die Menge der Zahlungsmittel vergrößerte und deren Umlaufgeschwindigkeit erhöhte. Diese beiden „Freiheiten" erzeugten eine galoppierende Inflation, deren Folgen und sicherlich auch beabsichtigte Auswirkungen darin bestehen, Einkommen und Vermögen von der Arbeit zum Kapital und vom kleineren zum größeren Kapital zu verschieben.

Um diesen Prozeß zu verstärken, förderte man die „Freiheit" durch Zerschlagung oder Korrumpierung der Gewerkschaften und Eliminierung ihrer Verhandlungskraft; man will mit allen Mitteln verhindern, daß die Löhne im privaten wie im öffentlichen Sektor mit der Inflation Schritt halten. Mit einem Wort, man senkt die Reallöhne drastisch, so daß nur die Preise, nicht aber die Löhne auf „Weltniveau" stiegen. Zugleich stieß der Staat die nationalisierten Unternehmen zu Schleuderpreisen an das chilenische und besonders an das ausländische Großkapital ab, und zwar nicht nur Unternehmen, die unter der vorigen Regierung verstaatlicht oder staatlicher Kontrolle unterstellt wurden, sondern auch solche, die seit einem Menschenalter durch staatliche Investitionen finanziert wurden (1970, vor Allende, waren 70 Prozent aller Investitionen in Chile staatlich finanziert, zur Hälfte direkt, zur Hälfte indirekt durch Subventionen an das Privatkapital).

Auch in der Landwirtschaft wurde eine Gegenreform durchgeführt, von der die Hälfte der bei der ursprünglichen Reform aufgeteilten Ländereien und im Durchschnitt ein Fünftel des besten, bewässerten Bodens betroffen sind; rund zwei Millionen Hektar, die unter Allende und Frei enteignet worden waren, wurden den früheren Eigentümern bzw. neuen kapitalistischen Grundbesitzern zurückgegeben oder zugeteilt, während die Bauern und die Landarbeiter noch brutaler unterdrückt werden als die Stadtbevölkerung.

Nicht nur die Löhne wurden reduziert, sondern auch die Beschäftigung und die Ausgaben im öffentlichen Sektor, und das fortschrittlichste Sozialversicherungs- und Volksgesundheitssystem Lateinamerikas (außer Kuba) wurde zum größten Teil in ein privates Kommerzunternehmen verwandelt.

In der „Außenwirtschaft" wurde wiederholt abgewertet, die Zölle wurden gesenkt und andere Importrestriktionen gelockert; das Auslandskapital wird in jeder Weise begünstigt, auch in der Form, daß die amerikanischen Kupfergesellschaften weit über den Wert ihres ehemaligen Eigentums hinaus entschädigt wurden. Zur „Verbesserung" der Zahlungsbilanz wird die Einfuhr lebenswichtiger Konsumgüter eingeschränkt, während man Industrieprodukte und sogar Lebensmittel, die infolge der reduzierten Kaufkraft der Konsumenten auf dem Binnenmarkt nicht mehr absetzbar sind, exportiert. Die Produktion wird umstrukturiert, und die Investitionen werden so gelenkt, daß der „nichttraditionelle" Export von Lebensmitteln, Rohstoffen und Industriewaren noch mehr gefördert wird — auf Kosten der chilenischen Konsumenten, deren Lebensbedürfnisse mehr und mehr einer vorsätzlichen, berechneten und gewaltsam durchgesetzten Politik des ökonomischen Völkermordes zum Opfer fallen.

Milton Friedman und Arnold Harberger, betrachten wir einige der Formen und Folgen dieser Politik des ökonomischen Völkermordes, möglichst unter Verwendung der Angaben der Junta selbst. Beginnen wir mit der *Inflation*, die in Chile seit mehr als einem Menschenalter chronisch ist und sich jedesmal beschleunigt, wenn die Unternehmer die Preise erhöhen, um ein zyklisches Sinken ihrer Profite aufzuhalten oder wettzumachen; man

„bekämpft" sie mit Heilmitteln, die von „Experten" des Weltwährungsfonds oder aus den Vereinigten Staaten verschrieben werden und stets auf Abwertung, Einschränkung der Staatsausgaben und Lohnsenkung hinauslaufen (also im wesentlichen die gleiche Therapie, die Sie dann zur „Schockbehandlung" gesteigert haben).

Während der relativen Konjunktur in der ersten Hälfte der Regierungszeit Präsident Freis ging die jährliche Inflationsrate nach offiziellen Angaben von 38 Prozent im Jahre 1964 auf 17 Prozent im Jahre 1967 zurück. Aber mit dem Einsetzen der Rezession im Jahre 1967, in der die industrielle Wachstumsrate beträchtlich abnahm, stieg die Inflationsrate trotz verstärkter „Preiskontrolle" neuerlich an: 1968 auf 28 Prozent, 1969 auf 29 Prozent und 1970 auf 34 Prozent. Allende senkte die Inflationsrate 1971 auf 22 Prozent. Mit den wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die nicht zuletzt von den Wirtschaftskreisen hervorgerufen wurden, die dem Militärputsch den Weg bahnten, stieg die Inflation abermals an; sie erreichte — Angaben der Junta zufolge — 163 Prozent 1972 und 165 Prozent zwischen Jänner und August 1973.

Aber nach dem Putsch vom 11. September 1973 schoß der Verbraucherpreisindex in die Höhe, so daß — nach den von der Junta veröffentlichten Ziffern — die Inflationsrate für das ganze Jahr 1973 508 Prozent erreichte. Anderen Schätzungen zufolge betrug die Inflation 1973 gar 1.000 Prozent, was jedoch der Regierung Allende in die Schuhe geschoben wurde, um dann eine „Senkung" der Inflationsrate durch die Junta ausweisen zu können. Trotzdem stieg im ersten Jahr der Juntaherrschaft, von September 1973 bis September 1974, die Inflationsrate nach offiziellen Angaben auf 611 Prozent. Andere Schätzungen beziffern die wahre Inflationsrate für diese Periode mit 1.270 Prozent. Für das Kalenderjahr 1974 weist der offizielle Verbraucherpreisindex der Junta eine Steigerung von 376 Prozent bis Dezember 1974 aus.

Nach Ihrer „antiinflationären Schockbehandlung" (deren Kosten wir noch untersuchen werden) „sank" die Inflationsrate im Jahre 1975 auf 340 Prozent. Gewiß, die *monatliche* Inflation von sieben bis acht Prozent im zweiten Halbjahr war geringer als die im ersten Halbjahr, doch ist dies erfahrungsgemäß in Chile „normal", und in den ersten Monaten 1976 ist die Inflation wieder auf mehr als zehn Prozent *monatlich* gestiegen. Insgesamt ist das Preisniveau in Chile, wenn man den Verbraucherpreisindex der Junta zugrunde legt, von September 1973 bis Dezember 1975 auf das 92fache, also auf 9.200 Prozentpunkte angestiegen!

Die tatsächlichen Verbraucherpreise müssen jedoch mindestens doppelt so stark angestiegen sein. Einer der wenigen Artikel, die immer noch preisgeregelt sind und für die es daher noch einen amtlichen Preis gibt, ist das (heute infolge des Kaufkraftschwunds wichtigste Konsumgut) Brot. Der amtliche Brotpreis ist bis Dezember 1975 auf das 227fache gestiegen! Das heißt, die Brotpreisinflation macht offiziell 2.270 Prozent aus — mehr als zweieinhalbmal soviel wie der offizielle „Verbraucherpreisindex". Dagegen ist das offizielle monatliche „Existenzminimum" (sueldo vital) nur auf etwa das Zehnfache gestiegen, von rund 10.000 alten Escudos im September 1973 auf 99 neue Pesos (= 99.000 Escudos) im Dezember 1975.

Der offizielle Mindeststundenlohn erhöhte sich auf das 25fache und das Mindestmonatsgehalt der öffentlich Bediensteten auf das 40- bis 60fache, je nach Bonifikationen. Also haben sich die offiziellen Mindestlöhne und -gehälter nur um einen Bruchteil — 1/20, 1/10, 1/5 — der offiziellen Preissteigerungen erhöht. Aus den Zahlen der Junta ergeben sich die folgenden Reallohnindizes: Jänner 1970: 100; Dezember 1970: 102; Dezember 1971: 127; Dezember 1972: 107; März 1973: 121; Juni 1973: 92; September 1973: 80; Jänner 1974: 76; April 1974: 47; Mai 1974: 62; Juli 1974: 57.

Expräsident Frei schätzt die Reallohnsenkung seit 1969 auf mindestens 35 Prozent und übergeht dabei die Reallohnerhöhung unter Allende, die sogar in den Zahlen der Junta aufscheint. Anderen Schätzungen zufolge sind die niedrigsten städtischen Löhne und das Realeinkommen der Arbeitnehmer bis Ende 1975 auf 2/3 bis 1/2 oder sogar bis auf 28 Prozent des Standes von 1972 gesunken. Der Anteil der oberen fünf Prozent der Einkommen am Nationalprodukt ist von 25 auf rund 50 Prozent gestiegen, während der Anteil der Löhne und Gehälter, der 1969, unter der Regierung Frei, 51 Prozent betrug und von Allende in den Jahren 1971/72 auf 64 Prozent angehoben wurde, durch militärische Gewalt und durch die „freie Marktwirtschaft" der Chicago-Junta-Politik in den Jahren 1974/75 auf 38 Prozent herabgedrückt wurde.

Die Auswirkungen der Reallohnsenkung sind teilweise an einigen Verbrauchsschätzungen zu ermessen — obwohl auch diese nur Durchschnitte aus einer zunehmenden ungleichen Verteilung der Einkommen und sogar der Lohn- und Gehaltsbezüge sind und die stark angewachsene Einkommenslosigkeit infolge von Arbeitslosigkeit oder anderen Ursachen völlig unberücksichtigt lassen. Die Verbrauchsschätzungen in Kilogramm pro Kopf, die in Chile in der Jesuitenzeitschrift *Mensaje* erschienen sind und leider nur bis 1974 gehen, also die neuerliche Senkung des Massenkonsums durch Ihre Schockbehandlung noch nicht zeigen, können in der folgenden Tabelle zusammengefaßt werden:

Tabelle 1

Rückgang des Nahrungsmittelkonsums

Durchschnittlicher Jahresverbrauch, Kilogramm pro Kopf

Artikel	1970	1971–73 Durchschnitt	1974	Abnahme in Prozent 1971–73 auf 1974
Weizen	176	184	170	8
Reis	11,5	9,7	4,8	50
Bohnen	5,5	6,1	4,4	28
Zucker	33	35	28	20
Milch (Liter)	132	166	127	23
Pflanzenöl	6,4	7,6	6,7	12
Schweinefleisch, Hammelfleisch, Huhn	4,2	4,8	4,0	17
Alle Fleischsorten, hauptsächlich Rindfleisch	31,3	28,8	28,3	2

Der Kartoffelkonsum ist gewachsen, konzentriert sich aber auf den Süden, wo Kartoffeln angebaut werden und von wo sie wegen der Transportschwierigkeiten nicht leicht exportiert werden können. Die geschätzte Abnahme des Kalorienverbrauchs bis Ende 1974 beträgt 15 Prozent. Die Gewerkschaft der Privatangestellten (CEPECH) macht die folgenden Budgetschätzungen für einen Haushalt ihrer Mitglieder mit Mindestgehalt und drei Familienangehörigen:

Tabelle 2
Defizit im Familienbudget
In Escudos

	Februar 1974 (veröffl. März 74)	Juni 1974 (veröffl. Juli 74)
Mindesteinkommen	37.000	57.000
Mindestausgaben für Lebensmittel	36.000	67.000
Mindestausgaben insgesamt	76.000	152.000
Defizit	39.000=51%	95.000=63%

Tabelle 3
Tödlicher Brotpreis

Monat	Mindestgehalt eines öffl. Bediensteten, in kg Brot pro Tag	Mindeststundenlohn in kg Brot pro Stunde	Arbeitsstunden zu Mindestlohn notwendig, um 1 kg Brot zu verdienen
Sept. 1973	22	1,45	0,69
Mai 1974		0,41	2,54
Sept. 1974	11		
Nov. 1974	9		
Feb. 1975		0,17	5,78
März 1975	4		
Dez. 1975	2,8–4	0,16	6,1

Andere Budgetschätzungen besagen, daß 45 kg Brot, 45 Liter Milch und 100 Fahrten mit einem städtischen Autobus im September 1973 17 Prozent des niedrigsten Gehalts eines öffentlich Bediensteten kosteten, im Juli 1975 hingegen bereits 73 Prozent. Kein Wunder, daß der Verbrauch an Milch, von anderen „Luxusgütern" wie einfachen Konsumartikeln, Kino- und Fußballplatzkarten ganz zu schweigen, stark zurückgegangen ist und daß im Juli 1975 in Santiago zwölf Millionen Autobusfahrscheine verkauft wurden, 32 Prozent weniger als „normal", da Arbeiter und Angestellte sich in zunehmendem Maße gezwungen sehen, zu Fuß zur Arbeit zu gehen, um ihr — buchstäblich — tägliches Brot zu verdienen.

Da Autobusfahrscheine neben Brot der zweite wichtige preisgeregelte Artikel sind, kann man leicht errechnen, daß bei Zugrundelegung der amtlichen Preise und des offiziellen Existenzminimums (sueldo vital) der Brotverbrauch und die Autobusfahrten zum Arbeitsplatz im Februar 1974 80 Prozent des Existenzminimums verschlangen, während im Februar 1975 bereits 74 Prozent des Existenzminimums allein auf Brot (ohne Autobusfahrten!) entfielen. Aus den amtlichen Brotpreisen und den offiziellen Lohn- und Gehaltslisten kann man die folgende Skala aufstellen *(Tabelle 3, siehe oben).*

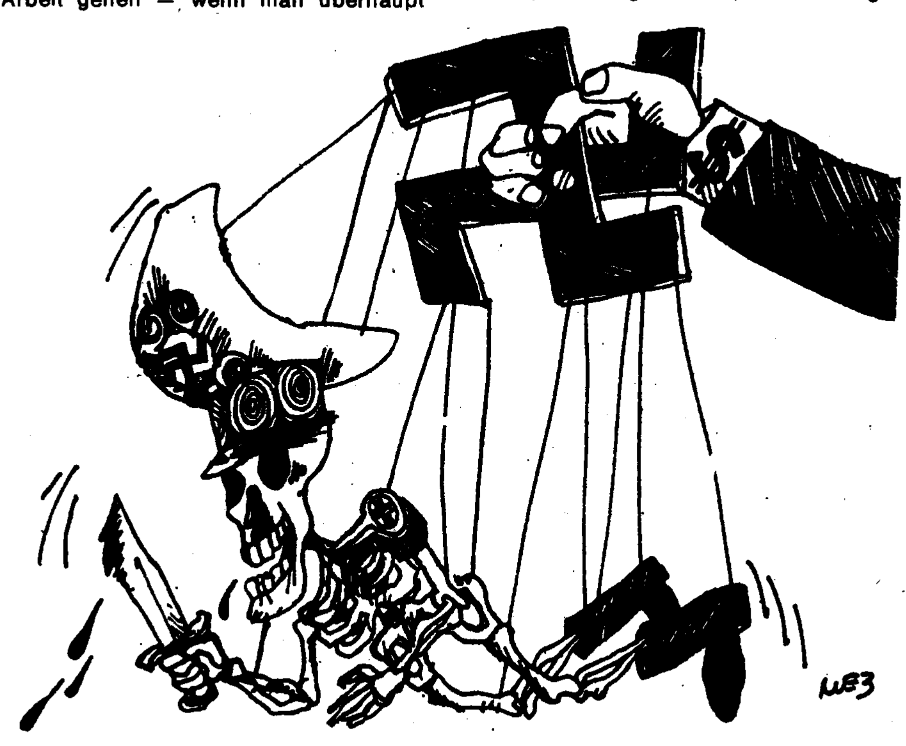
Bei einem offiziellen Brotpreis von 2,50 Pesos pro Kilogramm und einem offiziellen Mindestlohn von 0,41 Pesos pro Stunde im Dezember 1975 kann man unter der Herrschaft der Militärjunta, die von den „Chicago-Boys" und von ihnen, Milton Friedman und Arnold Harberger, persönlich beraten wird, für eine Arbeitsstunde 160 Gramm Brot kaufen oder muß mehr als sechs Stunden zum Mindestlohn arbeiten für ein Kilogramm Brot — wenn man es überhaupt bekommt! Um bei einem Mindestlohn von 0,41 Pesos pro Stunde das „Existenzminimum" von 99 Pesos im Monat zu verdienen, muß man 241 Stunden im Monat oder 55 Stunden wöchentlich arbeiten und zu Fuß zur Arbeit gehen —, wenn man überhaupt Arbeit bekommt!

Doch dank der Chicago-Junta-Politik des ökonomischen Völkermordes können immer weniger Menschen in Chile überhaupt Arbeit finden. Die offiziellen Arbeitslosigkeitsraten in Santiago sind die folgenden:

Tabelle 4
Arbeitslosigkeit
In Prozent

1964–66 Durchschnitt	5
1967–69 Durchschnitt	6
1970 Durchschnitt	7
Dezember 1970	8,3
1971 Durchschnitt	5
1972 Durchschnitt	4
Juli 1973	3
Aug.–Sept. 1973	4
Aug.–Sept. 1974 (Bauwirtschaft 14)	8
Dez. 1974	9
Jänner–März 1975	12
Mai–Juni 1975	15
Aug.–Sept. 1975 (Bauwirtschaft 35)	16
Oktober 1975 (Bauwirtschaft 50, laut gewerkschaftlichen Schätzung)	17,4

Das reaktionäre Ökonomische Institut der Universität von Chile, das die Junta unterstützt, schätzt die Arbeitslosigkeit in Santiago bei Jahresende 1975 auf 20 Prozent. Andere Schätzungen belaufen sich auf 25 Prozent und mehr. Bei einer Bevölkerung von rund zehn Millionen bei der letzten Volkszählung und ungefähr drei Millionen verfügbaren Arbeitskräften bedeutet dies, daß 600.000 bis 700.000 Menschen arbeitslos sind, mit Familienangehörigen mehr als zweieinhalb Millionen. Und da sind die rund 40.000 Menschen, die von der Junta ermordet wurden, nicht mitgerechnet, ebensowenig die



ungefähr 10.000, die immer noch in Konzentrationslagern sitzen (durch die seit dem 11. September 1973 rund 300.000 Menschen hindurchgegangen sind), und die mehreren 100.000, die vor der politischen Unterdrückung und dem ökonomischen Völkermord in alle Himmelsrichtungen geflüchtet sind, vor allem aber ins benachbarte Argentinien, von wo die dortige neue Militärjunta sie nun nach Chile zurückzuschicken beginnt.

Die Junta und der von ihr ernannte Dekan der naturwissenschaftlichen Fakultät an der Universität klagen, daß rund ein Viertel des wissenschaftlichen und technischen Personals bereits Chile verlassen hat und daß die Abgänge von der Fakultät von vier im Monat unter der „totalitär-marxistischen" Regierung Allende auf elf im Monat unter der „Freiheit" der Junta gestiegen sind, so daß der letzte, der geht, bald das Licht wird abdrehen müssen. 1974 schätzte der Kardinal von Chile, dessen Kirche die Flüchtlingshilfe organisiert hat, die Zahl der Auswanderer auf 120.000; aber bei der andauernden Erweiterung der politischen Repression und der seither eingetretenen Verdoppelung der Arbeitslosigkeitsrate hat sich zweifellos auch die Zahl der Auswanderer mehr als verdoppelt.

Außerdem ist die Arbeitslosigkeit unter den in Chile Verbliebenen, wie auch überall sonst in der Welt, sehr ungleich verteilt, so daß die katholische Kirche von Bezirken berichtet, wo die Arbeitslosigkeit 86 Prozent beträgt — und 92 Prozent der Einwohner unterernährt sind. Kirchliche Quellen berichten auch von vielen Fällen, in denen Kinder in der Schule vor Hunger ohnmächtig werden, von kleinen Kindern, die erbrechen, weil ihre ausgehungerten Mägen das Essen in den von der Kirche organisierten Schulausspeisungen nicht mehr vertragen; und sogar die wenigen öffentlichen Kindergärten haben nun Weisung erhalten, nur noch unterernährte Kinder aufzunehmen! Die Chicago-Junta-Politik der „Sanierung" (saneamiento) und „Erholung" sowie ihre „Schockbehandlung", Milton Friedman und Arnold Harberger, ist berechneter ökonomischer Völkermord. Die Folge ist eine ganze Generation unterernährter, geistig zurückgebliebener Menschen in einem Ausmaß, wie es nie zuvor in Friedenszeiten bekannt war.

Der ökonomische Völkermord wird bewußt und vorsätzlich nicht nur durch die Preis- und Lohnpolitik begangen, sondern auch durch die Außenhandelspolitik. So berichtete die Zeitung *El Mercurio* am 1. Oktober 1975: *„Raimundo Perez*, Gebietsdirektor (für Landwirtschaft) in Talca, sagte, Chile könnte seiner Meinung nach ein Reisausfuhrland werden ... In Chile wurde früher viel Reis konsumiert, jetzt aber wegen des hohen Preises nicht mehr. In den Augen des Gebietsdirektors von Talca ist Reis kein Massennahrungsmittel mehr, sondern ein Luxusartikel." Unter dem Titel „Exportdiversifizierung" schrieb *El Mercurio* (internationale Ausgabe, 22. bis 28. September 1975) in einem Leitartikel: „Nach und nach wird unsere Landwirtschaft zu einem wichtigen Exportfaktor, während Nahrungsmittel unter den Einfuhren eine immer geringere Rolle spielen. Daher besagen die Prognosen, daß Chile noch vor dem Ende des Jahrzehnts mehr Agrarprodukte aus- als einführen wird." *Rodrigo Zavala Illanes*, der Direktor der Vierten Agrarzone, erklärte in *El Mercurio*, seiner Ansicht nach schenke „erstmals in der Geschichte eine Regierung der Landwirtschaft die vorrangige Beachtung, die sie verdient. Was die Pläne für die Vierte Zone betrifft, so sehen sie eine Orientierung der Agrarproduktion auf den Export vor."

Der Zweck des ökonomischen Völkermordes und des fortwährenden Prahlens über seine Ausführung ist klar. Die bisher veröffentlichten Daten sind es weit weniger. Die folgenden Angaben über Einfuhr, Ausfuhr und Export-Import-Bilanz von Agrarprodukten und Fischen wurden kürzlich von Juntasprechern genannt bzw. können aus ihren Erklärungen abgeleitet werden:

Tabelle 5

Agrarexport trotz Hunger

Agrarprodukte und Fische, in Millionen Dollar

Jahr	Import				Export			Import minus Export
	①	②	③	④	⑤	⑥	⑦	⑧=③-⑦
1972		600				19		
1973		800	600	700	29	25	25	575
1974	550	330	460	560/414	71	55	50	410
1975	330	130	320	255/330	110	86	100	220
1976			200				200	0

Quellen:
① Landwirtschaftsminister *Tucapel, El Mercurio*, 31. Oktober 1975
② Unterstaatssekretär für Landwirtschaft *Gazmuri, El Mercurio*, 9. Oktober 1975
③ Zentralbankpräsident *Baraona, El Mercurio*, 13. Dezember 1975
④ Andere Quellen und Extrapolationen aus Jahresteildaten
⑤ Unterstaatssekretär für Landwirtschaft *Gazmuri*
⑥ Daten der Zentralbank, veröffentlicht in *El Mercurio*, 22.—29. Februar 1976
⑦ Quelle wie ③
⑧=③-⑦

Der Vizepräsident der Landwirtschaftlichen Handelsorganisation (ECA), *Hernan Garcia*, nennt die folgenden Weizeneinfuhrzahlen (in tausend Tonnen): 1973: 1.270; 1975: 700 (anderen Angaben zufolge: 650); er fügte hinzu, daß im letztgenannten Jahr die Eigenproduktion für den inländischen Konsumbedarf von fünfeinhalb bis sechs Monaten reichte, woraus sich ergibt, daß der Gesamtverbrauch 1975 etwa 1,4 Millionen Tonnen betrug. 1973, sagte Garcia, deckte die einheimische Weizenproduktion nur den Bedarf an Saatgut und Teigwaren. Aber aus den Angaben der Junta geht hervor, daß 1973 810.000 (anderen Quellen zufolge 746.000) Tonnen Weizen produziert wurden. Das bedeutet, daß der gesamte Weizenverbrauch im Jahre 1973 mehr als 2,1 Millionen Tonnen ausmachte; er wurde also bis 1975 auf 1,4 Millionen Tonnen reduziert. Selbst wenn wir die von der Junta wiederholte publizierte Zahl von 1.003.000 Tonnen 1975 produzierten Weizens akzeptieren (eine Angabe, die durch Garcias Enthüllung Lügen gestraft wird), kommen wir auf einen Weizenverbrauch von nur 1,7 Millionen Tonnen, was weit weniger ist als die 2,1 Millionen Tonnen, die 1973 konsumiert wurden. 1972 belief sich die Weizenproduktion auf 1.145.000 Tonnen, dazu kamen noch Importe von vielleicht einer Million Tonnen oder mehr.

Die Zahlen der Junta und deren widerspruchsvolle Angaben zeigen also ganz klar, daß die Chicago-Junta-Politik des ökonomischen Völkermordes auch darin besteht, Ausfuhr und Einfuhr von Lebensmitteln durch die Aushungerung der Bevölkerung auszugleichen. Dazu trägt die Agrarpreis- und Agrarexportpolitik das Ihre bei.

So behauptet die Junta, ihre Agrarpolitik sei erfolgreich, weil von 1973/74 auf 1974/75 die Anbauflächen und die Erträge der fünf Hauptprodukte — Weizen, Reis, Zuckerrüben, Raps und Ölsamen — gewachsen seien: die Produktionssteigerung betrug bei Weizen 37 Prozent, bei Reis 122 Prozent und bei den drei anderen Produkten je 70 Prozent. Aber die Junta verschweigt, daß im Herbst (dem Frühling der südlichen Halbkugel) 1973 die Anbauflächen besonders klein waren, weil der Militärputsch die Landbevölkerung erschreckt und die rechtzeitige Aussaat verhindert hatte. Außerdem zahlte die Junta für die genannten Produkte Preisstützungen, um den Anbau zu fördern, zumal ein Teil der Produktion nachher für den Export abgezweigt wurde.

Zugleich nahmen Anbauflächen und Produktion der Hauptnahrungsmittel und wichtigsten Proteinspender für die unteren Schichten ab: bei Mais um neun Prozent, bei Kartoffeln um 27 Prozent, bei Linsen und Erbsen um 22 Prozent, bei Bohnen um ein Prozent und bei Gerste und Hafer um 16 Prozent. Die kapitalistischen Farmer und die Bauern reagierten damit auf die Agrar- und Preispolitik der Junta und reduzierten die Anbauflächen um insgesamt sieben Prozent.

Während die Bevölkerung in zunehmendem Maße hungerte, ließ die Junta — wie der Zentralbankpräsident und stellvertretende Landwirtschaftsminister stolz verkündete — kein Mittel unversucht, um den Lebensmittelexport zu steigern. Die Angaben sind widersprüchlich, aber dennoch aufschlußreich: Die Exporte stiegen — laut *El Mercurio* — von 29 Millionen Dollar im Jahre 1973 auf 63 Millionen Dollar 1974 oder um 120 Prozent, den Angaben der USA-Botschaft zufolge auf 40 Millionen Dollar oder um nur 50 Prozent. Für 1975 im Vergleich zu 1974 zeigen einzelne Angaben eine 87prozentige Exportsteigerung bei Agrar-, Fleisch- und Fischprodukten, eine 195prozentige bei verarbeiteten Lebensmitteln für die Zeit von Jänner bis August des jeweiligen Jahres und Steigerungen um 60 bzw. 108 Prozent für die Periode Jänner bis November. In diesen Angaben sind die Preiserhöhungen natürlich nicht berücksichtigt, aber sie widerspiegeln die Einschränkung der Importe und die Förderung der Exporte durch ständige Abwertung — 1975 allein um 600 Prozent. Ein vollständigeres Bild der Exporte, das jedoch mit anderen Angaben, darunter auch denen das Zentralbankpräsidenten selber, nicht übereinstimmt, erschien unter Berufung auf Zentralbankquellen in *El Mercurio*, 22. bis 29. Februar 1976; man kann es so zusammenfassen:

aus den Zeilen 6 und 7 und aus deren Addition in Zeile 8, die für die Zeit von 1970 bis 1973 eine Steigerung der Ausfuhr aller Lebensmittelprodukte auf 37 Millionen Dollar jährlich anzeigt; 1974 stiegen die Exporte auf 73 Millionen Dollar an und vervierfachten sich 1975 auf 159 Millionen, das ist sicherlich mehr, als die Inflation ausmacht, von der die Südfrüchte, Gemüse und Fische, die Chile ausführt, kaum betroffen sind. Ja, während Chile früher Zuckerrohr importierte, exportiert es nun seine eigene Zuckerrübenproduktion und führt Zuckerrohr ein, das in Chile verarbeitet wird, und exportiert es wieder, trotz fallender Zuckerpreise!

In zwei Jahren ökonomischen Völkermordes stieg die Lebensmittelausfuhr von drei Prozent der Gesamtexporte im Jahr 1972/73 auf mehr als zehn Prozent im Jahre 1975 an, während der heimische Kalorienverbrauch im ersten Jahr der Juntaherrschaft um 15 Prozent abnahm; wie groß die Abnahme in den folgenden Jahren der verstärkten Politik des ökonomischen Völkermordes waren, ist nicht bekannt.

Die Exporttabelle zeigt auch zwei weitere wichtige Aspekte, von denen der eine außerhalb der Macht der Junta liegt, während der andere eine Seite ihrer Politik darstellt. Die Gesamteinnahmen aus dem Export betrugen 1975 nur noch 1,5 Milliarden Dollar gegenüber mehr als zwei Milliarden im Jahre 1974, da infolge der allgemeinen Rezession, des fast 50prozentigen Sinkens der Kupferpreise und der mit der CIPEC vereinbarten Einschränkung der Kupferproduktion Chiles Einkünfte aus dem Kupfergeschäft von 1,6 auf 0,9 Milliarden Dollar zurückgingen. Die Tabelle zeigt aber auch, daß die Kupferhausse von 1974 die Exporterlöse zwischen 1973 und 1974 um ebensoviel erhöht hatte, wie sie später abnahmen.

Tabelle 6

Chilenische Exporte

In Millionen Dollar

	1970	1971	1972	1973	1974	1975
1. Insgesamt	1.095	960	832	1.302	2.139	1.535
2. Kupfer	855	702	658	1.085	1.654	905
3. Nicht-Kupfer	241	258	174	217	486	630
4. Traditionell	154	169	112	149	197	270
5. Nichttraditionell	87	89	62	68	189	360
6: Agrar+Fisch	32	29	19	25	55	86
7. Lebensmittelindustrie	14	11	10	9	18	73*)
8. Lebensmittel insg.	46	40	29	34	73	159
9. Industrie ohne Lebensmittel	39	46	31	32	114	197
10. Bergbau ohne Kupfer	2	2	2	1	1	4

*) Zucker 39

Das Bestreben, immer mehr Lebensmittel zu exportieren, während die Bevölkerung zunehmend Hunger leidet (das heißt, die Bevölkerung auszuhungern, da die Lebensmittelproduktion nicht im gleichen Maß anstieg), ist deutlich erkennbar

Das heißt, die Junta hatte im ersten Jahr ihrer Herrschaft aus dem Kupferexport und dem gesamten Außenhandel ungewöhnlich hohe Einkünfte erzielt, die mit der Politik des ökonomischen Völkermordes nichts zu tun hatten.

Die andere bezeichnende Veränderung — die die Reaktion der Junta auf den Kupferpreisverfall widerspiegelt und von der Junta als ihr größter Erfolg bezeichnet wird — ist die Versechsfachung der Industrieexporte von 32 auf 197 Millionen Dollar, die zusammen mit der Vervierfachung der Lebensmittelausfuhren die Steigerung der von der Junta als „nichttraditionell" bezeichneten Exporte auf beinahe das Sechsfache, nämlich von 68 auf 360 Millionen Dollar, ergibt.

Doch die Exportsteigerung rührt nicht zuletzt daher, daß man diese Produkte dem chilenischen Konsumenten vorenthält, dessen Einkommen und Kaufkraft so drastisch reduziert worden ist, und daß zum Teil auch die chilenische weiterverarbeitende Industrie, die ihren inländischen Absatzmarkt verloren hat, gezwungen ist, für den Export zu produzieren. Das ist die „prochilenische" Chicago-Junta-Politik, auf deren „Erfolg" die Junta so stolz ist.

Diese relativ starke Zunahme der Industrieexporte auf Kosten einer quantitativ viel stärkeren Abnahme der Industrieproduktion und des Bruttonationalprodukts ist wohl nach dem Sinn der Junta, einiger exportierender Industrieller (der weniger, die von der Ausfuhrsteigerung mehr profitieren, als sie am Produktionsrückgang verlieren), der Exporteure und der ausländischen Importeure (viel weniger aber der Letztverbraucher!), die nun zu Spottpreisen chilenische Waren kaufen können, welche bei Hungerlöhnen produziert und außerdem von der Junta subventioniert werden.

Aber es ist nicht nach dem Sinn einer wachsenden Anzahl von Industriellen, für welche die Chicago-Junta-Politik einen Produktionsrückgang von 50 Prozent und mehr bedeutet oder überhaupt den Bankrott und den Ausverkauf an die immer weniger werdenden chilenischen Kapitalisten oder die immer mehr werdenden ausländischen Eigner chilenischen Kapitals. Es ist auch nicht nach dem Sinn jener ausländischen Kapitalisten, deren Profite und Investitionsmöglichkeiten in Chile durch die Chicago-Junta-Politik ausgehöhlt werden. Diese Herren und ihre politischen und ideologischen Sprachrohre mögen die Chicago-Junta-Politik vollauf unterstützt haben, solange der ökonomische Völkermord „nur" die Löhne der Arbeiter mittels Bajonett halbierte, aber sie verloren ihren Enthusiasmus, als die Fortsetzung und Intensivierung dieser Politik dazu führte, daß dasselbe Bajonett ihnen die Kehle oder zumindest die industriellen Schlagadern durchschnitt, teils direkt, teils indirekt durch die Kaufkraftabnahme.

Und vor kurzem haben sich ihnen wohl manche unzufriedene Großgrundbesitzer, die neben dem chilenischen und dem ausländischen Großkapital die größten Nutznießer und Anhänger der Junta waren, angeschlossen, als eben diese Chicago-Junta-Politik und der 1975 eingetretene 50prozentige Rückgang in der

Verwendung von Düngemitteln und Insektiziden zu einem 40prozentigen Rückgang der Weizenerträge führte, wie sich in der gegenwärtigen Erntesaison in den Gebieten südlich von Santiago gezeigt hat. Das würde für dieses Jahr eine Weizenernte von ungefähr 600.000 Tonnen bedeuten (gegen 1.368.000 Tonnen im Erntejahr 1970/71), nicht mehr als der Tiefststand im Krisenjahr 1932/33!

Und darum, *Milton Friedman* und *Arnold Harberger*, verliert Ihre Politik jetzt an Prestige, sogar bei Faschisten, bei *Eduardo Frei*, unter den chilenischen Militärs und bei ökonomischen und politischen Interessenten in Amerika und Europa. Die Sociedad de Fomento Fabril (der chilenische Industriellenverband) — die bequemerweise plötzlich die Allende-Jahre, in denen die Produktion anstieg, vergessen hat! — schätzt jetzt die Industrieproduktion im August 1975 auf 72 Prozent des Standes von 1969, dem letzten Jahr vor Allende, das mitten in die dreijährige Rezessionsperiode (1967/68 bis 1970) der Regierung Frei fiel.

Kein Wunder, daß die vorhandenen Produktionskapazitäten 1975 unausgenützt blieben: die Auslastung betrug in der Textilindustrie 45 Prozent, in der Schuhindustrie (die in die USA und nach Europa exportiert) 44 Prozent, in der Möbelindustrie 52 Prozent, in der Glasindustrie 13 Prozent (das zeigt das Nachlassen der Bautätigkeit — Glas kann nicht exportiert werden), in der Baustoffindustrie 35 Prozent, in der Kupferindustrie 28 Prozent (trotz 20prozentiger Exportsteigerung, während der inländische Verbrauch von 12.000 auf 5.000 Tonnen zurückging) und in der Lebensmittelindustrie 80 Prozent, obwohl diese Branche ihre Ausfuhren beträchtlich zu steigern vermochte (aber die Konservenproduktion soll zwischen 1974 und 1975 um 40 Prozent zurückgegangen sein). In der Autoindustrie war für 1975 ein Ausstoß von 23.000 Fahrzeugen geplant, produziert wurden nur 6.000. Die Stahlerzeugung, die 450.000 Tonnen erreicht hatte, bei einem Inlandsverbrauch von 550.000 Tonnen, sank 1975 auf 330.000 Tonnen, von denen 130.000 im Inland abgesetzt und 200.000 exportiert wurden. Da mußten ja die „nichttraditionellen" Ausfuhren anwachsen. Dies reichte jedoch nicht aus, um die metallverarbeitenden Betriebe zu beschäftigen, die 80, 60, 50, 20 und sogar nur 15 Prozent Kapazitätsauslastung verzeichneten, obwohl die Metallwarenausfuhr — laut Junta — 1975 um 433 Prozent zunahm!

Betrachten wir kurz die „Sanierung" und „Erholung" der Wirtschaft, wie die Junta die Politik bezeichnet, die Sie, Milton Friedman und Arnold Harberger, mit Ihren Theorien inspiriert und mit Ihren persönlichen Ratschlägen gefördert haben. Nach Berichten der von den USA dominierten Interamerican Development Bank entwickelte sich das chilenische Bruttonationalprodukt (in Millionen Dollar) wie folgt: 1960: 5.068, 1970: 7.820, 1971: 8.423, 1972: 8.540, 1973: 8.202 und 1974 — das Hinaufschnellen der Preise widerspiegelnd —: 8.612. 1975 trat eine Abnahme des BNP ein, die vom US-Handelsministerium auf zehn Prozent, von Frei auf zwölf Prozent geschätzt wird. Das juntafreundliche Ökonomische Institut der Universität von Chile schätzt die Abnahme auf zwölf bis 14 Prozent; sollte die Agrarproduktion stärker gesunken sein, als die Junta bisher zugegeben hat, dann war die Abnahme des BNP noch größer. Nimmt man einen Mittelwert von 13 Prozent Rückgang an, dann hätte das BNP 7.492 Millionen Dollar betragen, vier Prozent weniger als 1970 und zwölf Prozent weniger als im Allende-Jahr 1972! Die realen Investitionen in Anlagen und Bauten sanken 1975 um rund 30 Prozent.

Das Steigen und Sinken der Industrieproduktion ist aus den folgenden Zahlen der Sociedad de Fomento Fabril (sofern nicht anders angegeben) und des regierungseigenen Instituto Nacional de Estadisticas (Amt für Statistik) ersichtlich:

Tabelle 7
Industrieproduktion
Änderung in Prozent

Zeitraum	Änderung
1970 bis 1971	+12
1971 bis 1972	+ 4
Jahresdurchschn. 1970/1972	+ 8
Jän.—Aug. 1973 bis 1974	— 1,5
1973 bis 1974 (lt. INE)	— 2
1973 bis 1974 (lt. SFF)	+ 2
Durchschnitt INE & SFF	0
1973 bis 1974 „übliche Konsumprodukte" (=45% der Industrieproduktion) (lt. SFF)	— 5
1973 bis 1974 Bauwirtschaft	—15
Jän. 1974 bis Jän. 1975:	
(Produktion)	—18
(Absatz)	—14
Jän.—März 1974 bis 1975	—15
Jänner—Mai 1974 bis 1975	—17
Jänner—Juni 1974 bis 1975	—18
Jänner—Juli 1974 bis 1975	—22
Jänner—August 1974 bis 1975	—24
Jänner—November 1974 bis 1975	—24
1974 bis 1975	—25 bis —30

Mit einem Wort, unter Allende stieg die Industrieproduktion — vor allem die Erzeugung von Massenkonsumgütern — zuerst sehr schnell an und stagnierte sodann, als der in- und ausländische Boykott immer stärker wurde. Unter der Juntaherrschaft ging zuerst die Produktion von Massenkonsumgütern zurück, die von der Chicago-Junta-Politik der Lohnkürzung und Nachfrageeinschränkung unmittelbar betroffen war, während die Produktionsmittelerzeugung noch zunahm, so daß sich im ersten Jahr im Durchschnitt ein Nullwachstum ergab. Zu Beginn des zweiten Jahres der Juntaherrschaft war die Industrieproduktion um 15 Prozent niedriger als im gleichen Monat des Vorjahres, und nach dem Einsetzen Ihrer Schockbehandlung, Milton Friedman, im April 1975 sank auch die Kapitalgüterproduktion um 40 Prozent, so daß jetzt 26 der 30 Branchen der chilenischen Industrie einen Rückgang ausweisen (was zu einem wachsenden Widerstand in Industriekreisen führt); die gesamte Industrieproduktion war 1975 um 25 Prozent geringer als im Jahr zuvor.

Die unmittelbaren Folgen der Schockbehandlung, die Sie, *Milton Friedman* und *Arnold Harberger*, in Ihren Unterredungen mit *Pinochet* während Ihres Chile-Besuchs im März 1975 verschrieben haben, sind in der chilenischen Wirtschaft bereits sichtbar und gehen auch aus unserer obigen Betrachtung der vorsätzlichen und berechneten Politik des ökonomischen Völkermordes, der Entnationalisierung, Entindustrialisierung, Exportförderung usw. hervor. Dennoch mag es nützlich sein, Sinn und Folgen dieser Schockbehandlung an sich zu prüfen.

Bis zu Ihrem Chile-Besuch, Milton Friedman, hatte die Junta wiederholt argumentiert, die von Chicago inspirierte und von den Chicago-Boys administrierte Wirtschaftspolitik und ihre Folgen seien unvermeidlich zur „Heilung" der Wunden, die das *Allende*-Regime dem Land zugefügt habe. In jüngerer Zeit wird die Allende-Regierung in offiziellen Erklärungen nicht mehr erwähnt, und sowohl die Junta als auch ihre loyale Opposition vermeiden sorgfältig Vergleiche mit den Allende-Jahren. Seit dem Sinken der Kupferpreise und dem Steigen der Preise für Weizen und Erdöl, die importiert werden müssen, und insbesondere seit der Verschärfung der Rezession in allen kapitalistischen Industriestaaten schiebt die Junta die Schuld an den Folgen ihrer Wirtschaftspolitik auf die Weltwirtschaftskrise ab.

Als Sie, Milton Friedman, nach Chile kamen, sagten Sie der Junta, Allende-Erbschaft hin und Wirtschaftskrise her, nun sei für die Junta die Zeit gekommen, die Verantwortung für ihre eigenen Handlungen und für die der Chicago-Boys zu übernehmen, ihre Fehler zu erkennen — und sie schnellstens zu korrigieren. Worin, Milton Friedman, bestehen Ihrer Meinung nach diese Fehler? Die Junta hat dem chilenischen Patienten Ihre Chicagoer Medizin eingeflößt, wie Harberger bei seinen früheren Besuchen festgestellt hat. Aber sie hat ihm nicht genug von dieser Medizin eingegeben, und nicht schnell und energisch genug. Darin liegt, Ihrer Argumentation zufolge, der Hauptfehler der Junta.

Diese antwortete, sie habe es so gut gemacht, wie es unter den gegebenen Umständen möglich gewesen sei, und Sie, Milton Friedman, seien nicht realistisch, wenn Sie mehr verlangten und behaupteten, die Umstände (Allende, Krise usw.) könnten Ihre Theorie nicht widerlegen.

In der Tat, nachdem die Junta die Preise freigegeben hatte, um die Löhne zu entwerten und Einkommen und Vermö-

gen in der vorhin beschriebenen Art und Weise zu konzentrieren, nachdem sie die zirkulierende Geldmenge um 350 bis 370 Prozent jährlich vergrößert und die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes sich zwischen 1970 und 1974 verdoppelt hatte, während die Bankkontenumsätze sich zwischen Jänner/Februar und September/Oktober 1974 ebenfalls verdoppelten, zog die Junta bereits vor Ihrem Besuch die Schrauben an und reduzierte die jährliche Geldumlaufzunahme nach dem Oktober 1974 auf 200 Prozent und in der Zeit von Jänner bis März 1975 auf 40 Prozent (gegen 52 Prozent in der gleichen Periode des vorangegangenen Jahres). Aber Ihrer quantitativen Geldtheorie zum Trotz stiegen die Preise weiter — sogar schneller wie stets während dieser Monate in Chile —, so daß sie sich in den ersten drei Monaten von 1975, unmittelbar vor Ihrer Ankunft, Milton Friedman, um 60 Prozent erhöhten.



Außerdem hatte die Junta schon ein Jahr vorher mit der Chicago-Junta-Politik des Abbaus öffentlich Bediensteter begonnen und versprochen, deren Stand bis Ende 1975 um weitere 20 Prozent zu senken; sie hatte viele öffentliche Unternehmen abgestoßen und eine zehnprozentige Budgetkürzung vorgenommen (obwohl natürlich die „Umstände" eine starke Erhöhung des Militärbudgets erforderten).

Aber die Chicagoer Medizin war nicht stark genug, um die Inflationsflut aufzuhalten, und nachdem sie Ihre Aufgabe, die Reallöhne zu senken und Einkommen und Vermögen zu konzentrieren, erfüllt hatte, wurde nun ihre weitere Anwendung lästig. Ihre Diagnose, Milton Friedman, lautete natürlich, nicht Ihre Medizin sei schlecht, außer für die immer kleiner werdende Zahl von Nutznießern, sondern der Patient habe nicht genug davon eingenommen. Ihnen zufolge war die Berufung der Junta auf mildernde Umstände wirklich irrelevant, und sie hatte nur die Wahl, entweder die Chicagoer Medizin weiterhin in gleicher Dosis zu verabreichen und damit Inflation und Arbeitslosigkeit zu perpetuieren oder dem chilenischen Patienten eine Superdosis zu verpassen, was zweifellos die Arbeitslosigkeit kurzfristig noch mehr vergrößern mußte, wie Sie, Milton Friedman, öffentlich zugaben, den Patienten aber schnell von der Inflation heilen würde — wenn er nicht vorher daran stirbt!

So verschrieben Sie eine „Schockbehandlung", eine schlagartige Senkung der öffentlichen Ausgaben um weitere 25 Prozent, eine noch drastischere Kürzung der Löhne und Gehälter, verbunden mit der erwarteten Verstärkung der Arbeitslosigkeit; um den Patienten in seinem Schockzustand zu „beruhigen", kamen Sie und die Junta überein, als „Gegenmittel" ein „Minimum" an „Notarbeitsplätzen" beim Staat und bei den Gemeinden zu schaffen, ohne die Sicherheiten und Vorteile des gewöhnlichen öffentlichen Dienstes, und „neue" Arbeitsplätze bei Privatunternehmen zu „fördern", indem man diesen die Zahlung der normalen Sozialversicherungsbeiträge erließ und ihnen auch noch andere Vergünstigungen gewährte.

Die Folge war natürlich, daß öffentliche Ämter, Gemeinden und Privatunternehmer ihre früheren Bediensteten, die Anrecht hatten auf Sozial- und Krankenversicherung, bestimmte Bonifikationen usw. — was die Chicago-Junta-Politik ohnehin als Verletzung der „Marktfreiheit" abschaffen möchte —, hinauswarfen und zum Teil durch „neue" ersetzten, die manchmal dieselben Leute waren, welche nun dieselbe Arbeit um weniger Lohn und bei reduzierten Sozialleistungen machen müssen. Solcherart hilft das „Gegenmittel" tatsächlich das zweite Element Ihrer Schockmedizin stärken, nämlich Löhne und Gehälter zu reduzieren. Mit einem Wort: Superausbeutung der Arbeiter.

Um aber auf das erste Element Ihrer Schockbehandlung, Milton Friedman, zurückzukommen: Die Junta wandte ein, sie hätte ihr Budget schon um zehn Prozent gekürzt, so daß eine Kürzung um weitere 25 Prozent zuviel verlangt wäre. Der Kompromiß betand, wie Sie sich erinnern werden, darin, die Außenhandelsausgaben durch drastische Importkürzungen um 25 Prozent zu senken, das Inlandsbudget aber „nur" um weitere 15 Prozent zu kürzen, in der Annahme, daß die Inflationsrate, wie versprochen, auf 50 Prozent sinken würde. In diesem Fall würde eine Senkung der Staatsausgaben um 15 bis 25 Prozent (die ursprünglichen zehn Prozent plus 15 Prozent) bei Staatsausgaben von 30 bis 40 Prozent des Nationaleinkommens eine Verringerung des Nationaleinkommens um sieben Prozent zur Folge haben, mit entsprechenden Auswirkungen auf Produktion und Arbeitslosigkeit.

Was ist geschehen? Nun, die Inflationsrate ist nicht — wie versprochen — auf 50 Prozent zurückgegangen. Wie bereits erwähnt, war 1975 die durchschnittliche monatliche Inflation nur um 0,8 Prozent geringer als 1974, und die jährliche Inflationsrate sank bloß von 376 auf 340 Prozent. Das heißt, die in der Schockbehandlung vorgesehene Senkung der inländischen Staatsausgaben um nominell 15 bis 25 Prozent bedeutete real eine Senkung um 30 bis 40 Prozent; klammert man die Gehälter der öffentlich Bediensteten aus, so ergibt sich sogar eine ungefähr 65prozentige Verringerung der Ausgaben für Sach- und Dienstleistungen. Bei der gegebenen Inflationsrate bewirkt eine Kürzung der öffentlichen Ausgaben, die rund 35 Prozent des Nationaleinkommens ausmachen, um real 35 Prozent unmittelbar einen Rückgang des Nationaleinkommens um zehn Prozent oder mehr. Kein Wunder also, daß das BNP 1975 um 13 Prozent oder viellicht noch stärker gesunken ist. Diese Abnahme kann nicht zur Gänze und nicht einmal in erster Linie mit den rückläufigen Einnahmen aus dem Kupferexport erklärt werden.

Kein Wunder, daß die Schockbehandlung den Rückgang der Industrieproduktion, der ein Jahr vor der Superdosis Ihrer

Medizin, Milton Friedman, 15 Prozent betrug, einige Monate nach deren Verabreichung auf 25 Prozent anwuchs – was nur beweist, daß Sie, Milton Friedman, recht hatten, als sie der Junta sagten, nicht Allende und die Welt seien verantwortlich für diese Politik und ihre Folgen: Nein, die Junta selbst ist verantwortlich, da sie Ihre Theorie mit Haut und Haaren geschluckt und Ihre Medizin und Ihre Schockbehandlung dem chilenischen Patienten mit Gewalt aufgezwungen hat.

Schließlich wollen wir noch sehen, wie das Ausland in Wort und Tat auf die Chicago-Junta-Politik des ökonomischen Völkermordes und auf Ihre Schockbehandlung wie auch auf die für deren Durchführung notwendige politische und militärische Repression reagiert. Wie bereits erwähnt, haben die Vollversammlung der UNO, der Kongreß der Vereinigten Staaten, mehrere westeuropäische Regierungen sowie die Presse und die Öffentlichkeit die Junta und in manchen Fällen auch Sie persönlich, Milton Friedman und Arnold Harberger, in Resolutionen und öffentlichen Erklärungen verurteilt.

So lauthals jedoch die Junta sich über die „internationale marxistische Kampagne" gegen sie beklagt, behauptete ihr Superminister, *Cauas*, der mit der Anwendung Ihrer Medizin, *Milton Friedman*, betraut ist, in einem Interview mit *El Mercurio* vom 18. Jänner 1976: „Der Erfolg (der Gegner) war sehr begrenzt. Unsere Wirtschaftspolitik findet heute breite Unterstützung in allen internationalen Gremien, und wir haben daher eine Zahlungsbilanz, die es uns erlaubt, trotz dem niedrigen Kupferpreis mit Optimismus in die Zukunft zu blicken ... Das Ausland würdigt unsere Wirtschaftspolitik als richtig, und man hält es dort für sehr zweifelhaft, daß eine ernsthafte Alternative zu dieser Politik gefunden werden könnte ... In den technischen Berichten internationaler Spezialkörperschaften wird unsere Politik kategorisch unterstützt ... Wir haben keine Probleme mit internationalen Finanzinstituten. Im Gegenteil, wir können auf breite Unterstützung vom Ausland rechnen, solange wir eine kohärente, vernünftige Wirtschaftspolitik betreiben, die unsere Zahlungsbilanz nicht belastet. Würden wir einen anderen, expansiveren Kurs einschlagen, dann bekämen wir offenkundig sehr schnell Probleme mit der internationalen Finanz, die nicht länger bereit wäre, ein Land zu unterstützen, das infolge einer solchen expansiven Wirtschaftspolitik am Ende seine Zahlungen an das Ausland einstellen müßte ..." Wie recht Sie hier doch haben, Herr Superminister Cauas, Sie treuer Friedmanianer!

Während die UNO-Vollversammlung die Junta wegen Verletzung der Menschenrechte verurteilt, sagt Weltbankpräsident *McNamara*, für ihn seien bei der Gewährung von Darlehen nur ökonomische und keine politischen Kriterien maßgebend, und er räumt der Junta trotz den Einwänden der europäischen Vorstandsmitglieder einen neuen Kredit von 33 Millionen Dollar ein. Aus den gleichen „ökonomischen" Gründen, die auch Herr Cauas erwähnt, hatte Mr. McNamara dem Präsidenten Allende keinen einzigen Groschen geliehen. Aber in den zwei ersten Jahren der Juntaherrschaft hatte McNamara der Junta bereits 100 Millionen Dollar kreditiert, bevor er die vorhin erwähnten 33 Millionen dazulegte.

Die Schwesterorganisation der Weltbank, der Weltwährungsfonds, hat der Junta 420 Millionen Dollar geliehen und die Interamerican Development Bank weitere 400 Millionen, so daß die Unterstützung seitens der internationalen Finanzinstitute, von der Cauas sprach, sich auf 920 Millionen Dollar belief (jetzt sind es bereits mehr als 950 Millionen). Zum Vergleich: Allende erhielt insgesamt 65 Millionen.

Als der US-Kongreßabgeordnete *Harrington* die Politik der USA als eine Verhöhnung des Kongresses bezeichnete, der Berichte über die Intrigen des CIA und der ITT gegen Allende entgegennimmt und Resolutionen gegen die Junta verabschiedet, wußte er wahrscheinlich besser als die meisten anderen, wovon er redete. Aber selbst dem öffentlichen Finanzausweis zufolge hat die Junta von den Vereinigten Staaten Kredite in der Höhe von 680 Millionen Dollar erhalten – 380 Millionen oder 56 Prozent davon waren dazu bestimmt, die amerikanischen Kupfergesellschaften zu entschädigen, denn, wie Herr Cauas bemerkte, ein Land, das seine Zahlungen an das Ausland einstellt, würde bald Schwierigkeiten mit den Finanzorganisationen bekommen!

Die 920 Millionen Dollar von US-kontrollierten internationalen Finanzinstituten plus die 680 Millionen von den Vereinigten Staaten selbst bzw. deren Banken ergeben eine Summe von 1,6 Milliarden Dollar an Krediten, die die Junta aus diesen Quellen erhalten hat. Nimmt man dazu noch die 120 Millionen Dollar aus Lateinamerika, vor allem aus Brasilien und Venezuela, und weitere 280 Millionen aus westeuropäischen und japanischen Quellen, so ergibt sich, daß die Junta in den 27 Monaten bis zum 31. Dezember 1975 rund zwei Milliarden Dollar an Krediten bekommen hat, das sind ungefähr drei Millionen pro Tag und fast 100 Millionen pro Monat.

Gleichzeitig, offenbar damit der Abgeordnete Harrington nicht umsonst über Verhöhnung klagt, haben die Vereinigten Staaten der chilenischen Junta mehr Waffen geliefert als irgendeinem anderen lateinamerikanischen Land mit Ausnahme Brasiliens, jedenfalls mehr Waffen je Einwohner, worin die Junta nur von Ländern wie Israel, Iran und Saudi-Arabien übertroffen wird. Inzwischen hat zwar der amerikanische Senat auf Antrag *Edward Kennedys* beschlossen, die Waffenlieferungen an die Junta einzustellen, aber das Repräsentantenhaus hat einen ähnlichen Antrag Harringtons nicht angenommen, und der gemeinsame Ausschuß beider Häuser, der einen Kompromiß finden sollte, hat vorgeschlagen, die Hilfslieferungen zu sistieren, aber die Waffenverkäufe an die Junta gegen Barzahlung fortzusetzen; es heißt, die Junta sei bereit, 132 Millionen Dollar für Waffen bar auf den Tisch zu legen, das sind 83 Prozent der 1975 eingegangenen Erlöse aus dem Lebensmittelexport und etwas mehr als die 1973 bis 1975 aus der Ausfuhr von Lebensmitteln zusätzlich erzielten Einnahmen von 125 Millionen Dollar, welche die Junta, unter Einsatz von jetzt vielleicht schon veralteten oder unzulänglichen Waffen, aus der hungernden Bevölkerung Chiles herausgepreßt hat – durch die Friedman-Harberger-Politik des ökonomischen Völkermordes!



April 1976

Andre Gunder Frank



Militär in Chile,USA,BRD

Titel: „Wir produzieren Sicherheit"
Herausgeber: Komitee Solidarität mit Chile, Westberlin

(1) Ziel der Autoren
Die Verfasser wurden zu ihrem „Beitrag zur Strategie der Linken" durch die persönliche Betroffenheit bei Einsätzen der Sicherheitskräfte gegen politische Aktionen in der BRD, durch Erfahrungen ähnlich der tschechoslowakischen und besonders durch den Putsch in Chile veranlaßt. Ziel soll sein, sich vom bloßen Erschrecken über solche Entwicklungen zu lösen und Wege ihrer Vermeidung zu finden. Grundlage dazu muß nach Auffassung des Komitees eine Beschäftigung mit dem „toten Gewicht der alten Gesellschaft und dem militärischen Gewaltapparat als integriertem Bestandteil sein." Die Fragestellung ist ausgerichtet auf die bestehenden Behinderungen der politischen Arbeit und Möglichkeiten einer Befreiung. Der Anspruch,auch die Antworten geben zu können, wird allerdings von vornherein nicht erhoben.

(2) kurzer Abriß des Inhalts
Im Untertitel heißt das Buch „Zur Rolle des Militärs in Chile, USA, NATO und BRD".
Die wirtschaftliche, militärische und politische Expansion der USA vollzieht das 1. Kapitel in Etappen nach. Es erläutert die Strategien, die Funktion der Bündnisse, Investitionen, sogenannter Auslandshilfe und der Rüstungsexporte, den Einsatz der Wissenschaft in der Politik (Kennedy's „Crani trusts"), die Rolle der Geheim- und Informationsdienste. Verfolgt wird der Zeitraum vom Beginn des 1. Weltkrieges bis zu den Folgen der Niederlage in Vietnam.
Eine gesonderte Darstellung findet das US-Engagement in Südamerika.
Dieses erste Kapitel nimmt relativ breiten Raum ein. Ebenso das zweite, überschrieben: „Das Beispiel Chile". Es beinhaltet eine Schilderung der Ausgangslage und parallel eine Analyse des Verhaltens der USA, der chilenischen Linken (Strategien und Stellungnahmen) und der Militärs.
Die Rolle der BRD bzw. die Möglichkeit einer analogen Entwicklung kommt wesentlich zu kurz. Sie wird nur angedeutet.
In den zwei kürzeren Kapiteln 3 und 4 beschäftigen sich die Autoren mit der „Einnistung der USA in der BRD" nach 1945 und deren vertraglicher Grundlage sowie mit der Integration der BRD in die Nato. Anhand eines Kalendariums wichtiger Ereignisse und bezeichnender Äußerungen verfolgen sie das Werden der Nato und die Änderungen in Strategie und Orientierung („Schwert und Schild", „angemssene Vergeltung" u.ä.).

Eine sehr knappe Darstellung unserer Notstandsverfassung und des Werkschutzes beinhaltet Kapitel fünf.
Wesentlich ausführlicher ist dagegen die Beschäftigung mit der Wehrstrukturreform in der Bundeswehr. Aus der Diskussion um die „innere Führung" werden eine Reihe schon makaber zu nennender Zitate und „Bekenntnisse" von Offizieren angeführt. Die Absicht der Wehrstrukturreform wird klargelegt als der Versuch, aus der BW einen Wegbereiter gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen zu machen. (Innere Funktion als Integrationsfaktor für die Wirtschaft bezüglich Technik, Ausbildung von Arbeitskräften, Vermeidung von Streiks und als Investitionsfeld. Äußere Funktion als US-Musterschüler und europäische Möchtegern-Hegemonialmacht).
Auf die Aspekte der kapitalistischen Rüstungsproduktion geht Kapitel 7 kurz ein. Ebenfalls knapp ist die Vorstellung und Kritik „Alternativer Wehrprogramme" linker Gruppen.

(3) Kritik
In ihren Schlußbemerkungen nennen die Verfasser selbst eine Reihe von Unzulänglichkeiten ihrer Arbeit. So z.B. die nicht behandelten Themenkomplexe: Kriegsdienstverweigerung, antimilitaristische Bürgerinitiativen, gewaltfreie Aktionen, Guerillas, Alternativen zur Rüstung, die Bedeutung der Polizei, des Bundesgrenzschutzes und der Geheimdienste. Dazu kommt das Eingeständnis, keine eigene Strategie entwickelt und die bestehenden antimilitaristischen Strategien nicht entwickelt zu haben. Dabei bleibt aber festzuhalten, daß dies nicht der Anspruch der Herausgeber war und vernünftigerweise von einer Arbeitsgruppe auch nicht erwartet werden kann. Der „Beitrag", den sie erstellen wollten, ist mit Sicherheit wichtig und größtenteils gelungen, besonders was die Kapitel über Chile und die Wehrstrukturreform angeht. Die Art der Vermittlung durch eine sachliche, präzise, aber keineswegs sterile Ausdrucksweise, die guten Karrikaturen, Statistiken, Zahlen und Übersichtsschemata erleichtern den Einstieg und bieten wertvolle Argumentationshilfen für Diskussionen.

Bestechend wirksam erweist sich die Methode, gegen eine Person oder Organisation erhobene Vorwürfe mit Zitaten der Akteure selbst (Militärs, Politiker, Manager) zu belegen. Quellen und Literatur werden leider nicht bei allen Zitaten angegeben.
Vom Preis (10,– DM) geht eine Spende (1,50 DM) an den chilenischen Widerstand. Die Kontaktadresse ist:
Arbeitsgruppe Militär des Komitee „Solidarität mit Chile" Westberlin, c/o FDCL Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12.

P. Poschen

Weizen als Waffe

Die neue Getreidestrategie der amerikanischen Außenpolitik. Eine Stunde des North American Congress on Latin America (NACLA), rororo aktuell 4058, 90 S., 1975, 3,80 DM

Das von der nordamerikanischen Wissenschaftlergruppe herausgegebene Buch nimmt die amerikanische Agrarpolitik kritisch unter die Lupe. Die USA sind der größte Agrarproduzent der Welt, und sie können daher ihre Nahrungsmittel auch zu politischen Zwecken einsetzen. So sind ihre Agrarexportpolitik und Nahrungsmittelhilfen keineswegs von karitativen Zielen bestimmt, sondern von rigorosen Bestrebungen, ihre Rolle als Weltführer zu erhalten und zu verstärken.
Die zentrale These des Buches ist, daß die gegenwärtige Nahrungsmittelkrise im Weltmaßstab keine Krise der Produktion, sondern eine Krise auf Grund der kapitalistisch gesteuerten Verteilung ist.

1. Der erste Abschnitt beschäftigt sich mit der Exportpolitik Präsident Nixons, bei der die Agrarexporte eine führende Rolle einnahmen. Die USA verfügten über einen gewaltigen Überschuß an Getreide, und da die amerikanische Wirtschaft stark von einer Krise betroffen war, konnten diese Agrarüberschüsse zur Verbesserung der Zahlungsbilanz exportiert werden. Als willkommener Kunde trat die UdSSR auf, die große Mengen Getreide in den USA kaufte. Die Folge davon war eine Verknappung auf dem Weltmarkt und dadurch eine Steigerung der Weltpreise für Nahrungsmittel.
Die Länder der Dritten Welt mußten infolge der starken Abwertungen ihrer an den Dollar gebundenen Währungen noch höhere Preise bezahlen.
Diese Entwicklung war den USA willkommen, denn ihre Strategie bestand in der Ausnutzung der „komparativen Vorteile", d.h. die USA sollten sozusagen das Getreidelager der Welt werden, während sich die übrigen Länder auf andere (Export)produkte spezialisieren sollten.

2. So konnte das Getreide als politische Waffe und Druckmittel eingesetzt werden (zweiter Abschnitt). Diese Strategie ist keineswegs neu, sondern sie wurde schon nach dem zweiten Weltkrieg zum Beispiel in Europa zur Bekämpfung des Kommunismus angewandt.
Ein im Jahre 1954 verabschiedetes Agrargesetz sah Dollarkredite an „befreundeteLänder" zum Einkauf von US-Nahrungsmitteln vor. Durch diese Kredite wurden vor allem reaktionäre Militärregimes wie Südkorea unterstützt. Die inländischen Verkaufserlöse wurden häufig von den jeweiligen Ländern für Waffenkäufe verwandt (natürlich in den USA). Als der Kongreß gegen diese Art von 'Nahrungsmittelhilfe' der Regierung zunehmend Einwände erhob und mehr Hilfe an bedürftige Länder forderte, manipulierte die US-Regierung die UNO-Statistiken. Plötzlich wurden diejenigen Länder, die der amerikanischen Außenpolitik dienlich (aber nicht direkt vom Hunger betroffen) waren, auf die Liste der am meisten von der Hungerkatastrophe betroffenen Länder gesetzt.
Stets war das Kriterium nicht die Bedürftigkeit der Länder, sondern der politische (und gewiß auch wirtschaftliche) Profit. So wurden alle Arten von Nahrungsmittellieferungen für Chile während der Regierung der Unidad Popular eingestellt, ebenfalls für Peru, nachdem die dortige Militärregierung US-Firmen zu verstaatlichen begann.

3. Es ist wenig bekannt, daß der Getreidehandel in sehr großem Maße monopolisiert ist (dritter und vierter Abschnitt). In den USA gibt es fünf Getreidehandelsgiganten, die den Ein- und Verkauf kontrollieren und darüber hinaus in vielen Ländern Einfluß ausüben. Außerdem sind sie nicht nur im Getreidehandel tätig, sondern kontrollieren Eisenbahnen, Häfen, Lagerstätten usw. – alles infrastrukturelle Einrichtungen, wofür diese Unternehmen selbst mit keinem Pfennig aufkommen mußten. Diese Unternehmen sind in der Lage, die Preise für Nahrungsmittel sowohl in den USA als auch auf dem Weltmarkt in die Höhe zu treiben.
Durch die heutige Nahrungsmittelproduktion könnten die Bedürfnisse der Weltbevölkerung befriedigt werden, wenn diese Mittel richtig verteilt würden. Aber die Profitsucht der Machthabenden ist stärker als der Hunger von Millionen Menschen. So meinte ein Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates der USA: „Ländern einfach Nahrung zu geben, weil dort die Leute verhungern, ist ein verdammt schwacher Grund" (S. 41).
Da die Wurzeln der Krise in Ungleichgewichten des Kapitalismus selbst liegen und die Umverteilung der Ressourcen unter den gegebenen Bedingungen aussichtslos ist, kommen die Autoren zu der Schlußfolgerung, daß „die Lösung der Krise letztlich nur darin liegen kann, das ökonomische System radikal zu ändern." (S. 9) Diese These wird aber nicht genauer ausgeführt.
Ungeachtet der Tatsache, daß dieses Buch keine Lösungsstrategien anbietet, gibt es einen eindrucksvollen Einblick in die Mechanismen des Agrobusiness und kann auch wegen der Verständlichkeit allen Interessierten empfohlen werden.

-rsg-

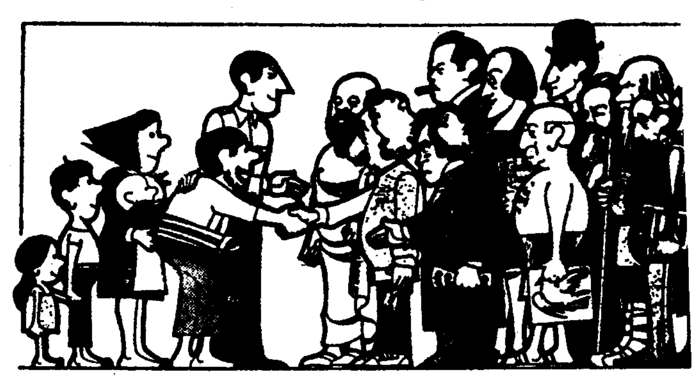
Portugal

Volkserziehung in Portugal, Berichte, Analysen, Dokumente.
Ein Buch zum Film „VIVA PORTUGAL".
(Christiane Gerhards, Malte Rauch Samuel Schirmbeck)
rororo Sachbuch 6984 / Preis: 9,80

Als am 25. April 1974 die portugiesische Armee den Diktator Marcello Caetano stürzte, war eine Einschätzung des Charakters dieses Putsches sehr schwer. Heute, über 2 Jahre nach den Ereignissen, wissen wir, daß der Umsturz kein taktisches Betrugsmanöver der portugiesischen Faschisten war.
Die progressiven Offiziere und Soldaten zeigten der Bevölkerung sehr bald, daß sie auf ihrer Seite standen. Nach 50 Jahren faschistischer Unterdrückung versuchten Bevölkerung und Militärs das Machtvakuum, welches die frühere Unterdrückerclique zurückgelassen hatte, auszufüllen: Ein gewaltiger Lernprozeß wurde ausgelöst – ein Vorgang der nicht von oben diktiert, sondern selbst von der Bevölkerung getragen wurde.
Das Buch versucht, diesen Selbsterziehungsprozeß in Richtung Demokratie nachzuzeichnen. Klar ist, daß die revolutionären Prozesse nur auf dem Hintergrund der historischen Entwicklung Portugals gesehen werden können.
Deshalb gehen die Autoren des Buches in den ersten Kapiteln ausführlich auf die Geschichte Portugals ein. Dieser Abriß der Geschichte Portugals wird nicht zu einer strengchronologischen Schilderung, zu einem beschreibenden („wertfreien") Konstatieren; die Autoren bereichern die Darlegungen vielmehr mit geschichtlichen Rückverweisen und Vorausdeutungen, Dokumenten und Analogieschlüssen.
Diese Anordnung stiftet keineswegs Verwirrung, sondern hilft dem Leser, die Komplexität des Stoffes zu erahnen.
Diese Art der Geschichtsschreibung verhindert zudem eine losgelöste Theoriebildung über den portugiesischen Faschismus. Das erste der acht Kapitel geht u.a. auch den Ursachen der Entpolitisierung und Verdummung der portugiesischen Bevölkerung nach: dargelegt wird, wie Analphabetentum (noch heute liegt die Analphabetenquote in manchen ländlichen Regionen bei ca. 30 %) und Armut von den Herrschenden (Finanzoligarchie, Geheimpolizei, Kirche) für die Zwecke der Ausbeutung eingesetzt wurden.
Im zweiten Kapitel macht der Leser den gleichen Lernprozeß durch wie die Offiziere der Bewegung der Streitkräfte (MFA); die MFA, welche anfangs z.T. eine eher reaktionäre Vereinigung zur Verteidigung erworbener Privilegien gegenüber Universitätsabsolventen war, mußte sehr bald erkennen, daß das brutale Faschisten-Regime unmittelbar mit dem Kapitalismus verknüpft war und daß nur ein grundsätzlich anderes System, eine Gesellschaft mit sozialistischem Anspruch, die Grundlage einer neuen Demokratie sein kann.

Der Versuch eines Rechtsputsches (11. März 1975) zeigte der MFA, daß noch viele faschistische Kräfte im Lande wa-

ren. Der 11. März 1975 war aber auch ein Teil des Lernprozesses, welcher sich in der MFA abspielte und zur Eingliederung 'einfacher' Soldaten in die Vollversammlung der MFA führte. Obgleich die spontane Gründung von Arbeiterkommissionen und Agrarkooperationen Anlaß zur Freude gab, verfiel die MFA keiner Euphorie: die Tatsache, daß der 25. April noch nicht bis in jeden Ort vorgedrungen war, wurde zum Auslöser einer kulturellen Dynamisierungskampagne.
Die verantwortlichen Soldaten der 5. Division riefen zum Teil neue Organisations- und Lernformen ins Leben, zum Teil mußten sie auch nur den Fortbestand der sich im Gang befindenden Kooperations- und Lernprozesse absichern.



Die MFA nach dem 25. April . . .

Ein weiteres Kapitel deckt die Servilität des katholischen Klerus der Diktatur gegenüber auf, zeigt aber auch das Engagement einzelner fortschrittlicher Priester, deren Einzelkampf allerdings zum Scheitern verurteilt war.
Die „Kultur des Schweigens" (P. Freire), welche durch die dominierende Stellung der Kirche mitbedingt wurde, galt es nach der Revolution aufzubrechen: Es ging nicht nur darum, die Bevölkerung lesen und schreiben zu lehren, sondern auch darum, ihre Situation bewußt werden zu lassen, sie zu politisieren, damit sie selbst ihre Lage verändern könne. Das Bewußtsein, ein siegreiches, kämpferisches Volk zu sein, half beim Aufbau parteiunabhängiger Basismachtorgane (Landarbeiterkooperativen, Fabrikkommissionen, Soldatenräte...).
Viele Vorgänge in Portugal lassen Parallelen zur Situation der Dritten Welt aufkommen: Die Bevölkerung (vor allen Dingen die Landbevölkerung) wurde von den Großkonzernen und Großgrundbesitzern ebenso unterdrückt wie die Bevölkerung vieler Länder in Übersee. Die Kolonisatoren beherrschten nicht nur Machtpositionen und Land, sondern auch das Bewußtsein der Unterdrückten. Doch das Klima von Zensur und Unterdrückung, welches in Portugal herrschte, hatte selbst kritische Beobachter das Ausmaß der Ausbeutung in Afrika übersehen lassen. Nur der bewaffnete Widerstand der afrikanischen Befreiungsorganisationen lenkte die Blicke auf die unhaltbaren Verhältnisse in Übersee und löste schließlich den Lernprozeß aus, welcher zum Sturz des Faschisten-Systems führte. Das Bewußtsein, Sklaven zu sein und gleichzeitig selbst andere Völker zu versklaven, wurde zum Auslöser des portugiesischen Revolutionsprozesses. Paradoxerweise lernten viele Offiziere der späteren MFA in den Seminaren für psychologische Kriegsführung (im Rahmen des Antiguerillakampfes) Schriften zur Theorie des afrikanischen Befreiungskampfes kennen – Theorien, welche durchaus auf die Situation in Portugal angewendet werden konnten.
Das Buch „Volkserziehung in Portugal" liefert nicht nur eine Fülle von Fakten, sondern vermittelt darüber hinaus grundsätzliche Einsichten. Unkomplizierte Sätze und einfache Wortwahl machen es auch für Schüler lesbar. Der journalistische Stil läßt die Autoren manchmal allerdings in unpräzise Leerformeln („sagenhafte" Reichtümer...) abgleiten, welche durchaus zu vermeiden gewesen wären. Ein ausführliches Register und eine differenziertere Inhaltsangabe wäre zudem wünschenswert.
Etwas unglücklich ist der Titel des Buches („Volkserziehung..."): weder trifft er den Inhalt (den größten Teil nehmen die Darstellungen der Geschichte Portugals und die Schilderungen jüngster Ereignisse ein), noch vermag er die Lernprozesse zu charakterisieren, welche sich in Portugal abspielten. Das Buch, welches nur die Ereignisse bis Anfang 1976 widergibt, bleibt fragmentarisch. Die Vorgänge der vergangenen Monate revidieren zum Teil die errungenen Erfolge. Erst kürzlich hat Ministerpräsident Soares auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Portugals „eine Förderung des privaten Sektors sowie politische Anreize für ausländische Investoren" angekündigt. (NZZ 2.11.76)
Zwei Einzelhandelsketten sind inzwischen offiziell reprivatisiert worden: zurückgegeben wurden auch verschiedene Textilbetriebe. Unklarheit herrscht über die Zukunft zahlreicher besetzter Ländereien.

uk

Bantustans

W e l l m e r , Gottfried, Südafrikas Bantustans – Geschichte, Ideologie und Wirklichkeit, ISSA – Wissenschaftliche Reihe, Band 4, Bonn 1976, 173 Seiten, DM 8,00

G. Wellmer versucht in dieser Studie, die Ideologie der südafrikanischen Rassisten und Propagandisten zur Legitimierung ihrer Apartheitspolitik, die sie seit einiger Zeit vornehmer die Politik der „getrennten" oder „multinationalen" Entwicklung nennen, zu entlarven. Er zeigt auf, daß das Schlagwort von „getrennter" Entwicklung (gemeint ist die Festschreibung der Ghettoisierung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit in eigens dafür vorgesehene Reservate), die auch hierzulande des öfteren angespriesen wird, nur eine andere Bezeichnung für die brutale Ausbeutung der schwarzen Bevölkerung durch die privilegierte weiße Minderheit ist.
Am 26.10.76 hat die Republik Südafrika das von ihr geschaffene 'Bantustan' Transkei in die 'Unabhängigkeit' entlassen. Trotz eines enormen Aufwands an Propaganda hat Ptretoria bis heute nicht erreicht, daß die 'Republik Transkei' international anerkannt wird. Die internationale Völkergemeinschaft hat sich bis jetzt nicht täuschen lassen: die Transkei wie auch die anderen Bantustans sind die armen Hinterhöfe des reichen, weißen Südafrika und werden auch nach ihrer 'Unabhängigkeit' das bleiben, als was sie von den Apartheit-Strategen konzipiert worden sind: unterentwickelt gehaltene Reservoirs billiger Arbeitskraft als Voraussetzung für die Extraprofite in der von Weißen beherrschten südafrikanischen Wirtschaft. Eine internationale Anerkennung der 'Republik Transkei' käme einer Legitimierung der Apartheitspolitik gleich.
Wellmer zeigt im Teil I seiner Studie zuerst den historischen Zusammenhang auf, der als Grundlage für das Verständnis der Entstehung der 'Bantustans' notwendig ist.
Die Besiedlung Südafrikas durch Weiße begann 1952 mit der Errichtung einer Vorratsstation bzw. eines Stützpunktes durch die „Vereenigde Nederlandsche Ge-Octroyeerde Oast-Indische Compagnie". Dem Niedergang dieses Stützpunktes folgte die englische Verwaltung der Kapkolonie (S. 3).
Es fanden erbitterte Kämpfe zwischen den afrikanischen Stammesgruppen und den Kolonialisten statt und erst „Ende des 19. Jahrhunderts war der militärische Widerstand

der afrikanischen Völker und Stammesgesellschaften gegen die vom Kap her eindringenden Buren und die britischen Armeen gebrochen. Der Kampf um das Land ... war zugunsten der weißen Siedler entschieden worden". (S. 22) Die erste legislativen Voraussetzungen zur Landteilung ermöglichte der „Native Land Act" von 1913, der der Minderheit der weißen Siedler die Besitznahme von 90 % der Landmasse Südafrikas zugestand. Das den Afrikanern zugeteilte Land – von nun ab Reservate genannt – betrug 7,13 % (Heute entspricht die Gesamtfläche der 'Homelands' 13 % der Fläche Südafrikas).



Es schließen sich Ausführungen zu den sich ständig verschlechternden Lebensbedingungen der Afrikaner in den 'Bantustans' an.
Im Teil II werden dann die Grundzüge der Politik der 'getrennten Entwicklung' aufgezeigt, was sich auf die jüngere Vergangenheit bezieht. Es wird deutlich, daß, wo Unterdrückung herrscht, auch der Kampf gegen diese Unterdrückung geführt wird. In einem Exkurs, der den Widerstand der Afrikaner gegen das Apartheitssystem in den Jahren 1952 - 60 behandelt, wird gezeigt, daß die Gesetzesmaßnahmen gegen den Widerstand der Afrikaner sich zunehmend verschärften. (S. 40 f.). Drei Momente stellt Wellmer innerhalb des Kampfes als wichtig heraus:

1. Im Kampf gegen das Apartheitssystem und die Absicherungsmaßnahmen zur Festigung der totalen Dominanz der weißen Minderheit waren die städtischen Arbeiter, die Bauern auf dem Lande und die zahlenmäßig geringen afrikanischen Intellektuellen geeingt. Auch die Frauen bewiesen eine eindrucksvolle Kampfbereitschaft.
2. Die Methoden des Widerstandes änderten sich. Die Freiheitsorganisationen der Unterdrückten gingen von den „konstitutionellen" Methoden der Petitionen und Delegationen an Regierungsvertreter ab – sie hatten sich als völlig ineffektiv erwiesen – und zu noch immer gewaltlosen, aber doch aktiveren Formen des Widerstandes über.
3. Auch die Ziele der Widerstandsbewegung ANC (African National Congress) erhielten eine neue Zuspietung: es ging nicht mehr um eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Unterdrückten unter Beibehaltung der Herrschaftssysteme, sondern – so die Parole des ANC um „Freiheit zu unseren Lebzeiten". 9S. 44 f.).

Die Bedingungen, gegen die die Afrikaner protestierten, werden anschließend geschildert. (vgl. auch Wellmers Kritik an der Wirtschaftsstudie von A. Halbach „Die afrikanichen Bantu-Homelands", in der er der Fragestellung Halbachs nachgeht, ob die Homelands unter den gegebenen politischen Bedingungen lebensfähig sind und sich gegen dessen reformerisch-ideologischen Ansatz ausspricht.
– blätter des iz3w, Nr. 56, Okt. 1976).
Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Analyse der 'Bantustans' alle wesentlichen Hintergrundinformationen bietet. Das Buch ist eine kritische, jedoch mitunter schwer verständliche bzw. anspruchsvolle Darstellung. Dies resultiert teilweise daraus, daß die einzelnen Stammesgruppen Südafrikas benannt und ihre Beziehungen untereinander dargestellt werden und zudem reichlich viel mit Zahlen herumgeworfen wird, welches u.U. beim Leser Verwirrung hervorrufen kann.
Die Studie ist jedoch deshalb sehr empfehlenswert, weil sie eine der wenigen kritischen Analysen ist, die das Problem der 'Bantustans' zusammenhängend darstellt und die tatsächliche Lebenswirklichkeit der Afrikaner in den Ghettos unbeschönigt aufzeigt.
Die Geschichte Südafrikas ist aus der Sicht der unterdrückten und entrecheteten schwarzen Mehrheit beschrieben worden. Adressaten des Buches könnten vor allem sein: Lehrer, Pfarrer, Journalisten, Erwachsenenbildner, Universitätsangehörige, Mitarbeiter von Entwicklungshilfe/politik- Organisationen, Politiker.

hil

Zur Information über die Bantustan-Politik Südafrikas empfehlen wir folgende Veröffentlichungen von **Gottfried Wellmer:**

„Homelands" – Unabhängigkeit von Südafrikas Gnaden. Arbeitsblatt des Evangelischen Pressedienstes Frankfurt/M. (Geeignet zur Verteilung bei Veranstaltungen, Kampagnen etc.). Bei: Haus der Evangelischen Publizistik, Friedrichstraße 2-6, 6000 Frankfurt/M. 17.

Die „Homelands" Südafrikas. Vortrag bei der Jahresversammlung der Mitglieder der Anti-Apartheid-Bewegung vom 9.4.1976. Beilage zum „Gruppenrundbrief" des Organisationskomitees zur Unterstützung der Befreiungskämpfe im südlichen Afrika.

Rezension von: Halbach, Axel J.: Die südafrikanischen Bantu-Homelands. In: blätter des iz3W, Nr. 56, Oktober 76, S. 37 – 41



An alle entwicklungspolitischen Aktionsgruppen

Berichte über die **praktische Solidaritätsarbeit** in der Bundesrepublik für die Völker der Dritten Welt sind in den „blättern des iz3w" in letzter Zeit etwas zu kurz gekommen. Dies liegt nicht an unserer mangelnden Bereitschaft, solche Berichte zu veröffentlichen; wir sind nach wie vor davon überzeugt, daß Informationen und Diskussionen über Formen und Inhalte der praktischen Solidaritätsarbeit in Gang gehalten werden müssen. Sodern es liegt daran, daß uns solche Berichte kaum noch erreichen.
Wir bitten Euch deshalb dringend: Wenn Ihr Spendensammlungen, Basare, Film- und Vortragsveranstaltungen, Straßentheater oder etwas ganz Neues macht: schreibt über Eure Erfahrungen und schickt uns die Berichte zur Veröffentlichung in den „blättern". Dies ist eine Möglichkeit der Kommunikation mit anderen Gruppen, die wir für mindestens ebenso wichtig halten wie die formale Organisationsstruktur eines Dachverbandes der Dritte-Welt-Gruppen.

Red.

Geschenk-Abo

Bestellschein für Geschenkabonnement

Ich bestelle für

....
Name des Beschenkten

....
Postleitzahl und Ort

....
Straße und Hausnummer

ein Jahresabonnement der blätter des iz3w zum

☐ Normalpreis DM 28,00

☐ ermäßigten Preis DM 20,00

Bitte senden Sie mir die Rechnung, das Jahresabonnement wird von mir bezahlt.
Der Beschenkte erhält rechtzeitig ein Exemplar der „blätter" und eine Benachrichtigung.

....
Name des Schenkers

....
Postleitzahl und Ort

....
Straße und Hausnummer



Bolivianische Gewerkschafter in Chile interniert! Dokumentationen der asöp (Arbeitsgruppe für sozial-ökonomische Probleme)

In Heft Nr. 55 (Nachrichten und Kurzberichte) berichteten wir über den Streik bolivianischer Bergleute, der von Oberst Banzer in repressiver Weise ausgehungert wurde.
Die asöp Köln legt 2 Dokumentationen vor, in der auf das Schicksal von 50 bolivianischen Gewerkschaftsführern hingewiesen wird, die von Banzer zur Vergeltung nach Chile ausgewiesen worden sind und dort im tiefen Süden unter z.T. menschenunwürdigen Bedingungen interniert sind.
Die Dokumentationen veröffentlichen deren Namen und berichten über die Lage der Internierten und über den Weiterkampf der bolivianischen Bergleute.
Der asöp sind Vertrauenspersonen in Chile bekannt, die Geldspenden weiterleiten können (Konto Nr. 577 89 - 509, Postscheckamt Köln, asöp c/o Paul Meimberg).
Die Dokumentationen sind zu erhalten bei asöp c/o G. Biemann, Postfach 270 148, 5000 Köln

blätter des iz3w

Abonnierzettel

Ich abonniere die „blätter des iz3w"

☐ rückwirkend von Anfang dieses Jahres

☐ ab der letzten erschienenen Nummer

☐ ab Nr. ....

zum Normalpreis von DM 28,– / öS 200,00 / SFr 28,80 pro Jahrgang (8 Hefte)

☐ Ich bin . . . .
und abonniere zum ermäßigten Preis fur Schüler, Lehrlinge, Studenten, Soldaten, Rentner usw. vor DM 20,– / öS 140,– / SFr 20,40 pro Jahr.

Ich bitte um Nachlieferung – soweit lieferbar – des Jahrgangs

☐ 1972 (Nr. 15 – 20 DM 11,25)

☐ 1973 (Nr. 21/22 – 30 DM 18,00)

☐ 1974 (Nr. 31 – 40 DM 18,00)

☐ 1975 (Nr. 41/42 – 50 DM 25,– / Schuler etc. DM 18,–)

Absender

Die folgenden Angaben benötigen wir nur für statistische Zwecke; die Bestellung wird auch ohne sie ausgeführt.

Beruf: . . . . Geburtsjahrgang: . . . .

WELCHE UNABHÄNGIGKEIT FÜR DIE TRANSKEI?

von

ALEXANDER KIRBY

E P K - Sonderheft 1976: Welche Unabhängigkeit für die Transkei? Am 26. Oktober 1976 wird die Transkei „unabhängig" von Südafrika. Aus diesem Anlaß veröffentlicht die Entwicklungspolitische Korrespondenz ein Sonderheft über das Bantustan. Warum bietet Südafrika der Transkei die „Unabhängigkeit" an? Wie unabhängig wird dieses Land wirklich sein? Sollte es internationale Anerkennung finden? – Auf diese und weitere Fragen gibt Alexander Kirby im EPK-Sonderheft Transkei eine fundierte und entschiedene Antwort.

Ich bestelle . . . . . Exemplar(e) des EPK-Sonderheftes über die Transkei (Einzelpreis DM 2,50 zuzüglich Porto; ab 10 Exemplaren 20 % Preisnachlaß und Portofreie Lieferung).

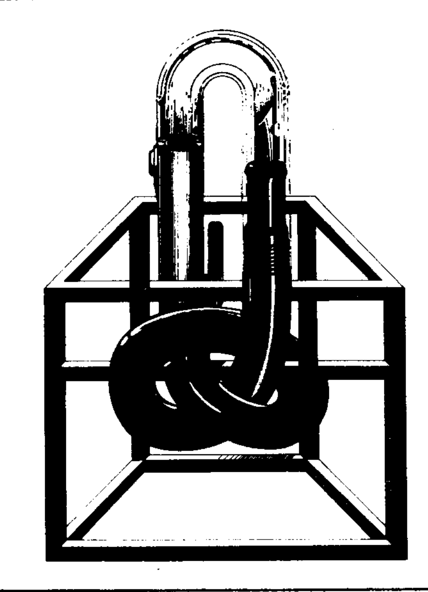
Ich abonniere die Entwicklungspolitische Korrespondenz ab Jahrgang 1976 zum Preis von DM 14,00 jährlich (inkl. Porto) und erhalte das Sonderheft über die Transkei kostenlos.

Name . . . .

Anschrift . . . .

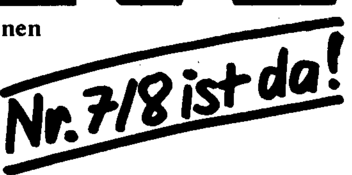
. . . .

Bitte einsenden an: Entwicklungspolitische Korrespondenz, Postfach 28 46, 2000 Hamburg 19





Bitte vergessen Sie nicht das Abo für 1977 zu bezahlen!




Handbuch des
entwicklungs-
politischen
Films


UBLIK ORUM BÜCHER



KLEINANZEIGEN

Nichtkommerzielle Kleinanzeigen veröffentlichen wir kostenlos. Vorlagen bitte maschinengeschrieben einreichen!

GESUCHT FÜR ÜBERSEE:

ENTWICKLUNGSHELFER

Köln (AGEH 32/76). Agraringenieure, Kraftfahrzeugmeister, Allgemeinmediziner, Dermatologen, Naturwissenschaftler gehören zu den Fachkräften, die von der katholischen Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe, AGEH (Postfach 210128, 5000 Köln 21), für kirchliche Entwicklungsprojekte in allen Erdteilen gesucht werden. Zu den fast 300 Entwicklungshelfern in 43 Ländern – ihr Durchschnittsalter liegt bei 32 Jahren – werden besonders dringend berufserfahrene Landwirte für die Elfenbeinküste, Kamerun und Niger benötigt, ein Hochbauingenieur für Burundi, ein Rundfunktechniker für Venezuela, ein Lehrer für Kfz-Technik und Deutsch für den Tschad, Hebammen für Ghana und Burundi, Ärzte für Äthiopien, Pakistan und den Sudan, sowie promovierte Naturwissenschaftler für den Unterricht in Zaire.

Rainer Werning: Zur Geschichte des Philippinischen Befreiungskampfes 1930 – 1975. Mit einer Einleitung v. Chr. Sigrist.
Zu beziehen über: R. Werning, Roxelerstraße 565, 4400 Münster.

Abonniert den GRUPPENRUNDBRIEF zum südlichen Afrika!
In ihm werden Beiträge a l l e r Solidaritätsgruppen in der BRD abgedruckt, um:

– Informationen, Erfahrungen, Einschätzungen auszutauschen
– Materialien für Solidaritätsarbeit vorzustellen
– inhaltliche Differenzen politisch darzustellen und diskutierend auszutragen.

Inhalte der letzten Nummern:

- Gespräch mit Edgar Tekere (ZANU)
- Resolution zur Unterstützung des Landwirtschaftsprojektes der ZANU
- Berichte der Gruppen von ihrer Arbeit
- Unterstützt das Sofortprogramm der PAIGC
- Generalstreik in Südafrika (Aufruf)

Der GRUPPENRUNDBRIEF wird herausgegeben vom Organisationskomitee zur Unterstützung der Befreiungskämpfe im südlichen Afrika c/o Aktion Dritte Welt, 7800 Freiburg, Postfach 5328.
Er erscheint in unregelmäßigen Abständen, aber mindestens 6 mal im Jahr. Preis: DM 15,–. (jedes weitere Exemplar an die gleiche Bezugsadresse: DM 2,– jährlich!) Vorauszahlung an:
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 453 23 - 756, Roland Beckert, Freiburg. Stichwort „Abo".